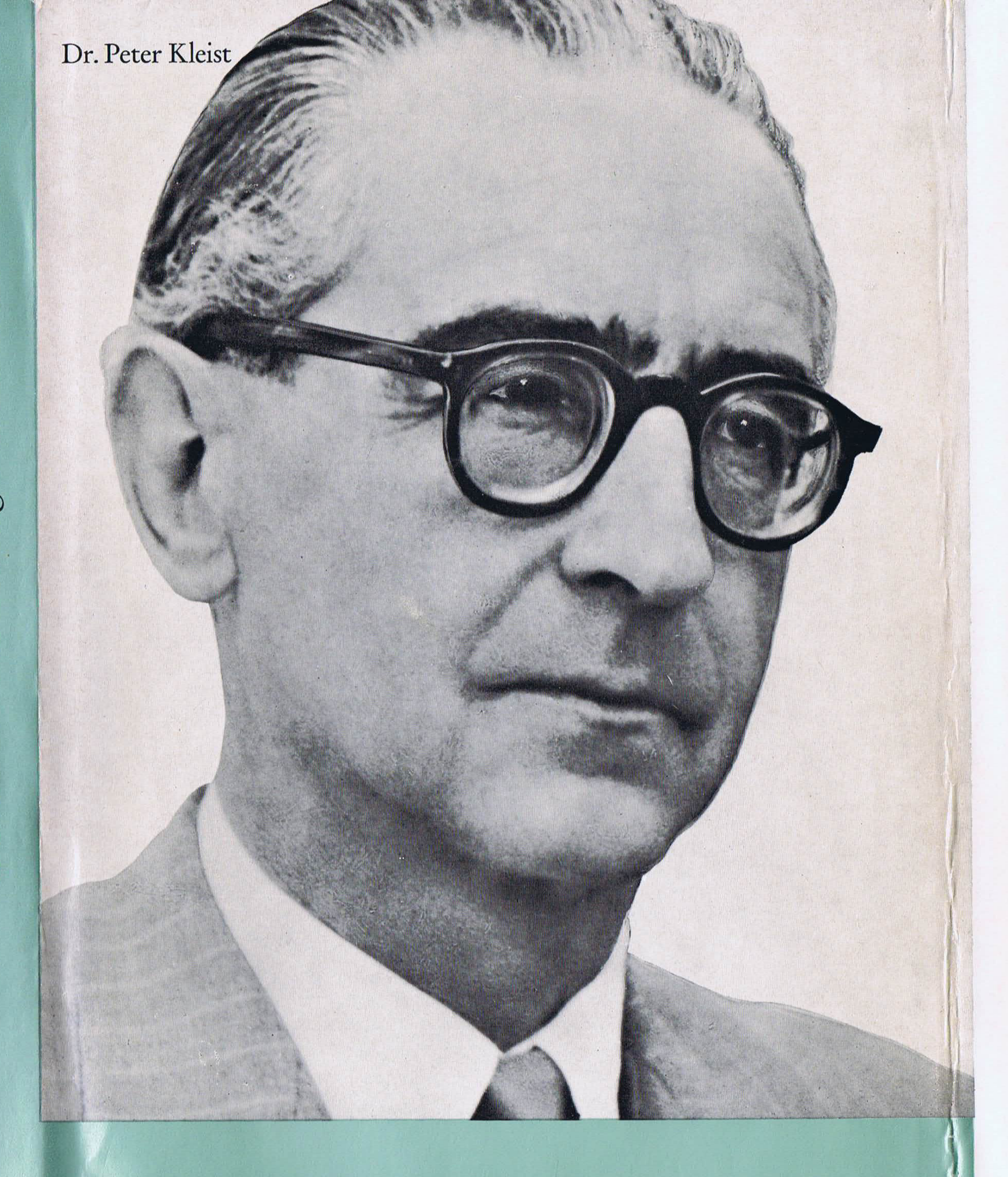
Kleist Endlösung für die freie Welt

N

Dr. Peter Kleist



ENDLÖSUNG FÜR DIE FREIE WELT

Der Verfall der westlichen Politik

Peter Kleist

ENDLÖSUNG
FÜR DIE FREIE WELT?

Dr. Peter Kleist, unmittelbar vor dem Kriege und während des Krieges persönlich an Brennpunkten der deutschen Außenpolitik im Einsatz, in allen Bereichen der Diplomatie bewandert und erfahren wie nur sehr wenige, ein Mann der politischen Praxis, hat das ganze letzte Jahrzehnt hindurch in den Lesern seiner Beiträge keinerlei Illusionen erweckt. Im Gegenteil, er sah geradezu seine Aufgabe darin, Illusionen zu zerstören, wo immer solche erkennbar wurden, und den Blick für die harten Tatsachen der politischen Wirklichkeit zu schärfen.

Mit unbestechlicher Klarheit und Folgerichtigkeit deckte er Woche für Woche die immer erneuten Versuche auf, das Geschehen in der Welt zu vernebeln und die Menschen in falschen, bequemen Hoffnungen zu wiegen. Das vorliegende Buch legt eine Reihe von ausgewählten Beispielen für diese unverwechselbar Kleist'sche Art knapp umrissener Berichterstattung und treffender, nicht selten beißend ironischer Kommentierung aus den letzten Jahren vor.

Höhepunkte seiner Aussagekraft erreicht der Verfasser, wenn er etwa die Vollversammlung der UNO geißelt, die, angeblich ein Instrument des Weltfriedens, zum Kriege gegen Südafrika oder Rhodesien hetzt, nachdem sie zuvor schon den Kongo durch gewaltsam militärisches Eingreifen in Katanga ins Chaos ge-

NATIONAL VERLAG
HANNOVER

stürzt hat, oder wenn er die ursprüngliche Lenin'sche Definition des Begriffes Koexistenz wieder ans Licht zieht und eindringlich davor warnt, zu glauben, die Sowjets hätten das Ziel der Weltrevolution aus den Augen verloren oder gar aufgegeben.

Interessant genug, daß Kleist hier, obgleich doch aus gänzlich anderem Lager stammend, in der Beurteilung der gegenwärtigen und künftigen sowjetrussischen Außenpolitik zu genau demselben Urteil gelangt wie Reinhard Gehlen. Beide betonen ausdrücklich, daß der Kreml sich in seiner Politik auch fernerhin von ideologischen Zielsetzungen und Vorstellungen leiten läßt. Demgegenüber weist Kleist mit nicht zu überbietender Schärfe auf die Blindheit des Westens hin, dessen Politiker einem schwächlichen aber bequemen Wunschdenken erliegen nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, und insbesondere auf die USA, die im Fernen Osten langjährige, verlustreiche Kriege führen ohne den Willen zum Siege.

So ergibt sich ein Bild, das die Gefahr einer „Endlösung" für die Freie Welt im Sinne einer globalen roten Parteidiktatur oder, was auf das gleiche hinausläuft, im Sinne der „One World" deutlich werden läßt. Dies ist die ernste und strenge Warnung, die Peter Kleist seiner Lesergemeinde und darüber hinaus allen politisch Denkenden hinterlassen hat.

NATIONAL VERLAG
HANNOVER

Kleist Endlösung für die freie Welt

N

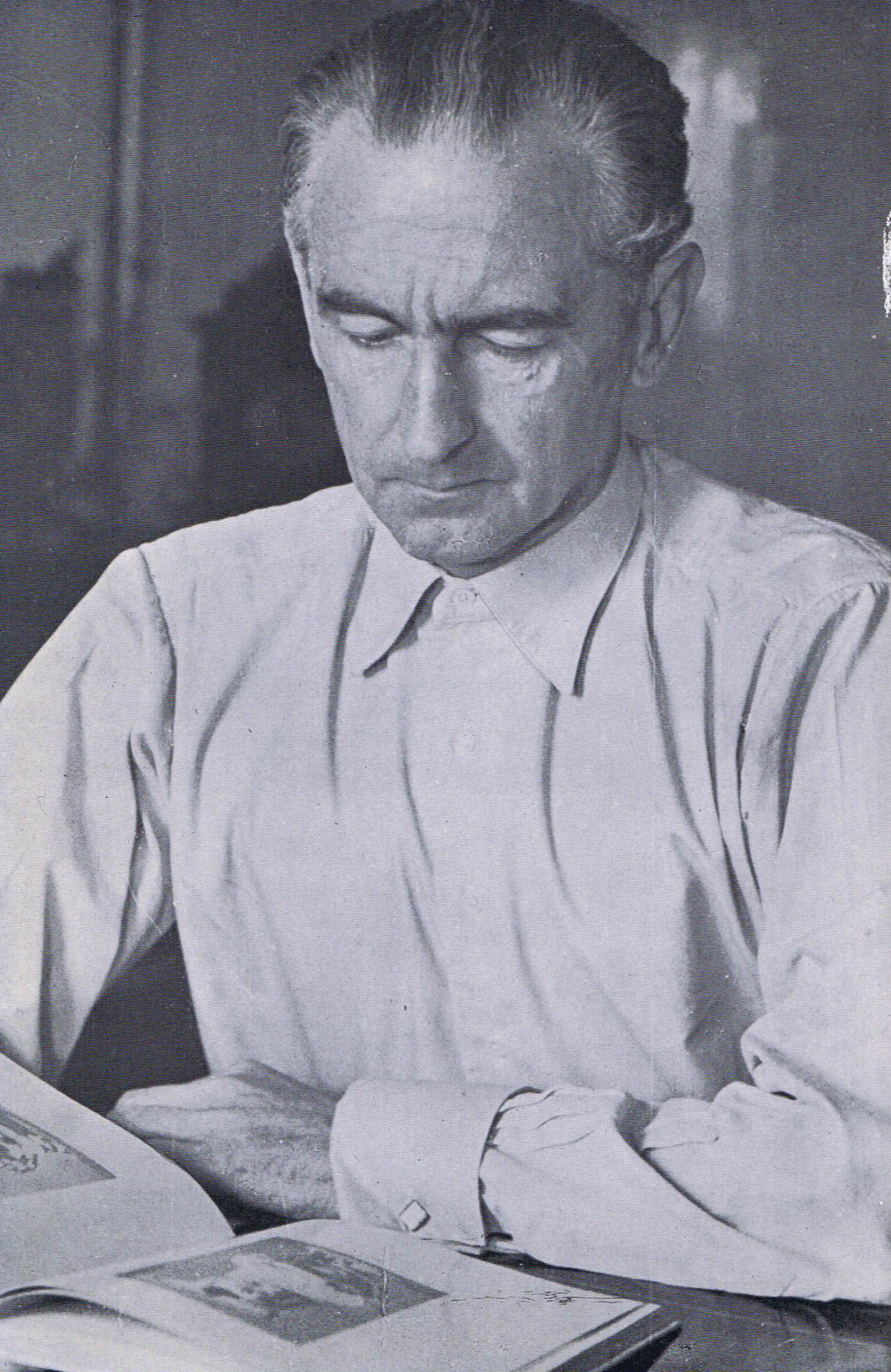
ENDLÖSUNG FÜR DIE FREIE WELT

KLEIST ENDLÖSUNG FÜR DIE FREIE WELT 2



Endlösung für die freie Welt?





DR. PETER KLEIST

Endlösung für die freie Welt?

DER VERFALL DER WESTLICHEN POLITIK

Die entscheidendsten Aussagen Peter Kleists aus den letzten Jahren

herausgegeben von Waldemar Schütz

N

NATIONAL-VERLAG · HANNOVER

1972
1. Auflage

Printed in Germany

Elf Fotos: Ulstein Bilderdienst Berlin West
ISBN 3 920 722 12 9
Gesamtherstellung: Kölle-Druck, 4994 Pr. Oldendorf

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Geleit

Der hier vorliegende Band muß eine zweifache Aufgabe erfüllen. Als das politische Vermächtnis seines Verfassers soll er die jetzt in Deutschland, in Europa lebende Generation mahnen. Zugleich ist er vom Herausgeber angesichts jahrzehntelanger, enger publizistischer Zusammenarbeit und Kameradschaft als ein Gedenkband für den tapferen Politiker Dr. Peter Kleist gedacht.

Die Abschnitte dieses Buches entstanden in den zurückliegenden Jahren jeweils als Antwort, als Stellungnahme zu Ereignissen, die teils die Lebensinteressen unseres eigenen Volkes berührten, teils darüber hinaus die großen Fragen der Weltpolitik betrafen. Nur wenige politische Publizisten verfügen über ein so sicheres Urteilsvermögen, über einen so klaren Blick und über einen so ungewöhnlichen Scharfsinn, wie sie Peter Kleist gegeben waren und wie er sie in seinen Beiträgen stets von neuem bewiesen hat. Einige dieser Niederschriften stammen noch aus dem Jahre 1965, und die Ereignisse haben inzwischen vielfach gezeigt, wie außerordentlich treffend der Verfasser die Entwicklung vorausgesehen hat. Auch die Zukunft wird das noch weiterhin zeigen.

Er zögerte nie, seine Erkenntnisse und seine Überzeugung ungeschminkt auszusprechen und der Öffentlichkeit zu übergeben, auch dann nicht, wenn Drohungen gegen ihn angekündigt, Angriffe und persönliche Unannehmlichkeiten zu erwarten waren. Das eigene Interesse galt ihm nichts, wenn er an der Erfüllung seiner selbstgestellten Aufgabe arbeitete. Innerlich Aristokrat, in seiner schriftstellerischen Tätigkeit souverän und unbeirrbar, gab er in allen den Jahren niemals die Hoffnung auf, trotz allem den Ablauf des politischen Lebens in einem Sinne bestimmen zu können, der sich zum Wohle der Völker und Nationen auswirken wird. So kämpfte Peter Kleist unablässig gegen das Management und gegen die Manager in der Politik, in der klaren Erkenntnis, daß Machthunger und Egoismus dort in wachsendem Maße das politische Verantwortungsbewußtsein verdrängen.

Aus diesem kämpferischen Wirken wurde Dr. Peter Kleist hart und unwiderruflich herausgerissen. Und es ist niemand da, der ihn in seinem, auch für eine fortwirkend gültige Geschichtsschreibung bedeutungsvollen Schaffen ersetzen könnte. —

Im Jahre 1904 im westpreußischen Marienwerder geboren, besuchte er Gymnasien in Danzig und Berlin, wo er auch die Reifeprüfung ablegte. Er widmete sich anschließend dem Sprachstudium und beherrschte

neben Englisch und Französisch die skandinavischen Sprachen, sowie Russisch und Polnisch. Seine polnischen und russischen Sprachkenntnisse bestimmten zum Teil seinen späteren Lebensweg. Nach dem Studium in Berlin und Halle und einer Referendarzeit am Oberlandesgericht Naumburg promovierte er im Jahre 1932 mit dem Prädikat „magna cum laude" zum Dr. jur. Das Thema seiner Dissertation lautete: „Die völkerrechtliche Anerkennung Sowjet-Rußlands".

Nach einer Tätigkeit in der Berliner Vertretung der Provinzen Ost- und Westpreußen und als Dozent an der Hochschule für Politik wurde er Mitbegründer und später Vorsitzender der „Deutsch-polnischen Gesellschaft". Durch diese Tätigkeit geriet er in das Blickfeld des späteren Außenministers von Ribbentrop, der ihn in die „Dienststelle Ribbentrop" berief. Dort wurde er zunächst Referatsleiter für Ost-Politik und übernahm später das Hauptreferat Osteuropa. Er war maßgeblich beteiligt an dem Zustandekommen des Ribbentrop-Molotow-Paktes und befaßte sich während des Krieges mit der Rückführung der Volksdeutschen aus den sowjetischen Interessengebieten. Nach dem Beginn des Rußlandfeldzuges war er im Reichsministenium für die besetzten Ostgebiete tätig, wunde jedoch später wieder von dem Außenminister von Ribbentrop mit einer besonderen Mission betraut, über die er in seinen Büchern umfangreich berichtet.

In der Nachkriegszeit betätigte sich Peter Kleist fast nur noch als politischer Publizist. Seine Bücher trugen entscheidend zu einer klaren Beurteilung der jüngsten Vergangenheit und zur Wiederherstellung einer unverzerrten Geschichtsdarstellung bei. Gehobene Bedeutung kommt vor allen Dingen seinen Werken „Zwischen Hitler und Stalin", „Auch du warst dabei", „Chruschtschow 50 km vor Hamburg" und „Die europäische Tragödie" zu. Aus seiner Feder stammt auch das in Südafrika hoch anerkannte Werk „Südafrika, Land für Weiß und Schwarz".

Als Mitbegründer der Deutschen Wochen-Zeitung leitete er das Ressort Außenpolitik. Die nachfolgenden Beiträge stammen ausschließlich aus seiner Tätigkeit als außenpolitischer Redakteur der DWZ.

Hannover, März 1972 — Waldemar Schütz

Endlösung für Europa

Zum 20. Jahrestag der deutschen Kapitulation (1965)

Heute vor zwanzig Jahren schwiegen die Waffen des Zweiten Weltkrieges. Die bedingungslose Kapitulation Deutschlands führte nicht zu dem verheißenen Weltfrieden, sondern anstatt dessen zu einem Nachkrieg, der an zahllosen kalten und heißen Fronten weiterschwelte und weiter schwelt.

Der Krieg, der von Deutschlands Gegnern mit dem Ziel geführt worden war, die Welt reif zu machen für Freiheit und Demokratie, brachte die Versklavung von fast eineinhalb Milliarden Menschen unter der Fuchtel der proletarischen Diktatur und die permanente Bedrohung des Restes der Menschheit durch den totalen Anspruch der Weltrevolution.

Die bedingungslose Kapitulation — durch einen Roßtäuscherkniff aus einer militärischen Maßnahme zu einem politischen Instrument gemacht — legt die Verantwortung für den heutigen Zustand der Welt eindeutig fest. Das deutsche Volk, das zu 99 Prozent seiner Angehörigen bis zur letzten Stunde in Erbitterung und Verzweiflung gegen dieses Ende ankämpfte, kann nicht für den heutigen Zustand der Welt in Anspruch genommen werden, denn seine Gegner haben mit unconditional surrender jede militärische, politische, ja selbst moralische Gegenwehr gegen die Durchsetzung ihrer Pläne für den Zweiten Weltkrieg ausgeschaltet und damit auch die totale Verantwortung für ihre Nachkriegslösungen übernommen.

Das eine Prozent der Deutschen, das für die Niederlage seines Volkes gebetet, gehandelt, Sabotage und Spionage, Landesverrat und Hochverrat getrieben hat, wird sich — das ist unsere sichere Überzeugung — vor der Geschichte für seine „Leistung" zu verantworten haben. Es wird ihm wenig nützen, daß es für eine Zwischenzeit vom Sieger mit der Führung der Geschäfte in den Restteilen eines unterworfenen und zerrissenen Deutschlands beauftragt wurde.

Wir erinnern uns, daß ein prominenter SPD-Politiker in der Debatte zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands klagend ausrief, man habe 1945 gehofft, nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen zu müssen; leider zwängen die Umstände jetzt dazu, einer Wiederbewaffnung zuzustimmen. Dieser Deutsche sah also gemeinsam mit seinen Gleichgesinnten die Lage von 1945 als erwünschten Endzustand an. Berlin, Warschau, Prag, Budapest, Bukarest, Sofia, Kowno, Riga und Reval

in sowjetischer Hand, Ostasien in Erwartung des kommunistischen Zugriffs auf Festland-China, das war für diese Minderheit unserer Mitbürger die befriedigende Endlösung der Geschichte.

Frahm-Brandt ging noch weiter. Als norwegischer Besatzungsoffizier bedauerte er in Nürnberg die Haltung seines Parteigenossen Kurt Schumacher, der die glorreiche Einigung der proletarischen Kräfte, wie sie in Mitteldeutschland unter sowjetischen Bajonetten verwirklicht wurde, für Westdeutschland verhindert habe.

Mit diesen beiden Standpunkten — der verantwortungslosen Blindheit gegenüber den Tatsachen und dem Wunsch, sie zugunsten des Ostens noch weiter zu verändern — wurden die Weichen für die Entwicklung des Nachkrieges gestellt. Der endgültige Verlust Ost-Mitteleuropas an die Sowjets, die Preisgabe ganz Festland-Chinas, Nordkoreas und Nordvietnams, sind die Ergebnisse dieser beiden Haltungen des Westens. Und wenn der Bonner Bundespräsident erst jüngst den Anteil der Kommunisten am deutschen Widerstand lobend hervorhob, dann ist damit bewiesen, daß auch dieses Westdeutschland, hart im Frontkrieg der großen Auseinandersetzung gelegen, den Nimbus der unbestechlichen und verläßlichen Widerstandskraft gegen den Weltherrschaftsanspruch des Kommunismus verloren hat. Denn die Kommunisten im Widerstand leisteten Widerstand doch nur deswegen, weil ihnen im Dritten Reich die Ausübung ihres Terrors gegen die Masse des deutschen Volkes verwehrt war, und sie leisteten Widerstand deswegen, weil sie die Ausübung ihres Terrors durch Niederwerfung des Dritten Reiches wieder ermöglichen wollten.

Wenn jetzt immer mehr öffentliche Stimmen in Westdeutschland sich dafür einsetzen, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in ihren angestammten Heimatgebieten zu verschenken, und wenn zugleich die Zerstörung der Rechtssicherheit durch post-festum-Manipulierung des Rechts aus politischen Gründen einen erheblichen Schritt vorwärts getan hat, dann sind zwei Grundpfeiler der Demokratie — Rechtsschutz des Bürgers gegenüber der Allmacht des Staates und Selbstbestimmung als Synonym der Demokratie — ins Wanken geraten.

Das Schicksal des letzten Staatsoberhauptes des Deutschen Reiches, des ehemaligen Großadmirals Karl Dönitz, ist ein Mahnmal an dem abschüssigen Weg, auf dem wir uns befinden.

Dönitz wurde, sehr zu seiner Überraschung, von Hitler kurz vor dessen Freitod zum Staatschef ernannt. Er hat die wenigen Tage seiner Regierung, unterstützt durch Schwerin-Krosigk und seine militärischen

Mitarbeiter, dazu benutzt, die furchtbare Aufgabe, die ihm auferlegt worden war, in männlicher und verantwortungsbewußter Weise zu lösen. Er fand bei den Engländern ein gewisses Verständnis, das aber überrannt wurde von dem Vernichtungswillen der Amerikaner. Die Art, wie er und die Mitglieder seiner Regierung schließlich in einem völkerrechtswidrigen Akt der totalen Einmischung auch in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes verhaftet und vor das Tribunal von Nürnberg gezerrt wurden, ist ein Exempel für die Herrschaft der Kanaille in unseren Tagen, das nur noch durch die Bereitschaft von Deutschen zur Teilnahme an solchen Maßnahmen übertroffen wurde.

Dönitz' militärische Gegner im Feindlager (selbstverständlich mit Ausnahme der sowjetischen) haben nach seiner Entlassung aus zehnjähriger Haft in Spandau in Tausenden von Briefen an ihn oder über ihn unmißverständlich kundgetan, daß sie sich von der schändlichen Behandlung, die ihm angetan wurde, schroff distanzierten.

Sein amerikanischer Gegenspieler, der Chef der US-U-Boot-Flotte, Lockwood, schrieb: „Ihre Loyalität und Ihr Gehorsam brachten Ihnen zehn Jahre Gefangenschaft ein; meine würden mich unzweifelhaft das Leben gekostet haben, wenn wir den Krieg verloren hätten."

Der Chef der US-U-Boot-Abwehr, Konteradmiral Daniel V. Gallery, schrieb: „Dennoch verurteilten wir Dönitz unter dem Vorwand, er habe die Seekriegsgesetze verletzt. Wenn der alte Gentleman jemals aus dem Gefängnis entlassen werden sollte, will ich hoffen, ihm niemals zu begegnen. Es würde mir schwer sein, ihm in die Augen zu blikken. Das einzige Verbrechen, das er beging, war, daß er uns in einem blutigen, aber ‚legalen' Kampf fast geschlagen hätte."

Generalleutnant Georges Stratemeyer, US-Luftwaffe, wünschte Dönitz: „Gott wird sich Ihrer annehmen und wird sich auch in geeigneter Weise derer annehmen, die Sie rechtswidrig eingesperrt haben."

Der Präsident der „Navy League of United States", einer Vereinigung ehemaliger Angehöriger der amerikanischen Kriegsmarine (The Civilian Arm of the Navy), Carl Stockholm, schrieb in einem Brief an Dönitz vom 4. März 1957: „Gehorsam und Treue kennzeichneten seit je einen Offizier der Kriegsmarine. Diese Haltung ist immer von allen Soldaten anerkannt worden. Es ist meine aufrichtige Überzeugung, daß Sie angesichts Ihrer unwandelbaren Treue zu Ihrem Vaterlande die Achtung aller denkenden Soldaten haben."

Und schließlich das Urteil eines prominenten französischen Staatsmannes und Politikers über das Gericht, das Dönitz verurteilte, Pierre

Etienne Flandin, am 18. Dezember 1957: „Bis heute kann eine Gesetzgebung, die nach der Tat erfunden und die von Gerichten angewandt wurde, deren Parteilichkeit offen zutage liegt, nicht als moralisch gültig anerkannt werden."

Das offizielle Deutschland von heute fehlt in dieser Sammlung von Anerkennung, Mitgefühl und Hochachtung. Zwar hat Dönitz auch von Deutschen Tausende von zustimmenden Briefen erhalten, das offizielle Deutschland von heute blieb stumm, ganz zu schweigen von unseren Bußvorbetern, die unsere Vergangenheit vergewaltigen nach dem Spruch, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf". Es darf nicht einer unter den Vergangenen sein, noch dazu ein Mann an erster Stelle, der etwa ein sauberer, anständiger, verantwortungsbewußter Mensch gewesen wäre.

Und als eine Schulklasse in Geesthacht einmal den Versuch unternahm, die deutsche Vergangenheit durch eine Fragestunde mit dem ehemaligen Großadmiral und Reichskanzler als Tatzeugen zu ergründen, da heulte die sogenannte veröffentlichte Meinung der Bundesrepublik Deutschland auf und trieb den verantwortlichen Schulleiter, der sich dem Wunsch seiner Schüler nach Wahrheitsfindung nicht widersetzt hatte, in Verzweiflung und Tod.

Die Schreibtischakteure aber mit ihren sauberen Händen und weißen Westen, die diesen Tod verursacht hatten, sie, die sonst überquellen, wenn es gilt, das eigene Volk zu bezichtigen, sie sparten diesmal ihre Tinte und gingen über ihre eigene Tat mit einem Achselzucken hinweg.

Dönitz oder Rühsen, es sind Einzelschicksale, die untergehen in Millionen von Schicksalen, von denen viele vielleicht noch härter waren als ihres. Aber sie sind beispielhaft, mehr noch, symbolisch für das Gesamterleben unseres Volkes. Darum sei ihrer hier an diesem 20. Jahrestag der deutschen Niederlage gedacht.

Dennoch dürfen wir Hoffnung hegen, daß die 20jährige Gehirnwäsche, der wir unterlagen, doch vergeblich sein wird, Hoffnung, daß persönlicher Mut und unbedingter Wille zur Wahrheit trotz aller Bedrohungen nicht ausgestorben ist.

Ein 19jähriger Schüler, Lutz Fähser, der Sprecher jener Klasse, die den Mut hatte, nach der Wahrheit zu fragen, hat sich trotz allem diesen Mut bewahrt. Er sagte bei der Abschiedsfeier der Abiturienten seines Jahrgangs zu Lehrern, Eltern und Mitschülern:

„In die gleiche Zeit fiel auch die Fragestunde an Großadmiral Dönitz mit ihren unfaßbaren Folgen, die uns eine Mahnung für das Leben

sein mögen: Wir lernten das objektive Quellenstudium, wie es jeder Historiker betreibt, verachten. Wir erkannten, daß nur die Presse, die gar nicht dabei war, den Weg zur Bewältigung der Vergangenheit weisen darf.

Wir lasen, daß das eindeutige Bekenntnis eines alten Mannes zur heutigen Demokratie gefährlich für uns sei, und wir mußten einsehen, daß man als Beamter des Schutzes seiner Behörde nicht unbedingt sicher sein darf, wenn die Presse Einwände hat. Es gab in der damaligen Situation keine Chance, die Öffentlichkeit objektiv aufzuklären.

Das alles wäre zwar höchst alarmierend, aber nicht tragisch gewesen, wenn nicht eine Persönlichkeit, die das Vertrauen der Schüler besaß, den Tod gefunden hätte. Wir wurden in der folgenden Zeit von unseren Vorgesetzten bis hinauf in die Spitzen enttäuscht und endlich über die Wirklichkeit belehrt. Dieser Vertrauensbruch konnte im letzten Jahr nicht mehr überbrückt werden, eine Tatsache, die auch manch einem Lehrer schmerzlich bewußt wurde.

Wir sind jedenfalls gewarnt worden, meine Damen und Herren!"

Zwanzig Jahre nach Jalta

De Gaulles Absage an Europas Zukunft (1965)

Am zwanzigsten Jahrestag der Konferenz von Jalta hielt der französische Staatschef seine halbjährliche Pressekonferenz in Paris ab. De Gaulle hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er die Beschlüsse Stalins, Roosevelts und Churchills auf jener Konferenz, an der er nicht mitwirken konnte, für die Ursache vieler politischer Miseren von heute hält. Wenn wir aber den Text seiner letzten Äußerungen genauer studieren, so ergibt sich, daß weder de Gaulle noch die Weltsituation im allgemeinen sich von Jalta sehr weit entfernt hat.

Zwar wurde der Morgenthau-Plan abgeblasen, nachdem man in London und Washington erstaunt feststellen mußte, daß der „gütige, einsichtige und weise Onkel Josef Stalin" seine beiden großen Gesprächspartner gründlich überfahren hatte. Die Grenzlinien zwischen Ost und West aber, das Vordringen des Moskauer Einflusses in Europa um runde 1000 Kilometer sind geblieben, noch mehr, sie sind zu einem unantastbaren Tabu geworden, auch für de Gaulle.

Und wenn das würdige Trio in Jalta sich in einem Ziel völlig einig war, die Gefahr der deutschen Wirtschaftsmacht endgültig zu vernichten, so ließ uns jetzt der französische Staatspräsident wissen, daß er in Jalta kaum anders entschieden hätte als die drei Großen und auch kaum anders als die Alliierten nach dem ersten Weltkrieg. Er sagte: „Unter dem Druck der überstandenen Prüfungen und der Gefahren, die die Völker des alten Kontinents riskierten, hat man auf vielen Seiten versucht, einen Rückfall in die vergangenen Katastrophen zu vermeiden, indem man das ausmerzte, was die Ursache gewesen war, nämlich die deutsche Macht."

Aber selbst der westdeutsche Rest von Deutschland flößte angesichts „der wirtschaftlichen Expansion, der militärischen Wiedergeburt und des politischen Auferstehens" den westlichen Bundesgenossen „Mißbehagen" ein, während zugleich im Osten „das instinktive Mißtrauen" der Völker von den Sowjets zu einer Propagandakampagne gegen das revanchistische Westdeutschland mobilisiert werde.

De Gaulle sprach sehr ausführlich von der Notwendigkeit, die deutsche Spaltung zu überwinden, da sonst eine Normalisierung der Lage in ganz Europa unmöglich sei. Aber aus dem gesamten Zusammenhang seiner Ausführungen geht eindeutig hervor, daß dieses Deutschland, „das so schreckliche Wunden geschlagen hat", erkennen müsse, „daß jede Lösung, bei der Deutschland Objekt ist, notwendigerweise eine Lösung seiner Grenz- und Rüstungsprobleme in Beziehung zu seinen Nachbarn fordert, im Osten genauso wie im Westen". Ohne diplomatische Verklauselierung heißt das: Die Wiedervereinigung wird von Deutschlands Nachbarn in Ost und West über Deutschland als Objekt beschlossen, nachdem sich das wiederzuvereinigende Deutschland auf die gegenwärtigen Grenzen der Bundesrepublik und der Zone beschränkt und nachdem es Rüstungsverbote auf sich genommen hat, die die Wiedererrichtung der deutschen Macht verhindern.

Warum irgendein kommunistischer Staat der deutschen Wiedervereinigung zustimmen sollte, wenn zum wichtigsten Verhandlungsobjekt, der Grenzfrage, nun auch die vierte der für Deutschland verantwortlichen Mächte sich zu einem Wurf dieser Stichkarte bereit gefunden hat, das konnte uns de Gaulle nicht sagen. Er bietet uns statt dessen eine beglückende Zukunftsvision, in der es ganz einfach keine kommunistischen Staaten mehr gibt, weil die Sowjetunion „sich von der totalitären Unterdrückung" abgewendet und alle ihre Satelliten in eine freie Welt des friedlichen Fortschritts entlassen hat. Dann kommt auch



Charles de Gaulle
(zu: Zwanzig Jahre nach Jalta, S. 15)

Königin Elisabeth II. in der Villa Hammerschmidt mit Bundespräsident Heinrich Lübke und Frau Wilhelmine Lübke
(zu: Elisabeth II. in Deutschland, S. 17)





Winston Churchill
(zu: Der vergessene Churchill, Nachruf zu den Nachrufen, S. 22)

Walter Lippmann, Kolumnist von New York Herald Tribune
(zu: Der Mythos des Mr. Lippmann, S. 35)



die deutsche Wiedervereinigung, im engsten Rahmen freilich, wegen der schlechten Erfahrungen mit dieser Nation. Und alle Völker werden dann — ganz wie bei der moralischen Aufrüstung — einander bei den Händen fassen, „um vom Atlantik bis zum Ural in Eintracht und Zusammenarbeit“ zu leben. De Gaulle ist kein Dummkopf. Er glaubt gewiß nicht an die Wahrheit solcher billigen und verschwommenen Phrasen. Er weiß, daß Politik aus härterem Stoff gemacht wird. Was soll denn aber dieses Gerede, das doch offenbar darauf hinausläuft, sowohl die deutsche Wiedervereinigung wie überhaupt jede selbständige europäische Ordnung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verlegen oder sie ins Belieben der Sowjets zu rücken?

Wir haben schon einmal gewisse Züge von de Gaulles Handeln als Auswege der Verzweiflung zu deuten versucht. Wir finden auch hier keine bessere Deutung. Der notwendige Partner einer großen europäischen Zukunft entzieht sich der Zusammenarbeit. Er hat sich an die Rolle des Unterworfenen gewöhnt und will keine Verjährung seiner Niederlage. Was bleibt übrig, als seine dankbaren Zuhörer mit ein paar großen Gesten und Worten abzuspeisen? Und zugleich dem Gesprächspartner Erhard klarzumachen, daß für ihn nichts mehr im Spiel ist?

Von Amsterdam her warnte Mr. Christian Herter, Sondergesandter Washingtons, mit einem deutlichen Blick auf de Gaulle vor einem „europäischen Europa“! Um es unmißverständlich zu machen, sagen wir es hier noch einmal: Herter warnt vor einem „europäischen Europa“!

Elisabeth II. in Deutschland

Die britische Europa- und Deutschlandpolitik (1965)

Was uns Rundfunk und Fernsehen in diesen Tagen an Berichten zum Besuch der britischen Königin bieten, ist ein ansehnlicher Beweis für die pensionsberechtigte Unfähigkeit, die sich unter dem Lizenzsystem in unseren Rundfunkanstalten versammelt hat. Die Reportagen bestehen fast nur aus Pausen, die von den Sprechern nicht überbrückt werden können, weil ihre Personalkenntnisse offenbar schon hinter den Namen Lübke, Erhard und Gerstenmaier zu Ende sind. So hilft man sich aus mit Bildern vom Schloß von hinten, Schloß von vorn, Fontäne zwischen Bäumen und quälend langweiligen Historien der Schlösser. Kommt

endlich der hohe Gast, so steht vor ihm ein noch höherer Kameramann, dessen Rücken uns das deutsche Fernsehen bietet. Die Queen bleibt unserer Phantasie überlassen.

Noch größer als dieses Versagen in der technischen Leistung aber ist die servile Ehrfurcht vor jedem kleinsten Stück englischer Tradition. Die gleichen Leute, denen jeder Uniformknopf oder jedes Lied von gestern oder vorgestern ein Anlaß zum Abscheu ist, ersticken fast in Devotion, sobald es um die Tradition eines anderen Volkes geht. Sie stellen sich damit jenen Damen unserer Prominenz gleich, die vor Prinz Philip im frischgelernten tiefen Hofknicks versinken.

Die Presse benimmt sich kaum besser. Dabei hätte sie doch die Aufgabe gehabt, neben den selbstverständlichen Höflichkeiten auch einige Tatsachen anzusprechen, die zur Beurteilung dieses Staatsbesuches erwogen werden müssen.

Der letzte Besuch eines britischen Souveräns in Deutschland fand im Jahre 1909 statt. Auch damals gab es Volksbegeisterung, Paraden und sogar Bruderküsse. Doch sie waren falsch. Schon im Jahr zuvor hatte Eduard VII. in Ischl bei Kaiser Franz Joseph den Versuch unternommen, Wien aus seinem Bündnis mit Berlin zu lösen. Er hatte zornige Worte des Verdrusses gefunden, als ihm das mißlungen war, und spann emsig die Fäden nach Frankreich und Rußland weiter.

Deutschland hatte damals für Mitteleuropa eine fast 40jährige Friedenfrist gesichert. Ob wohl die Vorstellungskraft jener jubelnden Zuschauer groß genug war, das weltweite Gemetzel zu ermessen, das nur wenige Jahre später über sie hereinbrechen sollte?

Heute scheint uns der Gedanke, Deutschland und England könnten sich in absehbarer Zeit mit den Waffen in der Hand gegenüberstehen, absurd. Wir Deutschen wenigstens wissen, daß ein weiterer europäischer Bruderkrieg angesichts der gewaltig angewachsenen Macht Moskaus ein Unding, ein endgültiger und sicherer Selbstmord wäre.

Aber wissen das auch die anderen? Außenminister Stewart, der jetzt in Begleitung der Königin reist, ist eben erst aus Prag zurückgekommen, wo er das Münchner Abkommen, das eine englische Regierung vorbereitet und abgeschlossen hat, als „verabscheuungswürdig, ungerecht und kriegsverursachend“ brandmarkte. Damit nicht genug, versicherte Stewart den Prager Kommunisten, daß bei Friedensverhandlungen mit Deutschland die Grenzen der Tschechoslowakei unter keinen Umständen berührt werden würden.

Mr. Stewart überschätzt die Kraft seines Staates. Großbritannien hat

noch eine Garantie zu vollziehen, die es mit einer gleichen antideutschen Zielsetzung gab. Er scheint auch zu vergessen, daß die osteuropäischen Zwischenstaaten, die von England als Instrumente einer antideutschen Politik künstlich ins Leben gerufen worden waren, inzwischen ein Opfer der weltkommunistischen Eroberung Moskaus geworden sind. Er übersieht auch, daß die Bindestrich-Nation der Tschechoslowaken eine der unglücklichsten, ungerechtesten und gefährlichsten Retortenschöpfungen von Versailles war.

Wir wissen leider, daß Mr. Stewart in seiner Partei zahlreiche Genossen hat, die lieber jenseits der Mauer, die Berlin und ganz Europa zerschneidet, zu Gast sind als diesseits dieser Mauer. Wir wissen damit auch, daß es notwendig ist, diesem britischen Staatsbesuch in Westdeutschland und Westberlin eine ganz besonders starke und tiefgehende Wirkung zu wünschen.

Die „Neue Zürcher Zeitung" meint angesichts dieser Ereignisse: „Diese Spezialisten des Deutschenhasses in der Beaverbrook-Presse und in einigen Linkskreisen tauchen die Feder weniger tief in den Gifttopf als früher." Dieses „weniger tief" ist nicht genug, denn es bleibt immer noch so viel Gift an den Federn hängen, um damit die Geschäfte des Ostblocks zu fördern, der genau weiß, warum er jetzt seine Anstrengungen zur Diffamierung der Bundesrepublik verdoppelt.

England gefällt sich immer noch in seinen Träumen einstiger Weltmacht. Es glaubt, in Europa immer noch sein altes zerstörerisches Schaukelspiel treiben zu können. Es schadet damit nicht nur Europa, sowohl den kommunistisch versklavten Völkern wie den restlichen Staaten, sondern es verspielt seine eigenen Chancen, die es in Europa noch haben könnte.

Darum wollen wir einen Kraftakt des Optimismus leisten in der Hoffnung, daß der Besuch von Königin Elisabeth II. in Deutschland nicht nur eine mühsame Pflicht, eine unabwendbare Routine bleibt, sondern zu neuen Einsichten und zu einer Wendung der englischen Haltung gegenüber uns Deutschen und unserem Erdteil führen möge.

Taylor gegen die Wiedervereinigung

Der britische Standpunkt zur Deutschlandfrage (1965)

Mit bemerkenswerter Offenheit hat sich der bekannte britische Historiker A. J. P. Taylor im „Sunday Express“ für die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands ausgesprochen. Die Meinung Taylors ist um so bemerkenswerter, als dieser notorische Deutschenhasser einer jener Historiker ist, die energisch Deutschlands Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestreiten. Seine geschichtlichen Auffassungen, die sich weitgehend mit denen von Prof. Barnes, Hoggan u. a. decken, dürften also jetzt noch „unverdächtiger“ sein, nachdem sich Taylor erneut als Hasser Deutschlands bestätigte.

Bevor wir von Wiedervereinigung sprechen, sollten wir genau umreißen, was darunter verstanden wird: Widerherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1914, von 1937, von 1939 oder nur Wiedervereinigung der beiden Restteile, die sich nach dem Willen der Sieger von Potsdam noch deutsch nennen dürfen.

Die USA haben uns mittlerweile recht unmißverständlich wissen lassen, daß sie selbst eine Wiedervereinigung der beiden Restteile nur zu fördern bereit seien, wenn wir auf den gesamten übrigen Bestand deutschen Heimatbodens verzichten.

Was sie für diesen Verzicht als Gegenleistung bieten — außer allgemeinen Deklamationen —, das haben sie nicht gesagt.

Dafür hat sich der englische Historiker Taylor um so deutlicher ausgesprochen. Ihm ist auch die Wiedervereinigung des Rests noch zuviel, und er schrieb in dem Londoner Massenblatt „Sunday Express“ einen Leitartikel mit der Überschrift: „Laßt Großbritannien diesem bösen Traum ein Ende bereiten!“

Die deutsche Regierung, meint Taylor, wisse genau, daß der Gedanke einer Wiedervereinigung eine Chimäre sei. Man könne von ihr in einem Wahljahr auch nicht verlangen, daß sie von sich aus diese Erkenntnis verkünde. Mr. Johnson im Weißen Haus sei zuviel mit anderen Dingen beschäftigt. Also habe die britische Regierung allein „die große Chance“, die Wahrheit zu sagen und allen leeren Beteuerungen über die Wiedervereinigung der beiden Teile ein Ende zu bereiten.

Denn niemand denke daran, sich ernstlich für die Wiedervereinigung einzusetzen. „Die Teilung entstand durch Zufall, aber sie hat sich als ein wunderbares Glück für uns alle erwiesen.“ „Wir mögen der Mei-

nung sein, daß die Teilung für die Deutschen hart ist. Aber man bedenke, was ihnen damit erspart worden ist: die Versuchung nämlich, einen neuen Krieg zur Beherrschung Europas anzufangen." „Wir sollten deshalb den Tatsachen ins Auge sehen. Wir können nur sicher sein, wenn Deutschland geteilt bleibt." Und schließlich: „Worauf es ankommt, ist nicht, daß die Deutschen wiedervereint, sondern daß sie frei sind. Sie können nur frei sein, solange sie uneinig sind."

Wir wollen einmal davon absehen, welch schäbigen Begriff von der Freiheit eines Volkes der Demokrat Taylor hat. Wir müssen uns aber wohl klar darüber werden, daß hier nicht eine einsame Stimme gegen den Wind sprach. Taylor spricht aus, was auch Johnson und Wilson meinen, aber sich bisher auszusprechen hüteten.

Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit und auf seinem Platz in der Mitte Europas ist zu stark, als daß es sich nach dem Belieben seiner Nachbarn herumstoßen ließe. Also wurde es — ganz gewiß nicht zufällig — geteilt, auf daß sich seine Kräfte zersplittern und gegeneinander paralysieren mögen.

Daß diese Rechnung nicht aufgeht, daß die beiden Teile Deutschlands so wenig freiwillig getrennt wurden wie damals Deutsch-Österreich von den übrigen Deutschen, daß sie schon gar nicht getrennt bleiben wollen, daß die Zone von sowjetischen Divisionen besetzt ist und zur Speerspitze der kommunistischen Expansion gemacht wurde, all das spielt dabei offenbar keine Rolle.

Die Regierung Wilson jedenfalls hält die Lage in Europa für so weit im berühmten Gleichgewicht, daß sie sich mit beträchtlichen Mitteln der Verteidigung Malaysias widmen zu können glaubt. Eine Labour-Regierung, die ihre Möglichkeiten und Notwendigkeiten in Europa nicht sieht, die aber im Fernen Osten den kümmerlichen Überbleibseln des britischen Empires nacheilt, ist eine lohnende Aufgabe für den Psychiater und für den Komödienschreiber. Doch sie ist eine Tatsache, mit der wir uns abzufinden haben.

Womit wir uns nicht abfinden dürfen, ist die Unglaubwürdigkeit, in die unser Wille zur Wiedervereinigung geraten ist. Die Teilung Deutschlands ist nur dann ein Problem für die Umwelt, wenn sie ein echtes Problem ist! Das heißt, wenn sie die Gemüter so erregt und erhitzt, daß die Gefahr eines Brandes zur politischen Aktion zwingt.

Der ganze systematisch geführte Abbau des nationalen Denkens, die Verfolgung und Unterdrückung jeder kleinsten Vereinigung, die sich auch nur national zu nennen wagt, ist gezielt auf die Umerziehung un-

seres Volkes zur nationalen Gleichgültigkeit bis zur Selbstaufgabe, ist also gezielt auf die Erhaltung der deutschen Teilung, die nach Taylor so beglückend für die gesamte Umwelt ist.

Wir sollten den Herren Rusk, McCloy und Taylor ihre Offenheit nicht vorwerfen, sondern ihnen dafür danken. Sie verraten uns, was wir von ihnen in der wichtigsten Lebensfrage unseres Volkes und unseres Erdteils zu erwarten haben. Sie verraten uns, was man in Bonn schon immer hätte wissen müssen, nämlich, daß es kein Selbstbestimmungsrecht gibt, welches wir vor irgendeinem Gerichtshof einklagen könnten, sondern daß ein Volk nur so viel Selbstbestimmung und Freiheit hat, wie es aus eigener Kraft verwirklichen kann.

Der vergessene Churchill

Nachruf zu den Nachrufen (1965)

„Ah, das blutige Vieh ist tot!" rief Winston Churchill seinen Mittagsgästen zu, als er von der viehischen Ermordung Mussolinis erfuhr. Er sandte der Witwe seines „großen und guten Freundes" kein Beileidsschreiben, sondern tilgte aus seinen Memoiren jeden Hinweis darauf, daß er 1927 den Duce besucht und ihn noch am 26. September 1935 als „großen Mann und weisen Herrscher" gerühmt hatte, der die Welt vor der „schändlichen Äfferei des Bolschewismus" gerettet habe.

Großmut des Siegers kann man Sir Winston Churchill nicht nachsagen, so wenig wie man Würde des Besiegten in den vielen Nachrufen finden kann, die deutsche Blätter und Rundfunkanstalten jetzt so verschwenderisch über ihm ausschütten.

Ihnen, den deutschen Kommentatoren, und nicht dem Toten, den Lob und Schimpf nicht mehr berühren können, seien einige nüchterne Zitate gewidmet, um sie vor der „Sünde des Vergessens" zu bewahren, einer Sünde, vor der uns Altbundespräsident Heuss so nachdrücklich gewarnt hat.

Diese Nachrufe vergessen, daß das „britische Streitroß", „Englands Wunderwaffe", keineswegs eine verbissene Bulldoggennatur war, sondern sich in Neigung und Abneigung sehr impulsiv und geschmeidig wandeln konte. Bas Beispiel Mussolini ist dafür ebenso bezeichnend wie Churchills Haltung gegenüber der „schändlichen Äfferei des Bolschewismus". Schon am 11. Januar 1919 hieß es: „Von allen Tyranneien der

Geschichte ist die des Bolschewismus die schlimmste, die vernichtendste, die erniedrigendste. Es ist reiner Humbug, vorzugeben, sie sei nicht viel schlimmer als der deutsche Militarismus. Das Elend, das das russische Volk unter den Bolschewisten erleiden muß, übertrifft bei weitem alles, was es unter den Zaren ertragen mußte." Und noch am 20. Januar 1940, während des sowjetisch-finnischen Winterkrieges, sagte Churchill: „Wir alle können nun sehen, wie der Kommunismus die Seele einer Nation verdirbt, wie er sie im Frieden gemein und hungrig, im Kriege niedrig und verabscheuungswert macht."

Zwei Jahre später hörten wir den Kreuzzügler vor dem Unterhaus ausrufen: „Mein Herz hat für Rußland geblutet . . . Stalin hinterließ in mir den Eindruck, daß er voll tiefer, abgeklärter Weisheit ist . . . "

Als General Franco Churchill am 21. Februar 1943 in einem Brief davor warnte, daß ein Sowjetdeutschland entstehen könnte, „daß an Rußland seine Kriegsgeheimnisse, seine Ingenieure, seine Techniker, seine Spezialisten abgibt und damit Rußland in die Lage versetzt, ein ungeheures Weltreich zu schaffen", da erhielt er zur Antwort: „Unsere Auffassung ist gerade die entgegengesetzte! Glauben Sie wirklich, daß eine einzige Nation stark genug sein könnte, um Europa nach dem Kriege zu beherrschen? Gerade Rußland ist mehr als alle anderen Nationen gezwungen, sich dem Wiederaufbau im größten Maßstabe zu widmen, und es bedarf dazu der Hilfe Englands und der USA. Ich wage die Voraussage, daß die stärkste Militärmacht nach dem Kriege England sein wird."

Aber schon drei Jahre später erkennt der Staatsmann Churchill: „Ich fürchte, schreckliche Dinge haben sich während des russischen Vordringens durch Deutschland an die Elbe ereignet. Der beabsichtigte Rückzug der amerikanischen Armee auf die vorgesehenen Besatzungslinien . . . würde bedeuten, daß die Flut russischer Herrschaft auf einer Breite von 300 bis 400 Meilen um weitere 120 Meilen vorwärtsfegt. Das würde ein Ereignis sein, daß, wenn es stattfindet, eines der düstersten der Geschichte wäre."

Wie Mussolini und die Sowjets, so schwankte auch das Bild Polens in Churchills Augen von einem Volk „mit der Gefräßigkeit einer Hyäne" zu einem leidvollen Lande, dessen Freiheit einen Krieg wert war, einen offenbar sinnlosen Krieg, denn Polens Freiheit ging darin endgültig verloren.

Auch Frankreich wandelte sich von einem „heroischen Verbündeten" mit einer „unbesiegbaren Armee" nach der Kapitulation zu einem häß-

lichen Verräter, dessen Tat Churchill „mit Schmerz und Verblüffung“ zur Kenntnis nimmt. Er begnügt sich nicht mit Worten, sondern gibt den Befehl, die Flotte des Verbündeten, die abgerüstet in Mers el Kebir und in Dakar liegt, zu überfallen und blutig zusammenzuschießen, obgleich man auch in London wissen mußte, daß Darlan die Weisung erteilt hatte, keines der Schiffe in deutsche Hände fallen zu lassen. Es ist nicht bekannt, ob auch nur ein englischer Marineoffizier oder Matrose sich der Ausführung dieses Befehls widersetzt hat. „Das Kriegskabinett“, berichtet Churchill, „zögerte keinen Augenblick.“

In den deutschen Trauerreden vermißt man auch die Erwähnung der großen Beweglichkeit Churchills gegenüber Deutschland. Am 3. März 1919, also vier Monate nach dem Ende des ersten Weltkrieges, unterrichtete Churchill das Unterhaus — unter Überwindung moralischer und völkerrechtlicher Bedenken: „Wir haben alle unsere Zwangsmittel in voller Tätigkeit oder zum sofortigen Einsatz bereit. Wir führen die Blockade mit Nachdruck durch ... Deutschland ist sehr nahe am Hungertode ... jetzt ist daher der Augenblick gekommen zu verhandeln.“

Doch rasch wird das geschlagene Land wieder interessant. Schon im März 1920 empfiehlt Winston Churchill in einer Denkschrift für Lloyd George, Deutschland als Bollwerk gegen die Sowjets aufzubauen. Von diesem Grunde her wächst wohl auch die Anerkennung und Bewunderung, die er Hitler zollt. 1935 heißt es: „Die Meisterleistung, mit der der Spieß gegen die selbstgefälligen, unfähigen und verblendeten Sieger umgedreht wurde, verdient als historisches Wunder anerkannt zu werden, als ein Wunder, das von der persönlichen Leistung und dem unbändigen Kampfgeist eines einzelnen Menschen nicht zu trennen ist.“ Zwei Jahre später: „Man kann Hitlers System mit Abneigung gegenüberstehen, aber trotzdem seine patriotischen Großtaten bewundern. Sollte unser Land einmal besiegt werden, so hoffe ich, daß wir einen Vorkämpfer des gleichen Schlages finden, der imstande ist, unseren Mut neu zu beleben.“

Aber im November 1936 sagt Churchill zu dem amerikanischen Geschäftsmann und General Robert E. Wood: „Deutschland wird zu stark, wir müssen es zerschlagen.“ Und am 21. September 1943 im Unterhaus: „Es gibt kein Ausmaß des Schreckens, dessen wir uns nicht bedienen werden, um die Ausrottung der Nazityrannei zu erreichen.“

Das Ausmaß des Schreckens kennt keine Grenzen und kein Gebot. Der Krieg gegen Frauen und Kinder, schon im Burenkrieg und in der Hungerblockade gegen Deutschland praktiziert, wird im Bombenkrieg

technisch vollendet. Als selbst Bombermarschall Harris auf die militärische Sinnlosigkeit des befohlenen Angriffs auf Dresden hinweist, erhält er von Churchill die Auskunft: „Wir müssen unserem Freunde Stalin eine kleine Aufmunterung geben."

Das oberste Ausmaß des Schreckens wurde durch Unconditional Surrender und den Morgenthauplan gesetzt. In beiden Fällen weist Churchill die Hauptschuld seinem Kollegen Roosevelt zu. Die bedingungslose Übergabe war zweifellos die politische Entscheidung, die in Europa und im Fernen Osten die höchsten Blutopfer gefordert hat, auf beiden Seiten der Fronten. Churchill wußte das, aber er stimmte zu. Daß der Morgenthauplan nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zerstören würde, erkannte der britische Kriegslord ebenfalls. Erst durch das Versprechen einer großen, dringend benötigten Dollaranleihe ließ er sich zur Bejahung dieses Vernichtungsplanes bewegen.

Doch wiederum drehte sich der Wind. Nach der zermalmenden Einsicht in die Folgen seines totalen Sieges bekundet Churchill: „Es hat mich erstaunt, daß jemand sich einzubilden vermochte, dieses machtvolle und tatkräftige Deutschland solle dazu verdammt sein, eine Art Niemandsland in Europa zu bleiben."

So löst denn Churchill die Bombe von Fulton aus: „Ein Eiserner Vorhang hat sich von Stettin bis Triest über den europäischen Kontinent gesenkt." Truman hörte es schockiert...

Die Einsicht kam spät. Wir wissen heute noch nicht, ob zu spät. Am 19. Juli 1940 hatte Hitler noch einmal den Ausgleich mit dem englischen Gegner gesucht, um „namenloses Leid und Unglück zu verhindern . . . In dieser Stunde fühle ich mich verpflichtet, vor meinem Gewissen noch einmal einen Appell an die Vernunft auch in England zu richten. Ich glaube dieses tun zu können, weil ich ja nicht als Besiegter um etwas bitte, sondern als Sieger nur für die Vernunft spreche. Ich sehe keinen Grund, der zur Fortführung dieses Kampfes zwingen könnte... und Herr Churchill sollte mir dieses Mal vielleicht ausnahmsweise glauben, wenn ich als Prophet folgendes ausspreche: Es wird dadurch ein großes Weltreich zerstört werden, ein Weltreich, das zu vernichten oder auch nur zu schädigen niemals meine Absicht war."

Churchill aber blieb bei seinem Rezept vom 3. September 1939: „Dieser Krieg ist Englands Krieg. Sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands."

Die Folgen der Bombe

Japans Kapitulation 1945 und der weltweite Sieg des Kommunismus (1965)

Der zweite Weltkrieg war mit der deutschen Kapitulation nicht zu Ende. Im Fernen Osten erreichte er noch einmal einen Höhepunkt, den schrecklichsten Gipfel technisch perfekten Massenmordes. Von Insel zu Insel hatten sich die amerikanischen Streitkräfte immer näher an das japanische Mutterland herangekämpft. Auch für Japan dämmerte die Einsicht, daß kein Wunder mehr die Niederlage abwenden würde. Seit der Landung der Amerikaner auf Leyte in den Mittelphilippinen erreichten die B 29 in Tages- und Nachtflügen die japanischen Großstädte. Mit der Besetzung Manilas am 25. Februar 1945 hatte eine zweite, weit intensivere Etappe dieser Luftangriffe begonnen. Die Hauptstadt erlitt schwere Verluste durch Flächenbrände nach Hamburger oder Dresdner Muster. Das japanische Nationalheiligtum in Ise und der Kaiserpalast in Tokio wurden durch Brandbomben beschädigt, Ereignisse, die die Bevölkerung schwer erschütterten, in ihrem Widerstandswillen aber nur festigten.

Die dritte und letzte Etappe wurde mit der Landung auf Okinawa am 1. April eingeleitet. Die Japaner verteidigten in für beide Teile sehr verlustreichen Kämpfen jede Handbreit Boden auf dieser Insel, denn sie bildete das Sprungbrett gegen Japan. Kamikazeflieger und Kampfschwimmer opferten sich im Kampf um Okinawa auf. Erst nach zwei Monaten erlosch die Kraft der Verteidiger.

Damit war der Ring um Japan geschlossen — bis auf die östliche Flanke, bis auf die Grenze gegen die Sowjetunion. Japan war mehrfachen, freilich verspäteten Ansuchen Deutschlands ausgewichen, die Kwantungarmee aus Mandschukuo gegen die fernöstliche Armee der Sowjets antreten zu lassen. Tokio wollte seine Kräfte nicht verzetteln und bemühte sich auch jetzt noch, die Sowjets nicht zu provozieren. Es gab seine Öl- und Kohlekonzessionen auf Nordsachalin den Sowjets preis und ließ selbst die amerikanischen Waffentransporte nach Wladiwostok durch seine Hoheitsgewässer passieren.

Doch alle Vorsicht blieb fruchtlos. Am 5. April 1945 kündigte Moskau den Nichtangriffspakt, den der damalige Außenminister Matsuoka mit Stalin 1941 in Moskau unterzeichnet hatte. Der Vertrag hatte zwar nach der Kündigung noch eine Laufzeit von einem Jahr, doch solche

völkerrechtlichen Sicherungen waren kein Trost für die Japaner, die ihren westlichen Nachbarn nur zu genau kannten.

Der neue Ministerpräsident Kantaro Suzuki, seit dem 7. April im Amt, sah das Verhängnis von allen Seiten gegen Japan androhen. Er war der erste zivile Ministerpräsident Japans während des Krieges, ihm fiel damit die schwerste und undankbarste Aufgabe zu, die das Schicksal einem Staatsmann stellen kann. Er streckte Friedensfühler nach Washington aus. Sie blieben ohne Antwort. Er erprobte andere Wege, wieder ohne Erfolg. So entschloß er sich Anfang Juli zu einem offiziellen Schritt. Er wandte sich an den Kreml, mit dem immer noch diplomatische Beziehungen bestanden, und ersuchte um eine Vermittlung bei der US-Regierung. Suzuki hoffte, bei Truman auf eine realistischere Betrachtung der Weltlage rechnen zu können als bei Roosevelt, der am 12. April gestorben war.

Diese Hoffnung trog; weder aus Moskau noch aus Washington kam eine Antwort. Truman blieb in den Fußstapfen seines Vorgängers und verzichtete darauf, selbst in diesem späten Stadium des Krieges, der Katastrophe ins Auge zu blicken, die der nahe Sieg zur Folge haben mußte. Es blieb bei der bedingungslosen Kapitulation. Auch Truman wollte durch keine militärische, politische oder auch nur propagandistische Einsicht oder Fessel gehindert sein, die verbrecherischen Irrsinnspläne von Teheran, Jalta und Potsdam zu verwirklichen. Japan sollte als Machtfaktor ausgelöscht werden wie Deutschland. Selbst die ost- und südostasiatischen Besitzungen und Stützpunkte der verbündeten Engländer, Franzosen und Holländer würden nach den Plänen und Abreden Roosevelts mit Stalin nicht wieder in die Verfügungsgewalt der früheren Besitzer zurückkehren. Europa sollte kein Störungsfaktor der Zusammenarbeit zwischen Washington und Moskau mehr sein.

Wie in Europa wurde auch im Fernen Osten ein gewaltiges Machtvakuum aufgerissen. Wie in Europa wurde auch in Ostasien die kommunistische Weltmacht förmlich herbeigezogen, um dieses Vakuum zu füllen.

Am 10. Juli wurden in Washington Gerüchte über ein Friedensangebot Japans dementiert. Die Gerüchte aber hielten sich so hartnäckig, daß sich das State Department genötigt sah, am 18. Juli erneut bekanntzugeben, es hätte keinerlei Angebote der Japaner, weder über Moskau noch auf anderen Wegen, erhalten. Beide Dementis wurden wenig spä-

ter durch eine eindeutige Erklärung Moskaus Lügen gestraft. An der Haltung Trumans änderte sich nichts.

So zog das Unwetter seine Wolken um das Inselreich dichter und dichter zusammen und entlud sich mit drei furchtbaren Blitzen: Am 6. August fiel die erste Atombombe auf Hiroshima. Am 8. August erklärte die Sowjetunion Japan den Krieg. Am 9. August fiel die zweite Atombombe auf Nagasaki.

Während man in Nürnberg die Rache des Siegers mit hochtönenden Phrasen von Menschheit und Menschlichkeit dekorierte, wurde im Fernen Osten die Massenmordmaschinerie der GPU gegen Japan und China entfesselt, wurden zwei offene Städte mit Hunderttausenden von Zivilisten nach mehrfachen Friedensangeboten mit Hilfe der modernsten Völkermordwaffe zu Asche verbrannt.

Der amerikanische Präsident war mit dem Gang der Dinge zufrieden. Er erhielt die Nachricht von der Vernichtung Hiroschimas beim Frühstück auf seiner Jacht. Harriman Smith berichtet unter dem 6. August 1945: „Der Präsident nahm die Nachricht in freudiger Erregung auf. Er schüttelte Captain Graham die Hand und rief: ‚Das ist das größte Ereignis der Weltgeschichte!' . . . Geradezu im Laufschritt eilte Mister Truman durch das Schiff, um überall die Neuigkeit bekanntzugeben. Ein breites, stolzes Lächeln lag um seinen Mund."

Am 9. August hielt Truman eine Radioansprache an die amerikanische Nation. Nach ausführlicher Darstellung der geplanten weiteren Vernichtung der deutschen Industrie sagte er über die Atombombe: „Wir haben die Bombe verwendet, um den Krieg abzukürzen und um das Leben Tausender junger Amerikaner zu erhalten. Wir werden mit ihrer Verwendung fortfahren, bis wir die Fähigkeit Japans, Krieg zu führen, vollständig zerstört haben. Nur die Kapitulation Japans wird uns aufhalten können."

Als Präsident Truman drei Jahre nach dem Krieg den ersten Deutschen, Dr. Gerstenmaier, im Weißen Haus am Vormittag des 18. April 1948 empfing, erklärte er seinem Besucher: „Der Tag, an dem ich zum erstenmal den Abwurf von Atombomben befohlen habe, war der schrecklichste meines Lebens."

Truman verwarf auch die letzte Bedingung, unter der Japan sich zu unterwerfen bereit war: die Erhaltung des Kaiserhauses.

Am 14. August verkündete der Tenno dem atemlos aufhorchenden

japanischen Volk die erste Niederlage in der 2600jährigen Geschichte des „nie besiegten Nippon".

Die Folgen, die von jedem Hilfsschüler voraussehbaren Folgen der Ausmerzung der beiden antikommunistischen Mächte in Ost und West, traten mit der Selbstverständlichkeit von Naturgesetzen ein. Die rote Flut brach ungehemmt durch die zerstörten Dämme, rollte bis tief nach Mitteleuropa und überflutete ganz Festlandchina. Die Geisteskrankheit des weißen Mannes, der den Dammbruch verursacht hatte, trieb weiter ihre Früchte. Tschiang Kai-schek wurde durch General Marshall, weil er sich durchaus nicht mit dem „Bodenreformer" Mao Tse-tung verständigen wollte, so lange von jeder militärischen Hilfe abgeschnitten, bis Maos Armee — von den Sowjets unterstützt und mit reichem Beutegut aus japanischen Armeelagern versehen — Herr der Lage geworden war. Die „Säuberungen" des Agrarreformers, die bis ins letzte Dorf getrieben wurden, forderten nach den Schätzungen der Sachkenner 20 bis 30 Millionen Menschenleben.

Indonesien wurde unter massivem amerikanischem Druck von den Holländern aufgegeben, aus Indochina wurden die Franzosen vertrieben, aus Korea die Japaner, und das befreite Indien teilte sich in blutigen Kämpfen in zwei Staaten und drei Teile. Tibet wurde eine spätere Beute der Chinesen.

In Europa konsumierten die Sowjets die ihnen überlassenen Gebiete. Ein Dutzend europäischer Völker verloren ihre Freiheit. Im westlichen Rest Deutschlands ging man mit Verve an den freiwilligen geistigen Selbstmord mit Kollektivscham und -schuld. Wegen der Vergangenheit ließ man sich auch die Gegenwart aufs Schuldkonto laden, obgleich die Sieger mit der bedingungslosen Kapitulation auch die bedingungslose Verantwortung für ihre ewige Friedenslösung auf sich genommen haben. Heute arbeiten viele fleißige Federn daran, die Schuld am dritten Weltkrieg vorsorglich in Deutschlands Hauptbuch einzutragen.

Diese Verlagerung der Schuld aber hat ihren historischen Sinn. Sie enthebt die Verantwortlichen der Mühe, über die eigenen Fehler nachzudenken und vielleicht in spätester Stunde die Wegweiser umzustellen. Man bleibt zäh bei den alten Rezepten, auf den alten Wegen. Wenn Korea, Indochina, die Berliner Mauer, die verminte Zonengrenze, die verminten Ostgrenzen Österreichs, wenn Kongo und Kenya, Kuba und Santo Domingo kein Anlaß zum Umdenken waren, dann ist es schwer,

sich künftige Ereignisse auszumalen, die noch rechtzeitig genug eine geistige Heilung bewirken könnten.

Mit geistigen Spielereien wie China als Helfershelfer in europäischen Angelegenheiten wird man sich auf die Dauer nicht behelfen können, angesichts der Tatsache, daß Peking den Streit der Rassen am lautesten verkündet. In diesem Streit, der unser Jahrhundert immer stärker beherrscht, wird sich auch Japan nicht auf die Dauer im westlichen, das heißt im weißen Lager finden.

Freiheit aus fremder Hand?

Atomstreitmacht und Pazifismus (1965)

Die Pariser NATO-Tagung fand in dem Lande statt, das als europäischer Brückenkopf der wichtigste diesseitige Partner der „Nordatlantischen Vertragsorganisation" ist, das aber zugleich als der widerspenstigste Teilhaber des Bündnisses auftritt. De Gaulles Unmut gründet sich darauf, daß die beiden Atommächte in der NATO, die USA und Großbritannien, Frankreich die Gleichberechtigung verweigern und seine Forderung eines Dreierkollegiums zurückgewiesen haben.

Frankreich hat auf dieser NATO-Tagung auch wieder seine alte Rechnung wegen Indochinas präsentiert und sich damit den Gründen des USA-Vizeaußenministers George W. Balls verschlossen, der um Verständnis für die Haltung seines Landes im Vietnamkonflikt ersuchte.

Für weitere Unruhe sorgte diesmal auch Bundesaußenminister Schröder, indem er in einem Zeitungsinterview eine für Bonner Verhältnisse außerordentlich drastische Erklärung zur Atombewaffnung abgab. Schröder — beunruhigt durch amerikanische Äußerungen, man solle das MLF-Projekt in Verhandlungen mit den Sowjets fallenlassen — hat erklärt, die Bundesrepublik könne einem Abkommen zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Atomwaffen nur beitreten unter zwei unabdingbaren Voraussetzungen: 1. automatische Sicherung durch atomare Deckung gegen einen atomaren Angriff und 2. Zustimmung der Sowjetunion zu eindeutigen und unwiderruflichen Maßnahmen in Richtung auf die Wiedervereinigung Deutschlands.

Ins Positive gewendet heißt das: Bonn wird nach eigenen Atomwaf-

fen streben, wenn ihm nicht eine ausreichende Mitbestimmung an der atomaren Vergeltungsstrategie eingeräumt wird und wenn die Sowjets weiterhin einen Teil Deutschlands als Angriffsbasis gegen den anderen Teil verwenden.

Und noch deutlicher heißt das: Bonn wird nach Atomwaffen streben.

Denn Moskau wird seine weltrevolutionäre Aggression erst aufgeben, wenn es sich in einem revolutionären Umbruch unvorstellbaren Ausmaßes völlig „gewandelt" haben sollte. Und atomare Vergeltung kann nur ein Staat glaubwürdig androhen, der über eigene Atomwaffen verfügt.

Es ist durch zahlreiche offizielle und inoffizielle Äußerungen von Politikern und Militärs der Atommächte hinreichend deutlich gemacht worden, daß sie in eine atomare Auseinandersetzung nur dann eintreten werden, wenn ihr eigenes Territorium atomar bedroht wird. Kein Staatsmann in der Welt kann es verantworten, sich der Vernichtungskraft der modernen Waffen auszusetzen, um ein anderes Land vor diesem Schrecken zu schützen. Nur eigene Atomwaffen — und wenn es sich nur um ein Dutzend Bomben des Wirkungsgrades jener Hiroshimabombe handelt — sind geeignet, einen Angreifer abzuschrecken, denn es gibt wohl kaum ein Angriffsziel, dessen Eroberung die Vernichtung von zwölf eigenen Großstädten wert wäre.

Die unermüdliche Hetzkampagne des gesamten Ostblocks gegen das „atomsüchtige Bonn der revanchistischen Hitlergeneräle" ist unmißverständlich darauf gerichtet, sich die Tür zu dem wichtigsten Angriffsziel in Europa offenzuhalten. Atomfreie Zonen, atomfreies Friedensmeer Ostsee, das kann man auch umschreiben mit Angriffszielen für die benachbarte Macht, die nicht daran denkt, ihre nuklearen Waffen aus der Hand zu geben.

Es ist das große Mißverständnis unserer neutralistischen Friedensfreunde, daß sie meinen, sie könnten im Schatten eines Vernichtungskrieges der Großen getrost sitzenbleiben, wenn sie nur die Hände von den Atomwaffen fernhielten. Der große Orlog der Großen ist sehr, sehr unwahrscheinlich. Der „kleine" Krieg aber ist seit 1945 überall in der Welt weitergeführt worden. Es ist sehr viel eher möglich, daß die Großen, wenn solch ein kleiner Krieg sich auszuweiten droht, ihre Atomwaffen beiderseits in jenen Gebieten abladen, aus denen, da atomfrei, keine Vergeltung droht.

Freiheit und Frieden, Wunschziele der Menschheit seit ihrem Bestehen, sind nur durch Waffen erreicht und verteidigt worden. Unsere

Zeit, die von der Abschaffung des Krieges durch Massenpalaver träumt, hat die scheußlichsten Massenvernichtungskriege der Weltgeschichte erlebt. Die Weltfriedensstreitmacht der Weltfriedensorganisation (UNO) ist ein Widerspruch in sich selbst, ein Bankrott der Gedanken und Ziele dieses New Yorker Monstrums. Anstatt weiterzuträumen, wäre es an der Zeit, die nüchternen und bitteren Erkenntnisse aus unserem Erleben zu ziehen.

Freiheit und Frieden werden auch heute durch Waffen verteidigt. Wer auf die verzichtet, verzichtet auf Freiheit und Frieden, verzichtet auf Selbstbestimmung, auf Politik überhaupt. Bewaffnung aber ist keine Bewaffnung, wenn in ihrem Arsenal die wirksamste Waffe fehlt, über die jeweils irgendein anderes Volk verfügt.

Politik der Illusionen

Bonns Atomrüstungspläne und die kommende Entwicklung (Ende 1965)

Während Bundeskanzler Erhard sich bereit macht, nach Washington zu reisen, um dort Schröders totgeborenem Lieblingskind MLF neues Leben einzuhauchen, hat ein Sprecher des Pentagon bekanntgegeben, daß bereits seit Jahren Atomwaffen auch im Besitz des deutschen NATO-Verbündeten seien.

Die Flugzeuge und Raketen von neun Verbündeten, nämlich England, Belgien, Kanada, Frankreich, Griechenland, Italien, Holland, der Türkei und Westdeutschland, wären mit amerikanischen Atomsprengköpfen ausgestattet, die freilich nur auf Befehl des amerikanischen Präsidenten gestartet und gezündet werden könnten. Im Laufe der letzten vier Jahre hätten die USA diesen Atomwaffenbestand in den Händen ihrer europäischen Verbündeten beträchtlich vermehrt.

Die Frage, warum dieses „Geheimnis", das schon in den Jahren 1963 und 1964 durchgesickert war, jetzt aller Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, können wir uns wohl damit beantworten, daß Washington seinen Moskauer Gesprächspartnern das häufigst gebrauchte Argument aus der Hand winden will, daß nämlich jede Beteiligung der Bundes-

republik Deutschland an nuklearen Waffen jede Aussicht auf Entspannung zunichte mache.

Die Frage aber, warum Bonn bei dieser Sachlage so heftig nach der Überwasseratomflotte drängt, bleibt unbeantwortet. Man würde sich damit eine schwere Belastung unseres Rüstungsetats aufhalsen, ohne auch nur einen Schritt näher an den Drücker zu kommen, und man gibt der sowjetischen Propaganda gegen die „atomsüchtigen westdeutschen Revanchisten" neue Nahrung. Diese MLF ist ein — wie gesagt — totgeborenes Kind, allein schon deswegen, weil eine national buntgemischte Mannschaft eine hübsche Sache für ein Landschulinternat, aber nichts für ein Kriegsschiff ist.

Wenn es schon eine Illusion ist, wir könnten uns Schritt um Schritt an die Verfügungsgewalt über die bereits in unserem Besitz befindlichen Atomwaffen heranschmuggeln, so ist es doch utopisch, wir könnten das über die MLF erreichen, ein vages Projekt, das von Amerika vielleicht nur deswegen zu einem Ballon aufgeblasen wurde, um es als Beweis seines Entspannungswillens eines schönen Verhandlungstages platzen zu lassen.

Auch das wäre nur eine Illusion, über deren Naivität man lächeln könnte, wenn sie nicht so gefährlich wäre. Mit welcher Leidenschaft die unglückliche Illusion gepflegt wird, man könne Uncle Joe oder irgendeinen seiner Nachfolger durch Nachgiebigkeit zu einem großzügigen Kompromiß erweichen, zeigt ein großer Erinnerungsartikel für Kennedy in der „New York Times", der von dem englischen Kommentator Henry Fairlie stammt. Dieser Narr fühlt sich gedrängt, Chruschtschow mit Kennedy und Papst Johannes XXIII. in ein „Triptychon" zu stellen, „denn die Jahre, als sie zugleich amtierten, waren doch trotz der Berlinkrise, trotz Laos, trotz der Schweinebucht, trotz der Kubaraketenkrisis — Jahre der Entspannung".

Wenn der Sprung nach Kuba, mit dem die Sowjets Amerika zwingen wollten, die Kassierung Westberlins unter der Drohung der Raketen auf Kuba ohnmächtig hinzunehmen, Entspannung bedeutete, dann gibt es wohl wenig außer dem großen Atomkrieg, was wir nicht als Entspannung hinnehmen könnten. Der Abzug jenes Bataillons amerikanischer Soldaten, das im August 1961 nach Berlin verlegt worden war, ist wiederum eine Geste der Vorleistung, die aus jener Illusion geboren wurde. Eine alte Illusion hat uns jetzt in neuer Verpackung Herbert-Willy Frahm-Brandt serviert. Der Regierende hat in einer Klausurtagung der SPD eine „dynamische" Berlinpolitik gefordert. Dynamisch, das hieße

wohl nicht nur kleine, sondern auch große Schritte tun. Daß auch diese Dynamik, wie die meisten kleinen Schritte bisher, nach rückwärts geht, zeigt die Forderung Brandts, man solle den Plan Schröders, die Berlinklausel aus den Verträgen mit osteuropäischen Staaten zu streichen, ernsthaft überdenken. Diese Klausel solle nicht im Wege stehen, wenn man Berlin in den Strom des Handels und des Kulturaustausches mit kommunistischen Staaten einfügen wolle.

Welch schöner Gedanke: Kulturaustausch mit den kommunistischen Funktionären aus Bukarest, Budapest, Prag, Warschau und Moskau, dicht an der Berliner Mauer, eine Symphonie der Entspannung mit dem Paukenschlag einiger Pistolenschüsse von drüben.

Wenn Chruschtschow ein zwar etwas derber, aber zum Ausgleich bereiter Friedensfürst war und seine Nachfolger als härtere, aggressivere Männer erkannt sind, dann nehme man als Beispiel zur Kenntnis, was der für die Amerikaner arbeitende sowjetische Spion Penkowski auf dem Höhepunkt der Berlinkrise nach Washington meldete: „Wolodja Choroschilow, Chef des Artilleriestabes der im Raum Dresden stationierten Panzerarmee General Kupins, berichtete mir: ‚Sobald der Separatfriedensvertrag mit Ulbricht unterzeichnet ist, werden die Truppen der DDR alarmiert, um alle Zugangsstellen zu besetzen und deren Verteidigung zu übernehmen. Unsere Truppen werden bereitstehen, aber nicht sofort die Zugangswege nach Berlin besetzen, weil das als Provokation betrachtet werden könnte. Wir werden einfach den Amerikanern, Engländern und Franzosen sagen: Sicherlich könnt ihr nach Berlin fahren, aber ihr müßt erst die Genehmigung der Ostdeutschen einholen. Wenn sie nicht mit den Ostdeutschen verhandeln wollen und versuchen, mit Gewalt durchzubrechen, werden die Deutschen das Feuer eröffnen. Natürlich sind die Deutschen nicht stark genug, und dann werden unsere Panzer direkt in Berlin einmarschieren . . . Die erste Verteidigungslinie wird aus ostdeutschen Truppen bestehen, die zweite aus sowjetischen. Wenn die erste Linie nicht standhält, rückt die zweite Linie vor. Chruschtschow hofft, daß der Westen, noch ehe die zweite Phase beginnt, Verhandlungen einleitet, an denen auch Ostdeutschland teilnimmt. Das wird zu einer Anerkennung Ostdeutschlands führen.‘ “

Westberlin von sowjetischen Panzern besetzt, die Zone anerkannt, die USA paralysiert unter der Drohung der sowjetischen Mittelstreckenraketen auf Kuba — das war das Friedensrezept Chruschtschows. Seine

Nachfolger sind sturer als er, keine umgänglichen Polterer wie er. Was ist von ihnen zu erwarten?

Dennoch muß man mit ihnen verhandeln. Dennoch müßte auch die Bundesrepublik mit ihnen verhandeln, nicht nur mit den Amerikanern, nicht nur mit den Franzosen. Aber Verhandeln heißt nicht, sich in Illusionen zu wiegen, sondern die Tatsachen zu nehmen wie sie nun einmal sind, in Washington oder Paris, in Tel Aviv oder in Moskau.

Der Mythos des Mr. Lippmann

Zur bewußten Bagatellisierung der kommunistischen Aggression (1965)

Walter Lippmann ist einer der meistgelesenen amerikanischen Journalisten. Seine Kolumnen erscheinen in Tageszeitungen und Wochenblättern, und es ist kein Wunder, daß auch deutsche Zeitungen die Artikel dieses „bedeutendsten und meistgelesenen amerikanischen Leitartiklers“ übernehmen. Da Lippmann es sich zur Gewohnheit gemacht hat, stets die Politik der jeweils an der Macht befindlichen Regierung zu unterstützen, bemühte er seine Feder auch, um Johnsons Eingreifen in San Domingo zu verteidigen.

Der Eiertanz, den er dabei aufführte, ist bemerkenswert. Das amerikanische Vorgehen widerspreche zwar dem Vertrage, den die USA mit der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS) geschlossen hätten, aber dieser Vertrag sei im Jahre 1948 geschlossen worden unter Bedingungen, die sich in den folgenden 17 Jahren verändert hätten. „Die Charta basierte auf der Voraussetzung, daß mit der Niederlage Hitlers im Jahre 1945 keine weitere äußere Bedrohung des Friedens der westlichen Hemisphäre bestand ... Aber was die lateinamerikanischen Regierungen ebensowenig wie die USA im Jahre 1948 voraussehen konnten, war, daß eine amerikanische Republik, nämlich Kuba, eine Revolution erleben würde, die sie zu einem militärischen Vorposten einer fremden Macht gestaltete.“

Lassen wir einmal den Unfug beiseite, Hitler habe jemals die amerikanischen Staaten bedroht — ein Sagengespinst, an dem freilich mastermind Lippmann fleißig mitgewebt hat — so bekennt also dieser

„bedeutendste" amerikanische Journalist, daß er und mit ihm sämtliche Politiker, Diplomaten und Eierköpfe sämtlicher amerikanischer Staaten im Jahre 1948 von Politik weniger verstanden, als jeder Berliner Droschkenkutscher in den Jahren 1920 und 1921. Nach dreißigjähriger Herrschaft der Bolschewiki in Moskau, nach dem Blutbad des Kriegskommunismus, nach dem Massenmord der Entkulakisierung, der Kollektivierung und der großen Reinigung, nach dem, was in China, in Ungarn, in Deutschland und in Spanien, in Finnland und in Polen geschehen war, befanden sich die geistigen Führer der größten Weltmacht von heute immer noch im Stande der Unschuld, ahnungslose Kindlein, die nicht wissen konnten, daß sich der gute Kriegskamerad Onkel Joe und sein System so böse würde wandeln können!

Erst als Fidel Castro, der nach seinem Amtsantritt in New York fast so überschwenglich gefeiert worden war wie die Queen in Germany, erst als dieser Castro seine dürftige Tarnung abwarf und sich als Kommunist bekannte, ging den Träumern auf der anderen Welthälfte eine Ahnung auf, so daß sie jetzt in San Domingo eingreifen mußten, um Schlimmeres zu verhüten.

Aber der Hieb unters Kinn, den der bärtige Inselherrscher den USA versetzt hat, scheint doch schon wieder ins Vergessen zu versinken. Jedenfalls setzt Mr. Lippmann sein Können ein, um ihn vergessen zu lassen. Vierzehn Tage nach seinem erstaunlichen Bekenntnis amerikanischer Ahnungslosigkeit schrieb er in einem Leitartikel in „Newsweek" eine heftige Attacke gegen den „Allzweckmythos". Der „Allzweckmythos" aber ist ... die kommunistische Aggression!

Lippmann verlangt von seiner Regierung, sie solle endlich die Praxis aufgeben, immer, wenn sie eine einheitliche Stimmung in den USA schaffen wolle, mit dem kommunistischen Gespenst zu drohen. Wenn irgendwo in der Welt, in Lateinamerika, in Ostasien oder in Afrika Unruhen entstehen, dann liegt das, nach Lippmann, an Störungen der inneren sozialen Ordnung in diesen Ländern. Wenn nun behauptet wird, die Sowjets oder die Rotchinesen kontrollierten, unterstützten und lenkten diese Unruhen, dann sei das ein Mythos. Und wenn Washington behauptet, man müsse den Drahtziehern auf die Finger klopfen, um sie zur Achtung des Friedens zu zwingen, so würden die USA überall auf der Welt zu endlosen Aktionen veranlaßt werden, ohne doch je einen ewigen Frieden erreichen zu können.

Das ist eine gefährliche Halbwahrheit. Bisher hat noch kein Volk, auch kein armes Volk, freiwillig ein kommunistisches Regime angenom-

men. Überall hat sich die kommunistische Diktatur allein mit Waffengewalt durchsetzen können. Und überall sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach Errichtung der proletarischen Diktatur nicht beseitigt, sondern nur vergrößert, oft auch überhaupt erst geschaffen worden. Richtig ist freilich, daß in Santo Domingo, in Vietnam oder Korea der Kommunismus nicht endgültig beseitigt werden kann, denn die Quellen der Unruhen sitzen in Moskau und Peking. Diese Quellen hätten während des Zweiten Weltkrieges, vielleicht auch noch während des Koreakrieges verstopft werden können. Damals aber predigten Mr. Lippmann und seinesgleichen die Mär von den demokratischen Sowjets und von den Bodenreformern in Peking.

Die Saat dieser Prediger ist schrecklich aufgegangen. Sie sind verantwortlich für die Entscheidung unseres Jahrhunderts. Sie sind verantwortlich für die Bedrohung der Menschheit durch die kommunistische Sklaverei oder durch einen nuklearen Weltkonflikt. Kein Wunder, daß sie diese Verantwortung scheuen, daß sie ihre Schuld leugnen und dreist behaupten, die drastische Wirklichkeit unserer Tage sei ein „Allzweckmythos", den man endlich einmotten solle. Der siebzigjährige Lippmann fordert: „Es ist sicherlich Zeit, erwachsen zu werden." Er wird das Ziel der Klasse nicht mehr erreichen.

Der Krieg in Kaschmir

Übersicht über die Weltkonflikte (1965)

In diesem Jahr hat die Presse ebensowenig wie die Politik Sommerferien feiern können. Es gab keine Saure-Gurken-Zeit, in der das Ungeheuer vom Loch Ness bemüht werden mußte, um die Spalten zu füllen. So wie das Wetter dieses fragwürdigen Sommers war auch das politische Weltklima durchtobt von Katastrophen und Gewitterstürmen.

In Griechenland brach Herr Papandreou eine Regierungskrise vom Zaun, weil es ihm mißlungen war, die Armee mit Hilfe seines Sprößlings von allen Gegnern linksextremer Einflüsse zu „reinigen". Papandreou rief den Mob der Straße gegen das Königshaus und gegen das „deutsche Weib" auf, so wie seinerzeit der große Demokrat und Europäer Paul-Henri-Spaak den belgischen Pöbel gegen den König auf-

gehetzt hatte, der nicht wie seine Kollegen geflohen, sondern auf dem Posten geblieben war.

In San Domingo scheint der Bürgerkrieg seinem Ende zuzugehen, im Sudan schwelt es weiter. In Angola wehren sich die Portugiesen gegen terroristische Banden, die ihnen die lieben Nachbarn immer wieder ins Haus schicken. Sukarno setzte ungeniert seine Luftwaffe ein, um aus Malaysias Konkurs die Reste „seiner" Insel Borneo in die Gewalt zu bekommen.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde ein Wahlkampf im Stil einer mittleren Provinzstadt eröffnet, und auf einem jüdischen Weltkongreß machte man den Bundesbürgern klar, daß nun, da die materielle Wiedergutmachung zu Ende gehe, die moralische Wiedergutmachung zu beginnen habe!

Die USA praktizierten in der UNO die Politik der kleinen Schritte . . . nach rückwärts, indem sie in der Finanzierungsfrage ihre Forderungen fallen ließen und den sowjetischen Standpunkt anerkannten. Ihre Kriegführung in Vietnam stand weiter unter schlechten Sternen. Während 30 Vietkongs in einen amerikanischen Stützpunkt eindrangen, 6000 Kubikmeter Treibstoff in Brand setzten und sich ohne Verluste wieder davonmachten, konnten 5000 Fallschirmspringer bei einem Einsatz gegen die Roten nur einen Toten und einen Gefangenen melden.

Etwas höher war der Erfolg beim Niederbrennen eines partisanenverdächtigen Dorfes mit Flammenwerfern: Amerikanische Journalisten fanden in den Trümmern die Leichen von vier Frauen und eines kleinen Kindes. Das Dorf hieß nicht Oradour oder Lidice. Es hieß Cam Ne.

Einen großartigen Vorstoß in den Weltraum, der tagelang Schlagzeilen lieferte, konnten die Amerikaner mit dem achttägigen Raumflug der Astronauten Cooper und Conrad in der Gemini-5-Kapsel für sich buchen und damit den sowjetischen Vorsprung einholen und überholen. Die Sowjets zeigten sich als schlechte Verlierer, indem sie — hoffentlich zu Recht — behaupteten, das Unternehmen habe der militärischen Spionage gedient.

Das jüngste und wichtigste Ereignis dieses Zeitabschnitts aber ist wohl die dramatische Zuspitzung des Streits zwischen Pakistan und Indien um Kaschmir.

Schon vor einigen Monaten standen sich die beiden Rivalen kriegerisch gegenüber, aber damals ging es um einen Streifen der Salzwüste von Katsch, während es diesmal um ein schönes, reiches Land

geht, ein Land, das die Weisheit der Weltkrieg-II-Sieger wie so viele andere durch „vorläufige“ Linien zweigeteilt haben. Nicht nur das, sie haben die beiden Hälften den beiden Nachbarstaaten Indien und Pakistan zur Verwaltung übergeben.

Der jetzige Konflikt entwickelte sich nach bekanntem Muster. Im indischen Teil Kaschmirs bildete sich der „Revolutionsrat von Kaschmir“, der über einen Geheimsender „Die Stimme Kaschmirs“ den Krieg der Befreiung des Landes von dem brutalen Joch der indischen Armee erklärte. Mit Maschinengewehren und Granatwerfern überfielen Freischärler indische Außenposten, Indien schlug zurück, verfolgte ausweichende Guerillas über die Waffenstillstandslinie auf pakistanischverwaltetes Gebiet, bis am 1. September von beiden Seiten zugegeben wurde, daß reguläre Armeeeinheiten im Kampf miteinander verbissen seien.

Die Pakistanis bedienen sich amerikanischer Panzer, während es noch offen ist, ob die Inder sich der sowjetischen oder der amerikanischen Flugzeuge bedienen, die sie erworben haben.

Die Ausweitung dieses Krieges ist in vollem Gange. Schon stehen pakistanische Einheiten nicht nur auf dem indisch verwalteten Teil Kaschmirs, sondern auf altindischem Boden. Beide Parteien dürften versuchen, sich des anderen Teils des ebenfalls geteilten Pandschab zu bemächtigen, um Kaschmir abzuschneiden. Es liegt nahe, daß Indien daran gehen könnte, Ost-Pakistan — denn auch Pakistan ist geteilt — zu überrennen, das auf allen Seiten von indischem Gebiet umgeben ist.

China hat bereits seine Sympathie für die Freiheitskämpfer in Kaschmir ausgesprochen. Aber auch die Friedensvermittler sind am Werk. U Thant hat einen Plan vorgelegt, der nach alter UNO-Manier nichts anderes anstrebt, als den Konflikt zu ersticken, nicht ihn zu lösen.

Die UNO will Krieg in Südrhodesien

Weltfriedensorganisation als Aggressor (1965)

Die kommunistische Internationale legte in ihrem offiziellen Programm von 1936 fest: „Die proletarische Diktatur kann nur durch den Sieg des Sozialismus in verschiedenen Ländern oder Gruppen von Ländern errichtet werden, wonach die proletarischen Staatswesen sich mit den schon bestehenden in Bündnissen zusammenschließen würden; und dieses System würde sich ausdehnen, um schließlich die Weltunion der sozialistischen Sowjetrepubliken zu bilden."

Als eines der wesentlichsten Instrumente dieser Entwicklung wurde die UNO gegründet, die bereits heute aus einer Mehrheit von Diktaturen oder diktatorisch regierten Scheindemokratien besteht. Man erinnere sich, daß das Emblem der UNO eine unverkennbare und unverhüllte Nachbildung des Wappens der Sowjetunion ist. Man erinnere sich weiter, daß UNO-Satzung und UNO-Gründung in den bewährten Händen von Harry Dexter White und Alger Hiss lagen und daß ihre Generalsekretäre sich bisher nur immer zögernd oder gar nicht zur Verurteilung kommunistischer Gewaltanwendung bewegen ließen.

Die schwammige Verfassung der UNO, die von den Managern in New York sehr großzügig ausgelegt und angewendet wurde, wäre nie angenommen worden, wenn sie nicht den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten feierlich verkündet hätte. § 2 der Satzung lautet: „Keine Bestimmung dieser Satzung soll die Vereinten Nationen berechtigen, sich in Angelegenheiten einzumischen, die ihrem Wesen nach der inneren Rechtsprechung der Staaten unterliegen, noch darf ein Mitgliedsstaat genötigt werden, sich einer Regelung solcher Angelegenheiten zu unterwerfen."

In einem der gefährlichsten und folgenreichsten Gangsterstücke unserer Zeit haben die UNO-Potentaten es vermocht, diesen Grundsatz in sein Gegenteil zu verkehren und aus der UNO ein Werkzeug der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker zu machen. Anstatt sich der Schlichtung der großen internationalen Konflikte unserer Zeit zu widmen, hat sich das Generalsekretariat dazu aufgeworfen, auf Grund der von ihm wesentlich manipulierten sogenannten Weltmeinung das Welturteil über das innere Wohlverhalten der Völker der Erde zu sprechen und dieses angemaßte und satzungswidrige Urteil durch Drohungen, Boykott und schließlich mit nackter Gewalt zu vollziehen.

Aus der Weltfriedensorganisation ist eine Weltkriegsorganisation geworden. Die eklatanteste Leistung dieses Monstrums ist sein Krieg gegen Katanga, eines der wenigen Länder auf dem Schwarzen Kontinent, in dem Ruhe und Ordnung, Frieden und Wohlstand herrschten. Während Länder, die noch nicht ein Zehntel der Einwohnerzahl Katangas haben, mit Segenswünschen in die Freiheit befördert werden, wurde Katanga gewaltsam dem Kongo angeschlossen, der von Bürgerkriegsbanden terrorisiert wurde.

Daß es ausgerechnet Tschombe war, der dann dem Kongo eine kurze Zeitspanne der Stabilisierung brachte, war ein Schönheitsfehler, der indessen schon korrigiert worden ist.

Nach diesem schönen Erfolg der Unterdrückung der katangesischen Unabhängigkeit wendet die UNO zur Zeit ihre Aufmerksamkeit einem anderen afrikanischen Staat zu, der wie Katanga durch Ruhe und Ordnung, Frieden und Wohlstand gekennzeichnet ist. Südrhodesien ist bestrebt, sich aus dem Verband des britischen Commonwealth zu lösen und selbständig zu werden. Die weiße Minderheit wünscht das ebenso wie die schwarze Mehrheit, deren Stammesführer sich von einer Herrschaft der neuafrikanischen Politiker Sithole und Nkomo nichts anderes als Terror und Gewalt versprechen, denn der Ruf der beiden ist nicht besser als etwa der des Mau-Mau-Führers Kenyatta. Die UNO aber stimmte mit 107 gegen 2 Stimmen für eine Entschließung, Großbritannien aufzufordern, „alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, die Rebellion Südrhodesiens zu unterdrücken".

Warum nur, fragt sich der naive Zeitgenosse. Jedermann ist sich klar darüber, daß die Neger des Landes unter einem Regime der genannten Politiker wesentlich schlechter fahren würden als heute, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch, was ihre politische Freiheit betrifft. Denn wie die Dinge liegen, ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Demokratie in Südrhodesien so aussehen würde wie in Guinea, Mali, Sudan, Zambia, Ghana, Malawi, Tanzanien, Kenia oder Äthiopien. Und wie in diesen und allen anderen Staaten Schwarz-Afrikas werden die Weißen, nachdem man sie hinausgeworfen hat, wieder hereingebeten werden, um das Chaos wieder zu bereinigen, das fanatisierte Politiker angerichtet haben.

Die Weißen Rhodesiens haben keine Neigung, in ein Land, dessen Landwirtschaft, dessen Städte, dessen Straßen, Eisenbahnen, Fabriken, Kraftstationen, Bewässerungsanlagen und Schulen sie aufgebaut haben, als Kulis wieder zurückzukehren. Sie wollen die Erfahrungen von Kenia

und vom Kongo nicht am eigenen Leibe spüren, und sie sind der Ansicht, daß nicht sie die Friedensstörer sind, sondern die UNO mit ihrer Einmischungspolitik oder die Konferenz für afrikanische Uneinigkeit in Accra, die England und die UNO zu Gewalt und Blutvergießen aufrief.

Denn im Gegensatz zu dem ganzen verlogenen Geschrei gegen Salisbury geht es nicht um eine Unterdrückung einer Mehrheit der Bevölkerung, deren Stammesorganisationen, wie gesagt, hinter Jan Smith stehen. Darum sollte man sich mit Fug und Recht anläßlich der Unabhängigkeitserklärung Südrhodesiens etwa das folgende Bild ausmalen dürfen: In einer der schönsten und reichsten Städte des Kontinents brandet der Jubel durch fahnen- und blumengeschmückte Straßen und erreicht seinen Höhepunkt, als der Vertreter der britischen Königin dem Premierminister seine Glückwünsche darbringt. Er eröffnet den Reigen der Gratulanten aus aller Welt, unter ihnen die Delegation der UNO, der USA und der Sowjetunion.

Es ist kein Wunder, daß dieser Freiheitstag so stürmisch begrüßt wird, denn er wurde erreicht ohne hinterhältigen Partisanenkrieg, ohne Mord an UNO-Vertretern wie in Israel oder im Kongo, ohne Massenmord, Massenschändung und Massenaustreibung, ohne finstere Menschenopferrituale, ohne blutige und grausame Stammesfehden.

Kein Wunder ist die Zustimmung der ganzen Welt, denn dieses Land garantiert auch für die Zukunft, daß es sich am Wettlauf um Hilfe aus dem Westen, aus Moskau oder aus Peking nicht beteiligen wird. Es garantiert die Abwehr von Entwicklungen wie in anderen afrikanischen Staaten, wo „Heilande" und „Unsterbliche" ihre linientreuen Einparteisysteme aufgebaut haben. Es garantiert der Masse seiner Bevölkerung gesunden wirtschaftlichen Fortschritt. Es garantiert auch einen steigenden kulturellen Aufstieg für die schwarzen Einwohner, die dementsprechend einen steigenden Anteil an der Regierung des Landes erhalten werden, über den Einfluß hinaus, den sie heute schon im Parlament ausüben können.

Dieses Land garantiert vor allem die Wahrung der Rechtssicherheit durch die Beibehaltung des englischen Rechts, das dem Angeklagten und dem wirtschaftlich Schwächeren einen Schutz gewährt, wie er in zahlreichen anderen Staaten von heute nicht einmal auf dem Papier steht.

Kein Wunder ist es, daß Großbritannien gerade dieses Land mit ruhigem Gewissen der Freiheit überantworten kann, denn es sichert seinen Nachbarn den Frieden, weil es nicht durch Stammesfehden mit

Stämmen in Nachbarstaaten verbunden oder verfeindet ist. Es sichert ganz Mittelafrika eine friedliche Entwicklung, denn es wird die Güter des Kongos oder Sambias über seine Eisenbahnen zu den portugiesischen Häfen der afrikanischen Ostküste verfrachten, es wird seine Nachbarn mit elektrischer Kraft, mit seiner Kohle und nicht zuletzt mit seinem fachmännischen Rat versorgen. Es sichert den Frieden auch dadurch, daß es nur eine kleine Armee von 12 000 Mann unterhält, die zwar ausreicht, um den Nachbarn von Abenteuern abzuraten, die aber nicht dazu geeignet ist, auf Eroberungszüge zu gehen. — —

Nun, der Leser weiß bereits, daß die Unabhängigkeit Südrhodesiens von der „Weltöffentlichkeit" nicht bejubelt, sondern mit Tönen höchster moralischer Entrüstung verdammt wird. England und die UNO werden aufgerufen, die weißen „Rebellen" mit Waffengewalt zu unterdrücken und die Regierung des Landes den schwarzen Rebellen zu übertragen.

Großbritannien allein könnte wohl berechtigt sein, von einer Rebellion zu sprechen und gegen diese Rebellion vorzugehen. Aber nachdem es in manchen Teilen seiner Kolonialherrschaft die Rebellion primitivster, finsterster Elemente stillschweigend gutgeheißen und hingenommen hat, erschiene es als dreiste Heuchelei, wenn es hier von seinen Rechtstiteln gegen eine Regierung Gebrauch machen wollte, die seit mehr als vierzig Jahren Südrhodesien in Ruhe und Frieden verwaltet und zu erstaunlichem wirtschaftlichem Fortschritt gebracht hat.

Natürlich sind auch in England die Kirchenmänner auf die Barrikaden des schwarzen Chauvinismus gestiegen und predigen von der „moralischen Verpflichtung gegenüber der afrikanischen Mehrheit". Wo waren diese Moralisten, als die Bevölkerung Kenias den Mau-Mau-Führern ausgeliefert wurde? Was haben sie zu der Erfüllung der britischen Garantie gegenüber der Freiheit Polens zu sagen? Wo standen sie, als ihre Vorfahren die Ureinwohner Amerikas mit Pulver und Blei ausrotteten oder auch mit Feuerwasser und dem Geschenk von Wolldecken aus Pockenspitälern?

Und woher nimmt Mr. Goldberg, der US-UNO-Vertreter, den traurigen Mut, gegen die Unabhängigkeitserklärung der Südrhodesier zu wettern, die in den gleichen Worten abgefaßt ist wie die Unabhängigkeitserklärung der USA gegenüber dem gleichen Großbritannien?

Wenn die USA, die bereits ein Drittel der Erdbevölkerung der kommunistischen Versklavung auslieferten, die sich mit Moskau über den Berliner Mauerbau verständigten und die außerstande sind, das selbst-

geschaffene Problem ihrer schwarzen Sklaven zu meistern, wenn diese USA jetzt UNO-Sanktionen gegen Südrhodesien zustimmen, dann treiben sie ebenso wie alle anderen zustimmenden UNO-Mitglieder Schindluder mit der UNO selbst. Denn laut UNO-Satzung sind Sanktionen nur gegen einen Angreiferstaat zulässig. Wer in diesem Fall der Angreifer ist, das wird durch den kriegshetzerischen Mob in der UNO-Vollversammlung eindeutig bewiesen.

Sanktionen also gegen diese UNO-Mitglieder? Es würde genügen, dem Glaspalast am Hudsonfluß den elektrischen Strom abzuschalten. Es wäre die friedlichste Methode zur Sicherung des Weltfriedens. — —

„Wenn dir eine schwarze Hand große politische Forderungen präsentiert, dann ziehe ihr den Handschuh herunter, und du wirst eine weiße Hand darunter finden." Dieses Rezept, dessen Richtigkeit sich in ganz Schwarzafrika ebenso wie in den Negerunruhen in den USA bestätigt hat, wurde nun auch von Ian Smith in Südrhodesien befolgt mit der Wirkung, daß die 2000 Schwarzen, die sich in Bulawayo zu einem Zug in die Innenstadt formiert hatten, ruhig an die Arbeit gingen und daß auch von weiteren Bombenwürfen nichts mehr zu hören ist. In Schutzhaft genommen wurde der Rechtsanwalt Leo Baron, dessen Hand hinter zahlreichen unzulänglichen Versuchen afrikanischer Unruhestifter sichtbar wurde.

Die Ruhe unter der Negerbevölkerung des Landes paßt den Rassisten in der UNO und in manchen afrikanischen Staaten gar nicht ins Konzept. Sie wünschen sich sehnlichst ein wenig Blutvergießen in Südrhodesien, um einen handfesten Vorwand für ein großes Blutvergießen durch Anwendung bewaffneter Gewalt gegen ein friedliches Land zu haben. Präsident Kenneth Kaunda von Sambia hat in seinem Ärger über die Ruhe im Nachbarland schließlich die Nerven verloren und die rhodesischen Schwarzen als „Feiglinge" beschimpft. Sein besonderer Zorn gilt den Exilpolitikern, die, anstatt dort zu sein, wo sie hingehören, feurige Reden in Kairo, London, Moskau und Peking hielten. „Ich bin es leid geworden, mit diesen Herren überhaupt noch zu reden. Sie sind dumm. Ginge es nicht um die vier Millionen schwarzen und weißen Rhodesier, so hätte ich diese Vertreter längst außer Landes gejagt."

Kaunda steht mit seinem Zorn nicht allein. Auch die Regierung Kenyatta hat den unter sich heftig verfeindeten Emigranten aus Südrhodesien empfohlen, sich auf den Weg in die Heimat zu machen. Und Julius Nyerere von Tansania verbat sich schon im Oktober die blut-

rünstigen Reden eines James Chikerema, der sich Präsident einer der Splittergruppen der südrhodesischen Opposition nennt.

Sie alle sind sich mit Kaunda einig, der den Emigranten vorwirft: „Ihr habt eure Anhänger betrogen. Ihr wißt nicht, was ihr wollt. In Rhodesien geschieht nichts. Es gibt keine Streiks. Alles ist ruhig. Wenn es so bleibt, wird Smith bald fest im Sattel sitzen."

Der Ärger des Kenneth Kaunda wirkt einigermaßen komisch, wenn man feststellt, daß er selbst ebenfalls nur redet, aber nichts tut. Denn der Flug-, der Eisenbahn- und der Autoverkehr aus seinem Lande läuft bisher ungehindert über die Grenze in das befehdete Südrhodesien. Über die Gründe hat sich wiederum der Nachbar Kaundas, der Ministerpräsident von Malawi, Hastings Banda, offenherzig geäußert. Malawi gebe Großbritannien volle moralische Unterstützung in jeder Aktion, die es gegen Rhodesien unternehme. Mehr könne sein Land allerdings nicht tun, weil es starke Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu Rhodesien unterhalte, die nicht abgebrochen werden könnten, ohne Malawi ins Unglück zu stürzen.

Hastings Banda, einst einer der heftigsten Antikolonialisten unter den Führern Schwarzafrikas, warnt jetzt sogar vor der überragenden militärischen Stärke Rhodesiens, das alle Städte Zentralafrikas in Schutt und Asche legen könne. Größer als die Furcht vor dieser frei erfundenen Gefahr dürfte jedoch die Sorge vor einem Abschneiden der Aus- und Einfuhrwege Malawis sein, die über rhodesisches Gebiet führen. Und noch glaubhafter ist die Befürchtung, Ian Smith könnte bei einem ernsthaften Boykott die mehr als 200 000 Fremdarbeiter aus Malawi in die Heimat zurückschicken, die ohnedies unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat.

Der Horizont um Südrhodesien ist also nicht ganz so verfinstert, wie seine Feinde gern den Anschein erwecken. Ein Lichtstrahl von größter Bedeutung ist noch zu verzeichnen, der aus einer Himmelsrichtung kommt, aus der niemand ihn erwartet hätte. Die „New York Times", wir wiederholen: die „New York Times" hat schon am 11. November auf der ersten Seite in einem Leitartikel sämtliche Tabus der veröffentlichten Weltmeinung zerrissen und sich gegen die sentimental-verlogene Betrachtung der afrikanischen Fragen gewendet. Das Blatt schreibt, man könne die rhodesische Unabhängigkeitserklärung deswegen nicht mit der amerikanischen vergleichen, weil die „farbigen Einwohner der USA Sklaven waren, die Neger Rhodesiens aber faktisch frei sind". Die Abschaffung der Sklaverei sei 1776 daran gescheitert, daß man in

den Nordstaaten zu sehr am Sklavenhandel, in den Südstaaten aber zu sehr an der Sklavenhaltung interessiert gewesen sei.

Schließlich heißt es in der „New York Times": „Wie die weißen Siedler der amerikanischen Kolonien, so hat auch die Kolonne britischer Pioniere, die vor 75 Jahren nach Rhodesien zog, eine Gegend von Krankheit, Hunger, Aberglauben und Stammesfehden in ein Land blühender Landwirtschaft, lebhafter Industrie und modernen Bergbaus verwandelt, ganz unzweifelhaft das Produkt von Mut, Schweiß und schöpferischer Phantasie der Siedler.

Die Grundfrage ist nun: Wie schnell kann die politische Gleichberechtigung der Einwohner erreicht werden, ohne daß in Rhodesien jene Werte zerstört werden, die anderswo in Afrika von der Politik Londons und Washingtons mit einer Mischung von Sentimentalität und Stümperei zerstört worden sind."

Südrhodesien mit seinen vier Millionen Einwohnern ist 10 000 km von uns entfernt. Ganz nah für uns ist aber die Frage, ob die Freiheit der Völker den Plänen sentimentaler Narren und machthungriger Politiker überantwortet werden soll. Und unmittelbar mit dem Machtkampf im Süden Afrikas ist auch das Problem verbunden, welches Recht man Polen einräumen will, Gebiete mit einer nicht nur polnischen, sondern auch kommunistischen Wirtschaft zu ruinieren, die in siebenhundertjähriger Mühe von Deutschen „in ein Land blühender Landwirtschaft, lebhafter Industrie und modernen Bergbaus verwandelt" worden sind.

Ian Smith verteidigt Europa

Reisebericht aus Südrhodesien, Folgen der Sanktionen
(1967)

Daß Rhodesien seit mehr als einem Jahr unter Wirtschaftsblockade steht, merkt man in Salisbury nicht. Englische, amerikanische und deutsche Autos, Traktoren, Motoren, Landwirtschaftsmaschinen werden in gutgefüllten Ausstellungshallen angeboten; Schreibmaschinen, Fotogeräte, Textilien aus aller Welt, Parfüms aus Paris, Seife aus London, Whisky aus Schottland und Bourbon aus den USA sind zu haben, soviel das Herz begehrt.

Benzin ist rationiert, aber in den großen Firmen und in den Ämtern werden am Ende des Monats die nicht benötigten Benzinscheine reichlich angeboten. Ein Exportkaufmann erzählte, er habe in einem Sportgeschäft nach Tennisbällen gefragt. Sie waren ausverkauft, aber er solle in vierzehn Tagen wieder reinschauen. Nach zwei Wochen erstand er vorsorglich zwei ganze Kartons. Als er sie zu Hause aufmachte, fand er einen Zettel beigelegt mit dem Aufdruck: „Packed for Zambia."

Aus Zambia, dem nördlichen Nachbarland, kamen diese Tennisbälle, aus Zambia, das über britisch gebaute und britisch unterhaltene Radiostationen täglich zur Gewalt gegen Rhodesien aufruft, aber die wirtschaftliche Nutznießung der blühenden rhodesischen Wirtschaft nicht missen möchte. Es ist auch auf die über Rhodesien führende Eisenbahn für den Export seines Kupfers angewiesen und würde eine Katastrophe erleben, wenn hunderttausend seiner Staatsbürger, die in Rhodesien Arbeit suchten und fanden, in die Heimat zurückgeschoben werden würden.

Die ganze Verlogenheit der Politik in und um Afrika erhellt allein schon aus der Tatsache, daß Massen von Schwarzen aus ihren selbständig gewordenen Ländern nach Rhodesien und Südafrika strömen, um dort den „Terror" sicherer Arbeitsplätze, höherer Löhne und weit besserer Lebensbedingungen zu erleiden.

Deswegen muß dieser weiße „Schandfleck" aus Afrika verschwinden: Er bietet einen zu krassen Gegensatz zu der schwarzen Mißwirtschaft, die selbst durch hohe Dollar- und Rubel-Spritzen nicht zu beleben ist. Er stellt eine Herausforderung dar, die die schwarzen Politiker nicht auf die Dauer ertragen können.

In Rhodesien gibt es keine Apartheid wie in Südafrika. Man sieht selbst in dem feudalen Meikle's Hotel gutgekleidete Neger beim Sundowner, dem abendlichen Umtrunk, oder beim Abendessen. In Hotels und Restaurants oder Bars aber, in denen der Zustrom schwarzer Gäste stärker wird, bleibt das weiße Publikum allmählich fort. Die Rassen sondern sich wie in Nigeria oder Tansania, freilich ohne die dort üblichen Methoden. Auch im Parlament von Salisbury gibt es keine Rassentrennung wie in Südafrika, wo es heute bekanntlich ein weißes Parlament in Pretoria und ein schwarzes Parlament in Transkei gibt, der ersten voll durchkonstruierten Bantu-Heimstätte. In Salisbury sitzen u. a. 15 Vertreter der schwarzen Stämme neben den weißen Parlamentariern, und jedem Neger ist das aktive und passive Stimm-

recht gewährt, der eine Mindestausbildung oder eine ökonomische Mindestleistung aufweisen kann.

Wir fuhren durch einen weitläufigen Villenvorort von Salisbury, wo wohlhabende schwarze Kaufleute, Industrielle oder Ärzte und Anwälte ihre prächtigen Bungalows mit Schwimmbecken, Außenkaminen und der obligaten Doppelgarage erbaut hatten. Doch wir fanden auch in den Arbeitersiedlungen mehr als ein Dutzend moderner Sportplätze sowie Schwimmbäder, Restaurants, Bierhallen, Bibliotheken, Tanzsäle und Kinos, die durchweg aus weißen Steuergeldern erbaut sind. Auch in den Wohnblocks für Junggesellen und ledige Arbeiterinnen gibt es große Gemeinschafts- und gemütliche Eßräume, Brausebäder und Gartenanlagen. Es ist verständlich, daß der Zustrom von Arbeitsuchenden größer ist als die Bauleistung der Verwaltung, die nur allmählich den Anforderungen nachkomemn kann.

Hier auf dem Gebiet, das die moderne Großstadt Salisbury heute bedeckt, gab es noch vor 70 Jahren nichts als Löwen und Elefanten, Gnus und Zebras in einer ebenen Buschlandschaft, die nur manchmal von dem Lärm der Kriege zwischen Matabeles und Mashonas erfüllt wurde. Was hier steht, wurde von weißen Siedlern, Kaufleuten, Industriellen und Missionaren erbaut. Sie empfinden diese Leistung nicht als Schuld. Auch die schweren Böden des Hochlands, wo die weißen Farmen liegen, konnten von den Eingeborenen mit ihren primitiven Geräten nicht bebaut werden. Sie waren Niemandsland, das niemandem weggenommen worden ist.

Die schwarzen Stämme leben in ihren Gebieten wie einst, nur daß ihnen ihr heute wichtigstes Nahrungsmittel, der Mais, vom weißen Mann gebracht wurde, zusammen mit der Beendigung der blutigen Stammesfehden, mit Werkzeug und Zuchtvieh, mit Medikamenten und Hygiene. So haben sie ihre Zahl in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt.

Fühlen sie sich unterdrückt, ihrer Menschenrechte beraubt?

Gewiß gibt es auch in Rhodesien einige „Progressive", die mit einer langsamen organischen Entwicklung nicht zufrieden sind, die deshalb auf raschen Umsturz, zur Niederwerfung der weißen Herrschaft treiben. Sie sind teils im Exil, teils an Verbannungsorten im Lande, wobei die Polizei auf reinliche Trennung nach Stamm und politischer Zugehörigkeit achten muß, weil sonst die feindlichen Brüder einander umbringen würden. Als Harold Wilson an Bord der „Tiger" dem Rebellen Ian Smith vorwarf, er unterdrücke die demokratische Opposition, ant-



Ian Smith, Ministerpräsident von Rhodesien
(zu: Die UNO will Krieg in Südrhodesien, S. 40)

Die Troika Podgorny — Breschnew — Kossygin
(zu: Umbesetzung in Moskau, S. 54)





Nicolai Ceausescu, Staats- und Parteichef von Rumänien
(zu: Handelt Rumänien im Auftrage? S. 56)

Das 1960 enthüllte Ehrenmal der „Sieben Märtyrer“ für General Tojo und sechs mit ihm am 23. Dezember 1948 hingerichtete Angehörige der japanischen Führungsgruppe im zweiten Weltkrieg auf dem Mitsune-Berg im Nationalpark Mikawa Ban
(zu: Tokio und die Wiedervereinigung, S. 69)



wortete ihm der rhodesische Regierungschef, es sei wohl besser, daß vier Millionen Menschen in Ruhe, Frieden und Wohlstand lebten, als daß man einem Dutzend Aufwieglern gestatte, blutigen Umsturz zu predigen. Und er erinnerte Wilson an die Tatsache, daß die britische Polizei in Aden mehr als 100 Terroristen in sicherem Gewahrsam halte.

Es gibt auch eine gemäßigte Opposition. Wir sprachen mit Mr. Chipunza, einem schwarzen Abgeordneten der United Party. Er begann die Unterhaltung mit heftigen Vorwürfen gegen den britischen Premierminister, der bei seinen Verhandlungen auf der „Tiger" ihn als Angehörigen eines willkürlich durch Wilson zu bestimmenden Übergangskabinetts erwähnt habe. Wilson habe weder sein, Chipunzas, Einverständnis dazu eingeholt, noch habe er ihm seine Absicht überhaupt mitgeteilt. Noch erregter war Chipunza, daß er auf dieser Liste gemeinsam mit einem verkrachten Anwalt namens Kamba und mit dem Terroristen Shamuyarira genannt sei. Shamuyarira sei ein Bandenführer, der mit seinen Gangstern die ganze Landschaft um Bulawayo drangsaliert habe. Sein häßlichstes Terrormittel sei die Entführung, Vergewaltigung und Schwängerung der Töchter von Stammeshäuptlingen, Ortsvorstehern, Lehrern oder Priestern. Wer die Hochzeitsgebräuche der Neger kennt, weiß, daß damit die Familie, der Paterfamilias am schwersten in seiner Würde und in seinen Finanzen getroffen wird.

Mr. Chipunza meinte, man solle eine große Partei der schwarzen Bevölkerung schaffen, geleitet von verantwortungsbewußten Persönlichkeiten, die die Notwendigkeit des weißen Elements in Rhodesien für jede förderliche Entwicklung der Gesamtbevölkerung erkennen und anerkennen. Chipunza gab allerdings auch zu, daß es für eine Oppositionspartei nicht leicht sei, den extremen Kräften zu wehren, die mit hemmungslosen Propagandaforderungen leicht die Massen hinter sich bringen könnten. In Zambia sei Kaunda eine solche Figur, die von der eigenen Suada fortgerissen werde, so lange, bis jemand käme, der ihn darin noch übertrifft.

Aus unseren Gesprächen mit Premierminister Smith, mit seinem Außen- und Verteidigungsminister, mit dem Innenminister, mit dem Führer der regierenden Partei, der Rhodesian Front und vielen anderen Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Verwaltung ergab sich ein Bild ruhiger Entschlossenheit, sich mit den zu erwartenden Zwangssanktionen der UNO nach besten Kräften auseinanderzusetzen. Die Forderung Wilsons, nach einer kurzen Übergangszeit von wenigen Monaten die Führung des Landes der Mehrheit seiner Bewohner zu über-

lassen, wird praktisch von allen Weißen als unzumutbar und nach allen Erfahrungen in Schwarz-Afrika als gefährlich für die Gesamtheit der Einwohner abgelehnt. Bei einem Zahlenverhältnis von 12 zu 1 sei der weißen Minderheit keine hinreichende Garantie gegeben, sich so weit Gehör zu verschaffen, daß die Wirtschaft, die Verwaltung, der Verkehr oder die Gesundheitsmaßnahmen der jetzigen Regierung auch nur annähernd auf dem heutigen Niveau gehalten werden könnten. Man will bei der in der Verfassung von 1961 vorgesehenen Entwicklung bleiben, die ein allmähliches Hineinwachsen der schwarzen Bevölkerung in die demokratische Verantwortung vorsieht.

Ian Smith hat auf die Frage, mit welchen Zeiträumen er für diesen Vorgang rechne, geantwortet: „Ich finde den Versuch sehr schwierig, das vorauszusagen. Ich habe Meinungen gehört, die von fünf Jahren bis zu 50 und 75 Jahren differierten. Es hängt soviel vom Afrikaner selber ab, wieweit er qualifiziert ist, die angebotenen Möglichkeiten anzunehmen. Psychologisch gesehen glaube ich nicht, daß er bereit ist, unser Regierungssystem zu bejahen."

Der größte Teil der Schwarzen lebt heute noch in der Ordnung und im Gefüge des Stammes. Es besteht die Gefahr, daß sie durch die Werbung politischer Parteien aus ihren alten Bindungen herausgelöst und politisch atomisiert werden könnten. Nach vielen vorliegenden Mustern könnte sich auch die Lage in Rhodesien dahin wandeln, daß aus „Ein Mann — eine Stimme" schnell „Ein Mann — nur einmal eine Stimme" werden würde. Danach kommt die der Diktatur mit der Einheitspartei nach östlichem Vorbild, und mit den freien Wahlen ist es vorbei.

Was hier besonders erregt, ist die heuchlerische Anmaßung der Welt-Kriegs-Organisation, die gegen das weiße Minderheitsregime in Salisbury Sanktionen verhängt, obwohl von den 122 UNO-Mitgliedern mehr als die Hälfte, nämlich 62, keineswegs demokratisch regierte Staaten sind, sondern politisch oder militärisch geführte Diktaturen. Während aber in Rhodesien der Weg in eine künftige Mehrheitsregierung klar eingeschlagen ist, geht in Schwarz-Afrika die Umwandlung der noch demokratisch zu nennenden Regierungen in Militär- oder politische Diktaturen ständig weiter.

Die Scheinheiligkeit der UNO wird mit einem Zitat des US-UNO-Botschafters Goldberg belegt, der vor dem UNO-Sicherheitsrat sagte, es sei ein unglückliches Faktum, daß in der Welt einige Situationen vorhanden seien, in die der Sicherheitsrat nicht effektiv eingreifen könne.

Aber hier für Rhodesien fügte Goldberg hinzu: „Hier ist eine Situation, in der wir handeln können."

Hier ist also ein kleines Land, auf dem man herumtrampeln kann, Seite an Seite mit den Neokolonialisten in Moskau und ihren Satelliten, die ganz genau wissen, zu wessen Gunsten die Stabilität im südlichen Afrika ruiniert werden soll. Goldberg scheint ebenfalls daran zu liegen. Man sollte diesen Mann nicht für so töricht halten, daß er nicht wüßte, was er tut.

Betrüblich ist für den deutschen Gast die oft zu hörende Frage nach den Gründen, warum Bonn, das kein UNO-Mitglied und daher den UNO-Beschlüssen auch nicht unterworfen ist, sich an den Kampfmaßnahmen gegen Rhodesien beteilige. Man sollte doch, so wurde uns gesagt, abgesehen von dem selbstverständlichen Eigeninteresse der westdeutschen Wirtschaft, einsehen, daß die Sanktionen gegen ein fernes Land weder mit dem allgemeinen Völkerrecht noch mit der Satzung der UNO selbst verträglich seien. Daß also Bonn damit zu einem Rechtsbrecher werde. Dean Achesons (amerikanischer Außenminister unter Truman) Ausspruch wurde uns vorgehalten: Nicht die Unabhängigkeitserklärung der Regierung Smith sei rechtswidrig, sondern die Verhängung von Sanktionen gegen ein Land, das gar nicht daran denke, irgend jemand mit Krieg zu bedrohen. „Die UNO-Satzung", so Acheson, „bestimmt unwiderleglich, daß die Vereinten Nationen sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Staaten einmischen dürfen."

Der amerikanische Kongreßabgeordnete H. R. Ross wurde noch deutlicher: „Wann werden die Schwachköpfe in unserer Regierung endlich begreifen, daß die Zerstörung Rhodesiens und der Wohlfahrt und Stabilität, die es dem südlichen Afrika gibt, nur den Interessen der Kommunisten dienen kann."

Und der demokratische Senator H. F. Byrd stellte die Frage: „Warum soll das friedliche Rhodesien boykottiert und von der UNO nichts unternommen werden, um den offenen Handel mit Nordvietnam zu unterbinden?"

Wir behielten unsere Meinung über die Bundesrepublik für uns. Sie eignet sich nicht für Gespräche mit Ausländern. Wir können hier nur nachtragen, daß die liebedienerische Eilfertigkeit uns — schlicht gesagt — unverständlich ist, mit der unsere bekanntlich völlig überarbeiteten Staatsanwälte zupackten, um eine Flugsendung von in Deutschland bestellten Banknoten für Rhodesien zu beschlagnahmen. Welche Gegenleistung hat Bonn dafür von der britischen Regierung verlangt?

Es gibt die Äußerung Wilsons über die deutschen Ostgrenzen, die eine deutsche Regierung nur veranlassen dürften, gegenüber illegalen Hilfsersuchen aus London sehr harthörig zu sein.

Wie gesagt, wir sprachen uns in Salisbury über Bonn nicht aus. Wir begnügten uns, Ian Smith zu verraten, daß auch und besonders in Deutschland eine große Diskrepanz bestehe zwischen „public opinion" und „published opinion" zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung.

„Werden die Sanktionen die Weißen Rhodesiens in die Knie zwingen können?" fragten wir jeden unserer Gesprächspartner. Die Antwort: Wir haben ein Jahr des Boykotts ohne schwere Schäden überstanden. In diesem Jahr mußten wir uns erst langsam auf die neue Lage umstellen. Diese Umstellung wird auch für die jetzt zu erwartenden härteren Boykottmaßnahmen nützlich sein. Rhodesien wird nie hungern müssen wie Deutschland im Ersten oder nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Damen werden zur Not auch ohne Yardley und Chanel No. 5 auskommen und die Herren sogar ohne Scotch Whisky. Südafrika stellt ganz ausgezeichnete Weine und Spirituosen her, auf seine Hilfe werden wir freilich angewiesen bleiben. Ja, auch ohne Öl wird die gesamte Bevölkerung immer genug zu essen haben, denn jeder Farmer erinnert sich noch der Zeit, da er seine Äcker mit Ochsen pflügte.

Mit der Hilfe Südafrikas rechnet man also als mit einer notwendigen Voraussetzung des Überlebens. Was wird Portugal tun? Der portugiesische Generalkonsul in Salisbury sagte uns ganz entschieden, daß man vor den Küsten Mozambiques schießen werde, wenn gegen portugiesische Schiffe oder Häfen ein Akt der Piraterie verübt würde.

Portugals Außenminister Nogueira äußerte sich zurückhaltender, Portugal werde sich den Beschlüssen der UNO nicht widersetzen. Er gedenke jedoch nicht, für irgend jemanden den Polizisten zu spielen.

„Wenn aber eine Hungerblockade erfolglos bleibt, wie wird die Gefahr eines militärischen Eingreifens der afrikanischen Nachbarstaaten, Großbritanniens oder der UNO eingeschätzt?"

Die Antwort: Die Staaten Afrikas sind wohl imstande, über die unübersehbaren Grenzen Rhodesiens hinweg kleine Gruppen von Saboteuren einzuschleusen, die — mit sowjetischen und chinesischen Waffen ausgerüstet — einige einsam siedelnde mißliebige Schwarze oder ein weißes Farmerehepaar umbringen können. Militärisch sind sie kein Problem. Denken Sie daran, daß 200 weiße Söldner im Kongo praktisch tun konnten, was sie wollten.

England hat auf dem Höhepunkt seiner imperialen Machtentfaltung gegen eine Handvoll Buren nach dreijährigem, verlustreichem Kampf nur ein Schachmatt erzielen können. England ist von seiner damaligen Machtfülle sehr weit abgesunken. Wir wollen auch nicht glauben, daß ein Engländer einem Engländer den Befehl erteilen könnte, auf Engländer zu schießen.

Die UNO könnte in ihrer jetzigen Zusammensetzung auf den Gedanken kommen, einen Krieg gegen Rhodesien nach dem Katanga-Vorbild vom Zaune zu brechen, nur würde sie um ein Vielfaches mehr aufbringen müssen, als damals. Da aber für sie das Hauptproblem Südafrika ist und Rhodesien nur eine kleine Teilfrage, wäre ein ohnehin sehr großer Einsatz nur sinnvoll, wenn er auf die Lösung des ganzen Problems abgestellt wäre. Dazu aber verfügen nur die USA oder die Sowjetunion über die genügenden Mittel. Ob sich die USA einen zweiten Vietnam-Krieg aufhalsen wollen, ist zweifelhaft. Ebenso zweifelhaft ist, ob die USA untätig zusehen könnten, wenn Moskau sich an Südafrika heranmachte. Und noch zweifelhafter ist, ob Mr. Goldberg es sich leisten könnte, Atombomben auf Johannesburg abwerfen zu lassen.

Ein hoher Offizier sagte schließlich ganz ungeschminkt, in Europa würden doch noch einige Gehirne mit genügend Denkschmalz zu finden sein, die sich die Lage des Alten Erdteils — oder vielmehr des Rests des Alten Erdteils — in einem großen Weltkonflikt vorzustellen vermögen. Suez wäre am ersten Tage geschlossen. Der Weg um ein schwarzes Afrika herum, in dem die Moskauer, Pekinger oder kubanischen Agenten sich frei austoben könnten, wäre eine sehr zeitraubende und kostspielige Angelegenheit. Mit Kapstadt, Port Elisabeth, Durban und mit der britischen Marinebasis an der Kapspitze — alles noch in weißer Hand — sähe die Weltlage nicht mehr ganz so verheerend aus.

Aber lassen wir die strategischen Erwägungen beiseite. Wir haben es mit dem politischen Feldzug der UNO, Moskaus, Pekings und ihrer Helfershelfer gegen den freien Willen der Nationen zu tun. Seine Einseitigkeit gegen die noch freien Völker Europas und gegen die letzten Weißen im südlichen Afrika ist mit den bloßen Händen zu greifen. Wo war die UNO, als in Burundi das gesamte Parlament abgeschlachtet wurde? Wo war die UNO, als auf Sansibar an einem Tage 5000 Mohammedaner in Stücke gehackt wurden? Wo bleibt die UNO angesichts des in die Hunderttausende gehenden Massakers von Stamm gegen Stamm in Nigeria? Was hat die UNO gegen rein diktatorisch regierte Staaten wie Guinea oder früher Ghana getan? Was unternimmt die

UNO, um die Deutschen in Südtirol zu schützen, und was gegen die fast täglichen Schießereien an Ulbrichts Minengürtel?

Die UNO glaubt, im südlichen Afrika ein Exempel gegen ein Stück weißer Aufbauarbeit statuieren zu können, das zu laut gegen die Gleichheit aller Menschen spricht. Sie will die Zustände aus Mittelafrika auch dem südlichen Teil des Kontinents zukommen lassen. Sie nimmt nicht zur Kenntnis, daß in Schwarz-Afrika seit 1965 27 Aufstände, Meutereien und Putsche 16 Staaten erschüttert haben. Fünf Regierungschefs wurden ermordet, drei verjagt oder eingekerkert. Vielleicht sind es schon mehr, während diese Zeilen geschrieben werden. 650 000 vertriebene Afrikaner zählt die UNO, und sie zählt alljährlich nicht weniger, sondern mehr Analphabeten.

Doch das mögen für die Drahtzieher der beiden Ein-Welt-Bestrebungen günstige Voraussetzungen für das Erreichen ihres Ziels sein: Der Welteinheitsmassenstaat mit dem genormten Befehlsempfänger und dem Einheitsmassengüter-Konsumenten (EMGK).

Es gibt noch Männer, die das nicht als Hochziel menschlicher Entwicklung ansehen mögen. Es gibt noch Männer, die einer Nation höhere Leistungen zumuten als nur eine reichliche Verdauung. Mögen sie auch in Deutschland sich durchsetzen, bevor wir im Brei der Vermassung versinken.

Umbesetzung in Moskau

Die Troika nach Mikojans Rücktritt (Ende 1965)

Als der Staatspräsident der Sowjetunion, der Uraltkommunist aus Lenins Zeiten, Anastas Mikojan, vor den 1800 Mitgliedern des Obersten Sowjets seinen Rücktritt erklärte, verharrte die Riesenversammlung in bedrücktem Schweigen. Denn wer konnte wissen, ob es hier nicht wieder einem „Schädling“ an den Kragen ging?

Erst als der Erste Parteisekretär Breschnjew sich zu einem Loblied auf des Armeniers fünfzigjährige Dienste erhob, löste sich die Spannung zu langem Applaus.

Das Ausscheiden Mikojans, die Versetzung Podgornys aus dem Organisationsbüro der Partei auf den mehr dekorativen als politisch wich-

tigen Posten des Staatsoberhaupts und die Entkleidung Schelepins von seinen Machtbefugnissen als Chef der Staatskontrollkommission, diese drei Vorgänge wurden zunächst als ein Zeichen dafür gedeutet, daß im Kampf um die Macht dem Ersten Parteisekretär die Ausschaltung von drei gefährlichen Rivalen gelungen sei.

Aber schon beim zweiten Blick ließ sich diese Erklärung nicht mehr halten. Zwar wurden Schelepins Versuche, eine eigene Disziplinargewalt der Kontrollkommission zu schaffen und ihre Zuständigkeit auch auf die Kontrolle der Partei auszudehnen, gestoppt, doch diese Maßnahme schien eher der Sache als der Person zu gelten, denn gleichzeitig wurde ihm die Leitung des Organisationsapparats der Partei übertragen, wo er als oberster Personalchef eine beträchtliche Machtfülle über die 12 Millionen Parteimitglieder ausübt. Er hat damit die gleiche Position inne, von der aus sowohl Stalin wie auch Breschnjew den Sprung an die Spitze des Parteisekretariats wagen konnten.

Auch für den Ukrainer Podgorny wird erst die nächste Entwicklung zeigen, ob er auf ein repräsentatives Amt abgeschoben wurde, oder ob ihm mit der höchsten Würde im Staat zugleich ein Schiedsrichteramt in einer neuen Troika — Breschnjew, Kossygin, Podgorny — eingeräumt worden ist. Das erste öffentliche Auftreten der drei als gleichberechtigte Genossen deutet in diese Richtung.

Die Schaffung einer geschlossenen kollektiven Führung, vom Kontrollapparat her nicht mehr aufrollbar und daher auch gegen gefährliche Intrigen einstweilen geschützt, scheint der Sinn der Umbesetzungen im Kreml gewesen zu sein, einer Führung, die dem harten Kurs entspricht, der sich nicht nur gegen den Westen, sondern auch gegen die chinesischen Störenfriede richtet.

Daß Bonn sich im Zentrum des propagandistischen Trommelfeuers befindet, hat seine Gründe, die so alt sind wie die Sowjetmacht selbst. Der Weg zur Weltherrschaft führte schon für Lenin über Berlin, das heißt über die Sowjetisierung ganz Deutschlands. Es wäre leichtfertig anzunehmen, daß die Nachfolger Lenins nach Gewinnung einer Hälfte Deutschlands auf den Rest verzichtet hätten.

Berlin lag 1750 gut 2000 Kilometer westlich der russischen Grenze. Es liegt heute 200 Kilometer östlich der Grenzen der Sowjetmacht. Hamburg hat noch 50 Kilometer Luft. Lübeck liegt im Bereich der leichten Feldartillerie der Sowjetarmee. Es ist ärgerlich, diese Tatsache immer wiederholen zu müssen, aber es ist notwendig, weil die Zeitgenossen die Neigung haben, sich darüber hinwegzuschwindeln.

Auch in der deutschen Botschaft in Moskau soll ein Personenwechsel stattfinden. Wenn diese Absicht in der Erkenntnis von der Wichtigkeit der Moskauer Position begründet ist, so ist das zu begrüßen. Groepper soll durch von Walther abgelöst werden. Beide sprechen russisch, beide waren junge Mitarbeiter des Grafen Schulenburg bis zum Beginn des Ostfeldzuges. Wenn wir aber beide mit der Reihe deutscher Botschafter vergleichen, die seit der Machtergreifung der Bolschewiki Deutschland in Moskau vertreten haben — von Mirbach über Brockdorff-Rantzau und Dircksen bis zu Schulenburg —, dann suchen wir doch, ohne ihren Sachverstand anzweifeln zu wollen, nach anderen Namen, nach Persönlichkeiten, die allein kraft ihres Auftretens den Männern im Kreml zu begegnen wissen.

Voraussetzung ihrer Wirksamkeit ist freilich eine zielbewußte politische Führung in der Zentrale. Daß es damit nicht zum besten bestellt ist, müssen wir bedauernd feststellen. Wir können es nur schwer verstehen, warum Bundespräsident Lübke sich zu einem Glückwunsch an Podgorny bewegen lassen konnte, obgleich er eben erst im offiziellen Parteiblatt „Prawda“ wegen seiner Vergangenheit im Dritten Reich schwer diffamiert wurde. Und wir können es noch weniger begreifen, woher Außenminister Schröder den fröhlichen Optimismus nimmt, mitten im schärfsten und gehässigsten Propagandasturm aus Moskau von der kommenden „Versöhnung“ zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion zu phantasieren.

Handelt Rumänien im Auftrage?

Politische Ostblockstrategie (1966)

Hat Rumänien die Rolle Polens übernommen, die Rolle dessen, der in den Augen aller „Wandlungs“-Propheten die Auflösung des Sowjetblocks in eine Reihe mehr oder minder selbständiger nationaler Staaten betreibt? Mußte Warschau aus diesem Spiel zurückgezogen werden, nachdem die heftige Fehde Gomulkas mit der katholischen Kirche eine solche „Wandlung“ unglaubwürdig gemacht hat? Und wurde nun Rumänien vorgeschoben, um durch den Anschein einer östlichen Krise die westlichen Krisenerscheinungen zu fördern?

Aus kommunistischem Munde werden wir niemals eine bejahende Antwort auf diese Fragen erhalten. Diktatorisch regierte Staaten leisten sich nicht den Luxus, ihre schmutzige Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen, und wenn sie es dennoch tun, so muß man sich fragen, ob es nicht der Zuschauer wegen geschieht.

Erinnern wir uns, daß die polnische Wandlung nur so lange gespielt wurde, bis der Druck der Bevölkerung in Richtung einer vermeintlichen Auflockerung zu groß wurde. Erinnern wir uns auch, daß der Rapackiplan zugleich mit Moskaus Propaganda für ein militärisch aufgeweichtes Mitteleuropa angeboten wurde. Die Spekulation war richtig: Der Plan des polnischen Außenministers wurde im Westen als Anzeichen einer selbständigen polnischen Regung aufgenommen, die man fördern müsse, um die Auflockerung des Ostblocks bis zu seiner Auflösung zu treiben.

Auch Ceausescus Forderung nach „Ablösung der Stationierung fremder Streitkräfte auf den Territorien anderer Staaten“ entspricht dem schon vor zwei Jahren von der Sowjetdelegation in der UNO-Generalversammlung vorgelegten „Friedensplan“, ebenso wie sich Rumäniens Vorschläge zur „Umwandlung der Balkan- und Adriagebiete in eine kernwaffenfreie Zone“ nahtlos in die sowjetische Außenpolitik einfügen.

Wir sprachen eben mit einem westlichen Militärattaché in Bukarest über diese Fragen. Er meinte, auch ihm sei der Theaterdonner um die Eigenwilligkeit Rumäniens etwas zu laut. Das Eintreffen der Kremldelegation in Bukarest anderthalb Tage vor den anderen, Sondersitzungen zwischen Sowjets und Rumänen, die mit ernster Miene verlassen werden, ja selbst solche Äußerlichkeiten wie die Anfahrt Ceausescus im Mercedes 600, während alle anderen im Wolga und anderen sowjetischen Wagen erscheinen, das alles wirke etwas zu deutlich für einen Beobachter, der erlebt hat, mit welcher Diskretion die Kommunisten sonst viel härtere Streitigkeiten erledigten. Das Ganze passe zu gut zu de Gaulles Reise und in die kritische Phase der NATO hinein, um nicht Argwohn zu erwecken.

Natürlich habe Rumäniens kommunistische Führungsclique wie jeder Teilhaber in jeder Gemeinschaft ihre Sonderwünsche. Sie habe entgegen den COMECON-Planungen Moskaus sich nicht mit der Rolle eines Rohstofflieferanten begnügt, sondern einen bescheidenen industriellen Aufbau durchgesetzt. Gewiß sei sie auch gezwungen, mit einer antikommunistischen und antirussischen Stimmung in der Masse ihrer Bevölkerung zu rechnen, der sie mit nationalen Tönen zu begegnen

suche. Schließlich seien Deutschland und die deutschen Touristen am Schwarzen Meer die zweitgrößten Handelspartner, auf die man Rücksicht nehmen müsse.

Die Frage für uns lautet letzten Endes: Will Bukarest eine größere Atemfreiheit im östlichen Bündnis oder strebt es aus dem Bündnis heraus? Und diese Frage ist eindeutig zu beantworten. Rumäniens Führung denkt nicht daran, das Bündnis auch nur zu gefährden. Sie hängt mit ihrer politischen und physischen Existenz am Moskauer Strick. Sie hat den Besucher Tschu En-lai deutlich wissen lassen, daß es für sie keine Entscheidung gegen Moskau gibt. Sie hat die Lehre aus dem Sofiaer Putsch prochinesischer Militärs ebensowenig vergessen wie die Ereignisse in Ungarn von 1956. Und sie hat die klare Absage der USA noch in den Ohren, die am 2. November 1956 eine Botschaft an Belgrad richteten, worin es wörtlich hieß: „Die Regierung der Vereinigten Staaten fördert nicht das Zustandekommen von Regierungen mit antisowjetischer Tendenz an den Grenzen der Sowjetunion."

Dieses Bündel hier nur skizzenhaft angedeuteter Tatsachen vor Augen, kann es nicht wundernehmen, wenn das Ergebnis der Warschauer Pakt-Gipfelkonferenz in Bukarest nichts anderes ist als eine Wiederholung, Bekräftigung und Steigerung der bisherigen Angriffe der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland. In zwei Deklarationen werden einerseits die USA ultimativ aufgefordert, die „verbrecherischen Luftangriffe" gegen Nordvietnam und ihre Einmischung in Südvietnam zu beenden, da man sonst — wenn Nordvietnam es verlange — Freiwillige auf den Kriegsschauplatz entsenden werde; andererseits wird die Bundesrepublik als Störenfried der europäischen Nachkriegsordnung angeprangert, der mit einem europäischen Sicherheitssystem zur Ruhe gezwungen werden müsse.

Die wirtschaftlichen Besprechungen in Bukarest dauern noch an. Ob in ihnen das kommunistische Wohlverhalten Rumäniens honoriert werden wird, bleibt abzuwarten.

„Es gibt keinen Ersatz für den Sieg"

Kriegführung in Vietnam (1965)

In ihrem Nahostjammer hat sich die Bundesrepublik mit Zielstrebigkeit in das heilloseste von allen möglichen Dilemmas verrannt. Das ganz, ganz andere Deutschland sieht sich weltjüdischen Boykottdrohungen gegenüber, die sehr an jene des Jahres 1933 erinnern.

Es ist fraglich, ob die USA in ihrer Südostasienpolitik viel besser beraten sind. Nach Sturz und Ermordung der führenden Männer des Regimes Diem ist die innenpolitische Situation in Südvietnam in ein taumelndes Chaos abgeglitten. Bei den wenigen Männern und Kreisen, die imstande wären, den Hexensabbat zu meistern, ist das Vertrauen zur „westlichen Führungsmacht" und die Neigung, mit ihr zusammenzuarbeiten, fast ganz geschwunden. Schuld daran ist das unkontrollierbare Gerede in Washington, ob man nun China mit Atombomben den Garaus machen oder aber sich ganz aus Vietnam zurückziehen oder aber eine mittlere Verhandlungslösung nach dem verunglückten Muster von Laos anstreben solle.

Auch Präsident Johnsons Schweigsamkeit hat nichts gebessert. Das letzte Wort zu Vietnam hat Johnson praktisch in einer Wahlrede vom 5. August des vergangenen Jahres gesprochen, und das war nicht sehr viel und nicht sehr deutlich: „Es kann und darf keinen Zweifel über unsere Politik und über unser Ziel (in Vietnam) geben." Aber offenbar herrscht überall in der Welt, auch in Washington selbst, nur Zweifel über Politik und Ziele der USA in Südostasien.

Die Uninteressiertheit des amerikanischen Präsidenten, der ganz in dem Aufbau seiner noch größeren Gesellschaft befangen scheint, hat den Kreml wohl bewogen, Kossygin nach Hanoi zu schicken, um dort in der Endphase einer Auseinandersetzung, also ohne großes Risiko, das Gewicht der Sowjetmacht sichtbar werden zu lassen, das von Chruschtschow in seinem Streit mit China wesentlich abgebaut worden war.

In Washington spekulierte man unverholen darauf, daß der Sowjetchef in Nordvietnam einen koexistenziellen Kurs steuern werde, nachdem Moskau sich soeben zu einem Spitzengespräch mit Washington bereit erklärt hatte. Diese Spekulation war falsch. Koexistenz heißt nach offizieller sowjetischer Auslegung: Fortführung der Weltrevolution mit allen Mitteln unter Vermeidung eines nuklearen Weltkrieges.

Dafür aber bietet Vietnam geradezu ideale Voraussetzungen. Ein

kommunistischer Sieg dort hätte unabsehbare Vorteile für die Förderung der Weltrevolution in ganz Asien, bis nach Australien hinab und bis hinauf nach Japan. Auf der anderen Seite sind sich die Sowjets sicher, daß, was auch in Vietnam geschehen mag, die USA dadurch nicht zu dem großen atomaren Schlagabtausch mit der Sowjetunion getrieben werden würden.

Um ganz sicherzugehen, nagelten die Vietkongrebellen ihren russischen Gast mit den Überfällen auf amerikanische Basen und mit den zwangsläufig erfolgenden amerikanischen Gegenschlägen an Ort und Stelle fest. Das Ergebnis: Eine Verschärfung der Spannung zwischen Moskau und Washington und eine Annäherung zwischen Moskau und Peking.

Als im Jahre 1950 die amerikanische Armee den 38. Breitengrad in Korea überschritt, erklärte Peking zehn Tage später: „Das chinesische Volk kann nicht müßig dabeistehen!" Jetzt stellte die rotchinesische Regierung in einer sehr ähnlichen Lage wiederum fest: „650 Millionen Chinesen denken nicht daran, müßig zuzusehen, und sind für diesen Fall gut vorbereitet!"

Der Geist McArthurs spukt wieder im Pentagon, wo man diskutiert, ob es nicht besser sei, diesmal seinem Ratschlag zu folgen und den Gegner dort zu treffen, wo er wirklich sitzt, nämlich jenseits der Nordgrenzen Vietnams und Koreas; und ob man nicht gegen China zu Felde ziehen sollte, bevor es für seine Bomben auch die nötigen Raketen gebaut hat. Wobei die Lage diesmal insofern anders aussieht, als die Sowjets während des Koreakrieges ungefähr so weit mit ihren Atomversuchen waren, wie die Chinesen heute sind.

Es besteht wenig Gefahr für Peking, daß die USA ihren Traum vom immer besseren Leben zugunsten eines großen Krieges in Asien preisgeben. Was aber bleibt Washington übrig? Selbst wenn man China ausklammern könnte, so droht ein Gegenangriff der nordvietnamesischen regulären Armee mit ihren mehr als 250 000 Mann, der bei einer Invasion nach Südvietnam bei dem dort herrschenden Durcheinander schließlich nur die 23 000 amerikanischen „Berater" als ernsthafte Gegner gegenüberstünden, die bisher mit den etwa 15 000 Irregulären nicht fertig wurden. Wobei es für Peking immer noch möglich wäre, in Korea den Waffenstillstand aus irgendeinem Vorwande zu beenden.

Der humane Gaskrieg, der jetzt in Vietnam ausgebrochen ist, zeigt, zu welchen Torheiten, ja, zu welch verbrecherischer Dummheit die Führung eines Landes gelangen kann, das einen Krieg führt mit dem festen

Willen, ihn nicht zu gewinnen. Man will den Gegner reif machen zu Verhandlungen. Unconditional surrender gibt es nicht mehr. Man hat aber alles vergessen, was man im Kriege gegen Deutschland hätte gelernt haben sollen: Daß der Luftkrieg, wenn er nicht in ganz überwältigendem Umfang gegen ein schon auf anderen Fronten lahmgeschlagenes Land geführt wird, den Gegner nur härter, nur entschlossener macht und daß er letzten Endes nicht nur jeden Verhandlungsfrieden, sondern jeden so dringend ersehnten Frieden überhaupt vereitelt.

Die Peitschenhiebe, die die USA jetzt Nordvietnam versetzen, sind auf Feiglinge gezielt, die kuschen sollen. Bisher haben die Vietkong nicht gekuscht, im Gegenteil.

Präsident Johnson sagte vor kurzem, seine Regierung sei auf die Achtung der Weltmeinung gegründet.

Entweder ist das eine unverbindliche Phrase, oder aber der amerikanische Präsident ist von Ratgebern umgeben, die von Weltmeinung oder public relations oder psychologischer Kriegführung keinen Schatten einer Ahnung haben. Obgleich das doch die einzigen Gebiete sind, auf denen man ihnen überhaupt etwas zugetraut hat. Anders jedenfalls ist der Einsatz von Reizgas nicht erklärbar.

Die Anwendung von Giften mit vorübergehender Wirkungsdauer wäre — wenn völkerrechtlich zulässig — doch nur dort nützlich, wo die Bodentruppen sofortigen Gewinn durch Vormarsch, Besetzung und Gefangennahme der kampfunfähigen Gegner daraus ziehen könnten. Aber Flugzeugbesatzungen dem Abwehrfeuer des Gegners auszusetzen, nur um den feindlichen Soldaten einen tüchtigen Kater beizubringen, ist verantwortungslos und widerspricht jeder Vernunft. Es ist das Ergebnis einer Kriegführung ohne den Willen zum Siege. Es ist das Ergebnis einer geistigen Verwirrung, die in politischer Entmachtung enden wird. Fast die Hälfte der Menschheit hat durch diese Geisteskrankheit bereits ihre Freiheit verloren. Die Verantwortlichen aber wirken weiter, als sei das ihr Ziel gewesen, dem sie dienen.

Washington setzt auf die Abneigung des Kremls, sich in eine große Auseinandersetzung mit den USA verwickeln zu lassen. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Sowjets, was immer auch in Indochina geschehen mag, keine Raketen nach Amerika schießen werden. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß sie die Vietkong auf andere Weise unterstützen werden. Einmal steht das unverrückbar in ihrem Programm seit alters her. Zum anderen aber sind sie durch ihren Zwist mit Peking genötigt, überall auf der Welt den Kräften der Zerstörung zu hel-

fen und ihnen zu beweisen, daß nur sie der Bundesgenosse im weltkommunistischen Lager sind, der den Willen wie die Mittel zur Hilfe besitzt.

Vielleicht ist es ganz nützlich, in diesem Zusammenhang einmal in knappen Strichen einen Kräftevergleich zwischen den beiden roten Rivalen zu ziehen. Abgesehen von ihrer weit überragenden Wirtschaftsmacht ist die Sowjetunion dem China Mao Tse-tungs auch militärisch ganz entscheidend überlegen. Rotchina zählt zwar in seinen Landstreitkräften 2 600 000 Mann, also gut 600 000 Mann mehr als die Sowjetarmee. Aber von den 120 chinesischen Divisionen sind ganze vier Panzerdivisionen. Das ist weniger als die Sowjets allein im Fernen Osten stationiert haben. Die Feuerkraft der 120 Divisionen erreicht mangels ausreichender Artilleriebewaffnung vielleicht — wenn wir hoch schätzen — ein Fünftel derjenigen der sowjetischen Bodenstreitkräfte, die taktische Atomwaffe ganz beiseite gelassen.

Pekings Luftwaffe verfügt über 2500 Maschinen. Das Modernste aber, was sie hat, sind MIG 19 und Il 28, die schon im Kampf gegen Formosa kläglich versagt haben. Indonesien und Ägypten beispielsweise haben bedeutend mehr moderne sowjetische Maschinen. Chinas wenige Fernbomber haben Kolbenmotoren, die einem modern gerüsteten Gegner nichts anhaben können.

Die Marine Maos kann nichts Größeres vorzeigen als vier Zerstörer. Dazu kommen etwa 24 U-Boote alten Typs.

Den strategischen und taktischen Raketen der Sowjetarmee kann Peking nichts entgegenstellen, den sowjetischen A- und H-Bomben nur ein einziges A-Bomben-Experiment.

So ist die Lage heute. In wenigen Jahren kann sich das Bild sehr stark gewandelt haben. Es ist die Frage, ob die Männer im Kreml der chinesischen Entwicklung ebenso geduldig und tatenlos zuschauen werden, wie der Westen — mit Ausnahme des Dritten Reiches — die Entwicklung der kommunistischen Macht angesehen hat.

Mit China auf Moskau drücken zu wollen, heißt also — jedenfalls für die jetzt amtierende Generation — mit einem Schwamm auf einen Felsblock einwirken wollen. Gromykos strikte Ablehnung jeder deutschen Wiedervereinigung in seinen Londoner Gesprächen ebenso wie seine Zurückweisung von Verhandlungen über Vietnam beweisen, daß heute auch das Wiederaufflammen des Streits mit China keinen Grund zur Besorgnis oder auch nur für ein zeitliches Einlenken für die Sowjets darstellt.

Diese Haltung ist nicht überraschend. Bei all unserer Abneigung gegen das Prophezeien haben wir das schon unmittelbar nach dem Sturz Chruschtschows vorausgesagt.

Vietnam — ein zweites Korea

Prognose zur amerikanischen Vietnampolitik (1965)

In wenigen Wochen werden über 70 000 amerikanische „Berater" in Südvietnam stehen. Es ist noch ein weiter Sprung bis zu den 350 000 Amerikanern in Korea, aber die US-Generalität scheint ihrer Sache wenig Erfolgschancen zu geben, wenn sich das Pentagon nicht zu einem ganzen Einsatz wie damals im Korea-Krieg aufrafft. Obgleich von einem „ganzen Einsatz" auch damals nicht gesprochen werden konnte, insofern als den amerikanischen Streitkräften der Sieg verboten war, so wie er auch jetzt einstweilen verboten ist.

Das Bombardieren von „Randzielen" wie Brücken, Wagenkolonnen und Eisenbahnlinien, empfohlen von Johnsons zivilistischen Beratern, hat die Air Force nur widerwillig betrieben, weil sie von der Nutzlosigkeit solcher Nadelstichpolitik gegenüber einem harten und entschlossenen Gegner von Anfang an überzeugt war. Ihre Prognose war richtig. Inzwischen hat sich die Aktivität der Vietkongs erheblich vermehrt. Sie operieren unter den Augen der Amerikaner in Gruppen bis zu Regimentsstärke und sind mit automatischen Waffen und 75-mm-Haubitzen ausgestattet. Immer dringender stellt sich Washington die Alternative, entweder einen schmählichen Rückzug anzutreten oder mit aller Energie den Sieg in Nordvietnam zu suchen. Einen „Sieg" freilich auch nur nach dem Muster Korea.

Weniger bitter, aber nicht weniger peinlich ist die Lage der Amerikaner in Santo Domingo. Sie gingen hinein, um eine Machtübernahme der Kommunisten zu verhindern. Das dürfte ihnen im ersten Moment gelungen sein. Aber nun sitzen sie untätig als Puffer zwischen den beiden Lagern, dieweil die Linksextremisten in aller Ruhe ihre Kräfte wieder sammeln und in Führung bringen.

Die Frage ist, wie lange das amerikanische Prestige diese im Endeffekt unwirksamen Einsätze an allen Ecken der Welt wird überleben können. Die Frage ist vor allem, welche politische und strategische Vor-

stellung hinter dem passiven Verhalten Washingtons in Berlin, in Ungarn, in Korea, auf Kuba und so fort stehen mag. Die Antwort dürfte die Hoffnung auf einen Wandel in der Sowjetunion und in China sein, ein Wandel, von dem man schon zu Stalins Zeiten träumte, den man vom Tode Stalins erhoffte und den man auch vom Tode Mao Tse-tungs wieder erhofft. Inzwischen ist in der Sowjetunion fast durchweg schon die zweite Führungsgeneration am Wirken, ohne daß von einem grundsätzlichen Wandel die Rede sein könnte. Gewiß hat die GPU oder ihre Nachfolger ihre Tätigkeit nach Stalins Tod etwas reduziert. Aber wenn ein Regime eine Generation lang seine Gegner millionenweise ausmordet, so kann es sich in der nächsten Generation zweifellos leisten, mit dem übriggebliebenen, eingeschüchterten Rest seines „Menschenmaterials" großzügiger zu verfahren. Eine Wandlung ist das nicht.

Eine Wandlung ist auch in einem vollständig durchgeplanten Staats- und Wirtschaftsapparat kaum möglich. Jede Herausnahme eines Teils aus der Planung würde den Gesamtplan nicht nur stören, sondern ihn fast explosionsartig zerreißen. Auf der anderen Seite aber ist festzustellen, daß mit dem Ausbau eines höchst komplizierten und sich ständig verfeinernden Wirtschaftssystems die Aufgabe einer zentralen Planung ins Ungemessene, nicht mehr Überschaubare wächst.

Sachkenner des Sowjet-Systems in aller Welt sind in letzter Zeit fast übereinstimmend zu der Auffassung gelangt, daß der Kreml bereits diesen Zustand erreicht hat. Chruschtschows wilde Eskapaden in der Landwirtschaft, in der Industrie und in der Außenpolitik seien so zu erklären. Seine Nachfolger seien noch schlechter daran, weil sie den Mut zu großen Experimenten nicht aufbringen. Sie stecken in einem vielfachen Dilemma: Schwerindustrie oder Konsumgüter, Bodentruppen oder Raketen, Autarkie oder Weltwirtschaft, Agrarwirtschaft oder Einfuhr, echte Koexistenz oder aggressiver Weltkommunismus, Ausgleich mit China oder Zweifrontenkrieg. Es ist fraglich, inwieweit der Kreml einem Druck der Bevölkerung, die laut Chruschtschow Frieden und Gulasch will, gehorchen müßte. Ein viel ernsterer Druck kommt nicht aus der Masse der Bevölkerung, sondern aus jener Schicht von Managern, von Technokraten, die gelernt hat, vom Sachverstand her und nicht nach dem Marx-Leninschen Gebetbuch zu denken. Sie fühlen sich von den 300 Ideologen, die den Staat noch hart im Griff haben, schlecht geleitet und an der besseren Leistung gehindert.

Hier, bei dieser Menschenschicht, liegt der Keim zur Revolte, zu einer Wandlung, die wir uns freilich ohne schwerste revolutionäre Er-

schütterung nicht vorstellen können. Spielen wir einmal mit dem Gedanken einer solchen Entwicklung: Was wird sich für die Außenwelt daraus ergeben? Diese Schicht ist nicht pazifistisch, sondern aggressiv-chauvinistisch. Sie will es nicht anders machen, um weniger zu erreichen, sondern mehr leisten, um mehr erreichen zu können. Wenn sie ohne äußere Störung zu ihrem Ziel gelangt, wird die Koexistenz mit ihr kaum erfreulicher sein als mit den Leuten von heute. Mit anderen Worten: Wenn die westliche Welt auch dann wieder wartet und die äußere Störung nicht bringt, dann wird diese westliche Welt, wenn ihre Blütenträume reifen, bestenfalls auf dem status quo von heute stehen und sich darin gefallen, wiederum auf eine zukünftige Wandlung zu hoffen, die ihr das schwere Geschäft der Existenz auf Erden erleichtern soll.

Die Vorstellung, daß die Weltgeschichte unsere Probleme für uns zu lösen hat — „in Frieden und Freiheit" versteht sich — diese Vorstellung wird den damit Geschlagenen weder Frieden noch Freiheit gewähren.

Moskau und der Vietnamkrieg

Analyse der amerikanischen Koexistenzpolitik (1966)

Die weltpolitische Entwicklung des vergangenen Jahres wird sich auch im neuen Jahr fortsetzen, denn Hanoi hat die Friedensfühler der USA mißachtet und zwingt seinen Gegner zu weiterer Verstärkung seines Einsatzes in Südostasien. Wir wollen — um die Köpfe in Washington nicht sträflich zu unterschätzen — annehmen, daß der ganze Friedenszirkus des amerikanischen Präsidenten keinen anderen Zweck gehabt hat als den, eine weitere „Eskalation" des Krieges in Indochina anzukündigen und den Kommunisten in Nordvietnam den Schwarzen Peter zuzuschieben.

Die tiefere Verstrickung in diesen Krieg bedeutet aber auch eine tiefere Verwicklung des amerikanischen Gesamtinteresses in asiatische Angelegenheiten und eine noch stärkere Betonung der Ansicht, daß China der Hauptgegner der USA sei. Ob diese stark gefühlsbetonte Ansicht im Hinblick auf den Vietnamkrieg richtig ist, muß bezweifelt werden. Denn Moskau hat sich materiell stärker auf Hanois Seite engagiert als

Festlandchina. Die Masse des schweren Kriegsmaterials, die Luftabwehrraketen, die gesamte Flak Nordvietnams, stammen aus der Sowjetunion oder ihren westlichen Satelliten. China ist lediglich durch „Ratgeber", Ingenieure und Instrukteure stärker vertreten. Und politisch sucht Ho Tschi Minh immer wieder, den starken Druck des chinesischen Nachbarn durch engere Beziehungen zum Kreml auszugleichen.

Ob schließlich Scheljepin bei seinem Besuch in Hanoi Friedensvermittlung betrieben oder weitere Kriegshilfe zugesagt hat, dürfte nicht so schwer zu erraten sein. Selbstverständlich wünscht Moskau den großen Atomkrieg zu vermeiden, da es darin den USA unterlegen und seine Antiraketenwaffe noch nicht so weit gediehen ist, wie schon Chruschtschow es großmäulig verkündet hatte. Aber ebenso selbstverständlich ist es auch, daß die Sowjets einen „Befreiungskrieg" dort hinten im fernen Südostasien schon allein darum hegen und pflegen, weil er die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten bindet und ablenkt, ganz zu schweigen von dem erfreulichen Prestigeverlust des Pekinger Rivalen im Streit um die weltkommunistische Führung.

Denn Peking hat bisher seine Anhänger durch die geringe und vorsichtige Hilfe für die Vietkong schwer enttäuscht. Es hat in Indonesien seine schwerste Schlappe einstecken müssen, ist in Algerien höflich, in einigen mittelafrikanischen Staaten unhöflich vor die Tür gesetzt worden und hat auch im Kaschmirkonflikt keine gute Figur gemacht.

Breschnjew und Kossygin, die ihre Bemühungen um einen Ausgleich mit Mao längst aufgegeben haben, betrachten diese Rückschläge mit Genugtuung und werden es zweifellos begrüßen, wenn die gelben Roten durch die Amerikaner in Vietnam noch stärker als bisher in Anspruch genommen werden.

Im internationalen Rahmen haben die Sowjets aus dieser neuen Lage bereits einen gewaltigen Achtungserfolg eingeheimst: Pakistan und Indien, zwei Bundesgenossen in westlichen Koalitionen, sind der sowjetischen Vermittlungseinladung nach Taschkent gefolgt, um dort unter persönlicher Obhut Kossygins ihre Streitfragen zu verhandeln. So fraglich auch das Ergebnis dieser Zusammenkunft sein mag, so stellt sie selbst doch bereits ein Ereignis dar, das sowohl den Herrn Außenminister in Washington wie seinen Kollegen in London zum Rücktritt wegen Versagens veranlassen müßte.

Das Aufflammen des Führungsstreits mit Peking hat natürlich den Kreml nicht zu einer weicheren, nachgiebigeren Linie in Europa bewogen, sondern ihn im Gegenteil dazu veranlaßt, sich den Rücken zu si-

chern, indem er seine Satelliten kürzer an die Leine nimmt und sie zugleich in seine Kalte-Kriegs-Front gegen die Bundesrepublik einreiht. Von einer Lockerung oder Liberalisierung ist keine Rede. Ungarn, Rumänien und Bulgarien müssen auf ihre Industrialisierungspläne verzichten und ihre Rohstoffe zu lächerlichen Preisen an die Sowjets liefern. Dafür dürfen sie die aus ihren Rohstoffen hergestellten Fertigwaren, wenn sie sie überhaupt bekommen, dreifach so hoch bezahlen wie die westlichen Empfänger sowjetischer Lieferungen.

Für die Tschechoslowakei und Polen gilt dieses widernatürliche Tauschsystem ebenso wie für Mitteldeutschland, das allerdings am stärksten darunter leiden muß, weil Ulbricht seinen Außenhandel völlig der sowjetischen Willkür ausgeliefert hat. Der Selbstmord Erich Apels beweist, daß selbst die robusten Nerven hoher kommunistischer Funktionäre diesem teuflischen Spiel nicht immer gewachsen sind.

Das großartig angelegte Koexistenzmanöver des Mr. Dean Rusk mit den Sowjets hat also folgenden überraschenden Ausgleich erbracht: vermehrte militärische und wirtschaftliche Unterstützung für Hanoi und Anheizung des kalten Krieges für Europa. Ein schönes Ergebnis!

Ideologie und Macht

Praxis der Koexistenz (1966)

„Friedliche Koexistenz ist die sowjetische Politik in der Zeitspanne des atomaren Gleichgewichts", formulierte jüngst ein amerikanischer Pressekorrespondent in Moskau. Das ist nur zum Teil richtig und verführt auch noch in diesem richtigen Teil zu Mißverständnissen. Denn der Begriff „Koexistenz" ist älter als die Atombombe. Er stammt von Lenin, der ihn daraus ableitete, daß der Kommunismus sich aus dem Hochkapitalismus im Zeitalter des Imperialismus automatisch entwickeln werde.

Da sich aber der Kapitalismus in den verschiedensten „Reifestadien" befinde, könne der Schritt zum Kommunismus nicht gleichzeitig auf der ganzen Erde getan werden. Es ergebe sich daher, wie Lenin schon vor der Oktoberrevolution meinte, die historische Gesetzmäßigkeit, daß sozialistische Staaten genötigt sein würden, längere Zeit mit kapitalistischen Staaten nebeneinander zu existieren.

Lenin folgerte weiter, daß dieses Zwischenstadium nicht die Erhaltung eines Zustandes und vor allem kein Einfrieren der revolutionären Entwicklung bedeute. Es sei im Gegenteil die Voraussetzung einer beschleunigten Revolutionierung der durch die friedliche Zeitstimmung in scheinbare Sicherheit gewiegten Völker. Daher könne die friedliche Koexistenz nur die offiziellen Beziehungen von Staaten untereinander umfassen. Einen ideologischen Waffenstillstand werde es nicht geben. Friedliche Koexistenz ist also für Lenin wie für seine Nachfolger die Form des Klassenkampfes im Weltmaßstabe in einer Übergangsphase von unbekannter Dauer.

Die Verkennung der ideologischen Komponente durch das Dritte Reich und die rein militärische, d. h. unpolitische Kriegführung im Osten war die Hauptursache des deutschen Zusammenbruchs. Ihre Verkennung durch die Amerikaner unter Roosevelt hat fast einer Milliarde Menschen die Freiheit und ungezählten Millionen das Leben gekostet. Und wenn es nicht den Sowjetspion Penkowski gegeben hätte, wären die USA durch die Sowjets auch ein zweites Mal überrumpelt worden und hätten durch sowjetische Atomraketen auf Kuba ihre außenpolitische Handlungsfreiheit eingebüßt . . . und Westberlin den Rest seiner Freiheit.

Daß Chruschtschow nicht etwa abgelöst wurde, weil ihn seine Angriffslust zu weit trieb, sondern weil er dabei hereinfiel, geht aus der heute vorliegenden Antwort der Sowjetregierung auf die Bonner Friedensnote hervor. Die Sowjets haben kein Jota von ihren Zielen abgestrichen und fordern heute wie zur Zeit von Nikitas Berlinultimatum die „Selbständigkeit Westberlins“. Sie fordern ein Mitteleuropa geminderter Abwehrkraft, das sich, um seine Friedfertigkeit zu beweisen, auch noch des amerikanischen Schutzes entledigen soll. Sie behaupten, daß ihre deutsche Besatzungszone bereits die Selbstbestimmung vollzogen habe, und sie folgern in ihrer ideologisch-aggressiven Argumentierung, daß jeder, der die Ursache der Unruhe in Europa, die Teilung Deutschlands beseitigen wolle, ein Unruhestifter, ein Aggressor sei.

Gewiß ist es schwierig, hier zu unterscheiden, was Moskauer Imperialismus alten Stils und was weltrevolutionäre Ideologie ist. Beide sind zu einem unlösbaren Amalgam verschmolzen. Wer alten, vertrauten Vorstellungen anhängt, wie sie in den Kabinetten von Berlin, Paris, London oder Washington gepflegt wurden, wird antworten, die Ideologie sei eine gefährliche Waffe in den Händen „russischer“ Imperialisten. Die Sowjets selbst weisen diese Umkehrung zurück. Und es gibt Gebiete,

auf denen sich zeigen läßt, daß die Ideologie für sie ein beherrschender Zwang ist, nicht ein brauchbares Mittel nationaler Staatsführung. In der Landwirtschaft bleiben die Sowjets bei ihrem ideologischen Konzept der Kollektivierung, obgleich sie längst die verheerenden Folgen für die Gesamtwirtschaft erkannt haben. Sie setzten auch nach dem Zweiten Weltkrieg dieses unsinnige Konzept in allen neugewonnenen Gebieten durch. China und Jugoslawien taten das gleiche.

Doch auch in der Außenpolitik läßt sich das Auseinanderklaffen von Ideologie und Staatsräson alter Art vielfach aufzeigen. Welche nationalen chinesischen Interessen hätte Peking in Guatemala oder auf Sansibar zu verteidigen? Machtkampf mit den Sowjets? Gewiß, aber doch ein ideologisch begründeter Machtkampf um die Führung der weiterrollenden Weltrevolution, an die Breschnjew und Mao so fest glauben wie Lenin und Trotzki 1917. Machtkampf gewiß, doch kein nackter, gesinnungsfreier, opportunistischer Machtkampf, sondern ein Machtkampf, geführt von Ideologiebesessenen, die sich bereits ein Drittel der Erdbevölkerung unterworfen haben. Was sollte sie übrigens bewegen, auf Lenins Ideologie zu verzichten?

Es gibt nur ein Mittel, sie zu diesem Verzicht zu bringen: Die Vorstellungen von Staat und Politik des 19. Jahrhunderts als unangemessen zu erkennen und dem Gegner mit der gleichen Härte und mit dem gleichen Aufwand an Mitteln zu antworten, die er selbst einsetzt, in Verteidigung und Angriff. Nur wer in diesem ideologischen Streit eine unüberwindliche Abwehr aufgebaut hat, ist ein akzeptabler Verhandlungspartner für Moskau oder für Peking. Nur wer im ideologischen Angriff steht, hat die Chance, von ihnen etwas zu erreichen, selbst ein so hoch gestecktes Ziel wie die deutsche Wiedervereinigung.

Tokio und die Wiedervereinigung

Japanische und deutsche Außenpolitik (1966)

Japans Außenminister Etsusaburo Schiina beschloß mit einem zweitägigen Besuch in Bonn eine Reise, die ihn zuvor nach Moskau und Paris geführt hatte. Die Besuche in den beiden europäischen Hauptstädten hatten kaum eine Bedeutung, die über die diplomatische Routine hinausging. Sie dienten wohl auch mehr der Abrundung eines sonst zu ein-

seitigen Weges, der Erhaltung eines formalen Gleichgewichts zwischen Ost und West.

In Bonn sprach man über das gemeinsame Interesse an asiatischen Entwicklungsvorhaben, insbesondere für Indonesien, das nach der Bereinigung seiner innenpolitischen Probleme vor der Aufgabe steht, seine zerrüttete Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Zu Meldungen aus Ostberlin, Japan werde eine Handelsmission in der Zone errichten, sagte Schiina entschieden: „Das stimmt ganz und gar nicht." Die Haltung der japanischen Regierung zur Frage der deutschen Wiedervereinigung habe sich nicht geändert.

Das Kommuniqué schweigt darüber, ob die beiden Außenminister über eine wesentliche Gemeinsamkeit ihrer Staaten gesprochen haben, nämlich über die Situation als Länder, in denen als Schutzmacht amerikanische Truppen stehen. Beide sind gleichermaßen daran interessiert, nicht in Konflikte hineingezogen zu werden, die ihnen fernliegen. Für Japan ist es zur Zeit eine ernste Sorge, etwa durch die amerikanischen Stützpunkte auf seinem Boden in den Strudel des Vietnamkrieges zu geraten und sich dadurch möglicherweise mit Peking anzulegen, dessen heranwachsende Atommacht im Lande Hiroshimas und Nagasakis mit größter Skepsis beobachtet wird.

Während in der Bundesrepublik diese Bindung an die Vereinigten Staaten bisher als problemlose Notwendigkeit hingenommen oder anerkannt wurde, hat die japanische Regierung ihre Amerikapolitik in ständiger Mühe gegen starke Minderheiten in der Bevölkerung, im Parlament und selbst in der Regierungspartei zu verfechten. Tokio hätte es kaum wagen können und hat es auch klugerweise nicht gewagt, nach dem Muster von Bonn der Besatzungs- oder Schutzmacht einen Verteidigungsbeitrag aufzudrängen. Es hat sich schwer dazu nötigen lassen und konnte so ein Maß der Souveränität erreichen, um das die Bundesrepublik noch heute ringen muß.

Trotz mancher Auflösungserscheinungen haben sich die Japaner nicht dazu bereit gefunden, die Unterwerfung unter die Gehirn- und Charakterwäsche der Besatzungsmacht als demokratische Tugend anzuerkennen. Ein Theodor Heuss mit seiner Kollektivscham, ein Theodor-Heuss-Preis, eine Preisträgerin Gräfin Dönhoff oder eine Ludwigsburger Verfolgungszentrale wären in Japan nicht denkbar. Auch keine Kirchenangestellten, Rundfunksprecher oder Kabarettisten, die durch Verzichterklärungen den Chauvinismus feindlicher Nachbarn pflegen.

Denn Japan hat mit großer Beharrlichkeit und unterstützt durch seine

gesamte Bevölkerung (mit Ausnahme der Kommunisten, versteht sich) seine Ansprüche auf die Habomai- und Shikotan-Inseln sowie auf die beiden zur Gruppe der Südkurilen gehörenden Inseln Kunashiri und Etorofu aufrechterhalten und sie auch jetzt wieder beim Besuch Außenminister Schiinas in Moskau vorbringen lassen.

Interessant und für uns bedeutsam ist es, daß Tokio sich nicht gescheut hat, bei einem Besuch, der auf die Verbesserung der Beziehungen gezielt war, dieses heiße Eisen anzufassen. Und noch interessanter und für uns noch bedeutsamer ist es, daß die Sowjets die starre Aufrechterhaltung des Rechtsstandpunktes nicht als Hindernis ansehen, die Kontakte zwischen beiden Staaten auszubauen und zu verbessern.

Die Japaner sind in dieser Hinsicht unbeirrbar und unermüdlich tätig gewesen und konnten schon 1956 in einem Abkommen zwischen Hatoyama und Bulganin die Sowjetunion zu der Erklärung bewegen, „die Habomai-Inseln und Shikotan im Rahmen eines Friedensvertrages an Japan auszuhändigen". Moskau schränkte diese Bereitschaft später — nach Abschluß des revidierten Sicherheitsvertrages zwischen Japan und den USA — dahingehend ein, daß eine Wiedervereinigung der Inseln mit Japan erst nach Abzug sämtlicher amerikanischer Truppen von japanischem Territorium in Frage käme.

Aber auch diese Bedingung hat der Kreml später in einem Gespräch zwischen Chruschtschow und dem japanischen Sozialisten Matsumoto nicht mehr aufrechterhalten. Der Grund für diese (einstweilen freilich noch theoretische) Großzügigkeit ist das Verblassen des sowjetisch-amerikanischen Antagonismus vor den Auseinandersetzungen der Sowjets mit Rotchina. Moskau sucht seit langem, die Japaner dem China-Handel fernzuhalten durch weiträumige Angebote im Aufbau Sibiriens und billige Öllieferungen als Gegenleistung. Die Aktivität der neuen Männer im Kreml ist nach dem geglückten Ausgleich Indien—Pakistan noch wesentlich angewachsen. In Vietnam überflügeln sie mit ihrer Hilfeleistung die Chinesen bei weitem. Es liegt durchaus in ihrer Linie, jetzt auch Japan näher an sich und weiter von China weg zu ziehen, selbst wenn das territoriale Zugeständnisse kosten sollte.

Man braucht kein Talleyrand zu sein und kein tiefschürfender Sowjetologe, es genügt simpler Menschenverstand und ein Rest von unverbildetem Gefühl, um zu wissen, daß Vorleistungen und Verzichtsangebote keine Liebe, sondern Verachtung erwecken und den Appetit noch mehr anregen. In der sowjetischen Politik läßt sich diese Tatsache überall feststellen, nicht nur im Verhalten zu Japan, sondern auch beispiels-

weise zu Algerien. Nach der strikten Absage an alle kommunistischen Tendenzen und nach Verbot der kommunistischen Partei wurde Boumedienne in Moskau höflicher empfangen und mit mehr Gastgeschenken verabschiedet als sein Vorgänger Ben Bella.

Natürlich hinkt der Vergleich mit Japan. Die Sowjetzone und die deutschen Ostgebiete können nicht mit den nordjapanischen Inseln gleichgesetzt werden. Das Prinzip aber gilt immer, und es sollte mit um so größerer Härte verfolgt werden, als es um einen so viel größeren Einsatz geht.

Deutsche Wissenschaft in Not

Schicksal der deutschen Forschung nach 1945 (1966)

Zwei Milliarden Mark jährlich fordert der Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz für den Ausbau der deutschen Hochschulen, wenn wir endlich den Anschluß an den wissenschaftlichen Fortschritt des Auslandes wiedergewinnen wollen. In der großen Wirtschaftsdebatte des Bundestages war man nicht geneigt, auf solche Forderungen einzugehen. Selbst eine Erhöhung des Ausbauetats von 350 auf 530 Millionen fand nur den Zuspruch der sozialdemokratischen Opposition. Im übrigen bemühte man sich, so allgemein wie möglich zu bleiben, so daß die „Welt" mit Recht kritisierte: „Ein wenig konkreter hätte man sich die Debatte gewünscht", eine Debatte, die über lange Etappen hinweg vor leeren Bänken geführt wurde.

Woher das Elend unserer Hochschulen kommt, das bemühte sich in München die Aktion „Braune Universität" in einer umfangreichen Ringvorlesung festzunageln: Die Nazis sind schuld! Die Nazis haben die Universität geschändet, sie haben die Wissenschaft pervertiert, sie haben den Ungeist an die Stelle des Geistes gesetzt. Mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums haben sie die hohen Schulen leergefegt von allen großen Kapazitäten, so daß wir heute noch unter dieser Verwüstung unseres geistigen Lebens zu leiden haben.

Auch diese Vorlesungen sind merkwürdig unkonkret. Man redet viele Stunden lang über geknebelten Geist und stummen Widerstand, aber man geht an den bestimmenden Tatsachen und Zahlen behutsam

vorbei. Sonst würde man zwangsläufig darauf stoßen, daß nach 1933 rund 1000 Hochschullehrer das Feld räumen mußten, im Jahre 1945 aber alle! Erst nach einer entwürdigenden Durchschnüffelung ihres Innenlebens und ihres politischen Bekenntnisses wurde ihnen dann von Fall zu Fall das Lehren wieder erlaubt. Fast 5000 aber blieben auf der Strecke. Um es genau zu sagen: Die Demontage von 1945 übertraf die von 1933 um das 4,6fache. (In Grabert, „Hochschullehrer klagen an", findet der interessierte Leser weiteres Material.)

„Professor" hieß früher „Bekenner", heute scheint es eher mit Profit zusammenzuhängen, denn sonst hätten sich doch die stummen Widerständler nicht damit begnügt, den Leichnam von gestern zu bespeien, sondern mit Bekennermut auf die Zerstörer von heute gedeutet.

Sie beklagen sich, daß damals die Studentenschaft mitsamt ihren Professoren dem Ungeist des Nazismus verfallen sei und nicht wie ein Mann auf die Barrikaden stieg, daß im Gegenteil Menschen wie der Nobelpreisträger Lenard, Cosima, Siegfried und Winifred Wagner, Hanfstängl oder Chamberlain schon lange vor 1933 Parteianhänger waren. Sie vergessen dabei, daß 1933 eine deutsche Regierung rechtmäßig ihr Amt antrat und mit ihrem Ermächtigungsgesetz die Zustimmung von Männern wie Theodor Heuss, Reinhold Maier, Michael Horlacher, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Heinrich Krone, Hans Ritter von Lex und vieler anderer heute wieder Amtierender fand, während 1945 ein von Vernichtungswillen besessener Sieger entgegen jedem Völkerrecht die Entmachtung des geschlagenen Gegners bis in die Wissenschaft, ja, bis in die Volksschule betrieb.

Wenn es damals Feigheit und Unrecht war, zu schweigen, so sollte man sich doch schämen, es als Zeichen aufrechter Gesinnung zu betrachten, sich an diesem viel größeren und brutaleren Unrecht beteiligt, seine Kollegen und selbst seine Studenten fleißig denunziert zu haben und die Hexenjagd bis in unsere Tage weiterzutreiben, wie die Fälle Pölnitz und Schelsky beweisen.

Wir haben nur eine Erklärung für diesen Widerspruch: Der lautlose Widerstand, der nach Prof. Leist im Dritten Reich nur „kleine Bezirke" umfaßte, ist heute zu einem totalen Verstummen des Gewissens geworden.

Glücklicherweise sind die Bemühungen, das deutsche Volk zu verdummen und charakterlich zu verhunzen, so wenig fundiert, daß ihre Begründungen schon vor der einfachsten Gegenfrage zusammenfallen. Wenn die Akteure „Braune Universität" behaupten, daß unsere Wis-

senschaft noch heute unter den Verheerungen der Nazizeit leide, so wäre doch die Voraussetzung dafür, daß die deutsche Wissenschaft unter dem Druck des nazistischen Ungeistes erstickt und verkommen sein müßte.

Der deutsche Geist hat aber in jenen 12 Jahren — nach dem zweifellos schweren Aderlaß von 1933 — so Bedeutsames hervorgebracht, daß die Eroberer, als sie in seine Schatzkammern drangen, in Begeisterung über ihre Beute gerieten. Daß es keine legitime Kriegsbeute, sondern schlichter Raub privaten Eigentums war, genierte sie nicht, als sie Schiffsladungen von Patentschriften und Fabrikationsanweisungen an sich brachten. 346 000 Patente, die meisten Privatbesitz, konfiszierten die Sieger. 50 000 neue Farbformeln aus den Laboratorien der I. G. Farben wurden von alliierten Kommandos in Dokumentarfilmen bis zu 30 km Länge monatlich aufgenommen.

Aber nicht nur diese Erzeugnisse einer ungeistigen, pervertierten Forschung fanden Beachtung. Auch die Träger dieses minderwertigen Wissens wurden zum begehrten Diebesgut. Mit einer „Operation Paperclip“ begann eine frisch-fröhliche Kopfjagd. Am 22. Dezember 1947 gab das Pentagon bekannt, allein die US-Army habe 523 Wissenschaftler nach Amerika deportiert und werde diese Zahl noch auf 1000 erhöhen, ganz ohne Entnazifizierung, im Gegenteil, die Weisung lautete: „Wenn es sich um Antinazi ohne wissenschaftliche Qualität handelt — fallenlassen. Sind sie für unsere Zwecke von Bedeutung, dann spielt ihre politische Vergangenheit keine Rolle.“

Der Leiter von „Paperclip“ nannte diesen Kreis „die zweifellos hervorragendsten wissenschaftlichen Forscher der Welt“, und in jenem Bericht des Pentagons heißt es: „Das Programm für den Einsatz deutscher Wissenschaftler wird Jahre von Forschungszeit und allein auf dem Gebiet der Raketenforschung dem amerikanischen Steuerzahler 750 Millionen Dollar ersparen.“

Die Leistung der braunen Hochschulen stand so hoch über dem Niveau Englands und der USA, daß es fast zu einem Kleinkrieg zwischen den beiden Großmächten um die Beute gekommen wäre, ein Ereignis, das erst heute durch die Veröffentlichung von Bar-Zohar bekanntgeworden ist. Die Narren und Kommunisten im State Department hatten verfügt, daß die gesamten V-2-Werkstätten im Harz den sowjetischen Freunden zufallen sollten. Die amerikanische Armee aber schaffte heimlich — auch gegenüber den britischen Verbündeten — die Fabrikationsakten und einhundert V 2 auf 16 in Antwerpen zusammengezogene Schiffe, die schleunigst in See stachen. Aber schon wenige Stunden später

sahen sie sich von einem Rudel englischer Kriegsschiffe umringt, deren Kommandant die Übergabe von 50 Raketen verlangte. Nach langem Palaver und erregten Funkgesprächen zwischen London und Washington aber gaben die Briten nach, und die hundert V 2 erreichten unangefochten New Orleans. Minderwertige Produkte aus einer Zeit geistigen Tiefstands, unter dem die deutsche Wissenschaft heute noch leidet ...

Deutsche Kollektivschuld

110 Beamte in Ludwigsburg (1966)

Der Justizminister von Baden-Württemberg, Wolfgang Haußmann (FDP), dem wir die Errichtung der Zentralen Verfolgungsstelle in Ludwigsburg zu verdanken haben, gab jetzt voll Stolz die blühende Entwicklung seiner Gründung bekannt. Mitten im Zuge von allgemeinen und ernstlichen Sparmaßnahmen wird hier eine Behörde um mehr als das Fünffache vergrößert. Statt elf höheren Beamten sind es heute 50, statt elf weiteren Mitarbeitern sind es 60 geworden, die sich um die Ermittlung weiterer Anklagefälle bemühen.

Ihren Aufschwung hat die Verfolgungszentrale vor allem der Verlängerung der Verjährungsfrist für Mordverbrechen im Dritten Reich (natürlich nur soweit sie von Deutschen begangen wurden) zu verdanken, eine Maßnahme, die zweifellos rechtswidrig ist, da sie ein Gesetz nach der Tat geändert hat. Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, der Leiter der Ludwigsburger Stelle, stößt sich nicht an solchen rechtlichen Haarspaltereien, im Gegenteil, er benutzt die neuen Kräfte, um sein Amt um eine neue Abteilung „Inland" und eine „Dokumentationsabteilung" zu erweitern, die sich der von dem kommunistischen Warschau und dem kommunistischen Prag gelieferten Materialien bedienen wird, mit Auswahl, versteht sich.

Die neue Inlandsabteilung hat die Aufgabe, eine Reihe schon von der Siegerjustiz kollektiv erfaßter Behörden des Dritten Reichs noch einmal Mann für Mann „systematisch personell zu durchleuchten, ohne daß zunächst konkrete Verdachtsgründe für eine im einzelnen bestimmte Straftat vorliegen müßten", wie FDP-Minister Haußmann schreibt. Diese Behörden sind der Führungsstab des OKW, das Reichsjustizministerium, das Reichsinnenministerium, das Ostministerium, das Auswärtige Amt,

das Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums, das Rasse- und Siedlungshauptamt, die Kanzlei des Führers, das Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS und andere.

Die Ermittlungsmaschinerie wird also in vollen Gang gesetzt gegen eine Reihe von unbescholtenen Personen, die nur verdächtigt werden, weil sie einem bestimmten Kollektiv angehörten. Deutlicher kann man unsere Unterwerfung unter die Grundsätze der Nürnberger „Justiz" nicht demonstrieren.

Wir stellen dieser Aufblähung der Verfolgungszentrale zwei andere Zahlen gegenüber: erstens die 4,5 Milliarden DM, auf die der finanzielle Mehraufwand der sparsamen Bundesrepublik auf Grund der letzten Änderung des Wiedergutmachungsgesetzes geschätzt wird; zweitens aber die Kürzung des Etats des Bundeskriminalamts um 7 Prozent. Während für die juristisch wie politisch umstrittene Verfolgung von Straftaten während des Zweiten Weltkrieges, die durchschnittlich ein Vierteljahrhundert hinter uns liegen, Menschen und Mittel ad libitum übrig sind, fehlen Menschen und Mittel für eine Behörde, die dem Schutz der Gesellschaft in der Gegenwart dient.

Das Bundeskriminalamt wurde weiter eingeschränkt, obwohl bei ihm seit langem 130 Planstellen unbesetzt sind und obwohl die Zahl der Verbrechen unaufhaltsam steigt. 1964 wurden 1,7 Millionen Verbrechen bekannt, eine Pro-Kopf-Quote, die an Chikagoer Zustände gemahnt. Die Zahl der angezeigten Diebstähle stieg von 1954 bis 1964 von 1034 auf 1707! Die Zahl der aufgeklärten Diebstähle aber ging auf ganze 34 Prozent der angezeigten Fälle zurück. Nach 100 000 Personen wird heute vergeblich gefahndet!

Geld für gestern, keines für heute. Das Wühlen in der Vergangenheit wird um so fragwürdiger, je mehr jene Zeit verblaßt — darum das juristische Institut der Verjährung. Moralisch bringt es keine Klarheit, sondern eher Verwirrung, weil es erstens einäugig, nur mit Blick auf den Besiegten, geschieht und weil die meisten Tatbestände nur verständlich sind aus der Umwelt eines mörderischen Krieges ohne Unterscheidung von Front und Heimat.

Politisch aber wirft es uns zurück auf den Nullpunkt der Niederlage. Wir haben nicht die geringste Sympathie für jene Täter, die ihre charakterliche Niedrigkeit an wehrlosen Opfern austobten. Wir wissen aber auch, wie seit Nürnberg oder Landsberg von sogenannten Zeugen mit der Wahrheit umgesprungen wird und wie solche Zeugen damals und noch heute „zurechtgemacht" werden.

Der Grund für unsere Ablehnung permanenter Verfolgung, der Grund für eine Amnestie liegt aber vor allem in der Wirkung nach draußen. Wenn englische, französische, schwedische oder italienische Zeitungen Tag für Tag große Schlagzeilen über Massenmord in Deutschland bringen, so ist die Wirkung auf die ausländischen Leser keinesfalls Zustimmung zu einer gnadenlosen Rechenschaftslegung der Deutschen vor ihrer Vergangenheit. Wäre das so, dann müßten doch die Engländer, Franzosen, Schweden oder Italiener stracks daran gehen, ihre Verbrecher von damals ebenso gnadenlos der Ehren- und Ordenszeichen zu entäußern und unter Anklage zu stellen. In Schweden, um ein neutrales Beispiel zu nennen, wäre eine ganze Regierung unter Mordanklage zu stellen, weil sie nach dem Krieg Tausende von Flüchtlingen, die sich im Vertrauen auf das selbst von den Wilden geheiligte Gastrecht über die Ostsee gerettet hatten, an die Sowjets auslieferte.

Es denkt natürlich kein Mensch an solche Konsequenzen. Alles, was durch Verhandlungen und Urteile in Deutschland erreicht wird, ist Verachtung entweder einer notorischen Mördernation oder aber noch tiefere Verachtung gegenüber einem Volk, das die Unterwürfigkeit zu seiner schönsten Tugend gemacht hat.

Die Freunde Deutschlands fragen ratlos nach den Motiven für diesen selbstmörderischen Zug unseres Wesens. Einer von ihnen riet neulich in vollem Ernst: „Ihr solltet auf euren Hochschulen für Politik keine Politologen, sondern Irrenärzte ausbilden."

Die deutschen Völker

Die sowjetische Dreistaatentheorie (1966)

Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes war für die SED-Propaganda bisher ein heikles Problem. Wenn man mit Fanfarentönen für die Unabhängigkeit jedes, auch des kleinsten Kolonialgebiets eintrat, ohne Rücksicht darauf, ob sich die Bevölkerung als selbständiges Volk ansah oder ansehen konnte, so war es peinlich, das gleiche Recht einem alten Kulturvolk in der Mitte Europas zu verweigern, noch dazu dem eigenen Volk.

Nach der Entwicklung der Zweistaatentheorie wird durch Pankows Funktionäre eine freie Entscheidung des deutschen Volkes, der gesamt-

deutschen Nation nicht nur abgelehnt, sondern als Demagogie, ja schließlich als Konterrevolution verdammt.

Diese Entwicklung ist nicht neu. Sie läßt sich schon auf der Berliner Außenministerkonferenz vom Februar 1954 feststellen. Damals ging Molotow zur größten Überraschung der Weltöffentlichkeit zunächst auf Edens Plan ein: Gesamtdeutsche Wahlen — Nationalversammlung — Regierungsbildung — Friedensvertrag. Doch plötzlich griff der sowjetische Außenminister auf Punkt 1, die gesamtdeutschen Wahlen, zurück und meinte mit offenem Hohn: „Man braucht anscheinend nur ein gutes Wahlsystem anzunehmen, dann ist nahezu schon gesichert, daß das vereinigte Deutschland sowohl demokratisch als auch friedliebend wird." Und dann kam er mit der alten Forderung Moskaus wieder heraus: Zurück zu Potsdam, wie es sich Moskau vorstellt, also totale Entmachtung der „herrschenden bourgeoisen" Klasse und aller monopolistischen, kapitalistischen, militaristischen, also „faschistischen" Organisationen, dafür aber Vervielfachung des Einflusses aller „antifaschistischen" Gruppen, der Gewerkschaften und anderer nach sowjetischer Vorstellung wahrhaft „friedliebender und demokratischer" Kräfte.

Schon 1952 war das die „einzige" Bedingung Moskaus. Es war nicht weniger als die Forderung, schon vor den Wahlen die Situation des Staatsstreichs nach bewährtem Satellitenmuster herzustellen. Und da man auf westlicher Seite nach den Erfahrungen in Warschau, Prag, Budapest und Bukarest diesen Roßtäuschertrick langsam durchschaut hatte und zurückwies, lehnte Moskau immer offener jede freie Wahl in Deutschland ab.

Seit dem 16. Januar dieses Jahres aber hat die SED das Dilemma der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts überwunden. An diesem Tage verkündete der Zonengesandte Kegel die neue rettende These. Kegel fragte: Selbstbestimmung für wen? Er stellte fest, daß die Deutschen in den zwei „Staaten" sich bereits völlig auseinandergelebt, daß die Werktätigen in der SBZ die volle und totale Mitbestimmung erreicht hätten, während in Westdeutschland die Monopolherren im Verein mit ihren westlichen Verbündeten die echte Mit- und Selbstbestimmung verhinderten. Diese gegensätzliche Organisation der beiden Teile Deutschlands habe praktisch zwei verschiedene Völker geschaffen: „Träger des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen sind also — mit sehr unterschiedlicher Grundlage — zwei voneinander unabhängige deutsche Nationalstaaten, jeder von ihnen mit einem deutschen Staatsvolk. Dazu kommt das besondere Territorium Westberlin mit seiner ebenfalls deut-

schen Bevölkerung. Bei solcher Lage in Deutschland kann Träger des Selbstbestimmungsrechts des Volkes eben nicht mehr eine abstrakte einheitliche deutsche Nation sein, die zwar in der Idee und in den Vorstellungen vieler Menschen noch lebt, nach deren Wiederherstellung wir streben, die aber aus der staatlichen Wirklichkeit seit mehr als 16 Jahren verschwunden ist."

„Es gibt also mindestens zwei deutsche Völkerrechtssubjekte für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen."

„Und wenn für Westberlin nach Beseitigung des Besatzungsregimes und vertraglicher Festlegung eines völkerrechtlichen Status die Probleme der Selbstbestimmung gelöst werden können, dann ist die DDR bereit, auch den Westberlinern — unter Berücksichtigung der Lebensinteressen der DDR und ihrer Bürger — das Selbstbestimmungsrecht zuzuerkennen."

Die SED hat uns also zwei deutsche Völker beschert, wenn nicht gar drei — oder vier, wenn wir die „österreichische Nation" hinzunehmen. Diese so grundverschiedenen Völker aber können wieder zu einem werden, wenn sie sich — nach Pankower Muster — ihres Selbstbestimmungsrechts zugunsten der Moskauer Zentrale begeben haben. Dann wird die Mauer fallen, um am Rhein und in den Alpen in gesamtdeutscher Einheit und Größe sich neu zu erheben.

„Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode." Aber dieser methodische Wahnsinn wurde ausgeheckt, als die Sozialdemokraten noch nicht auf den Redneraustausch mit der SED eingegangen waren, als sich der kommunistische Expansionsdrang noch an einer geschlossenen Abwehr brach. Er war ein Rückzugsmanöver der SED-Propaganda. Vermutlich wird man in Pankow, wenn eine schnelle Zermürbung des westdeutschen Staatsvolks möglich erscheint, die Vielvölkertheorie in den Hintergrund schieben.

Westdeutschland präsentiert dieweil die „Keinvolktheorie", indem man links bei der SPD das Wort Volk vermeidet und lieber von Bevölkerung spricht, während „rechts" in der CSU und CDU ein deutscher Nationalstaat abgelehnt wird. Wenn Volk und Nation aber von gestern sind, welchen Sinn soll da die Wiedervereinigung heute noch haben?

Ob aber auch den Deutschen verordnet wird, viele Nationen oder keine Nation mehr zu sein, an der Wirklichkeit ihrer Einheit werden sich die Drahtzieher hüben und drüben noch verschiedene Zähne ausbrechen.

De Gaulle baut die NATO um

Um die Souveränität Frankreichs gegenüber den USA (1966)

Seit vielen Monaten hat de Gaulle der Umwelt unmißverständlich kundgetan, daß er mit der gegenwärtigen Form der integrierten NATO nicht mehr einverstanden sei und Verhandlungen über die Anpassung des nordatlantischen Bündnissystems an die Lage von heute wünsche. Seit Monaten war die Antwort, die er erhielt, es müsse alles bleiben, wie es ist. Bundeskanzler Erhard machte sich nicht die Mühe, zu fragen, in welcher Richtung denn die Änderungswünsche des Generals liegen. Auch er erklärte kategonisch: Die NATO bleibt, wie sie ist.

Niemand darf es wundern, daß de Gaulle, der sich als ein Mitglied der NATO und nicht als ihr Untergebener ansieht, schließlich in einer Botschaft an Präsident Johnson vom 7. März die Frage der amerikanischen Stützpunkte auf französischem Boden anschnitt. Über die Organisation dieser Stützpunkte hat Frankreich mit den USA zweiseitige Verträge geschlossen. Diese Verträge, die auch für die anderen NATO-Mitglieder geheim sind, können ihrer Natur nach nur durch zweiseitige Verhandlungen geändert oder abgelöst werden. Entgegen dieser klaren Sachlage antwortete Johnson postwendend in schroffer Form, er müsse erst mit den anderen Vertragspartnern Besprechungen pflegen, ehe er sich zu de Gaulles Botschaft äußern könne.

Wiederum sollte es niemanden wundern, daß der französische Staatschef auf diese unsachliche und unhöfliche Antwort mit einer Erklärung reagierte, die sinngemäß etwa lautet: Nachdem man es nicht für nötig hält, mit mir zu verhandeln, wende ich, was ich durch Verhandlungen anstrebte, durch einseitige Handlung vollziehen. Ich gedenke nicht, das Bündnis zu verlassen, ich werde aber die Organisationsform der NATO gemäß dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen reformieren, soweit sie Frankreich bertrifft.

Washington weiß seit langem, daß die amerikanischen Flugplätze, Depots und schließlich das Hauptquartier in Fontainebleau aus Frankreich abziehen müssen, wenn man nicht über einen neuen Status mit Paris verhandeln will. Washington hat seit langem Verhandlungen abgelehnt und statt dessen erklärt, man könne mit diesen Einrichtungen auch anderswohin umsiedeln. In diesem Stil kann man wohl mit der Bundesregierung in Bonn umgehen, aber nicht mit Frankreich, das unter keinem Unterwerfungskomplex leidet. Entweder wird Johnson jetzt zurück-

stecken und mit de Gaulle sprechen müssen oder aber er muß durch Aussparung Frankreichs die NATO zu einem Torso degradieren, zu einem schmalen Schlauch, der mit Weltkrieg-II-Panzern in zwei Stunden zu durchfahren ist.

Es fragt sich, was der NATO bekömmlicher ist: diese Einschränkung ihres Wirkungsraums oder die Anerkennung der Tatsache, daß Frankreich nicht der Befehlsgewalt der USA unterworfen ist und daß also amerikanische Truppen sich nicht nach ihrem Belieben in Frankreich tummeln können.

Die sogenannte Weltpresse überschlägt sich zur Zeit mit der Anprangerung von de Gaulles „Größenwahn". Es dürften indessen zwei sehr nüchterne Erwägungen sein, die die Schritte des Generals bestimmen: Erstens besteht in Frankreich, und keineswegs allein in gaullistischen Kreisen, ein Unbehagen, sich in amerikanische Abenteuer politischer und militärischer Art zu verstricken, die für die integrierten Bündnispartner unübersehbare Folgen haben können. Die Franzosen erinnern sich daran, daß beispielsweise in Afrika die USA französisches Territorium für kriegerische Zwecke mißbraucht haben, denen Frankreich ausdrücklich widersprochen hatte. Man befürchtet heute ähnliche Entwicklungen in Südostasien, wo Amerika behauptet, einen Krieg hauptsächlich gegen die Einmischung Nordvietnams zu führen, zugleich aber feierlich erklärt, es gedenke nicht, das kommunistische Regime in Hanoi zu stürzen.

Der zweite Grund ist die Überzeugung vieler Franzosen, daß die USA um irgendeines außerhalb des Territoriums der USA liegenden Interesses wegen nicht einen Atomschlag gegen die USA selbst riskieren würden. Frankreich ist heute im Besitz von etwa zwölf Atombomben, einiger Fernraketen und seiner Mirage-Atombomber. Das ist nicht viel, aber es ist mehr als 40 000 Atombomben in den USA, deren Einsatz im Falle einer Gefährdung Frankreichs nicht mit automatischer Sicherheit erfolgt.

Wenn heute also aus dem Weißen Hause verlautet, da Frankreich sich nicht der Integration unterwerfe (!) und für sich eine privilegierte (!) Stellung verlange, so könnten die USA als Gegenmaßnahme Frankreich den Atomschutz der USA entziehen, dann könnte Paris antworten, dieser Atomschutz ist fragwürdig und wird daher besser durch meine eigene kleine Atomwaffe gewährleistet.

De Gaulle wird nach Moskau mit völlig freien Händen reisen. Auch die Gespräche mit dem einsamen alten Adenauer, die er eben erst geführt hat, werden ihn nicht bewegen, zur deutschen Frage mehr zu tun,

als es in dem Interesse Frankreichs liegt. Eine stärkere Bindung zwischen unseren zwei Staaten, wie sie de Gaulle angeboten hat, ist von der Bundesregierung verworfen worden.

De Gaulle in Moskau

Bestandsaufnahme der französischen Außenpolitik (1966)

Die erste Woche des vierzehntägigen Besuches de Gaulles in der Sowjetunion hat keine Sensationen und vor allem keine der vielfach befürchteten unangenehmen Überraschungen gebracht. Der französische Staatschef hat seine Gastgeber insofern enttäuscht, als er weder auf ihre Anregung einer europäischen Sicherheitskonferenz ohne Amerika einging noch in der Deutschlandfrage ihrem starren Standpunkt nachgab.

Das Telegramm, das der Ostlandfahrer aus dem Flugzeug an Bundespräsident Lübke sandte, war also keine Verzuckerung einer später zu verabreichenden bitteren Pille, sondern eher eine Vorankündigung an die Sowjets, daß für sie in der Deutschlandfrage nichts zu erwarten sei.

De Gaulles Verhalten zeigt, daß auch einem sehr eigenwilligen Mann mit unbeschränkten Vollmachten enge Grenzen der außenpolitischen Bewegung gesetzt sind, wenn er nicht seinem eigenen Lande Schaden zufügen will.

Eine nüchterne Analyse der französischen Außenpolitik zeigt das Bestreben eines Staates, ein Bündnis umzuformen, das ihm durch die Situation von 1945 Bedingungen auferlegt hatte, die heute nicht mehr vertretbar und beispielsweise im Vergleich zu England, Spanien oder Portugal für Frankreich diskriminierend sind; das zweitens durch die im Vertrag nicht vorgesehene „Integration“ eine Verwischung der Verantwortlichkeit der einzelnen Partner bewirkt hat, so daß bis heute in Westeuropa noch nicht einmal der Mindestbestand an konventioneller Abwehrkraft erreicht worden ist, den Eisenhower als erste Anfangsleistung der europäischen NATO-Partner gefordert hatte.

Frankreich hat mit seinem Begehren, von den USA und England als gleichberechtigtes Atomklubmitglied anerkannt zu werden, Schiffbruch erlitten. Sein Versuch, auf dem europäischen Kontinent durch ein

Bündnis mit der Bundesrepublik einen Ausgleich für den ungenügenden Vertrag zu finden, ist gleich nach Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens durch den Bundestag und später durch Schröders Manipulationen ebenfalls zur Erfolglosigkeit verdammt worden.

De Gaulles Verhalten in Moskau zeigt, daß er weder auf den Rückhalt der amerikanischen Atomdrohung verzichten noch in seinem Bestreben, die Beziehungen Frankreichs zur Sowjetunion und ihren Satelliten zu verbessern (angesichts der integrationalen Unfähigkeit der NATO eine durchaus begreifliche Wendung), wesentliche Interessen des deutschen Nachbarn verletzen will, beides selbstverständlich, weil es den eigenen französischen Zwecken entspricht.

Die Bonner Politiker haben, was uns leider auch bereits selbstverständlich geworden ist, de Gaulles NATO-Reform nicht unterstützt, nicht ausgenützt, um eigene Benachteiligungen im Bündnis endlich zu korrigieren. Sie haben mit den übrigen Partnern auf Frankreichs Zusammenarbeit verzichtet, um eine Integration beizubehalten, die nicht nur unnütz, sondern schädlich ist.

Wer nach den Gründen der Isolierung Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg sucht, stößt auf die Nichterneuerung des von Bismarck 1887 geschlossen, sogenannten „Rückversicherungsvertrages" mit Rußland durch Kaiser Wilhelm II. Wir können heute nur hoffen, daß die Verschlampung der deutsch-französischen europäischen Möglichkeiten durch Erhard und Schröder nicht ähnlich verheerende Folgen haben möge, Folgen für Restdeutschland und Resteuropa.

Wenn de Gaulle einmal abtritt, werden die französischen „Europäer" wieder zum Zuge kommen, jene Politiker, für die die Integration den Hauptzweck hat, Deutschland an Armen und Beinen bis zur Bewegungslosigkeit zu „integrieren".

Bonner Politiker mögen daran Gefallen finden. Deutsche Politik ist es nicht.

Es gibt noch Richter

Haager Gerichtshof weist Klage gegen Südafrika ab (1966)

„Es gibt noch Richter in Berlin", soll der Potsdamer Müller zu Friedrich dem Großen gesagt haben. Es gibt noch Richter, nicht nur in Karlsruhe, sondern auch im Haag, könnte man heute wiederum sagen, wenngleich man nicht allzuviel „Mannesmut vor Königsthronen" erwarten darf, seit sich der Volkssouverän auf diese Throne gesetzt hat.

Vor sechs Jahren reichten Abessinien und Liberia beim Haager Weltgerichtshof eine Klage gegen Südafrika ein, das sie beschuldigten, entgegen dem Mandatsvertrag über die frühere deutsche Kolonie Südwestafrika die Bevölkerung des Gebiets zu unterdrücken und auszubeuten. Die Kläger verlangten die Übertragung des alten Völkerbundsmandats an die UNO als Rechtsnachfolgerin des Genfer Völkerbunds.

Das Gericht hielt damals die beiden Kläger für zuständig und begann die Verhandlung. Nach zwei Jahren aber befand es, daß von einer Unterdrückung und Ausbeutung der nichtweißen Bevölkerung im Rahmen der „Apartheid" nicht die Rede sein könne. Der als Sachverständige gehörte amerikanische Völkerrechtsgelehrte Prof. Possony hatte in seinem Gutachten geäußert:

„Was man auch von der Apartheidpolitik und ihren Zielen halten mag, es handelt sich dabei nicht um Unterdrückung, sondern um eine Methode, in einem Vielvölkergebiet unter Wahrung des inneren Friedens jeder Volksgruppe zum Fortschritt zu verhelfen. Die Methoden mögen richtig oder falsch, sympathisch oder unsympathisch sein, sie zielen jedenfalls nicht auf Unterdrückung ab und ziehen keine Unterdrückung nach sich."

Abessinien und Nigeria, deren Bevölkerung sich nicht entfernt eines Lebens- und Bildungsstandards erfreut, wie ihn die Farbigen und Schwarzen in Südwest genießen, ließen die Klage wegen Unterdrückung und Ausbeutung fallen, forderten aber weiterhin die Übertragung der Mandatsrechte an die Weltkriegsorganisation im New Yorker Glaspalast.

In weiteren vier Jahren kam der Präsident des Weltgerichtshofs, Sir Percy C. Spender (Australien), zu der Überzeugung, daß die verlangte Entscheidung politischer und nicht rechtlicher Natur sei, daß also der Gerichtshof seine Befugnis zur Rechtsprechung überschreiten würde, wenn er sich rechtsetzende Funktionen anmaßen wollte.

Aber diese klare und unantastbare Begründung wagten die Richter im Haag ihrem Spruch nicht zu geben. Sie wichen aus und begnügten sich damit, den beiden klageführenden Staaten das Recht zu bestreiten, eine Entscheidung in einer Sache zu verlangen, die sie selbst nicht betraf.

„Die" Richter ist freilich zuviel gesagt: Von vierzehn stimmten nur sieben gegen die „legale Berechtigung" der Kläger, einen Spruch zu verlangen. Es waren Richter aus Australien, (Polen (!), Pakistan und Frankreich. Für die Kläger sprachen die Richter aus Nationalchina, der Sowjetunion, Japan, Mexiko, dem Senegal, Italien und — natürlich — den USA, denn die Amerikaner werden den Becher ihrer Illusionen bis zur Neige leeren, bevor der große Katzenjammer sie überkommt.

Sir Percy C. Spender hatte den Mut, in diesem Sieben-zu-Sieben durch seine Stimme als Vorsitzender die Entscheidung gegen die Kläger zu fällen.

Obwohl er als unabhängiger Richter und nicht als Vertreter Australiens sprach, wird sein Verhalten dem britischen Commonwealth und seinem Lande erhebliche Ungelegenheiten zuziehen, denn in der UNO ist man schockiert. Südafrika ist instand gesetzt, in ruhiger, weil getrennter Entwicklung die verschiedenen Völkerstämme in Südwest materiell und geistig weiter zu fördern.

Das paßt nicht in das machtpolitische Konzept der UNO, die bekanntlich schon einmal eine schwere Schlappe in Südwest einstecken mußte. Im Jahre 1962 hatte sie zwei Vertreter, den Vorsitzenden ihres Ausschusses für Südwestafrika, den Philippino Dr. Victorio Carpio, und seinen Stellvertreter, den Mexikaner Dr. Martinez de Alva, nach Südwest geschickt, um sich von der „Bedrohung des Weltfriedens" durch Unterdrückung der Mandatseinwohner und Ausnutzung des Gebietes zu militärischen Zwecken zu überzeugen.

Was die beiden Vertreter aber fanden, kleidete Dr. Carpio in die Worte: „Ich wünsche, die Apartheid möge glücken. Sie ist eine Politik, wie sie nie zuvor versucht wurde, und sollte sie sich als brauchbar erweisen, könnte sie eine Lösung sein. Ich muß sagen, Apartheid ist das Gegenteil von dem, was ich gedacht hatte."

Die beiden Abgesandten flogen nicht nach New York zurück, sondern aus der UNO hinaus. Ihr „sehr schockierender" Bericht wurde nicht einmal zu den Akten genommen! Die Vollversammlung der Weltkriegsorganisation — die Augen fest verschlossen vor den Tatsachen — empfahl am 6. November 1962 wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Südafrika.

Mord als Mittel der Politik

Zum Tode Verwoerds und den Folgen. Die Hetze gegen Südafrika. (1966)

Die Zahl der politischen Persönlichkeiten, die ich kannte und die dem politischen Mord anheimfielen, ist wieder um einen Fall gestiegen. Ich denke zurück an dienstliche und private Begegnungen mit Ribbentrop und Rosenberg, die in Nürnberg der Haß der Sieger erwürgte, an Gauleiter Forster in Danzig, den die Polen umbrachten, oder an Generalkonsul Schillings in Krakau, der zu Beginn des Polenkrieges eines der zahlreichen deutschen Opfer polnischer Mörder wurde. Ich denke zurück an manches sorgenvolle Gespräch über den verhängnisvollen Kurs der deutschen Ostpolitik mit General Korten und Oberst Brand, die am 20. Juli 1944 „beiläufig" umgebracht wurden. Den Ukrainer Oberst Konowalez, mit dem ich eben in Berlin über die Unterdrückung seiner Heimat gesprochen hatte, zerriß wenige Tage später eine kommunistische Bombe in Rotterdam. Stefan Bandera in München wurde das Ziel eines heimtückischen Giftgas-Anschlags. Matus Cernak, ehemaliger slowakischer Minister, erlag ebenfalls in München einem Bombenattentat. Ich denke an viele estnische Persönlichkeiten, unter ihnen der hervorragende Gesandte Tofer, den die Sowjets umbrachten ebenso wie meinen Freund Kampe, den begabten Staatssekretär aus Riga.

Mord ist ein sicheres Instrument zur Zerstörung der Widerstandskraft eines Volkes. Die Sowjets haben diese Waffe schonungslos gegen die eigenen Völker der Sowjetunion eingesetzt. Rund dreißig Millionen Menschen brachten sie um, in ihrer Revolution, in der Zeit des Kriegskommunismus, in ihren „Reinigungen" oder durch Hunger und Zwangsarbeit in ihren Lagern oder am Weißmeerkanal, um die Schicht zu vernichten, die zum Widerstand fähig gewesen wäre.

Die Chinesen dürften nach Schätzungen von Sachkennern nicht weniger gründlich gehaust haben. Wer in den Schriften des „großen Mao" nach dem Rezept seines Sieges sucht, wird sie enttäuscht aus der Hand legen, weil Massenterror und Massenmord, probate Mittel kommunistischer Machtergreifung und Machtsicherung, wohlweislich verschwiegen sind.

Die Vietkong ermordeten in Südvietnam rund 60 000 Dorfvorsteher, Lehrer, Polizisten, Priester. Es reichte, um die Bevölkerung so zu demo-

ralisieren, daß heute jede Staatskunst hilflos vor dem menschlichen Trümmerhaufen steht.

In Deutschland genügten 1945 einige Tausend politischer Morde an wehrlosen Gefangenen, um die Masse des Volkes bis heute zu stummer Unterwürfigkeit zu verdammen. — —

Südafrikas Ministerpräsident ist — einstweilen — der letzte in diesem Totentanz des politischen Mords. Seine Persönlichkeit war männlicher und menschlicher als alles, was sonst die Politiker der Nachkriegswelt vorzuweisen haben. Als ich von ihm vor vier Jahren zu einem langen, nachdenklichen Gespräch empfangen wurde, beeindruckte mich die Offenheit, Gradheit und geistige Sauberkeit dieses Mannes tief. Der Professor für angewandte Psychologie machte von seinem Beruf wenig Gebrauch. Er hielt nicht viel von „public relations“, weil er überzeugt war, daß die Richtigkeit und Gerechtigkeit seiner Politik für sich selbst sprechen werde. In seiner langsamen, gründlichen Art erinnerte er mich an die Finnen, die auch nicht schnell zum Sprechen bereit sind, die aber meinen, was sie schließlich sagen.

„Gleichberechtigung“, sagte damals Verwoerd, „Gleichberechtigung ist ein Unsinn“. Und als ich erstaunt aufhorchte, fuhr er fort: „Gleichberechtigung ist ein Unsinn, weil der Bantu viel, viel mehr als Gleichberechtigung braucht. Er braucht Bevorrechtigung, tatkräftige Hilfe vom Grunde her, um in einer Umwelt, die vom scharfen Wind des Wettbewerbs durchweht wird, bestehen zu können. Die Lebensformen, die wir hier in Stadt und Land, in Arbeit und Freizeit, in Kult und Kunst entwickelt haben, sind nicht die der Bantus, sie entsprechen nicht ihren Zielen und Wünschen. Darum wollen wir ihnen, soweit unsere menschlichen und materiellen Mittel es möglich machen, helfen, ihre eigene moderne Welt aufzubauen. Wir wollen sie nicht in einer weißen Welt vergewaltigen, aber wir wollen auch uns nicht in einer schwarzen Welt vergewaltigen lassen. Uhuru würde für Südafrika den Zusammenbruch von ganz Südafrika bedeuten. Am schwersten leiden würden die Schwarzen selbst. Sie finden zahllose Beispiele dafür in vielen Staaten nördlich unseres Landes.“

Kaizer Matanzima, der jetzige Ministerpräsident der Transkei, bestätigte mir später diese Gedanken, als ich mit ihm einen Tag lang durch das erste Experiment einer Bantu-Heimstatt fuhr. Er hielt es durchaus für möglich, im Laufe von ein, zwei Generationen genügend schwarze Beamte, Ärzte, Techniker, Lehrer und Agronomen auszubilden, die eine moderne Großstadt wie Johannisburg oder Kapstadt

leiten könnten. „Aber", sagte er, „ob wir es wollen werden, das ist eine große Frage. Denn diese Städte sind nicht unsere Städte, wir haben sie nicht gebaut, es ist nicht unser Leben, das die Menschen in diesen Städten führen."

Die Verwirklichung dieses Prinzips der getrennten Entwicklung, die allein im Gegensatz zur Vermischung zu freier Entfaltung, zur Entfaltung der Freiheit führen kann, ist von der Regierung Verwoerd mit einem enormen Aufwand an personellem und finanziellem Einsatz in Angriff genommen worden. Sie ist so überzeugend und hat bereits so überzeugende Ergebnisse hervorgebracht, daß jeder Beobachter an Ort und Stelle, der überhaupt den Wunsch zu objektiver Betrachtung hegt, davon gewonnen wird. Es sei nur an das drastische Beispiel jener UNO-Kommission erinnert, die ausgesandt war, um die Versklavung Südwestafrikas durch die „faschistischen Apartheids-Politiker" zu dokumentieren. Ihre Leiter, der Philippino Dr. Victorio Carpio und sein Stellvertreter, der Mexikaner Dr. Martinez de Alva, kamen zu einem ganz anderen Ergebnis: „Ich wünsche, die Apartheid möge glücken. Sie ist eine Politik, wie sie nie zuvor versucht wurde, und sollte sie sich als brauchbar erweisen, könnte sie eine Lösung sein. Ich muß sagen, Apartheid ist das Gegenteil von dem, was ich gedacht hatte."

Der Bericht aber, den diese Kommission der UNO vorlegte, „schokkierte" die Weltpolitiker im New-Yorker Glaspalast. Er wurde nicht einmal zu den Akten genommen!

Andere Politiker verzichten von vornherein auf den Augenschein, wie die sozialdemokratischen Herren Schwedens, die eine Einladung der südafrikanischen Regierung schlicht ablehnten. Dafür konnte dann das regierungstreue Blatt „Dagens Nyheter" den Ermordeten an diesem Mord schuldig sprechen ebenso wie der Berliner „Telegraf", der noch so wenig umerzogen ist, daß er auch in dieser tragischen Stunde den Toten eine der verabscheuungswürdigsten Personen für Weiß und Schwarz nannte und den toten Hitler bemühte, um den toten Verwoerd zu beschimpfen.

Dabei wäre es doch an der Zeit, nach den intellektuellen Urhebern, nach den Schreibtischmördern zu suchen und an diesen Schreibtischen Einkehr zu halten. Denn dort wurde die Atmosphäre des Hasses und der Feindseligkeit geschürt, die den Narren Pratt vor sechs Jahren zum Revolver und den Narren Stephianos heute zum Stilett greifen ließ. Arglos und höflich hatte sich damals Verwoerd erhoben, als Pratt mit einem fröhlichen „Hei, Verwoerd!" auf ihn zutrat. Arglos und höflich

erhob sich auch jetzt Verwoerd, um den Parlamentsboten anzuhören, der mit dem Neuen Testament und drei Dolchen in der Mappe erschienen war, um den „Bastard“, wie er sich ausdrückte, zu liquidieren.

Aber ein politischer Mord ist für Südafrika nicht genug. Es müssen schon einige Hunderttausend weißer Leichen auf der Straße des Landes liegen, ehe die Hoffnungen der Gleichheitsapostel aufgehen. Die Schwarzen und Farbigen Südafrikas sind zu diesem Selbstmord nicht bereit. Aus den schwarzen Staaten Mittelafrikas geht zwar eine Invasion Südafrikas vor sich, sie ist aber nicht bewaffnet, sie besteht aus Negern, die das Chaos ihrer Freiheit fliehen, um höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen zu genießen. Angesichts dieses Mangels hat sich die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden (Frieden!) bewogen gesehen, einen UNO-Kriegszug gegen das friedliche Land zu planen und hat mit ihrem Entwurf großes Interesse gefunden.

Die Eine Welt von 1984 ist auf dem Marsch, die Eine Welt mit der Einheitskleidung, mit der Einheitssprache, mit dem Einheitsrundfunk und dem Einheitsfernsehen, dieser Albdruck eines perfekten Völkergefängnisses, in dem Revolten mit der Einheitsbombe der UNO perfekt unterdrückt werden würden. Macht kann nur durch Macht begrenzt werden. Eine Einheitsmacht wäre unbegrenzt, sie würde die Freiheit auf Erden schrankenlos vernichten. In Südafrika wird diese Macht auf Granit beißen. Sie sollte sich andere, leichtere Ziele suchen. Es gibt solche.

Was kommt nach dem Tode Verwoerds? Eines kann man mit Sicherheit sagen, daß die Voraussage, die Bantus würden es büßen müssen, falsch ist. Das menschliche und politische Vermächtnis des Toten wird so beherrschend bleiben, daß jede Rückkehr zum englischen Herrenmenschentum der Kolonialzeiten undenkbar ist. Darum hat auch die Frage nach der Nachfolge keine große Bedeutung. Finanzminister Dönges wird genannt, der den Boykott abgewehrt und nur die Sorge hat, den wirtschaftlichen Aufschwung seines Landes in rechten Schranken zu halten. Als starker Mann wird auch der Verwoerd nicht unähnliche Justizminister Vorster genannt, den die Schreibtischmörder als Nächsten auf der Abschußliste notieren. Warum? Er sagte uns, als wir ihn in Pretoria besuchten: „Ein Kommunist ist ein wissentlicher und willentlicher Massenmörder. Wir müssen ihm die gleiche Aufmerksamkeit zuwenden wie unseren Mördern, die bereits tätlich geworden sind.“

Während des zweiten Weltkrieges waren sowohl Vorster wie Schoeman entschlossen dagegen, daß sich Südafrika den Alliierten anschließt.

Im Kongreß der Nationalpartei von 1940 erklärte Schoeman: „Die ganze Zukunft der Afrikaner (der ehemaligen holländischen Einwanderer) hängt von einem deutschen Sieg ab."

In Schwarz-Afrika vergißt man zur Zeit in der Freude über den Mord die eigenen Sorgen. Dem Schwarzen Erdteil steht ein Jahrhundert schwerer und blutiger Wirren in Aussicht, die die UNO nur anheizen wird wie im Kongo, die alle Bemühungen weißer Kräfte nicht werden verhindern können. Denn nichts ist geordnet in diesen Ländern. Der Zusammenstoß von Busch und Zivilisation ist ganz unbewältigt. Die Erhaltung der willkürlich gezogenen Kolonialgrenzen wird sich an den Lebenstatsachen zerreiben.

Aber nach diesem Jahrhundert der Wirren wird sich eine neue eigene Ordnung durchsetzen und dann kann vielleicht die Prophezeiung des Engländers Culwick wahr werden: „Auf dem Gipfel eines hohen Berges, der weit über blühendes Land blickt, wird man dann ein granitnes Denkmal errichten mit einem Namensschild auf dem Sockel. Und ein schwarzer Steinmetz, der die Buchstaben einmeißelt, wird sich zu seinem Gehilfen wenden und ihn fragen: ‚Wie buchstabiert man Verwoerd?'"

Aber schon drei Tage nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Verwoerd erfolgte in London ein weiteres Attentat gegen den südafrikanischen Konsulatsbeamten Jan van der Doel. Nur mit einem schnellen chirurgischen Eingriff konnte der durch Messerstiche Schwerverletzte gerettet werden.

Der Londoner Südafrikabotschafter de Wet scheute sich nicht auszusprechen, was jedem Einsichtigen klar ist, was aber in der veröffentlichten Weltmeinung unterdrückt wird, daß nämlich „ ... die geschmacklose und in vielen Fällen unzivilisierte Berichterstattung über die Ermordung Verwoerds in der britischen Presse und in der BBC ... zu Gewalttätigkeiten dieser Art geradezu einlädt".

Der Mord von Kapstadt hätte Anlaß zur Besinnung werden sollen. Aber niemand macht sich Gedanken darüber, daß es nicht der erste Mord an einem Staatschef im neuen Afrika war. Verwoerd war bereits der siebente nach Lumumba im Kongo, Olympio in Togo, nach dem Premier von Burundi, Häuptling Ruagasore, und seinem Nachfolger Ngendamdumbwe, nach dem Ministerpräsidenten von Nigeria, Sir Abubakar, und Nachfolger Ironsi, die zahllosen Toten des UNO-Krieges gegen Katanga, der Stammesfehden in Uganda, Kenya oder Somalia und viele andere Opfer der neuen Freiheit nicht gerechnet.

Statt eigener Besinnung ist man jetzt enttäuscht darüber, daß die Weißen im südlichen Afrika keine Einkehr halten und nach diesem Mord sich nicht selbst ans Messer liefern oder sich und ihre farbigen Mitbürger Diktatoren vom Schlage Nkrumahs oder Tourés unterwerfen. Man ist enttäuscht über die Selbstverständlichkeit, daß die Südafrikaner einen Mann wie Vorster zum Nachfolger des Ermordeten wählen, von dem sie annehmen können, er habe das Format, sein Land gegen die Folgen der Mord- und Kriegspropaganda aus Moskau und Peking, aus London oder Washington zu schützen. Man wirft Vorster vor, er habe das „abscheuliche" Gesetz erfunden, wonach er nach Belieben Menschen bis zu 90 Tagen in Haft halten kann.

Nun, Erfinden war nicht notwendig, denn solche Gesetze gibt es in einer Reihe von afrikanischen Staaten, zum Beispiel in Malawi, in Nigeria, in Algerien. In jedem Staate der Welt kann ein Zeugnisverweigerer in Haft genommen werden.

Vorster selbst sagte uns dazu (sinngemäß): „Wir verhaften diese Leute nicht, wir bitten sie zu einem Verhör. Sagen sie aus, so wissen wir, daß wir mit unserem Verdacht recht hatten. Denn wir laden ausschließlich Menschen vor, die in dringendem Verdacht stehen, an Verschwörungen zu gewaltsamen, also mit Massenmord verbundenen Umsturzplänen teil zu haben."

Die Kampagne gegen diesen Mann in der kommunistischen Presse ist verständlich, denn er ist entschiedener Antikommunist. Es ist auch noch erklärbar, daß die früheren westlichen Gegner Deutschlands Vorster mit Mißtrauen betrachten, denn er hatte sich im Zweiten Weltkrieg gegen die Teilnahme Südafrikas am Kriege gegen Deutschland eingesetzt und war deswegen in eines der von den Briten bereits früher praktizierten Konzentrationslager geworfen worden.

Daß aber auch die bundesdeutsche Presse an dieser Diffamierung teilnimmt, daß sie im Tone tiefsten Abscheues von der Haltung Vorsters im Kriege berichtet, kann nur aus der herrschenden Schizophrenie begriffen werden. Da ist ein Ministerpräsident in einem fernen Lande, mit dem die Bundesrepublik in diplomatischen Beziehungen steht und einen gewinnbringenden Handelsaustausch treibt, aber deutsche Zeitungen verargen ihm, daß er seine Mitbürger nicht in einem Krieg gegen Deutschland bluten lassen wollte, daß er die Meinung aussprach, eine Niederlage Deutschlands werde schwere Folgen auch für sein Land nach sich ziehen.

Diese deutschen Zeitungsschreiber sind also offenbar über die Niederlage Deutschlands befriedigt. Sie billigen offenbar, daß Königsberg jetzt Kaliningrad heißt, daß Polen die fruchtbarsten Provinzen Deutschlands verwalten und verkommen lassen, daß der Sowjetbürger Ulbricht die Mauer baute.

Hatte Vorster nicht recht? Nicht nur sein Land hat gelitten, das größte Staatengebilde der Erdgeschichte, größer und dauerhafter als Dschingis-Khans Gründung, ist über den Zweiten Weltkrieg in Fetzen gegangen; und die Engländer müssen heute zähneknirschend feststellen, daß der „größte" Halbengländer unserer Epoche, der Anglo-Amerikaner Sir Winston Churchill, zum Totengräber des britischen Weltreiches geworden ist. In ihrer Farce eines Commonwealth sitzen jetzt zwei Dutzend Farbige mit drei Weißen unter dem Vorsitz Mr. Wilsons in London und schreien Gewalt, rufen nach dem Blut der Landsleute Wilsons in Südrhodesien, während die gleichen Kreise in der UNO zur Gewalt gegen Südafrika aufrufen, das Land, in dem ihre farbigen Brüder den höchsten Lebensstandard haben, in das ihre Bürger auswandern, wenn sie in der heimatlichen Mißwirtschaft zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden.

Aber durch Tatsachen unbeirrbar fährt die New York Times im alten Gleise fort und warnt davor, daß „die erschreckten Nachfolger Verwoerds die Schrauben der Unterdrückung gegen Schwarze und liberale Weiße weiter anziehen werden". Eine große deutsche Tageszeitung berichtet, daß bei der Beerdigung Verwoerds die Rassenschranken vorübergehend gelockert worden seien, so daß die Schwarzen bei dieser Gelegenheit „die Straßen gemeinsam mit den Weißen säumen können". Welch groteske Vorstellung vom Leben der Schwarzen in Südafrika muß dieser Journalist haben, und wie verlogen ist das Bild des Landes, das man hier dem Leser vorzuführen wagt.

Es ist in unserer Zeit proletarisierter Gesinnungslosigkeit und schlechten Geschmacks schon ein Lichtblick, vermelden zu können, daß Präsident Johnson der Witwe und Familie Verwoerds ein persönliches Beileidsschreiben sandte und selbst ein Mann wie Robert Kennedy, der eben erst Südafrika als einen Brandherd bezeichnete, sich überwand und gemeinsam mit seiner Frau seine tiefste Sympathie aussprach.

Vizekanzler Mende aber flog nach New York, um den Neubau eines zweitrangigen Musikinstituts einzuweihen, zu dem die Bundesregierung zehn Millionen Mark spendiert hatte. Bundeskanzler Erhard hatte keine Zeit für ein Telegramm, ebensowenig wie unser Staatsoberhaupt. Es

blieb einem Vertreter Lübkes überlassen, ein Telegramm nach Pretoria zu schicken, das auf ein Minimum der Teilnahme reduziert war.

„Wir wissen jetzt, was Kollektivscham ist, und bitten die Südafrikaner im Namen aller anständigen Deutschen um Verzeihung.

„Wir stehen heute nicht mehr als einzelnes Volk, als einzelner Staat anderen Völkern und Staaten gegenüber, mit denen allein wir zu rechnen haben. Es hat sich aus zwei ganz verschiedenen und doch miteinander verknüpften Bestrebungen ergeben, daß alle Staaten und Völker in ein gemeinsames Geschick gezwungen worden sind, mit dem sie sich ständig auseinanderzusetzen haben, um ihre Freiheit, ihre Selbstbestimmung zu wahren. Diese Bestrebungen sind der weltkommunistische Generalangriff auf die Freiheit der Völker und die gleich umfassenden Pläne der linksliberalen Ein-Weltler, die in der UNO, in den entsprechenden Kreisen der amerikanischen Politik und bei gewissen sozialistischen Regierungen in der noch freien Welt ihre Stützpunkte haben.

Beide Zielsetzungen haben einen gemeinsamen Feind: den Freiheitswillen der Völker. Beide konzentrieren ihre Bemühungen auf die resteuropäischen Völker, weil in ihnen noch die Kräfte nicht ganz verkommen sind, an denen die Pläne der Vermasser zuschanden gehen können. Und im Mittelpunkt ihres immerwährenden Angriffs steht unser deutsches Volk, das durch ein Jahrtausend europäischer Kulturblüte und Weltgeltung das oft geschändete Herzland des Erdteils war.

In diesem weltweiten Kampf sind viele alte Tragbalken unseres politischen und strategischen Gedankenbaus brüchig geworden. Schon der Zweite Weltkrieg hat bewiesen, daß die alte Regel, ferne Freunde gegen den nahen Feind zu Hilfe zu rufen, zu verheerenden Fehlleistungen führen kann, wie das Beispiel der Sowjetunion beweist, die als Bundesgenosse der Westmächte zu einem der gefährlichsten Faktoren der Weltpolitik aufgestiegen ist, weil man die neuen Zeichen unseres Zeitalters verkannte. Wer heute mit dem Gedanken spielt, das China Mao Tsetungs gegen Moskau mobilisieren zu können, zeigt nur, daß er in alten Gedankenbahnen denkt und seit 1917 nichts hinzugelernt hat.

Noch einfacher macht es sich die zahlreiche Schar der „verhinderten Kommunisten“ oder Anti-anti-Kommunisten, die den roten Imperialismus einfach aus der Welt leugnet und uns — gutgläubig oder böswillig — einreden will, die kommunistischen Machthaber hätten sich nach Unterwerfung eines Drittels der Weltbevölkerung satt und müde zur Ruhe gesetzt, überließen den Rest seiner gefälligen Verfügung und

spielten nur noch nach den alten Regeln mit ihren überall tätigen Zellen ein außenpolitisches Nervenspielchen.

Die Ein-Weltler auf dem anderen Flügel holen eben in diesen Tagen zu einem neuen Schlage aus. Sie haben es zustande gebracht, aus der Organisation der Vereinten Nationen ein Werkzeug gegen die Nationen zu schmieden, indem sie zwei ihrer Grundsätze, den Artikel II und Artikel VII der Charta, in ihr genaues Gegenteil verdrehten. Und zwar sind es die beiden Grundpfeiler, ohne die der Zauberkasten am Hudson nie hätte aufgebaut werden können: Verbot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedstaaten und ausschließliche Zulässigkeit von Sanktionen und anderen Zwangsmaßnahmen nur gegen einen Aggressor.

Beide Grundsätze sind — wie gesagt — in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die UNO hat sich mit ihrem Krieg gegen Katanga, mit ihren Boykottmaßnahmen gegen Südafrika und auch mit ihren Sanktionsdrohungen gegen Rhodesien zu einem Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten gewandelt und sie ist aus einer Welt-Friedens-Organisation zu einer Welt-Kriegs-Organisation geworden.

Beide Kräfte — Weltkommunismus und Welt-Kriegs-Organisation — treiben einander die Opfer zu. Es muß hier genügen festzustellen, daß die UNO in ihrem Emblem und ihrer Verfassung eine Kopie des Moskauer Musters darstellt, was nicht verwunderlich ist, wenn man sich erinnert, daß ihr erster Generalsekretär der Gründungsversammlung in San Franzisko der Kommunist Alger Hiss war, ihr zweiter, Trygve Lie, ein kommunistischer Mitläufer, daß ihr dritter, Dag Hammarskjöld, seinen erstaunenden Freunden erklärte, er sei Sozialist und kein Kommunist, und daß des vierten, U Thants, Neigungen aus seinen Taten leicht erkennbar sind.

Verständlicherweise hat sich diese UNO bisher von jeder Maßnahme gegen kommunistische Gewaltanwendung sorgfältig zurückgehalten (auch im Koreakrieg erreichte sie gemeinsam mit Präsident Truman die Wahrung der Südgrenze des kommunistischen Nord-Korea), zieht aber gegen den letzten Ordnungsfaktor im Kongo, gegen Katanga, und auch gegen Rhodesien, das nicht die geringste Angriffsneigung gegen irgendeinen seiner Nachbarn zeigt, mit ihren Zwangsmitteln zu Felde. Die Behauptung des US-UNO-Botschafters Goldberg, die inneren Zustände Rhodesiens stellten eine Bedrohung des Weltfriedens dar, ist

das, was man früher eine Chuzpe nennen durfte, ist eine dreiste Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes.

Es hat also seine Gründe, warum wir so oft nach dem Süden des afrikanischen Kontinents reisen: weil dort, an zwei oder drei fernen Beispielen, heute die Frage geklärt wird, die uns auch unmittelbar angeht, ob nämlich die Völker dieser Erde auch noch in Zukunft nach ihrem eigenen Gesetz, nach ihrer eigenen Art und nach ihrem freien Willen leben dürfen. Wir geben zu, daß wir gern dorthin reisen, denn das Land hat einen überquellenden Reichtum an Naturschönheiten, es hat die Weite, die wir in unserem alten, übervölkerten Europa nicht mehr finden, und es kommt uns mit einer Gastfreundschaft entgegen, die uns nur noch aus der alten ostdeutschen und baltischen Heimat eine ferne Erinnerung ist.

Wir sind gern zu Gast in diesem weißen Teil des schwarzen Kontinents, wo sich alle Türen öffnen. Ministerpräsident Vorster, Minister Hertzog, hohe Militärs und führende Politiker empfingen uns zu ausführlichen Gesprächen. Und selbst in Salisbury, wo wir mitten in die dramatischste Entwicklung hineinkamen, fanden Ministerpräsident Jan Smith, sein Außen- und Verteidigungsminister, der Innenminister und zahlreiche führende Männer Zeit für Unterhaltungen, die immer das Vielfache der wenigen vorgesehenen Minuten dauerten.

Männer, das ist das Wort, das hier eben nicht nur zufällig geschrieben wurde, Männer, die, von ihrem Recht überzeugt, bei ihrem Recht bleiben, keine rückgratlosen Kreaturen, die geradezu danach gieren, die Rechte ihres Volkes preiszugeben.

220 000 Menschen in Rhodesien leben ohne Furcht in einem Erdteil, dessen 200 Millionen von ihren Führern zur Gewalt gegen die letzten Reste weißer Siedlungen in Afrika aufgeputscht werden. Drei Millionen in Südafrika, die im Bewußtsein ihres Rechts der Welt-Kriegs-Organisation die Stirn bieten, die sich anmaßt, im Namen von drei Milliarden Erdbewohnern zu sprechen.

Wenn wir versuchen, die Fülle der Eindrücke aus den genannten Gesprächen zusammenzufassen, so ergibt sich für Südafrika die unbedingte Entschlossenheit, am bisherigen Kurs festzuhalten. Wir haben oft den advocatus diaboli gespielt und gefragt, ob man nicht diese oder jene kleine Maßnahme der verschrieenen „Apartheid" lockern könne, doch wir stießen auf harte Abfuhr. „Wir stehen mitten in einem heftig aufflammenden kalten Krieg. Wir denken nicht daran, an unserer Haltung auch nur den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen. Eine be-

lagerte Festung darf nicht das kleinste Pförtchen in ihren Mauern öffnen. Später, wenn man draußen einmal eingesehen hat, daß wir nicht zu erschrecken sind, wenn man aus bitteren eigenen Erfahrungen vielleicht auch einzusehen beginnt, daß wir mit dem Prinzip der getrennten Entwicklung auf dem besseren, auf dem menschlicheren Wege sind, dann werden wir entspannen, dann werden wir großzügig sein können, nicht heute!"

„Wie stehen Sie zu Rhodesien?", lautete unsere immer wieder vorgebrachte Frage, und die Antwort lautete immer wieder: „Wir wünschen, daß der häusliche Streit zwischen London und Salisbury von den beiden Partnern als innere Angelegenheit bereinigt werden kann. Wenn freilich Premierminister Wilson in seinem verfehlten Bestreben, sein sogenanntes Commonwealth als politische Einheit zu erhalten und sich also dessen farbiger Mehrheit zu unterwerfen, seine taktische Bewegungsmöglichkeit endgültig einbüßt und daher zwangsläufig an die UNO appellieren muß, dann soll jeder in der Welt wissen, daß unser Standort an der Seite Rhodesiens ist, komme, was kommen mag. Das ist nicht nur eine Folge unserer selbstverständlichen freundschaftlichen Beziehungen, sondern auch eine Frucht der nüchternen Erkenntnis, daß Rhodesien nur ein Teil des Problems ist und daß es nach Rhodesien an uns ginge."

„Und wie steht es um die UNO-Maßnahmen für Südwest-Afrika?" — Die Antwort: „Das UNO-Komitee der Vierzehn, das die UNO gebildet hat, um die Wege zu prüfen, wie dem Land die Selbständigkeit verschafft werden könne, steht vor einer unlösbaren Aufgabe. Es ist gebunden an die Wunderformel ‚One man, one vote' (Ein Mann, eine Stimme). Für Südwest würde das bedeuten, daß die 300 000 Ovambos im Norden, die in diesem Gebiet mit ständig wasserführenden Flüssen und stärkeren Regenfällen eine ganz andere Lebens- und Wirtschaftsweise haben, als alle anderen Stämme und Rassen im mittleren und südlichen Teil des Landes, die Regierungsgewalt in Südwest übernehmen würden. Die Hereros, deren einer Häuptling sich zur Führung aller Eingeborenen berufen fühlt, zählen fast nur ein Zehntel der Ovambos. Sie wären über ihre Minderheitenrolle wenig begeistert. Sie, die Hereros, vergessen auch, daß es mehr als doppelt soviel Weiße als sie im Lande gibt, ganz abgesehen von den Buschmännern, Hottentotten, Klippkaffern oder den Rehoboter Bastards, die sich allen Dunkelhäutigen weit überlegen fühlen."

„Wir sind überzeugt, daß das Prinzip der reinlichen Scheidung und der getrennten Entwicklung für diesen Teil des südlichen Afrikas nicht nur das bessere, sondern auch das einzig mögliche ist. Wir werden deshalb unsere Anstrengungen erhöhen und allen Bevölkerungsgruppen weiterhin tatkräftige Hilfe in der Entwicklung der Wirtschaft und des kulturellen Lebens leisten. Allein der Wegebau dieses dünnst besiedelten Gebiets übersteigt seine finanziellen Möglichkeiten. Ohne die Wirtschaftskraft Südafrikas wäre Südwest ein Land wie viele andere in Afrika, die nur aus fremder Hand vegetieren können."

Zu unserem Reisegepäck gehörte der Generalstabsplan für einen UNO-Krieg gegen Südafrika, den die Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden (!) ausgearbeitet und veröffentlicht hat. Aus Besprechungen mit Fachleuten und Politikern ergab sich überzeugend die Aussicht, daß ein solches Unternehmen sehr viel teurer, sehr viel verlustreicher und noch sehr viel erfolgloser sein würde als das unglückliche Abenteuer in der Schweinebucht von Kuba. Die Militärs sind der Meinung, daß ein Vielfaches der geplanten Mittel erforderlich sein würde, um auch nur an Land steigen zu können. Im übrigen sei wie in der Schweinebucht auch bei diesem Projekt die stillschweigende Voraussetzung, daß zwölf Millionen Bantus und Farbige sich mit Begeisterung auf die Seite der Invasoren werfen würden, eine Erwartung, die enttäuscht werden würde.

Wir erinnerten uns dabei an unsere Unterhaltung mit dem Leiter der „Natal Indian Organisation", einem in Durban lebenden Hindu namens Pather. Als wir ihn fragten, wie die Inder sich ihr Leben einrichten würden, wenn einmal die Weißen das Land verlassen hätten, hob er entsetzt die Hände: „Wir sind hier viel zu wenige, um an diesen Fall überhaupt denken zu können. Der kleinste Funke kann ausreichen, um das Feuer der Wildheit im Schwarzen zu entzünden." Den Indern in Natal sitzt noch der Schrecken vom 13. Januar 1949 in den Knochen, als die Schwarzen in Durban, aufgestachelt durch die Geschäftspraktiken und den höheren Wirtschaftserfolg ihrer indischen Nachbarn, über sie herfielen und nach einer Stunde 142 Inder erschlagen, Hunderte von Frauen und Mädchen vergewaltigt, 1087 verletzt, 1532 Häuser vernichtet waren und nur durch den Einsatz der weißen Truppen das Leben von 350 000 Indern gerettet werden konnte.

Diese zwei Beispiele, Südwest und Durban, zeigen, daß in einem vielrassigen Lande die Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden müssen, und daß demokratische Methoden also nur an-

wendbar sind, soweit es sich um homogene Gruppen handelt und die kleinere Zahl nicht durch die größere majorisiert, d. h. ihrer Selbstbestimmung beraubt werden kann.

Im schwarzen Afrika besteht zu leicht die Gefahr, daß „One man, one vote“ umschlägt in „One man, one gun“ (Ein Mann, ein Revolver).

So nimmt es nicht wunder, wenn in fast allen neuen und alten Negerstaaten sich eine „Apartheid“ der Stämme, Rassen und Religionen vollzieht, freilich mit sehr brutalen Mitteln und immer ohne jede getrennte Entwicklung.

Unser Gespräch mit dem Leiter der südafrikanischen Sicherheitspolizei, Generalmajor van den Bergh, gab uns Gelegenheit, nach dem vielverschrieenen 90-Tage-Gesetz zu fragen, jener Vorschrift, die es der Polizei erlaubte, Personen bis zu 90 Tage zu inhaftieren, die dringend verdächtig waren, Mitwisser oder Mittäter an Sabotage- oder Mordanschlägen zu sein. Dieses Gesetz ist inzwischen aufgehoben worden, nachdem es mit seiner Hilfe möglich war, eine Reihe von Komplotten zu zerschlagen. Van den Bergh wies darauf hin, daß nicht einer der unter dieser Vorschrift Verhafteten eine Schadensersatzklage gegen den Staat erhoben habe, ein Beweis, daß keine Festnahme ohne guten Grund erfolgt sei.

Heute gibt es die Möglichkeit, eine Person, die von einer hohen Polizeikommission für dringend verdächtig befunden wurde, in Mord- oder Sabotagepläne verwickelt zu sein, für 14 Tage in Haft zu nehmen. Dieser Zeitraum kann nur durch einen zuständigen Richter ausgedehnt werden. Der Verhaftete kann jederzeit wieder seine Freiheit erlangen, wenn er die ihm gestellten Fragen ausreichend beantwortet. (Die Kritiker dieser Verordnung unterschlagen die Tatsache, daß in jedem Lande der Erde die rechtliche Möglichkeit besteht, einen Zeugen (!), der eine Aussage rechtswidrig verweigert, in sogenannte Beugehaft zu nehmen.)

Die südafrikanische Regierung hat ein weiteres Gesetz erlassen, das bei der Gangsterwelt und ihren Freunden und Helfern in der weiten Welt lebhaften Widerspruch gefunden hat. Es sieht die Möglichkeit vor, einen Zeugen in Mord- oder Sabotageprozessen bis zu 180 Tagen in Schutzhaft zu nehmen. Der Gesetzgeber sah sich zu dieser Maßnahme veranlaßt, weil häufig solche Zeugen durch Mord oder Verschleppung aus dem Wege geräumt worden waren oder sich durch Flucht der Aussage entzogen hatten. In einigen solchen Fällen hatten die Gerichte überführte Mörder wieder freilassen müssen, weil das strenge, nach

englischem Muster gebildete Prozeßrecht Südafrikas die Zeugenaussage vor Gericht erfordert und frühere Aussagen oder Geständnisse, in welcher Form auch immer, nicht gelten läßt. Diese Schutzhaft hat einigen Zeugen vermutlich bereits das Leben gerettet, so z. B. dem englichen Journalisten Gordon Winter, der Kenntnisse über den sogenannten Waldeck-Mord hatte und deswegen in der Gefahr stand, von der für den Mord verantwortlichen Gangsterbande umgebracht zu werden.

Van den Bergh konnte nicht ohne Stolz von den Erfolgen berichten, die die südafrikanische Polizei bei der Einschleusung von Agenten in die Organisation der Unterwelt (zu der hier auch die kommunistische Partei gerechnet wird) erzielt hat. Einer seiner Leute war so erfolgreich, daß ihn die kommunistischen Genossen zur Schulung in den Ostblock schickten. Als er — bestens ausgebildet — zurückkehrte, flog eine Reihe von in der Bildung begriffenen Sabotagegruppen auf. Noch überraschender war der Erfolg eines Mannes, der sich in eine Verschwörung gegen das Leben des Ministerpräsidenten der Transkei, Matanzima, eingeschlichen hatte und von den Verschworenen zum Täter auserkoren wurde.

Es hat den Anschein, daß die Arbeit der Polizei — trotz ihrer erstaunlich geringen Zahl, 10 000 weiße und 20 000 schwarze Polizisten — so gründlich und ihre Zusammenarbeit auch mit der Bantubevölkerung so umfassend ist, daß der Versuch, größere Terror- oder Sabotage-Organisationen aufzubauen, aussichtslos ist. Dr. Alexander, der das ganze Land mit einem Netz von Zehner-Gruppen nach Moskauer, Pekinger und kubanischem Vorbild überziehen wollte, scheiterte schon, bevor die erste dieser Gruppen vollzählig war.

Man traut allerdings seinen Augen nicht, wenn man — nach dem Mord an Verwoerd — zum Regierungsgebäude oberhalb von Pretoria durch herrliche Gärten hinaufgeht, ohne einem einzigen Polizisten zu begegnen, um den breit hingestreckten Bau herumwandelt, an Scharen schwarzer Gartenarbeiter vorüber, dann in einen der 12 oder 14 offenen und unbewachten Eingänge hineingeht, durch die Korridore streicht, auf einer Bank im Innenhof eine gemütliche Erholungspause einlegt, ohne daß irgend jemand sich um den Eindringling kümmert, um schließlich vor der Tür zu stehen, auf der groß und deutlich geschrieben steht, daß hier „Die Eerste Minister“, also der Minsterpräsident der Republik Südafrika, zu finden ist. Man öffnet die Tür, um von einer freundlichen Sekretärin nach nebenan zum Privaatsekretaris

weitergeleitet zu werden, der gerade, wie man durch die offene Tür sieht, bei seinem Chef am Schreibtisch sitzt.

Man spürt physisch, wie der Haß der 12 Millionen Unterdrückten die mühsam gehaltene Bastion des Fronvogts umbrandet und wie berechtigt die Sorge Robert Kennedys ist, daß hier der Weltfrieden durch ein unmenschliches Terror-Regime in Gefahr gebracht wird ...

Nein, drastischer als durch dieses Erlebnis ruhigster Gelassenheit kann die Haß- und Lügenlegende um Südafrika nicht widerlegt werden!

Wie man ein Weltreich liquidiert

Verfall des britischen Kolonialbesitzes in Afrika.
Zu A. T. Culwick, Afrika den Afrikanern (1967)

Es gilt in England als Verstoß gegen die guten Sitten, über die Gründe und Hintergründe des Abbaus des britischen Weltreiches zu sprechen. Besonders einem Ausländer wird es nicht verziehen, wenn er es etwa wagen sollte, die Rolle Churchills bei der Liquidierung des größten Herrschaftsgebietes der Erdgeschichte auch nur anzudeuten. Wenn ein Engländer diesem ungeschriebenen Gesetz widerspricht und das Tabu zerstört, so ist er ein Ausnahmefall und ein Buch, das in diesem Sinne geschrieben wird, ist eine Rarität, wie etwa Grenfells Buch über Churchill mit dem Titel „Bedingungsloser Haß" oder das Büchlein von A. T. Culwick „Afrika den Afrikanern".

Culwick ist ein alter Kolonialhase. Jahrzehntelang konnte er im Außendienst die sachlichen, fachlichen und menschlichen Erfahrungen sammeln, die ihn zu einem guten Kenner Schwarz-Afrikas werden ließen und ihn befähigten, hinter die Kulissen einer Entwicklung zu schauen, die in drei Jahrzehnten ein Weltreich liquidierte, das in drei Jahrhunderten errichtet wurde.

Culwicks Buch gibt ein lebendiges Bild des Kampfes an der vordersten Front gegen das schwarze Chaos, gegen Seuchen und Hungersnot, es schildert zugleich, wie daheim in der Londoner Zentrale die Ideologen dieser Front in den Rücken fielen, wie sie im Wahn einer trügerischen „Freiheit und Gleichheit" den eigenen Männern die Arbeit aus der Hand

wanden, um zweifelhaften Gestalten die Macht über das Schicksal der schwarzen Bevölkerung zuzuspielen.

Es ist kein nüchterner, sachlicher Bericht, es ist vielmehr eine von beißendem Spott beflügelte Anklageschrift gegen die Zeitströmung des „Wind of Change", deren große Phrasen nur die Feigheit vor der Verantwortung verbergen. Der englische Titel des Buches ist ein boshaftes Wortspiel: Aus den Worten der Hymne „Britannia rules the waves" (Britannien herrscht über die Wogen) machte Culwick „Britannia waives the rules" (Britannien gibt seine Rechte und Pflichten preis).

Culwick bietet eine prächtige Mischung von trockenem Humor und vehementem Zorn. Er beklagt sich beispielsweise, daß die Erfindung der Brüder Wright, nämlich das Flugzeug, die Hauptschuld am Zerfall des britischen Empires trage. Denn während früher der kleine Distriktsverwalter draußen im Busch, der für ein Gebiet von der Größe einer englischen Provinz verantwortlich war, nach den Notwendigkeiten seiner Schutzbefohlenen und nach den bescheidenen Möglichkeiten seiner Mittel das Beste herauszuholen wußte und dabei zwangsläufig seinen persönlichen Stil durchsetzen mußte, lag er nach Einsatz von Flugzeug und Telegraf eng an der Leine von Bürokraten, die weder Land noch Leute kannten und Inder, Malayen, Bantuneger oder Buschmänner, Gebirgsländer, Steppen und Regenwälder nach dem Schema F verwalteten.

Culwick schreibt dazu:

„Die Gefährdung des englischen Weltreiches kam nicht von den Eingeborenen. Weit gefehlt — sie waren an Autorität gewöhnt und nahmen sie hin, ohne viel zu fragen. Man braucht sich nur einmal die Stärke der Polizei anzusehen, um einen Beleg für diese Tatsache zu haben: in manchen Bezirken Afrikas gab es nur einen Polizeiposten auf 4000 Quadratkilometer, stellenweise waren sie noch dünner gesät.

Nein — die Gefahr kam von anderer Seite: sie kam von der britischen Regierung in Westminster; sie kam von den Nadelstichen und den hinterlistigen Fußtritten einer falsch informierten Presse; und sie kam von einer Reihe von Wohlfahrtsvereinen, die sich mit den besten Absichten, aber von völlig falschen Voraussetzungen her unbedingt betätigen wollten.

Diese Herrschaften hatten alle das gleiche lobenswerte Ziel: die primitiven Völker von Unterdrückung zu befreien und sie jenen Höhen der Freiheit zuzuführen, deren sich Engländer erfreuen — mindestens bilden sie es sich ein. Vor langer Zeit hatten solche wohltätigen Vereine

als Leuchten des Christentums in der Finsternis gefunkelt — zu Wilberforces Zeit, als Trecks von Sklaven von den Großen Seen nach Bagamoyo getrieben, dort in Segelboote gepferdit und nach Sansibar auf den Sklavenmarkt gebracht wurden. Hier wurden sie verkauft, vielleicht nach Arabien, als Arbeiter, als Huren oder für beides zusamen — ein Handel, erschreckend grausam und mörderisch. Aber dieser Sklavenhandel war einmal. Heute trifft man auf den Wegen zur Küste Schwarze, die lachen, weil sie das Glück hatten, auf einem Lastwagen mitgenommen zu werden. Und an der Stelle des Sklavenmarktes steht in Sansibar heute die große anglikanische Kathedrale, aus der die Orgelmusik Johann Sebastian Bachs hinaus in die von Nelkenduft erfüllte Luft schwingt. Die Zeiten haben sich gewandelt. Aber diese Menschenfreunde können es nicht glauben — oder wollen sie es aus irgend einem dunklen Grund nicht wahrhaben?

Nehmen wir zum Beispiel einen Afrikaner; er wird veranlaßt, irgendeine Arbeit zum Nutzen seines Dorfes oder zu seinem eigenen Nutzen unbezahlt zu leisten. Dann schreien diese guten Leute gleich ‚Sklaverei!' und im Unterhaus regnet es Anfragen unter dem Motto: Arbeitszwang und Genfer Konvention.

Umgehend sendet der Kolonialsekretär in London eine Anfrage an den Gouverneur. Von diesem blitzt ein Telegramm zum Regierenden der Provinz, und so immer weiter hinunter, bis zu irgendeinem unglücklichen kleinen Beamten. Und der kann nun sein Vorhaben begraben, auch die Faulen zur Arbeit für das von ihm begründete Gemeinschaftswerk zu holen, das unter seiner Obhut allen Nutzen und Freude bringen sollte. Seit dem Ende des Sklavenhandels hat kaum jemand mehr Schaden in Afrika angerichtet, als diejenigen, die ihn bekämpfen wollen. Also hing der Erfolg einer Verwaltung einfach davon ab, daß man bestimmte Tatsachen verheimlichte. Der Verwalter mußte seinen notleidenden Schäfchen helfen, ohne daß jemand in England herausfand, wie er es machte, und auf welche Weise er so ausgezeichnete Ergebnisse erzielte. Das einzige Kapital in seinem Distrikt, die einzige Kraftquelle, waren doch die Muskeln der Eingeborenen. Sie, Schweiß und Seufzer — selbstverständlich unentgeltlich — mußten erst einmal eingesetzt werden, um den Lebensstandard zu heben, oft sogar, um die Eingeborenen am Leben zu erhalten.

Viele Jahre hindurch retteten die kümmerlichen Verbindungen die Lage. Mein Gott — und wie kümmerlich waren sie! Zeitweise brauchte ein Brief, der in einer Bezirkshauptstadt Tanganjikas aufgegeben

wurde, einen ganzen Monat bis zur 90 km entfernten nächsten Bezirkshauptstadt. Wenigstens, wenn man ihn der Post übergab. Ein Läufer brauchte dafür nur einen Tag. Klar, daß man die Einladung zu einer Party mit Boten übersandte, amtliche Schreiben aber mit der Post — sofern man Zeit gewinnen wollte.

Das war aber nur einer der Wege, um Vorgänge zu verzögern; oft half auch die Natur noch kräftig mit. Ab und an kam es vor, daß der Postbote mit einem Sack, vielleicht 150 Kilometer oder mehr von der nächsten Bahnstation von Löwen überfallen und aufgefressen wurde. Noch eine ganze Fülle anderer natürlicher Erklärungen standen einem guten Verwaltungsapparat zur Verfügung, wenn es galt, örtliche Beamte von denen zu isolieren, die weit weg saßen und sich gern eingemischt hätten.

Nur ein paar Beispiele: Eisenbahn oder Brücken wurden durch Hochwasser fortgeschwemmt; Lastwagen stürzten in Flüsse und ihre Postsäcke verschwanden mit der Flut stromabwärts, — sie wurden, wenigstens offiziell, niemals wieder aufgefunden. Der Regierende der Provinz konnte, wenn er mit jemand im Bunde war, einen Monat lang auf Besichtigungsreise gehen; in der Zwischenzeit wurde eben nichts beantwortet.

Und selbst, wenn diese Hürden, waren sie nun menschlicher oder natürlicher Art, endlich überwunden waren — das Schiff mit dem verhängnisvollen Brief an Bord brauchte nach oder von Europa auf jeden Fall mehrere Wochen. Dem Kolonialministerium war es daher auf jeden Fall unmöglich, auf eine schriftliche Rückfrage vor zwei oder drei Monaten eine Antwort zu erhalten. Wenn man dagegen in der Kolonie einigermaßen geschickt vorging, konnte man diese Zeitspanne gut auf sechs Monate, selbst auf ein Jahr verlängern. Und wer stellt schon Fragen, wenn er im voraus weiß, wie endlos lange es dauert, bis er Antwort bekommt? Das lohnt doch einfach nicht."

Köstlich ist auch Culwicks Schilderung, wie es dem berühmten Tanganjika-Erdnuß-Plan erging, einer damals viel besprochenen gewaltigen Unternehmung zur Schließung der Fettlücke:

„Überall sprach man damals über nichts anderes als den Erdnuß-Plan. Es war ein großartiges Unternehmen. Setzt nur genug Geld, Maschinen, Dünger, Treibstoff und Energie ein, dann kann nichts widerstehen — nicht einmal die Natur. Ich weiß noch: Damals hatte ich mein Zelt in Babati aufgeschlagen — etwa 240 km entfernt. Schlafkrankheit war ausgebrochen; ich hatte dort zu tun. Als ich eines Morgens gen Himmel

blickte, sah ich hoch über mir eine Staubwolke — kein Zweifel, sichtlich bearbeiteten die Erdnuß-Burschen den Boden von Ugogo. Wo mochte die Wolke herunterkommen? Vielleicht wusch ein Regen sie zur Erde, bevor sie, 3000 km weiter, im Atlantik verschwand.

Man brauchte einen Haufen Maschinen, um Erdbewegungen in solchem Umfang durchzuführen. Nicht nur zum Pflügen und Eggen — man braucht auch Maschinen, um Wege zu bauen, damit auf diesen wieder neue Maschinen herangeführt werden können, man braucht eine Armee von Lastwagen mit Treibstoff, Schmieröl, Samen, Dünger, Baumaterial und selbstverständlich eine Unmenge Kisten — viele, viele Tausende — mit Bier und anderen Getränken, um den Staub von Ugogo aus den trockenen Kehlen hinabzuspülen.

Ugogostaub hatte Eigenarten, die man später entdeckte, als es im Interesse der Rentabilität gut war. Vor allem enthält er einen hohen Anteil Quarz und wirkt daher im höchstem Grad abschleifend. Den schönen Maschinen verhilft er zu einem schnellen Ende: er mahlt alle Lager mit erstaunlicher Schnelligkeit kaputt. Also brauchte man weit mehr Ersatzteile, Mechaniker zur Wiederherstellung. Wohnungen für deren Familien, Schulräume, Lebensmittel-Einfuhren. Und der Wasserverbrauch stieg weiter an.

In Dürregebieten ist Wasser immer ein wunder Punkt. Da war ein Geologe. Er hatte keinen militärischen Rang, keine Orden und Auszeichnungen, nur den Ehrendoktor der Geologie. Er behauptete, in dieser Gegend könne man Trinkwasser nicht erbohren. Ihm zum Trotz bohrte man mit erheblichen Kosten eine Reihe von Bohrlöchern. Das war Arbeitsbeschaffung, brachte aber kein gutes Wasser. Also beschloß man, doch den Damm zu bauen, zu dem der Geologe geraten hatte. Man braucht kaum zu erwähnen, daß Dammbau seine Zeit braucht; das Tal hinter dem Damm zu füllen, braucht es meist noch viel länger. Während man noch wartete ob die Natur einem diesen Gefallen erweisen würde, mußte man das Wasser aus ziemlicher Entfernung herankarren. Man erzählt sich, das habe pro Tag beiläufig 10 000 DM gekostet. Selbstverständlich war auch die Eisenbahn im ehemaligen Deutschostafrika nicht darauf angelegt, Transporte zu bewältigen, wie sie der Erdnuß-Plan mit sich brachte, ebensowenig wie die Hafenanlagen in Daressalam: Der Erdnuß-Plan mit seinen gewaltigen Einfuhren überforderte die Transportmöglichkeiten derart, daß die Erdnüsse, die nach wie vor von den Eingeborenen angeliefert wurden, sich im Gebiet der großen Seen auf

den Stationen zu Bergen häuften, weil sie aus Mangel an Waggons nicht verladen werden konnten.

Wie berichtet wurde, gestaltete sich die Lage in Westafrika ähnlich. Auch dort konnten die Erdnüsse nicht verschifft werden. Grund: Der Mangel an Schiffsraum, der sich durch das Erdnuß-Unternehmen in Ostafrika ergab. Aber das war ohne Bedeutung. Wichtig war nur, daß das Unternehmen in Ugogo in Gang kam. Und dort ging es voran.

Bald war der unfruchtbare Dornbusch verschwunden. Eine Stadt entstand, Kongwa mit Namen. In ihr gab es Wasserleitung und niedliche Häuser, Läden, Krankenhaus und Schulen, einen Klub und alle Annehmlichkeiten der Zivilisation. Kongwa war wirklich eine Leistung, ein leuchtender Beweis für die Fähigkeit des Menschen, Mutter Natur mit Maschinen zur Produktion zu zwingen. Man mußte sie nur mit Bulldozzern aufreißen, mit Planiermaschinen einebnen, sie wieder aufreißen, pflügen und eggen, mit Düngemitteln füttern, die Saat hineinsenken und auf den Ertrag warten.

Dieser Ertrag (umgerechnet in Margarine und in Tonnen) sollte dann von einem stolzen Minister im Unterhaus verkündet werden, unter Beifall von den Regierungsbänken und zum Neid der Opposition. Aber leider — dieser Bericht ist niemals erfolgt. Das einzige Ergebnis: Der englische Steuerzahler mußte eine Summe zahlen, über die man sich nicht einig ist, ob sie 750 Millionen oder 1,2 Milliarden DM betrug.

Mutter Natur aber lachte sich ins Fäustchen."

Aber Culwick kann auch sehr ernst werden, wenn er — völlig ungerührt vom heutigen Geschrei über den „weißen Sündenbock", über den kolonialen Ausbeuter — den Unsinn einer vergeudeten Entwicklungshilfe schildert, die in der Konkurrenz zwischen Ost und West an Prestige-Projekte vergeudet wird und die oft nur bewirkt, daß die eigenen Anstrengungen der beschenkten Völker unterlassen werden. Wie falsch die landläufige Propaganda gegen den weißen Ausbeuter ist, beweisen jene Staaten, die wie Äthiopien, seit 1000 oder Liberia seit 100 Jahren sich ihrer Selbständigkeit erfreuen und dabei rückständiger geblieben sind als viele Gebiete, die unter weißer Kolonialreform aufblüten. Gerade das Kaiserreich des Löwen von Juda erteilt drastischen Anschauungsunterricht. Es gibt in diesem „freien" Lande heute noch immer nur ca. 13 Prozent des Lesens und Schreibens Kundige, während in dem „versklavten" Südafrika nur noch weniger als 13 Prozent Analphabeten existieren. Was heute in Addis Abeba als „unsere modernen Errungenschaften" vorgeführt wird, verdankt das Land entweder der

kurzen Zeit italienischer „Ausbeutung“ oder der raffinierten Ausnutzung des Entwicklungs-Wettlaufs zwischen Moskau und Washington durch Haile Selassi.

Nirgends auf der Erde hat die Entwicklungshilfe auch nur soviel Effekt gehabt, daß die Erhöhung des Lebensstandards mit der Bevölkerungsvermehrung Schritt hielt. Erschreckend ist schließlich die Bilanz, die selbst die immer optimistischen UNO-Beamten ziehen mußten, wonach trotz aller Anstrengungen die Zahl der Analphabeten auf der Erde nicht etwa gesunken, sondern in stetem Anwachsen begriffen ist.

Auch die Verlogenheit der sogenannten Weltmeinung kommt bei Culwick nicht gut davon. Als bei Sarpeville in Südafrika eine zum Großteil von schwarzen Polizisten besetzte Polizeistation von einer wild aufgehetzten Menschenmasse belagert und bestürmt wurde, und es zu 62 Todesopfern kam, heulte es rund um die Erde in den Journalen auf, über diese brutale Polizeiwillkür. Noch heute muß dieser Vorfall dazu herhalten, das „Unterdrücker-Regime der weißen Rassisten“ in Südafrika anzuprangern. Inzwischen aber wurden in China oder Indien oder Vietnam, auf Sansibar, im Kongo oder in Nigerien Menschen oft nicht nur zu Tausenden, sondern zu Zehntausenden niedergemetzelt, was der internationale Blätterwald bestenfalls kurz zur Kenntnis nahm, um es schnell wieder zu vergessen.

Wer erinnert sich beispielsweise heute noch, daß vor einem Jahr in Burundi eines schönen Tages sämtliche Abgeordneten beider Häuser des Parlaments einschließlich des Präsidenten, der ersten und zweiten Vizepräsidenten beider Häuser, des Wirtschaftsministers, der Führer der Volkspartei und der christlichen Gewerkschaften abgeschlachtet wurden? Und wie grotesk und heuchlerisch ist das Kriegsgeschrei in der UNO gegen das Minderheiten-Regime in Salisbury oder Pretoria, obwohl in der UNO mehr Vertreter von Diktaturen als von halbwegs demokratisch gewählten Regierungen sitzen.

Culwicks Zorn aber richtet sich keineswegs gegen die schwarzen Einwohner Afrikas. Er empört sich vielmehr über jene hirnverbrannten Ideologen in seiner englischen Heimat, die sich an den eigenen Phrasen berauschen und nicht begreifen wollen, daß sie den mit der neuen Freiheit beschenkten Völkern in Wirklichkeit einen Bärendienst geleistet haben. Die Freiheit in der Welt ist durch Uhuru nicht vermehrt worden, und das Ende des Kolonialismus hat auch den Wohlstand der befreiten Völker nicht vermehrt, im Gegenteil. Aber diese Lektion ist noch zu

lernen. Das Schulgeld werden die weißen Völker ebenso zu zahlen haben wie die schwarzen.

Culwick schließt dennoch sein Buch mit einem tröstenden Ausblick: „Wir sehen also im Süden Afrikas eine ganze Reihe von Staaten (Mozambique, Angola, Südrhodesien, Südafrika, Botswana, Basutoland, Sambia und Malawi), deren Interessen in vieler Hinsicht gleich laufen, wirtschaftlich wie strategisch, und wir sehen Ansätze für einen gemeinsamen Markt, entsprechend der EWG, der 30 Millionen Menschen versorgen würde. Das kann ein sehr großer Erfolg werden, falls sich nicht Fremde störend in die Angelegenheiten dieses Raumes mischen. Glücklicherweise sind kürzlich Versuche dieser Art durch das Urteil des Weltgerichtshofes in Den Haag über Südwestafrika vereitelt worden. (Er bestätigte das von Äthiopien und Nigeria angefochtene Mandat der Südafrikanischen Union über das ehemalige Deutsch-Südwestafrika.) Dies Urteil öffnet den Weg zu sehr wesentlichen Entwicklungen, die allen Rassen zugute kommen werden, weil sie die Stabilität im Süden Afrikas außerordentlich steigern werden.

Auch für die übrige Welt ist das von wesentlicher Bedeutung. Politische Gesichtspunkte und die wachsende Abhängigkeit der Ölversorgung von übergroßen Tankern mindern fühlbar die Bedeutung des Suezkanals; Europa und Amerika werden zunehmend abhängiger von dem Weg um das Kap der Guten Hoffnung. Mithin ist von entscheidender Bedeutung für den Westen, daß das Kap ihm sicher bleibt.

Daher sollte man Südafrika in jeder Weise unterstützen, um diesen so wichtigen Seeweg offen zu halten. Weil einzelne Westmächte sich einbilden, sie wüßten besser, wie Südafrika das Problem seiner vielrassigen Gemeinschaft innenpolitisch zu lösen habe, und unter dem Druck einer Staatengruppe, die nicht einmal auf ihrem eigenen Gebiete Recht und Ordnung erhalten, ja nicht einmal ihren eigenen Verwaltungsapparat selbst bezahlen kann, haben sie Südafrika mit einer Reihe von Handelsbeschränkungen belegt; sie nützen niemanden, am wenigsten den Westmächten selbst.

Denn damit greifen sie ihre eigene Lebensader an und schwächen sie. Die Menschen in Südafrika sehen das ganz klar; aber sie bleiben gelassen, weil sie genau wissen, eines Tages wird der Westen zu Verstand kommen und endlich einsehen, wo seine Interessen wirklich liegen. Zwar sehen sie die Anwürfe, die ihnen von Menschen gemacht werden, welche sie als Freunde ansehen, mit Stirnrunzeln. Aber man nimmt sie nicht weiter tragisch, weil man weiß, das ist ja alles nur ein großes Miß-

verständnis, und die guten Freunde drüben werden das sicher eines Tages einsehen.

Das Mißverständnis selbst liegt daran: Diese Freunde sehen Südafrikas Politik einer getrennten Entwicklung der einzelnen Rassen als Verschwörung der Weißen, um die Schwarzen zu unterdrücken und auszubeuten. Sie lassen völlig außer acht, daß niemand auf der Welt stärker darauf bedacht ist, das Los der Schwarzen zu bessern, als jener weißhaarige ehemalige Universitätsprofessor, der zum Premierminister Südafrikas aufgestiegen war. Er war ein Mann, der darauf eingestellt war, jedes politische Vorgehen zu prüfen, das seinem Volk, Weißen und Schwarzen, Braunen und Mischlingen, möglicherweise Vorteile bringen kann, der aber mit aller Entschiedenheit alles ablehnte, was sich anderweitig bereits als katastrophal ausgewirkt hat. Sein Nachfolger Vorster ist gewillt, diesem Vorbild zu folgen.

Sicher werden wir es erleben, daß Europa und Amerika sich des Friedens und der guten Entwicklung aller Rassen in Süd- und Südwestafrika bewußt werden, wenn sie diesen glückhaften Fluß der Dinge mit dem Chaos vergleichen, das in den nördlichen Ländern herrscht, und selbst in Amerika, wo man derzeit noch die entgegengesetzte Politik betreibt. Dann wird man endlich vorurteilslos urteilen und einsehen, daß man zwar keine Magna Charta für die Neger geschaffen, aber eine Menge von Todesurteilen gefällt hat, während Südafrika eine Verfassung und wohlmeinende Gesetze zum Schutze der Schwarzen schuf.

Bis dahin wird sich als Frucht der Klugheit und des Verständnisses, das Regierung und Volk in Südafrika beweisen, glückbringend erweisen, daß es Millionen von Schwarzen dort besser geht als jenen, die Europa und Amerika in die ‚Freiheit' verstoßen haben."

Findet England nach Europa?

Zur Vorgeschichte des britischen EWG-Beitritts (1967)

Klein-Britannien ist mit seiner Kleinen Freihandelszone, der Gegengründung zur Verhinderung der EWG, nun endgültig auf dem toten Punkt angelangt. In der Labour-Partei hat sich ein Drittel der Abgeordneten zum Beitritt Englands zur EWG entschlossen, ein weiteres Drittel

verhält sich abwartend, ein Drittel ist noch immer dagegen. Das Ergebnis von Wilsons Europatournee wird wesentlich dazu beitragen, das unentschiedene Drittel zu einer Stellungnahme für oder gegen zu veranlassen.

Wenn es Wilson auf dieser Reise, die nur der Klärung der Standpunkte, nicht abschließender Verhandlungen dient, gelingt, ein günstiges Echo zu finden und seine anderen Parteimitglieder für seine Pläne zu gewinnen, so könnte die europäische Entwicklung im Laufe dieses Jahres um ein gut Stück vorwärts kommen.

Was freilich einer positiven Europapolitik Londons im Wege steht, dürfte nicht leicht auszuräumen sein. England ist weit mehr als alle anderen westeuropäischen Länder mit den USA verflochten. Das gilt für seine Stellung als Mitglied des Atomklubs, für seine enge Zusammenarbeit mit den USA im gesamten Spiel der Strategie, seine vielfältige Bindung an die amerikanische Finanz- und Wirtschaftspolitik wie für Englands Aufgabe „östlich von Suez", die ebenfalls zu einer Verzahnung mit den amerikanischen Interessen in Südostasien geführt hat.

Hinzu kommen die Differenzen mit Frankreich hinsichtlich der NATO-Integration, die London kaum zugunsten der französischen Vorstellungen preisgeben dürfte, und schließlich Wilsons Unterstützung des amerikanischen Vietnamkrieges, von dem sich de Gaulle sehr kraß distanziert hat.

Neben diesen allgemeinen politischen Unstimmigkeiten kommen die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines britischen EWG-Beitritts. London müßte als EWG-Mitglied etwa ebensoviel in den europäischen Agrarfonds zahlen wie alle anderen Mitglieder zusammen, da es ja nicht allein, sondern mit den Angehörigen des Sterlingblocks den Beitritt vollziehen will. Dieser Sterlingblock und die gefährdete englische Währungslage schaffen für die Sechs eine Reihe weiterer Risiken, die vor einem Beitritt abgedeckt werden müßten.

Seine Besuchsreise hatte Wilson durch ein demonstratives Bekenntnis zu Europa in einer Rede vor dem Europarat in Straßburg eingeleitet, in der auch eine Absage an die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA nicht fehlte. „Europa kann nicht dazu bestimmt sein, in einem industriellen Helotentum zu versinken, in dem es einer modernen Industrie nur die konventionelle Ausrüstung liefert und durch das es mehr und mehr in Abhängigkeit von den USA gerät."

Diese Töne hätten in Paris, wo man gegen die „Suprematie des Dollars" kämpft, guten Widerhall finden können, doch man blieb sehr skeptisch und fragte sich, woher ausgerechnet das englische Pfund die Kraft ziehen sollte, sich aus der Abhängigkeit des amerikanischen Finanzmarkts zu lösen.

De Gaulle hatte schon wenige Tage zuvor in der Militärakademie seine Forderung eines von den beiden Superstaaten unabhängigen Europas als dritte Kraft erneut erhoben. In der gleichen Rede skizzierte der General seine Vorstellungen der französischen Atomstrategie, die für die atlantische Allianz wenig Raum übrig läßt. De Gaulle sagte: „Man könnte sich überall, links und rechts, mit taktischen Waffen schlagen, ohne daß Frankreich sich rühren würde. Wenn aber französisches Territorium angegriffen werden würde, dann würde der Gegenschlag mit strategischen Nuklearwaffen erfolgen. Dazu sind wir entschlossen."

De Gaulle verkündet hiermit für Frankreich eine Neutralität, die sich von den Ideen unserer pazifistischen Neutralisten — ob rechts oder links — sehr wesentlich dadurch unterscheidet, daß sie über die Waffen verfügt, die ihr Respekt verschaffen können. Für Europa springt dabei wenig heraus, auch für die Bundesrepublik Deutschland nicht, denn, wenn es stimmt, daß Paris Bonn das Angebot atomarer Zusammenarbeit gemacht hat, so wäre ein geheimes Abkommen zwischen beiden wenig wert. Diese Strategie müßte verkündet werden, sonst käme der Gegenschlag zu spät. Ein Atomkrieg, falls er stattfinden sollte, würde sich auf jenen Gebieten austoben, aus denen kein Gegenschlag zu befürchten ist. Darin dürfte jedenfalls der Sinn der sowjetischen Forderung nach einem atomfreien Mitteleuropa liegen.

Wilsons Reise dient, wie gesagt, lediglich der Sondierung. Sein Pariser Aufenthalt blieb deshalb ungetrübt vom Streit um grundsätzliche wie um Nebenfragen. Im Endgang aber wird es von de Gaulles Haltung abhängen, ob durch einen englischen Beitritt die EWG bis zur Unverbindlichkeit aufgelöst wird oder ob England endlich die Empiregespenster verscheuscht und seine europäische Aufgabe erkennt.

Entspannungsillusionen

Bonns erneute Kapitulation vor Moskau (1967)

Die Politik der europäischen Entspannung wird im wesentlichen von drei Motoren angetrieben. Da ist zunächst und zuerst der Wille Moskaus, die Ernte des Zweiten Weltkrieges endgültig abzusichern; da ist zweitens der Wunsch Washingtons, sich in Europa Ruhe zu verschaffen, um für Vietnam und die amerikanische Innenpolitik die Hände freizubekommen, und da ist schließlich die Überzeugung de Gaulles, daß dem Kommunismus angesichts des westlichen Verfalls die Zukunft gehöre und es deshalb besser sei, sich mit dem künftigen Herrn der Welt zu arrangieren.

Wir beziehen uns hinsichtlich dieser Ansicht des französischen Staatschefs auf seine Äußerung zu General de Beauford vom Frühjahr 1960, die von Letzterem gegenüber Jacques Benoist-Méchin bestätigt worden ist, die wir also wohl für authentisch halten müssen. Sie lautet: „Die Entwicklung im Sinne des Kommunismus ist unaufhaltsam. Es ist der Gang der Geschichte, und es wäre Wahnsinn, sich dagegen zu stemmen."

Wenn wir das Abkommen Adenauer—de Gaulle für einen Versuch des Franzosen nehmen, doch noch dem gefürchteten Verhängnis entgegenzutreten und die resteuropäischen Kräfte zu einer gemeinsamen eigenständigen Abwehr zusammenzufassen, dann kommen wir zwangsläufig zu dem Ergebnis, daß die heutige Bonner Politik auf einem Mißverständnis beruht. Sie sucht einen Anschluß nicht an de Gaulles europäische Sammlung des Widerstands, sondern sie reiht sich ein in seine Kapitulation vor dem drohenden Unheil.

Denn die Entspannungsbemühungen der unheiligen schwarz-roten Allianz in Bonn laufen praktisch auf ein Sammelangebot an Moskau und seine Statthalter in seinen mittel- und osteuropäischen Kolonialgebieten hinaus, alle ihre politischen Forderungen zu erfülllen, ihre Herrschaft über die unterworfenen Völker endgültig anzuerkennen und zu sanktionieren. Vorbehalte werden einstweilen noch bezüglich Ulbrichts Regime gemacht, aber auch mit ihm ist man bereit, auf immer höherer Ebene zusammenzuarbeiten. Also selbst der Versuch, durch Kontakte mit den anderen Satelliten den Pankower zu isolieren, wird nur noch mit halber Kraft unternommen. Das ist nicht mehr glaubwürdig.

Was denkt man mit diesem Angebot, sämtliche Forderungen Moskaus in Europa zu erfüllen, an Gegenleistungen hereinzuholen? Offenbar nichts, denn eine Gegenleistung müßte doch hier und heute bestimmt werden, müßte noch vor jedem Angebot als selbständige Forderung erhoben werden. Erweiterter Wirtschaftsaustausch wird doch kaum als Gegenleistung angesehen werden, denn der ist doch viel mehr eine Notwendigkeit für die Gegenseite, die ohne westliche Lieferungen die Mißstände ihres Plansystems und die Minderleistung ihrer kollektivierten Landwirtschaft nie ausgleichen könnte. Freundschaft und Wohlwollen der östlichen Machthaber für Bonn? Aber so naiv können doch Leute, die einige Erfahrungen mit ihnen haben, nicht mehr sein. Also Entspannung um der Entspannung willen. Es geht der Wind der Entspannung durch die Welt, und diesem Wind beugen sich die Gräser, so wie Macmillans „Wind of Change" das britische Empire zu Staub verwehte.

Die Antwort auf diese Politik der bedingungslosen Preisgabe liegt aus Budapest und Pankow bereits vor. Kadar hat als Angehöriger des Ostblocks unmißverständlich erklärt, daß Ungarn nicht an die Aufrichtigkeit Bonns glauben könne, solange auf dem Gebiet der Bundesrepublik „Subversions-, Spionage- und Terrororganisationen" arbeiten, die „die europäische Atmosphäre vergiften". Und Außenminister Peter lehnte das deutsche Angebot ab, da Ungarn die Entspannung „nicht auf Kosten der DDR" suchen könne. Also keine Gegenleistung, sondern neue Forderungen!

Ulbricht aber tat das, was jeder Handlungsgehilfe angesichts des Bonner Ausverkaufangebots tun würde: Es schraubte seine Forderungen um ein gut Stück höher, er verlangte nicht nur die komplette Anerkennung des zweiten deutschen Staates, er rückte auch Berlin als dritten deutschen Staat wieder ins Blickfeld. Der SED- und Zonenchef ging noch weiter. Er drehte die von Frahm-Brandt praktisch bereits aufgegebene Hallstein-Doktrin in ihr Gegenteil um: Keine Beziehungen Bonns zu den Satellitenstaaten, solange es den „anderen deutschen Staat" nicht anerkenne.

Für die Armen im Geiste: Wenn Herr Augstein schreibt, man solle „mit der Albernheit aufhören, daß die DDR nicht existiert", so verwechselt er „erkennen" mit „anerkennen". Anerkennung des Zonenregimes heißt Legalisierung, Aufwertung und Stabilisierung eines sowjetischen Kolonialgebiets auf deutschem Boden, heißt Preisgabe der Wiedervereinigung für jeden, der Kossygins, Breschnews und Ulbrichts Reden nicht für Büttenscherze nehmen will.



Der südafrikanische Ministerpräsident Hendrick Frensch Verwoerd nach dem ersten Attentat
(zu: Mord als Mittel der Politik, S. 86)

Lyndon B. Johnson in Honolulu mit dem Staatsoberhaupt von Südvietnam van Thieu (links) und Ministerpräsident Ky (rechts)
(zu: Johnsons Friedensfühler und Moskaus Antwort, S. 119)





Der israelische Verteidigungsminister Moshe Dajan an der Front im Sechs-Tage-Krieg 1967
(zu: Aufmarsch zum dritten Weltkrieg, S. 124)

Tschu En-lai, Ministerpräsident der Chinesischen Volksrepublik
(zu: Maos Revolution von oben, S. 145)



Anerkennung Polens und der Tschechoslowakei heißt Anerkennung der kommunistischen Regierungen (die so wenig die demokratische Anerkennung der eigenen Bevölkerung finden wie irgend eine kommunistische Regierung auf dieser Erde) als Beherrscher des gesamten von ihnen in Anspruch genommenen Gebietes, also bis Oder und Neiße, also einschließlich des Sudetenlands.

Wer Kapitulation meint, sollte auch Kapitulation sagen und nicht von „neuen, dynamischen Zugängen zur Außenpolitik" faseln.

Trotz allem sollten wir die letzte Wendung der Bonner Politik begrüßen. Sie stellt uns hart und klar unserem Schicksal gegenüber. Wir vertrauen auf die gesunden Kräfte unseres Volkes, die jetzt aufgerufen sind, nicht die Kapitulation endgültig zu vollziehen, sondern sie endlich zu überwinden.

Moskaus Antwort auf Bonns Entspannung

Zur Vorgeschichte der Verträge von Moskau und Warschau (1967)

Der kalte Guß aus Moskau hat die Bonner Entspanner vor die Frage gestellt, wohin sie eigentlich mit ihrer ostpolitischen Aktivität wollen. Zielt man auf eine Isolierung der sowjetisch besetzten Zone, so wird man weder in Pankow noch im Kreml davon begeistert sein. Für die Wiedervereinigung ist damit nichts getan.

Offensichtlich aber will man diese Isolierung gar nicht ernstlich betreiben, denn wir hören doch, daß man bereit sei, mit dem Zonenregime auf immer höherer Ebene zu verhandeln. Zugleich mit der Anerkennung Rumäniens zerstört man auch die Hallsteindoktrin, denn Bukarest hat diplomatische Beziehungen zu Ostberlin. Mit dem Fortfall der Hallsteindoktrin aber fallen die Hemmungen aller anderen Staaten gegen die Anerkennung Pankows, und Ulbricht wird endlich die Botschafter aus der nichtkommunistischen Welt bei sich empfangen können, auf die er so lange vergeblich warten mußte.

Oder ist die neue Ostpolitik Bonns etwa eine Waffe im kalten Krieg? Will man die Satellitenstaaten aus dem Sowjetblock herauslösen, sie auf den Weg des Titoismus bringen oder sie gar von der kommunistischen Herrschaft überhaupt befreien? Dann könnte die diplomatische

Anerkennung Rumäniens ein erster Schritt in einem großen Intrigenspiel sein, das die allmähliche Entfremdung Bukarests und anderer Satellitenstaaten von Moskau anstrebt mit dem Endziel, die Völker schließlich zur Abschüttelung der kommunistischen Gewaltherrschaft zu bewegen, auch die Deutschen unter Ulbricht. Keine Entspannung also, sondern kalter Krieg in höchster Potenz, gegen Moskau gerichtet, das dann selbst um seine Kolonialgebiete Estland, Lettland, Litauen, im Kaukasus oder in der Ukraine fürchten müßte.

Es ist leider klar, daß die Bundesrepublik allein eine solche Politik nicht betreiben kann und auch nicht betreiben will. Und es ist leider ebenso klar, daß Bonns Ost-Rausch zu nichts anderem führen wird als zu einer Verfestigung des Zustands von heute, zu einer Konsolidierung der kommunistischen Regierungen in Mittel- und Osteuropa und damit in Moskau selbst. Ein umgekehrtes München also, denn im Münchner Abkommen wurde das Sudetenland von der Fremdherrschaft der Tschechen befreit, hier aber werden die Völker im Ostblock endgültig der kommunistischen Diktatur überantwortet.

Diesen Beweis politischer Willensschwäche, diese Bereitschaft zur letzten Kapitulation honoriert der Kreml selbstverständlich nicht mit einem freundlichen Dankeschön, sondern mit einer erneuten massiven Propagandasalve gegen die Bundesrepublik. Er hat es dabei leicht, denn sämtliche Argumente wurden ihm von hier aus Westdeutschland geliefert, wo jede Regung der Selbstbestimmung der Deutschen seit 1945 als neonazistisch, rechtsradikal, extremistisch und revanchistisch verfemt worden ist. Der ausführliche Passus über das Anwachsen der Nationaldemokratischen Partei könnte aus der hiesigen Presse abgeschrieben sein. Und wenn Kiesinger in seiner Saarbrückener Antwort noch feststellt, daß Nationalismus lebensgefährlich ist, so bestätigt er damit nur den sowjetischen Standpunkt, wonach zwar polnischer und tchechischer Chauvinismus gut, jede Regung deutschen Selbstbestimmungswillens aber abgrundtief böse ist.

„Die Wiege des Nationalsozialismus stand nicht im Bürgerbräukeller in München, sondern im Uhrensaal von Versailles", hat Heuss einmal geschrieben. In Moskau weiß man das auch, und man rechnet damit, daß das deutsche Volk gegen die sehr viel schwereren Verletzungen und Verstümmelungen von Potsdam einmal aufbegehren könnte. Von dieser Furcht des Räubers vor dem Beraubten wird Bonn die Männer im Kreml auch nicht durch einen Totalverzicht befreien können, denn sie halten die Deutschen noch nicht für so verkommen, daß sie für alle Zeit

auf die Durchsetzung ihrer Rechte und die Wiederherstellung ihrer Einheit verzichten könnten. Es gibt für die Sowjets nur eine zufriedenstellende Lösung des deutschen Problems: die Durchsetzung der Potsdamer Beschlüsse nach sowjetischem Muster und folgerichtig den Anschluß der Bundesrepublik an Ulbrichts Mauerregime.

Die Ausdehnung der Pax Sovietica auf den dann noch übrigbleibenden Rest Europas wäre für sie eine spätere Sorge. Und ihr Rücken wäre frei für die Auseinandersetzung mit den fernöstlichen Gefahren.

Der Weg des Verzichts gegenüber den Sowjets führt nicht zur Koexistenz, sondern zur K.o.-Existenz. Da die Bonner Politiker das aber in 50 Jahren nicht gelernt haben, dürften sie es auch aus der jüngsten Moskauer Note kaum lernen.

Verzicht auf Einheit und Verzicht auf Freiheit

Zum Atomwaffensperrvertrag (1967)

„Westdeutschland muß das Weitergabeverbot für Atomwaffen unterzeichnen, ob es will oder nicht", sagte der sowjetische Regierungschef auf einer Pressekonferenz des Auslandspresseverbandes in London. Und er fügte hinzu, die Sowjetunion werde nie zulassen, daß die Bundesregierung Zugang zu Atomwaffen erhalte.

Die britische Presse — mit einer Ausnahme — zollte dem Ministerpräsidenten der Minderheitsregierung der KPdSU uneingeschränkten Beifall, denn die Labour-Leute wie die Konservativen und die Liberalen sind sich mit ihren östlichen Kriegskameraden aus zwei Weltkriegen darin einig, daß auch das geteilte Deutschland unter dauernder Kontrolle gehalten werden muß, die Inselbewohner, weil sie nach dem Zerfall ihrer Weltmacht nicht wissen, was sie wollen, die Sowjets, weil sie sehr genau wissen, was sie wollen.

Kossygin hat schon vor einem Jahr zum dänischen Minsterpräsidenten Krag im Kreml unverblümt gesagt, ihn interessiere an diesem Atomsperrvertrag allein die Unterschrift der Deutschen. Man sollte sich nach den Gründen fragen, warum wohl der Beitritt Deutschlands eine so große Bedeutung für Moskau hat. Es dürften zwei eng zusammenhängende Gründe sein: einmal die Wehrlosigkeit eines Landes gegen-

über einem atomar hochgerüsteten Nachbarn, zum andern aber die ständige Kontrollmöglichkeit über die gesamte Industrie der nichtatomaren Unterzeichnerstaaten.

Die Förderung nuklearer Forschung hat für die industrielle Entwicklung vitale Bedeutung. Da eine klare Trennung zwischen wirtschaftlicher und militärischer Nutzung weder in der Technik noch gar in der Wissenschaft möglich ist, könnte eine wirksame Kontrolle ganze Zweige der Forschung und der Industrie lahmlegen oder verkrüppeln. Wenn man sich ansieht, welche Auslegungskunststücke die Kommunisten mit den Begriffen von Freiheit, Demokratie, Friedensliebe oder Faschismus fertigbekommen, so bleiben keine Illusionen übrig, wie sie ihr Kontrollrecht über die Bundesrepublik ausüben würden.

Wenn man den Atomsperrvertrag als Angelegenheit der USA und der SU ansieht, vergißt man die Tatsache, daß der Vater des Gedankens ein Engländer, nämlich Lord Chalfont, ist, und daß Premier Wilson ganz wie sein Kollege Kossygin oft genug ausgesprochen hat, worum es auch ihm geht: Den deutschen Finger vom Atomhebel fernzuhalten.

London spielt also auch hier sein altes Spiel gegen Deutschland und damit gegen Europa. Es spielt es freilich ohne den alten Sinn der Rükkendeckung für weltweite Unternehmungen. Es bleibt ihm nur eine Zutreiberrolle für die beiden Supermächte, denen es sich selbst dabei ausliefert.

Aber auch für die beiden Großen kann der Atomsperrvertrag keine grundsätzliche Bedeutung mehr haben, nachdem er von vornherein schon durch Frankreich und Rotchina durchlöchert ist — abgesehen von England. Was würde geschehen, wenn Israel in der Negebwüste einen ersten Sprengsatz zünden würde? Oder auch nicht zünden würde, denn die technische Entwicklung erlaubt es heute, Atombomben zu bauen, ohne auf Versuchssprengungen angewiesen zu sein. Und wie, schließlich, werden sich die USA zu einem doch noch zustandekommenden geeinten Europa stellen, das seine Freiheit durch eine unabhängige, gemeinsame Abschreckungswaffe sichern würde?

Wir haben an dieser Stelle schon vor sechs Jahren darauf hingewiesen, daß es allein von der Haltung Europas selbst abhängen werde, wie sich die Sowjetunion diesem Europa gegenüber bei einem ernstlichen Konflikt im Fernen Osten einstellen wird. Der Konflikt ist heute noch nicht akut, denn Mao Tse-tung hat sich durch seine zweite Revolution der außenpolitischen Handlungsfreiheit beraubt. Die Dinge könnten sich ändern, und der Kreml bereitet sich darauf vor, aber nicht, indem er

friedliche Kompromisse mit einem geeinten Europa sucht, sondern indem er die dauernde Schwächung der Deutschen und die Zersetzung jeder europäischen Gemeinsamkeit betreibt.

Wir Deutschen spielen dabei eine hervorragende, wenn auch völlig negative Rolle. Die Hingabe an die Kapitulation von 1945 und unsere Bereitschaft, sie jetzt endgültig zu vollziehen, ist ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Abdankung unseres Erdteils. Das Verhalten Kossygins in London, Breschnjews in Prag und die Warschauer Außenministerberatungen machen uns deutlich, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest nicht als Störung, sondern als Anerkennung des Status quo betrachtet wird. Man denkt sie freilich nicht zu bezahlen, man will vielmehr den Preis für weitere Anerkennung so hoch wie möglich treiben. Der Verzicht auf Wiedervereinigung gehört ebenso dazu wie der Verzicht auf wirksame Verteidigung, auf Atomwaffen.

Auf der Konferenz von Teheran plauderte F. D. Roosevelt zu Stalin und Churchill über seine Pläne für die Gestaltung der Welt nach dem zweiten Weltkrieg. Stalin hörte gelangweilt zu, wurde aber sehr hellhörig, als der amerikanische Präsident von den „Weltpolizisten" sprach, die nach der Niederringung der Aggressoren die übrige Welt in Ordnung halten sollten. Der Kremlchef, der hier einen ihm vertrauten Jargon hörte, war ganz Zustimmung, als er feststellte, daß Roosevelt an den Unsinn einer friedlichen Teilung der Welt in einen amerikanischen und einen sowjetischen Einflußkreis wirklich glaubte. Er griff mit beiden Händen nach der Chance, die ihm hier geboten wurde: sein Herrschaftsgebiet weit nach Mitteleuropa hinein auszuweiten, Polen umzugliedern und das Deutsche Reich in machtlose Fetzen zu zerreißen.

Damals standen die deutschen Armeen noch 800 km östlich der Grenzen des Reichs auf sowjetischem Boden. Doch Roosevelt wie Churchill waren bereit, durch Vernichtung Deutschlands dem östlichen Bundesgenossen einen beherrschenden Einfluß auf ganz Europa einzuräumen.

Roosevelt Projekt der Zweiteilung der Welt fußte auf drei Voraussetzungen, die er zielstrebig erfüllte: Zerstörung des britischen Weltreichs und der kolonialen Stellung von Holland, Belgien und Frankreich, endgültige Ausschaltung Deutschlands aus der Weltpolitik durch den Morgenthauplan, für den er ein knappes Jahr später, im September 1944, auf der zweiten Konferenz von Quebec die Zustimmung Churchills gewann, und drittens die Unterstützung der Sowjetunion bis zu einem uneingeschränkten Sieg auf dem europäischen Kriegstheater.

Ahnungslosigkeit und „bedingungsloser Haß" zweier westlicher Politiker bauten so die Sowjetunion, damals schwer angeschlagen und mit letzten Mitteln kämpfend, zur zweiten Supermacht der Erde auf. Schon mitten im Kriege sorgten Roosevelt und Hopkins dafür, die Sowjets durch Lieferung von nahezu der Hälfte des amerikanischen spaltbaren Materials auch als Atommacht zu fördern und sie unangreifbar zu machen.

Der Atommonopolvertrag, den die Deutschen jetzt unterschreiben sollen, „ob sie wollen oder nicht", ist ein Mittel der gradlinigen Fortsetzung einer Politik der Machtteilung zwischen den zwei Weltpolizisten und der Degradierung aller noch freien Völker zu Befehlsempfängern der zwei Großen. Wer ihn freiwillig unterschreibt oder ihn unter dem Zwang öffentlich nicht bekannter Drohungen glaubt unterschreiben zu müssen, versündigt sich nicht nur an seinem eigenen Volk, sondern handelt auch gegen die Freiheit aller anderen Völker.

Warum interessiert die Männer im Kreml an diesem Vertrag „nur die deutsche Unterschrift" (Kossygin) und warum drängen sie auch auf die Schaffung einer Zone verdünnter Abwehrkraft in Europa? Ein atomarer Überfall etwa Frankreichs oder einer Bundesrepublik, die im Besitz des französischen Atombombenvorrats von heute wäre, auf die Sowjetunion ist doch ein absurder Gedanke. Ein General, der über zwölf Panzer verfügt, bandelt nicht mit einem Gegner an, der ihn mit mehr als 12 000 Panzern wie eine Laus zerdrücken kann. Er würde im äußersten Fall dem überlegenen Angreifer mit einer heroischen Geste begegnen können. Hier aber liegt der Unterschied zwischen den modernen und den herkömmlichen Waffen: Zwölf Atombomben reichen aus, um auch einen wesentlich überlegenen Gegner mit so viel vergeltender Zerstörung zu bedrohen, daß er den besseren Teil der Tapferkeit wählt und von seinem Angriff absieht. Umgekehrt kann man heute schon mit hoher Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß in einem dritten Weltkrieg Atomgeschosse ausschließlich in Gebiete verschossen werden, aus denen keine Vergeltung droht. Atomwaffenfreie Zonen sind die Zonen der Bevormundung von heute und der Aggression von morgen.

Von dieser Situation aus wird verständlich, warum aus Italien die Warnung kommt, der Vertrag sei nicht nur „eine Demütigung, sondern auch eine Gefahr für die Freiheit und die Zukunft der Nation" (Maratea im „Messagero"); warum der französische General Gallois sagt, dem Frieden werde um so besser gedient, je mehr Länder über Atomwaffen verfügen; warum die Schweden fordern, Unterzeichnung nur, wenn alle

Länder sich der nuklearen Abrüstung unterwerfen; warum der indische Delegierte in Genf sich gegen die Unterschrift wehrt, da die Atommächte „den anderen verbieten wollen, was ihnen selbst freigestellt bleibt“; warum jetzt dreizehn Industrienationen sich gegen diesen Unterwerfungsvertrag auflehnen.

In Bonn aber erklärte Kanzler Kiesinger, seine Bemerkung über die „atomare Komplicenschaft“ zwischen Washington und Moskau sei nur „scherzhaft“ gemeint gewesen. (Man ahnt, wie lustig zur Zeit das Leben in Bonn ist.) Und Rainer Barzel versicherte, die wesentlichsten Bedenken gegen den Atommonopolvertrag seien durch amerikanische Erklärungen ausgeräumt. Durch welche, Herr Barzel? Etwa durch die Ankündigung eines amerikanischen Besuchs, der schon jetzt und durch einseitigen Akt der USA die Kontrolle des der deutschen Wissenschaft gelieferten nuklearen Materials erheblich verschärfen soll? Und was nützen uns irgendwelche unverbindlichen Erklärungen der Amerikaner, wenn die Sowjets den Vertrag später nach ihrer besonderen Weise auslegen und bei der Kontrolle nach ihren Bedürfnissen verfahren?

Aber nachdem Barzel in seiner Rede in Amerika die Besetzung eines wiedervereinigten Deutschlands durch sowjetische Truppen für eine mögliche Lösung gehalten hat, müssen wir in Bonn alles für möglich halten, auch die Unterschrift unter einen Vertrag, den Adenauer einen „Morgenthauplan im Quadrat“ genannt hat.

Johnsons Friedensfühler und Moskaus Antwort

Ostasienreise mit innenpolitischem Hintergrund (1966)

„Newsweek“ nannte Johnsons Ostasienreise „außenpolitische Kosmetik“ und dürfte damit den Zweck dieses Unternehmens recht genau getroffen haben. So wie heute ein Politiker sich schminken lassen muß, um sein „Immitsch“ in der Flimmerkiste strahlend erscheinen zu lassen, so ging der Präsident auf Weltreise, um den Zurückgebliebenen zu beweisen, daß er draußen in der Welt nicht nur beliebt sei, sondern geliebt werde.

Ein prominenter Amerikaner hat von den Zurückgebliebenen, seinen Landsleuten, einmal gesagt, ihr hervorstechendster Zug sei ihre außen-

politische Naivität, und er muß wohl recht haben, wenn man jetzt Zeuge wird, wie die Fernsehkünstler aus dem Begrüßungsrummel für Johnson eine Waffe geschmiedet haben, mit der die Gegner der amerikanischen Vietnampolitik völlig entwaffnet worden sind, jedenfalls für den Augenblick.

Beispielhaft war die Stippvisite auf Pongo Pongo, einem von sieben Südseeinselchen mit insgesamt 22 000 Seelen. Zweiminutenrede des Häuptlings Npalsia, 50 Sekunden für Häuptling Lolo, eine Minute für den Gouverneur H. Rex Lee und zehn Minuten für Johnson, knapp vierzehn Minuten eitel Freude, Begeisterung und Zustimmung für den großen Führer des großen Amerika, aber 14 Minuten, die Johnsons Gegnern den Teppich unter den Füßen wegzogen.

Dem Senator Aiken aus Vermont, der einen Rückzug aus Vietnam am heftigsten befürwortet, fiel in seiner Verzweiflung nichts Besseres ein, als vorzuschlagen, die USA sollten in Südvietnam ihren Sieg verkünden und damit die Begründung für ihren Abzug geben. „Sieg durch Verkündung“ ist schließlich immer noch besser als Johnsons „Krieg ohne Sieg“, eine Doktrin, die er jetzt wieder in Neuseeland mit den Worten vertrat: „Unser Ziel ist nicht, Nordvietnam zu zerstören ... es geht uns einfach darum, den Krieg aufzuhalten, den Hanoi gegen seine Nachbarn führt.“

Mit seinen ebenso unaufhörlichen wie vergeblichen Friedensappellen — zuletzt an das China der Roten Garden — zerstört Johnson nicht nur den Kampfwillen der Südvietnamesen wie seiner eigenen Truppen, er wirtschaftet auch das Ansehen der „stärksten Nation der Erde“ herunter auf das Niveau, auf dem Mr. Wilson mit seinen unerbetenen und unbeantworteten Vermittlungsversuchen bereits gelandet ist.

Es spricht nicht für die amerikanische Demokratie, wenn der Staatschef genötigt ist, einen außenpolitischen Reisezirkus zu inszenieren, um seine innerpolitischen Gegner zu überrunden, einen Zirkus, der dort, wo er wirken müßte, wohl nur ein Lächeln erregt. Jedenfalls haben die Ostblockstaaten auf ihrer von dichtem Geheimnis umhüllten Moskauer Konferenz keine Friedenspalmen geschwenkt, sondern sich zu erhöhtem Einsatz für Nordvietnam zusammengefunden. Da die Chinesen den Transport von Menschen und Material auf dem Landwege nach Hanoi behindern, soll der Seeweg gewählt werden. Unter den wachsamen Augen der amerikanischen Admiräle werden also noch häufiger als bisher die Schiffe der Ostblockländer in den Golf von Tonking steuern,

in friedlicher Zusammenarbeit mit britischen Frachtern, die ihre kostbare und kriegswichtige Last zum Teil aus den USA beziehen.

Wohin zielt Johnson? Mit der Berufung des alten Kennedy-Mitarbeiters und Koexistenz-Propagandisten Walt W. Rostow in seinen Beraterstab hat er den linken Flügel mit Robert Kennedy, Mansfield, Fulbright und Humphrey gewaltig gestärkt. Man muß also damit rechnen, daß die alte sowjetfreundliche Linie weitergeführt wird, die von Roosevelts bedingungsloser Hilfe für Stalin (inkl. Gratislieferung von Atommaterial schon mitten im Zweiten Weltkrieg) allen trüben Erfahrungen zum Trotz weiterlief zu Eisenhowers Illusionen, die schon auf der verunglückten Pariser Gipfelkonferenz platzten. Kennedy ließ sich aus seinen Hoffnungen auf den „umgänglichen Koexistenzpolitiker" Chruschtschow auch durch das Berliner Ultimatum und den Griff nach Kuba nicht erwecken. Und Johnson bleibt auch nach all diesen und seinen eigenen Erfahrungen bei seiner Beschwichtigungspolitik, die ihm bisher nur schroffe Zurückweisung und Hohngelächter eingebracht hat.

Wir Deutschen haben keine Veranlassung, auch uns diesem Hohn auszusetzen. Wir haben seit 1917 erfahren und erfahren es heute täglich, wem wir im Osten gegenüberstehen. Es wäre unsere Pflicht, unseren Bundesgenossen mit aller Härte unsere Erkenntnisse beizubringen. Statt dessen sitzen wir jetzt in Dreierbesprechungen mit England und Amerika, bei denen es nicht um Devisenfragen geht, sondern nur darum, uns zum Schuldigen an den westlichen Truppenabzügen zu stempeln.

Was die Sowjets aber dank diesem einseitigen Entgegenkommen in Europa einsparen sollten, das werden die amerikanischen Soldaten alsbald in Vietnam spüren.

Die Nürnberger Drachensaat ist aufgegangen

Schauprozesse und Krawalle gegen USA-Kriegführung in Vietnam, Krieg ohne Willen zum Sieg (1967)

Kriegsverbrechertribunal gegen die USA in Stockholm, Attentatspläne gegen Vizepräsident Humphrey in Berlin, Krawalle und Rauchbomben zur deutsch-amerikanischen Freundschaftswoche in Frankfurt (Main) — die Drachensaat ist aufgegangen, die die Amerikaner mit Nürnberg und Entnazifizierung gegen die deutschen Gegner so fleißig

ausgestreut haben. Denn wenn Nürnberg überhaupt einen Sinn haben sollte über den brutalen Rachevollzug am Besiegten hinaus, so durfte es nur der erste Schritt sein auf einem Wege, der jede Kriegführung unter das gleiche Gesetz stellt, das in Nürnberg 1945/46 feierlich verkündet wurde.

Selbstverständlich haben die ehrenwerten Gentlemen aus Washington, London, Paris und Moskau, die sich in Nürnberg das Richteramt anmaßten, nicht daran gedacht, Churchills oder de Gaulles oder Trumans oder Stalins Kriegführung ebenso zu durchleuchten wie die der deutschen Führer. Aber ebenso selbstverständlich geht es den Drahtziehern in Stockholm heute nicht um ein neutrales, objektives rechtliches Urteil über das, was in Vietnam geschieht. Die Kommunisten und Kommunistenfreunde vom Schlage eines Sartre, Baldwin oder Schoenman müßten sonst ja zurückgehen auf das, was das Eingreifen der USA erst provozierte, nämlich den bestialischen Massenmord, mit dem ihre Freunde aus Nordvietnam gegen den Süden des Landes wüteten, um sich das Land durch Terror zu unterwerfen. Sie haben danach in Stockholm ebensowenig gefragt, wie man in Nürnberg danach forschte, was das deutsche Volk zum Widerstand gegen die Schändung und Zerreißung seines Landes in Versailles aufbrachte.

Was in Stockholm, in Berlin oder in Frankfurt laut wurde, war nicht der Ruf nach Gerechtigkeit, sondern die Propagandatrommel für Hanoi, war nicht die Sehnsucht nach Frieden, sondern Schützenhilfe für den kommunistischen Sieg.

Die USA haben freilich nicht nur durch das Nürnberger Tribunal die Grundlage gegeben, ihr Verhalten zu durchleuchten, sie bieten jetzt auch durch die Art ihrer Kriegführung breiteste Angriffsflächen für die Kritik. Sie kämpfen, um Südvietnam vor der kommunistischen Aggression zu schützen. So weit, so gut. Gegen dieses Ziel können wir Deutsche wohl kaum etwas einwenden, solange wir mit dem Rest Europas unfähig sind, uns eines Angriffs aus dem Osten aus eigener Kraft zu erwehren. Unsere Kritik kann erst dort einsetzen, wo wir mit Erstaunen feststellen müssen, daß die USA in Vietnam nach dem gleichen schwachsinnigen Rezept kämpfen wie in Korea, nämlich: Krieg, aber kein Sieg! Korea wurde unter diesem Motto zweimal von der Südspitze bis zum Fuß von den beiden feindlichen Fronten umgepflügt, bis man sich, als wäre nichts geschehen, auf dem 38. Breitengrad niederließ, der das Land nicht weniger brutal durchreißt als Ulbrichts Mauer-und-Minen-Grenze durch Deutschland.

Für Vietnam aber lautet die US-Devise: Wir beabsichtigen nicht, das kommunistische Regime in Hanoi zu stürzen. Kein Wunder, daß die Südvietnamesen dieses Ziel, also sinnlosen Krieg, nicht mit Begeisterung unterstützen, daß sie eher bereit wären, sich unter die Fuchtel der Kommunisten zu ducken, wenn die Quelle des Aufruhrs geschont und erhalten bleiben soll. Eher ist es verwunderlich, daß Hanoi nicht jeden Vertrag unterschreibt, um die amerikanischen Streitkräfte aus dem Süden loszuwerden und dann den „Volksaufstand" dort wieder fröhlich aufflackern zu lassen.

Die USA geben der Welt ein schlechtes Beispiel. Ist das stärkste Land der Welt schwächer als ein kleines asiatisches Land? Oder will Washington in einem beliebig hinauszuzögernden Kleinkrieg neue Waffen erproben? Oder ist die Rüstungslobby daran interessiert, dort ihren alten Schrott abzusetzen, den nicht einmal die Bundesrepublik mehr kaufen will? Oder baut das Pentagon gar die Basis für einen großen Chinakrieg auf, dieweil die Verhandlungen mit dem Kreml ein Stillhalteabkommen für diesen Fall erstreben? Oder sind nach dem Ausboten McCarthys die Kommunisten im State Department wieder so stark geworden, daß sie jeden durchgreifenden Einsatz der Armee hemmen und die USA in eine militärische und politische Schlappe hineinmanövrieren können, die ihr Ansehen für die Dauer ruinieren würde? Wenn aber Johnson in Vietnam so wie Kennedy auf Kuba aus Scheu vor einem Konflikt mit Moskau — und hier mit Peking — einen durchgreifenden Schritt vermeiden will, warum sucht er da nicht seit langem einen passablen Vorwand für die Liquidierung des (unerklärten) Krieges, anstatt immer weiter zu „eskalieren"?

All diese Fragen und Zweifel nagen an dem Prestige der Vereinigten Staaten. Sie geben den kommunistischen Randalierern Auftrieb für ihr Treiben, sie lähmen aber auch das gesamte westliche Bündnisgefüge. Sie haben de Gaulle veranlaßt, sich dem Führungsanspruch einer Nation zu entziehen, in deren geistige Qualitäten er nicht genügend Vertrauen setzt. Sie treiben schließlich Volk um Volk in eine Entspannungs-, lies: Rückversicherungspolitik gegenüber den Sowjets, auf deren Sieges- und Herrschaftswillen mehr Verlaß ist.

Unsere Randalierer, die sich über den Krieg „weit hinten in der Türkei" ereifern, die aber taube Ohren für die Schüsse an der Mauer haben, mag man belächeln. Presse und Polizei mögen ihnen großmütig Narrenfreiheit gewähren. Als Symptom für unseren Rückenmarksschwund sollte man sie nicht übersehen.

Aufmarsch zum dritten Weltkrieg

Zehn Tage vor Ausbruch des Israelkrieges (1967)

Im arabisch-israelischen Konflikt hat sich die Kraftlage seit 1956 wesentlich verschoben. Nach der militärischen Aufladung Ägyptens und Syriens durch die Sowjets, Israels durch die Bundesregierung, Frankreich und die USA stehen 800 israelische Panzer insgesamt 2500 arabischen Panzern gegenüber. Ägypten verfügt über 550, Syrien über 90 sowjetische Düsenmaschinen, Israel über 200 Mirage 111 C. Israel besitzt US-Hawk-Luftabwehrraketen, Ägypten bekam sowjetische Luftabwehr- und Boden-zu-Boden-Raketen. In einer bewaffneten Auseinandersetzung würden diese Zahlen schwer wiegen, wenn — und das ist der springende Punkt — eine arabische Einheit bestünde. Jordanien, von England und USA gut ausgerüstet, hat soeben die diplomatischen Beziehungen zu Syrien abgebrochen. 53 Millionen veruneinigte Araber haben wenig Chancen gegenüber 2,6 Millionen einigen Israelis. Für das veruneinigte Resteuropa aber sind die Hintergründe wichtiger als der vordergründig wiederaufgeflammte Streit um Palästina.

„Europa stirbt und merkt es nicht" ist der Titel eines Buches über den Geburtenschwund der mittel- und westeuropäischen Völker. Wichtiger aber als dieses Nachlassen der Wachstumskraft ist ihre tiefere Ursache, der Bewußtseinsschwund der Europäer. Schon nach 1918 richtete man sich in der Versailler Ruine ein, satt und genügsam. Noch satter und noch genügsamer findet sich der Rest Europas auf dem Trümmerhaufen von Potsdam zurecht, überläßt fremder Macht den Schutz seiner Grenzen und meint jetzt gar, dieses Schutzes überhaupt nicht mehr zu bedürfen.

Daß ein Land von der Größe der Sowjetunion mit seiner Bevölkerungsmasse und seinem Rüstungsstand daran denken könnte, die drei kurzen Schritte zu machen, die Peter der Große bereits als notwendig zur Sicherung seines Reiches geplant hatte, zu den Meerengen der Ostsee, des Schwarzen Meeres und zum Persischen Golf, das paßt nicht in die Ruhe, die man sich für das kommende Jahrtausend erträumt. Und daß die senilen Gehirne eines abgedankten Rest-Erdteils die revolutionäre Wucht eines Gedankens nicht mehr fassen können, der auf Weltherrschaft gerichtet ist, müssen wir täglich deutlicher konstatieren.

Anders wäre die Seelenruhe nicht zu verstehen, mit der man in Bonn, London, Paris oder Rom die Auseinandersetzung im Nahen Osten hin-

nimmt, als sei es ein ferner Streit, den Israel mit seinen Nachbarn auszumachen habe, wobei die veröffentlichte Meinung es zustande brachte, das Bild eines armen, friedliebenden Israels inmitten eines Meeres von aggressivem arabischen Haß zu malen. Vergessen ist, daß jüdische Fanatiker mitten im Frieden mit Waffengewalt und brutalem Terror ein Land eroberten, das Juden vor 2000 Jahren einmal für einige Jahrhunderte bewohnt hatten, daß sie, nachdem die UNO ihnen ihren Gewaltakt großzügig verziehen hatte, die von der UNO gewährten Grenzen wiederum gewaltsam überrannten, den UNO-Kommissar Bernadotte liquidierten und schließlich 1956 noch einmal den beschworenen Waffenstillstand brachen, um gemeinsam mit Frankreich und England einen Eroberungskrieg zu beginnen.

Vergessen ist auch, daß Nasser, der ein entschiedener Kommunistenfeind war, von den USA mit dem Bruch des Assuanabkommens brüskiert wurde und sich erst nach der Aufrüstung Israels und der Verweigerung von Waffenlieferungen des Westens an Ägypten auf die andere Seite schlug, die ihm den Staudamm mitsamt der Aufrüstung finanzierte.

Soweit der israelisch-arabische Streit, der unwichtig ist im Vergleich mit dem, worum es geht. Die Nordflanke Europas ist durch Potsdam aufs schwerste angeschlagen. Die Ostsee, die einst ein deutsches Meer war, von Lübeck bis Narwa, ist ein sowjetisches Meer geworden von Narwa bis kurz vor Lübeck. Finnland hat nach langer, zäher Gegenwehr ein Volksfrontregime bekommen. Schweden ist neutralisiert. Die Südflanke Europas wurde durch die Sowjetisierung von Polen bis Bulgarien aufgerissen. Griechenland, um das der dritte Weltkrieg entbrannte, schon bevor der zweite ausgekämpft war, wurde mühsam gehalten. Daß es jetzt das Abgleiten ins Chaos mit militärischen Mitteln unterband, wird ihm von den Torfköpfen und kommunistischen Drahtziehern in Resteuropa nicht als befreiende Tat gedankt, sondern als faschistische Greueltat vorgeworfen. Kennedy hat die amerikanischen Raketenstellungen in der Türkei und Italien geschleift, um in der Kubakrise Chruschtschows Gesicht zu wahren. Die VI. Flotte ist der letzte Rest von westlicher Macht in einem Gebiet, das der Rückzug Englands und Frankreichs zu einem Vakuum machte, in das die Sowjets eindrangen. Die Sowjets haben festen Fuß in Syrien, im Irak und in Ägypten gefaßt. Sie haben Marinestützpunkte in Ägypten gewonnen und in Algerien. Ihre Kriegsschiffe fahren mitten durch die VI. Flotte hindurch, worüber sich Flottenchef Martin ergebnislos beschwert.

Der Nahe Osten ist die Drehscheibe zwischen Fernost und Afrika, die Barriere im Wege nach Fernost, die Brücke nach Afrika. Er ist die Quelle des Öls, auf dem Europas Wohlstand schwimmt, dieweil die heimischen Kraftstoffe verschludert werden.

Er ist im weiteren Sinne die Südflanke Europas in einem Streit, der zwar täglich brennt, den es aber gar nicht gibt, nicht geben darf, denn sonst müßten die oben näher bezeichneten Köpfe das schwierige Geschäft des Denkens beginnen.

Deutschland in der Sackgasse

Waffenfinanzierung für Israel. Kossygin in Glassboro (1967)

Die Bundesrepublik hat sich durch ihre Wiedergutmachungspolitik zum Hauptfinanzier Israels gemacht. Sie ließ sich durch amerikanisches Zureden auch in die Rolle eines wichtigen Waffenlieferanten Israels drängen, wobei es sich nicht einmal um deutsche Waffen handelte, sondern um amerikanische Panzer, deren Lieferung durch Bonn geheim und widerrechtlich finanziert wurde. Die Bundesrepublik beeilte sich auch noch auf dem Höhepunkt des Konflikts Gasmasken nach Tel Aviv zu fliegen und damit den Arabern den Vorwurf zuzuschieben, eventuell einen Gaskrieg gegen die Israelis zu planen. Bundesdeutschland warf sich dann während des israelischen Überfalls auf die arabischen Nachbarn mit Verve auf die Seite des Angreifers und strömte über von schwülstigen Lobeshymnen für die tapferen siegreichen „Wüstenfüchse", die den ebenso blöden wie bösartigen Arabern das Laufen beibrachten.

Die Israelis haben den Arabern eine schwere militärische Niederlage und den Sowjets eine blamable politische Schlappe beigebracht. Aber die Bundesrepublik ist nicht unter den Siegern. Sie muß neben schweren Beschimpfungen auch eine Reihe von wirtschaftlichen Einbußen einstecken, sei es in den Öllieferungen und in der Schiffahrt, sei es bei den Vertretungen der Lufthansa oder des Goethe-Instituts. Es ist Bonn in wenigen Jahren konsequenter Politik gelungen, den deutschen Namen zum Schimpfwort zu degradieren in Ländern, wo eben noch das „Ana Alemani" die Zauberformel war für freudige Begrüßung und reiche Gastfreundschaft.

Man kann nicht aller Leute Liebling sein. Vielleicht hat der Verlust der arabischen Freunde zur Festigung der deutschen Position bei der größten Weltmacht unserer Zeit, bei den USA, geführt, die aus vielfältigen Gründen Israel verbunden sind? Leider ist auch das eine Illusion. Washington verkündete seine Neutralität und seinen Willen zur Wahrung der alten israelischen Grenzen. Während in den Blättern und Radiostationen der Bundesrepublik die Annexion ganz Jerusalems durch die Israelis als eine gegebene und gute Sache hingenommen wird, erklärte die US-Regierung, daß sie diesen einseitigen Akt nicht anerkennen könne.

Was aber viel schwerer wiegt als die nahöstlichen Ereignisse, ist die Haltung der USA gegenüber dem Hauptverlierer der Krise, gegenüber der Sowjetunion.

Kossygin ging nach Washington, er schickte Podgorny und den Stabschef der Sowjetarmee, Sacharow, nach Kairo, um sein angeschlagenes Prestige wieder aufzubügeln, um den Arabern, denen er militärisch nicht beispringen konnte, jetzt im Kampf der Worte mit einigen Divisionen in die Seite zu treten. Es war zu erwarten, daß die Amerikaner ihm seinen Auftritt nach Kräften versauern und aus der politischen Niederlage der Sowjets den höchst möglichen Nutzen ziehen würden.

Das Weiße Haus zog es vor, wieder einmal das Gegenteil zu tun. Johnsons intensiven Bemühungen gelang es, Kossygin, der mehrfach erklärt hatte, er denke nicht an ein Treffen mit dem vielbeschimpften imperialistischen Aggressor, zu einem zweisamen Gipfeltreffen zu überreden. Großartiger konnte man den Kremlchef nicht aufwerten, indem man ihm eine Plattform bot, von der aus er den Geist von Teheran und Jalta, von Camp David und Wien wieder beschwören konnte. Und die ganze Weltöffentlichkeit fiel wieder darauf herein. Man sprach nicht nur vom „Geist“, sondern sogar vom „Wunder von Glassboro“, das darin bestand, daß die beiden Supermächte zwar in allen drängenden Problemen uneins, in ihrer Haltung gegen Deutschland aber wieder einmal treu vereint waren.

Denn zumindest für die sowjetische Seite ist der Atommonopolvertrag, über dessen baldigen Abschluß man sich einig war, ausschließlich als Instrument gegen Deutschland interessant, gegen Deutschland, das in Kossygins UNO-Rede mehr als Amerika und England zum Weltstörenfried gestempelt wurde.

Das Ergebnis von Glassboro ist für uns verheerend, für die USA be-

deutet es einen Fehlschlag, denn selbst wenn der Atommonopolvertrag zustande kommen sollte, wäre er ein Torso ohne China und Frankreich und würde unter den Verbündeten der USA nur das Gefühl der Unterlegenheit, der Nichtgleichberechtigung verstärken. Moskau würde seinem erklärten Ziel, Auflösung des westlichen Bündnisses, wieder einen großen Schritt näherkommen.

Die unentwegten Entspanner ließen sich auch durch Kossygins ausgiebigen Besuch bei Fidel Castro nicht entmutigen, einen Besuch, der zu dem „Wunder von Glassboro" wie die Faust aufs Auge paßt.

Daß Bonns Teilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Entspannung keinen Vorteil für Deutschland bringen kann, liegt in der Logik der Sache. Dennoch meinen Kiesinger wie Frahm-Brandt und Wehner nach wie vor, daß ihre Öffnung nach Osten fruchtbar sein werde. Das Eingehen auf die Propagandamanöver der Zone hat bisher außer unverschämten Antworten keine Erfolge gebracht, im Gegenteil, die wenigen Erleichterungen wie Feiertagspassierscheine sind noch abgebaut worden, und neue Forderungen wurden präsentiert.

Der Weg in die Sackgasse wird bald zu einem Marsch auf der Stelle werden. An seinem Ende steht die Festigung des Ulbricht-Regimes und die Auflösung des Wiedervereinigungswillens in Westdeutschland. An seinem Ende steht die Verhinderung der Einigung Westeuropas durch kleinliche Schikanen gegen Frankreich. An seinem Ende steht der Abbau jeder Sicherheit durch Zerfall der westlichen Allianz und ein Absinken Deutschlands zu einem Objekt des Willens der beider Supermächte in Ost und West.

Ein prächtiges Ergebnis der Großen Koalition. Bliebe noch die Gewinnung der Freundschaft des siegreichen Israel. Aber die wird selbst „everybody's darling", Herr Frahm-Brandt, kaum erreichen.

Selbstmord durch Salamitechnik

Schrittweise Unterwerfung Westdeutschlands unter den Osten (1967)

Die Salamitechnik wurde von den Sowjets in die moderne Politik eingeführt. Angesichts des atomaren Gleichgewichts mußten sie auf schnelle gewaltsame Erfolge verzichten und bauten dafür das Arsenal der K.o.-Existenz oder des kalten Krieges aus, was bekanntlich dasselbe ist. Zu diesem Arsenal gehört der Atomschrecken, der von Moskau im Ausland hochgespielt, in der Sowjetunion aber nicht einmal erwähnt werden darf. Das zweite Mittel ist in alter Weise die kommunistische Zersetzungsarbeit in der freien Welt, deren Hauptziel es gegenwärtig ist, den von den Sowjets mit steigender Heftigkeit geführten kalten Krieg als nicht existent erscheinen und den satten Schlummer in den Bereichen des Wohlstands zum Dauertiefschlaf werden zu lassen.

Auf dem Felde der außenpolitischen Aktivität aber wurde die Salamitaktik zum Einsatz gebracht, die — unterstützt von den anderen genannten Waffen — den eingeschläferten Gegner daran gewöhnte, langsam, klein bei klein und Scheibchen auf Scheibchen beschnitten, bestohlen und verdrängt zu werden.

Daran hat sich der Westen, wie gesagt, gewöhnt. Es ist nichts Neues. Neu hingegen ist die erstaunliche Tatsache, daß die Bonner Ostpolitik jetzt daran gegangen ist, die Salamitaktik am eigenen Leibe zu vollziehen. In bedeutender Verfeinerung der chinesischen Hinrichtung, die bekanntlich neun sorgsam ausgefeilte Etappen des Sterbens vorsah, wird nun dem deutschen Volk der Salamiselbstmord als notwendiger Beitrag zum Selbstmord des weißen Mannes empfohlen. Die Amputation von 1945 mit Rückgratextirpation, Gehirnverschmutzung und Gliederresection (wie der Fachmann sagt) hat ungenügende Ergebnisse erzielt.

So wurde uns schon Jahre vor der Großen Koalition mitgeteilt, daß die Niederlage erst noch durch große weitere Opfer zu bekräftigen sein werde. Herr Barzel machte uns mit dem Gedanken vertraut, daß sowjetische Truppen auch nach einer Wiedervereinigung auf deutschem Boden stationiert sein könnten. Wehner empfahl uns ein Übergangsstadium nach Art des jugoslawischen Kommunismus, an den wir uns leichter als an Ulbrichts Stalinismus gewöhnen könnten, und schließlich wagte sich Frahm-Brandt in Bukarest mit dem Gedanken hervor, „daß man bei dem Problem der europäischen Sicherheit von den bestehenden

Realitäten auszugehen hat, und daß alle Staaten, unbeschadet ihrer Größe, gleichermaßen bedeutende Aufgaben bei der Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung zufallen. Das gilt auch für die beiden politischen Ordnungen, die gegenwärtig auf deutschem Boden bestehen".

Die Floskel von den „bestehenden Realitäten" gehört zum ständigen Vokabular des Ostblocks. Sie ist also nun in den bundesdeutschen Sprachgebrauch übernommen worden. Zugleich wird dem Gefängnis des Sowjetgenerals Ulbricht das Recht eingeräumt, „gleichermaßen bedeutende Aufgaben bei der Verwirklichung einer europäischen Friedensordnung" zu erfüllen.

Bisher galt die deutsche Teilung als ein Element der Unfriedensordnung, d. h. als schwelende Kriegsgefahr in Europa. Das ist nun vorüber. Wir werden die Realitäten, also auch die Kolonie Moskaus auf deutschem Boden als „Staat" anerkennen und die kleine Unebenheit im Grundgesetz später einmal durch Verfassungsänderung ausbügeln. Nicht heute und morgen, natürlich, aber übermorgen. Jeden Tag ein kleines bißchen mehr ...

Wenn Genosse Bahr erst als Botschafter in Moskau sitzt, wird der Rest schnell heruntergesäbelt sein.

Die UNO am Ende

Versagen in allen Konflikten (1967)

Nach dreiwöchiger Redeschlacht hat sich die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 5. Juli um eine Woche vertagt. Die Pause soll dazu dienen, eine Einigung über die fünf politischen Resolutionsanträge zu finden.

Im New Yorker Glashaus hoffte man, in den Kulissengesprächen dieser Pause wenigstens einen allgemeinen, unverbindlichen Entschluß zur Annahme vorbereiten zu können, der nicht mehr besagen werde, als die Israelis und die Araber zur Zurückhaltung aufzufordern und den Konfliktsfall wieder dem Weltsicherheitsrat zur weiteren Beratung zu übertragen.

Käme ein solcher Entschluß zustande, so müßte man ihn das dürftigste Feigenblatt nennen, mit dem die UNO ihre Blöße bedeckt. Sie hat sich in einem eklatanten Fall der Friedensbedrohung, des offenen Krieges, als unfähig erwiesen, ihrer Aufgabe der Friedenssicherung zu dienen. Sie hat nicht einmal einen Beschluß fassen, geschweige denn durchführen können. Ja, sie hat durch die plötzliche Abberufung ihrer Beobachter aus dem Gazastreifen der Aggression selbst das Tor geöffnet.

Abdul Rahman Pazhwak, der glücklose Präsident dieser Vollversammlung, nannte in Briefen an die Delegationen den 4. Juli, an dem keiner der fünf politischen Anträge im Plenum die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhielt, „einen der traurigsten Tage in der Geschichte der Vereinten Nationen".

Nun, die Geschichte der UNO ist reich an solchen traurigen Tagen. Sie hat überall dort, wo sie hätte handeln müssen, völlig versagt, und der Anlässe gab es mehr als genug. Sie hat der Vergewaltigung Mittel- und Ostdeutschlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, der Tschechen und der Slowaken, der Ungarn, Rumänen und Bulgaren, der Chinesen, der Nordkoreaner, der Nordvietnamesen tatenlos zugeschaut. Sie hat nichts getan, dem blutigen Angriff auf die Freiheit Griechenlands, der Blockade Berlins, der Niederwerfung des mitteldeutschen, des polnischen und des ungarischen Aufstandes, der Invasion Tibets durch Rotchina in den Arm zu fallen. Sie blieb tatenlos angesichts des vielfachen Massenmords auf Sansibar, in Nigeria oder im Kongo. Sie hat die kommunistische Überrumpelung Kubas nicht abgewehrt und nichts unternommen, um die Entfesselung von Bürgerkriegen und Massenmassakern in Südamerika oder in Angola zu hindern.

Schlimmer noch aber als der UN Nicht-Taten sind der UN Un-Taten. Die Weltfriedensorganisation hat sich in eine Weltkriegsorganisation verwandelt und die Freiheit Katangas in einem blutigen Krieg ausgelöscht. Aus einer Organisation, die der inneren Selbständigkeit ihrer Mitglieder dienen sollte, hat sie sich aufgeworfen zu einem Instrument der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, die sich von ihren Nachbarn durch wirtschaftlichen Wohlstand und politische Stabilität unterschieden. Wir meinen die Drohungen und Boykottmaßnahmen gegen Angola und Mozambique, gegen Südafrika und Südrhodesien.

Im Falle Katanga hat die Weltkriegsorganisation es fertiggebracht, ein geordnetes, blühendes Land, das an Friedensstörung nicht dachte, dem Kongo wieder einzuverleiben, der von Krisen und von Massen-

mord durchtobt wurde. Sie mußte die böseste Blamage einstecken, als es Katangas Tschombé war, der den Kongo aus dem Chaos rettete und ihm für die Dauer seiner Regierungszeit eine Ruhepause verschaffte. Sie wird ihm diesen Schlag gegen ihr Prestige nicht, wohl aber ihre Menschenrechts-Deklamationen vergessen und sich wohl kaum dazu aufraffen, dem gekidnapten Tschombé wieder zur Freiheit zu verhelfen. Auch deswegen nicht, weil Tschombé rechts und nicht links eingestuft wird.

Die UN sind das Geschöpf einer Menschheitsutopie. Die liberale Aufklärung nimmt den Menschen als ein rationales, also von der Vernunft bestimmtes Wesen und die Geschichte des Menschen als einen Prozeß ständiger Diskussion, die aus der Dunkelheit Ägyptens, Griechenlands und Roms in die strahlende Helligkeit von Hiroshima und Nagasaki führte.

Der Mensch ist aber kein rationales, sondern ein von Trieben beherrschtes Wesen, das durch Ratio weniger als durch Furcht hemmbar ist. Der Versuch, einer von Vertretern höchst irrational handelnder Massenwesen beschickten Massenversammlung das Ausdiskutieren von Lebensfragen zuzumuten, konnte nicht anders ausgehen, als es bisher in den UN geschah.

Die Weltkriegs- und Welteinmischungsorganisation hat sich konsequenterweise auch in ihrer letzt verbliebenen Eigenschaft in ihr Gegenteil verwandelt. Aus einem Forum der Diskussion wurde ein Markt der Propaganda.

Schwarze Gewalt

Das Dilemma gleicher Bürgerrechte in den USA bei verschiedenem Leistungsniveau (1966)

Die Bürgerrechts-Gesetzgebung der letzten zwei Jahre hat dem amerikanischen Neger die Gleichberechtigung gegeben. Damit aber ist das Problem nicht gelöst, sondern erst gestellt. Der Ruf nach „Black-Power" im Sinn „wir müssen uns nehmen, was man uns gibt", und die zahlreichen Rassenkrawalle dieses Sommers sind der äußere Ausdruck des Ungenügens, das der amerikanische Neger in einer Rechtsstellung emp-

findet, die ihm nur Möglichkeiten bietet, nicht aber schon den Ertrag dieser Möglichkeiten.

Wie Uhuru (Freiheit) in Mittelafrika in eine allgemeine Enttäuschung ausgelaufen ist, weil sie zwar die Freiheit zu eigener Leistung, nicht aber den Gewinn brachte, der zuvor eigene Mühe erfordert, so steht auch der Schwarze in den USA enttäuscht vor Rechten, die man ihm gab, deren Auswertung jedoch Fähigkeiten von ihm verlangt, die er nicht in ausreichendem Maße besitzt.

Dr. Henry E. Garrett, Präsident der Amerikanischen Psychologischen Gesellschaft, macht darauf aufmerksam, daß das durchschnittliche Negerkind einen Intelligenzquotienten von 80 gegenüber dem weißen Kind mit 100 hat. Nur die besten 10 bis 15 Prozent der schwarzen Schüler kommen dem Durchschnitt der weißen Schüler in der Leistung gleich. Es sei daher, sagt Garrett, in höchstem Maße unfair, schwarze Kinder in einen Wettlauf mit weißen zu zwingen, in welchem sie mit einem Handikap belastet seien, das sich mit steigenden Anforderungen ständig erhöhe.

Je mehr schwarze Schüler in höhere Klassen und zum Studium aufsteigen, um so mehr wird in ihnen das Gefühl einer Diskriminierung wachsen, während zugleich die Gesamtleistung der gewaltsam und künstlich integrierten Schulen sinken muß.

Noch viel stärker aber als im Lernbetrieb wird sich im beruflichen Wettbewerb der Wesensunterschied von Schwarz und Weiß auswirken, wo ein Leistungsdenken herrscht, das der Mentalität des Negers nicht entspricht.

Garrett scheut sich auch nicht, das heiße Eisen der Negerkriminalität in den Staaten aufzugreifen und die Ergebnisse einer FBI-Statistik von 1963 zu zitieren, aus der sich ergibt, daß pro Kopf der Bevölkerung die Neger 10fach an Morden, 7fach an Vergewaltigungen, 6fach an Raub, 10fach an der Produktion von unehelichen Kindern beteiligt sind, Zahlen, die sich seitdem noch bedeutend verschlechtert haben.

Washingtons blinder Glaube an die Integration als Allheilmittel in der Politik, ob es sich um Rassenfragen oder NATO-Organisation dreht, gründet sich auf den ebenso blinden Glauben an die „Gleichheit aller, die Menschenantlitz tragen". Nur Gleiche kann man unter das gleiche Gesetz mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten stellen. Zwingt man Ungleiche zur Konkurrenz gegeneinander, so fügt man ihnen Unrecht zu. Die Integration wird, je weiter sie getrieben wird, nicht zur Klärung, sondern zum Chaos führen.

Der Ruf nach Anwendung von „Black Power“ wird heute von der ungestüm nachdrängenden jüngeren Generation von Negerführern erhoben, wie von dem 25jährigen Stokely Carmichael des „Student Nonviolent Coordinating Committee“ und von Führern des „Congress of Racial Equality“. Sie verlangen nicht eine Apartheid, einen Staat im Staate wie die „Schwarzen Muslims“, sondern schlicht die Macht und haben mit diesem Ruf nicht nur die Weißen erschreckt, sondern auch die Führer anderer schwarzen Gruppen, wie Roy Wilkins oder Martin Luther King, die sie beschwören, von einem schwarzen Nationalismus abzulassen, der in ein schwarzes Verderben führen würde.

Präsident Johnson hat bereits begriffen, was man in Südafrika schon lange weiß, daß Gleichberechtigung nicht ausreicht, daß der weiße Mann große Anstrengungen für den schwarzen machen, ihn bevorrechtigen muß, bevor er in einer Industriegesellschaft, die er nicht aufgebaut hat, lebens- und wettbewerbsfähig wird. Man plant gewaltige Aufwendungen, die im wesentlichen zugunsten der Neger in einer gemischtrassigen Gesellschaft erfolgen sollen: 20 Milliarden Dollar jährlich für Schulen, 8 Milliarden für Collegestipendien, 8 Milliarden für die Garantie von Minimumeinkommen, 4 Milliarden für Schulspeisung, 5 Milliarden für Lohnerhöhungen, 10 Milliarden für Mietzuschüsse und 15 Milliarden für Slumbereinigung, Gesundheitsförderung und bestimmte Integrationsmaßnahmen wie Schulbusse zur Vermischung von Schwarz und Weiß in weißen und in schwarzen Wohngebieten usw. Insgesamt runde 70 Milliarden Dollar pro Jahr.

Aber auch nach diesen Anstrengungen wird der Intelligenzquotient der Negerkinder bei 80 liegen, auch nach diesen Anstrengungen wird Sammy Davies, wie er sich bitter beklagte, jeden Morgen beim Rasieren ein schwarzes Gesicht im Spiegel sehen.

Schwarz und Weiß in USA

Black Power probt den Bürgerkrieg
Die Tatsache der Rassenunterschiede (1967)

„Amerika, du hast es besser“, dieses Goethe-Wort aus den „Zahmen Xenien“ gilt nicht mehr. Zwar sind die Vereinigten Staaten noch immer das Land mit dem höchsten Lebensstandard, mit dem höchsten Leistungseffekt pro Kopf des Arbeiters, mit dem höchsten militärischen Potential, aber der Wurm nagt im Gebälk. Die erstaunlich hohe wissenschaftlich-technisch-wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses Landes ist in die Hände einer politischen Führungsschicht geraten, die mit dem Schaltwerk der enormen Macht, die ihr anvertraut ist, nicht umzugehen weiß. Die Leute in Washington glauben nicht nur — wie die Marxisten —, daß Politik Wissenschaft sei anstatt Kunst. Sie hängen auch dem Glauben an, der Mensch sei ein gutes, rational bestimmtes Wesen, ein Glaube, der der physischen und psychischen Tatsache Mensch widerspricht. Schlimmer noch, sie verkünden zwar diesen Glauben, sie haben ihn aber in der politischen Wirklichkeit längst verlassen, indem sie darangegangen sind, den Menschen zu befreien, ihn aber zugleich von der Schulbank bis ins Alter wie ein krankes, hilfsbedürftiges, unselbständiges und törichtes Wesen zu gängeln, zu führen, zu bevormunden.

Aus diesem Bruch der Ideologie ist viel von der Sprunghaftigkeit, Irrationalität und Vernunftwidrigkeit der amerikanischen Politik abzuleiten, die sowohl die Bürger im Innern, als auch die Völker der Umwelt nicht gewinnt, sondern abstößt.

Der Wahn, der Mensch sei gut, gleich und verständig, hat in den USA zu dieser Bürgerrechtsgesetzgebung geführt, deren Schöpfer meinten, mit der Freisetzung dieser drei menschlichen Eigenschaften sei das Problem gelöst.

Die Vorgänge von heute aber beweisen, daß das Problem nicht gelöst, sondern mit aller Härte neu gestellt ist.

Gerade nach der völligen rechtlichen Gleichstellung der Neger in den Vereinigten Staaten erweist sich, daß sie nicht nur gleich wenig „gut“ im bürgerlich-christlichen Sinn sind wie ihre weißen Mitbürger, sondern daß sie ein gutes Maß weniger „gut“ sind. Sie sind auch nicht gleich wenig verstandesbestimmt wie die Weißen, sondern beträchtlich stärker von Leidenschaften und Trieben bewegt als ihre weißhäutigen Mitbürger.

Die liberalen Gläubigen in Regierung und Öffentlichkeit der USA schieben diese Tatsache der schlechten Schulbildung zu. Leider erweist sich auch das als Irrglauben. Die letzten Intelligenzuntersuchungen der Neger in der US-Armee sind heute — nach Jahrzehnten der Besserung der Schulverhältnisse — nicht etwa stärker zugunsten der Neger ausgefallen als die Erhebungen während des Zweiten und des Ersten Weltkrieges, sondern sie zeigen eine noch stärkere Abweichung nach unten. Es gibt freilich nur sehr wenige Psychologen in den USA, die den Grund dafür offen auszusprechen wagen: daß nämlich, je höher die Gesamtbildung, desto größer auch die Unterschiede zwischen Höher- und Minderbegabten werden. Je höher die Hürde, desto niedriger die Zahl der guten Springer, die sie nehmen.

Die Negerkrawalle dieses Sommers haben teilweise bürgerkriegsähnlichen Charakter angenommen. Rassen- und Klassenhaß werden gleicherweise von den emsig durchs Land reisenden Agitatoren angeheizt. Die Rechtsgleichheit hat erst bewußt gemacht, daß damit sowenig gewonnen ist wie durch staatliche Selbständigkeit für die Einwohner schwarz-afrikanischer Staaten. Die materielle Ungleichheit ist geblieben, und sie wird bleiben, weil der Schwarze ein anderer Mensch ist als der Europäer. Er ist nicht so versessen auf materiellen Gewinn, daß er diesem Trieb seine private Ruhe und Bequemlichkeit opfert. Er hat diese europäische Welt der Technik, der Wissenschaft, der unermüdlichen Betriebsamkeit, des scharfen gnadenlosen Konkurrenzkampfes nicht geschaffen. Es ist nicht seine Welt, und er bleibt außerhalb, er rutscht nicht ab in ein paradiesisches Urwalddasein, sondern in die Slums der Städte.

Slum clearing und rehabilitation heißen die Vokabeln, mit denen man diesem Übel zu Leibe geht. Doch man vergißt, daß auch das sauberste Bürgerviertel in wenigen Jahren entartet, wenn man die Slum-Bewohner darin ansiedelt. Es gibt nun einmal — auch in unserer weißen Gesellschaft — Mitbürger, denen es bequemer ist, ihren Unrat aus dem Fenster zu kippen als die Mülltonne zu benutzen, die drei Treppen und zwanzig Meter weit weg ist, die ihre Kleidung lieber in Fetzen gehen lassen, als sie zu flicken, denen es gleichgültig ist, ob sie in einer Räuberhöhle hausen oder in einer mit täglicher Mühe manierlich gehaltenen Wohnung. US Senator Robert Byrd sagte jüngst im amerikanischen Senat: „Man kann die Leute aus des Slums nehmen, aber man kann die Slums nicht aus den Leuten nehmen."

In Südafrika leben 3 Millionen Weiße unter 12 Millionen Nichtwei-

ßen. Aber es ist Ruhe im Lande, weil die Farbigen den enormen Einsatz der Weißen für ihre gesonderte Entwicklung anerkennen und weil sie wissen, daß sie in ihren Heimstätten ihr eigenes Leben nach eigenen Wünschen und eigenem Stil ausbauen können.

Die 10 Prozent Negerbevölkerung in den USA aber schaffen heute schon Schwierigkeiten, die selbst mit dem Einsatz regulärer Truppen kaum zu bewältigen sind. Wie wird dieses Amerika in 80 Jahren aussehen, wenn dort 150 Millionen Neger leben werden?

Englands weiter Weg nach Europa

Zur britischen Außenpolitik (1967)

Das mehr als fünfstündige Zwiegespräch de Gaulle-Wilson ist ergebnislos geblieben. Die aufgeworfenen Fragen wurden nach französischen Verlautbarungen „offen und gründlich" erörtert. Britische Delegierte meinten nur, man habe „sehr sachlich und realistisch" verhandelt. Wilson selbst sagte im Unterhaus: „Präsident de Gaulle zeigte für Englands Eintritt in die EWG nicht mehr Begeisterung als zuvor." Daß England zu Europa gehört, geographisch, rassisch, sprachlich, kulturell oder historisch, daß es zu Europa gehört wie Spanien, Italien oder Skandinavien, das ist eine Binsenweisheit, die jedem Klippschüler auf der Erde geläufig ist. Nur auf der Insel selbst hat es sich noch nicht herumgesprochen. Das liegt nicht an mangelnder Intelligenz, nicht am Erkennenkönnen, sondern am Nicht-Erkennen-Wollen. Und das hat seinen Grund in der Tatsache, daß es den Bewohnern dieser kleinen bedeutungslosen Insel, noch nicht eines Zwanzigstels der Fläche Europas, dank ihrer Kühnheit, Härte, Bedenkenlosigkeit, dank ihrem hohen Selbstbewußtsein und ihrem bedingungslosen Nationalgefühl geglückt war, das größte Imperium in der Geschichte unseres Planeten zusammenzuraffen.

Wo immer ein Engländer in der Welt erschien, da trat er als Vertreter des britischen Empire auf, das über alle Weltmeere herrschte und über 34 Millionen Quadratkilometer Festland, 12 Millionen mehr als heute noch die spätkolonialistische Sowjetunion besetzt hält. (Das

Großdeutsche Reich umfaßte eine Million Quadratkilometer.) 46 Millionen Engländer beherrschten mehr als zehnmal soviel Nichtengländer und beeinflußten darüber hinaus noch sehr wesentlich die Geschicke von weiteren Hunderten von Millionen Menschen.

„Als ich ein Kind war", hat der Labour-Führer Bevan einmal gesagt, „schien die Weltkarte das Fleckfieber zu haben", denn mehr als ein Fünftel der Landfläche war britisch-hellrot eingefärbt.

Nach zwei Weltkriegen, nach zwei von England gegen Deutschland gewonnenen Weltkriegen, ist das Fleckfieber der Weltkarte bis auf einige winzige Pusteln geheilt worden. Wenn es immer noch mehr als eine Million Quadratkilometer umfaßt, so liegt das hauptsächlich an einem Antarktisgebiet mit 1,3 Millionen Quadratkilometern Fläche. Einwohnerzahl: keine Seele.

Es gibt noch ganze neun Millionen fremder Untertanen unter dem Union Jack, fast die Hälfte davon auf den 1000 Quadratkilometern von Hongkong.

Der Rest ist Südsee-Romantik: Salomonen, Fidschiinseln, Neue Hebriden oder Tristan da Cunha oder Domenica oder Farquhar oder Seychellen oder Pitcairn, das 1790 von 9 Bounty-Meuterern besiedelt wurde. Sie brachten sich einige Tahiti-Gespielinnen mit. Heute sind es 86 Menschen. Ihr Ortsvorsteher heißt John Christian. Sein Vorfahr war auch Chef, es war der Führer der Bounty-Meuterei, Fletcher Christian.

Mit dieser Romantik ist kein Staat mehr zu machen. Vielleicht gibt sie noch etwas für den Fremdenverkehr her, so wie die Träger großer Namen der britischen Geschichte heute ihre Schlösser der touristischen Neugier geöffnet haben, und Hinz und Kunz gegen ein reichliches Trinkgeld sich bei seiner Lordschaft zum Tee einladen können.

Es gibt noch einige andere traurige Empire-Reste, wie beispielsweise St. Helena, wo der gefangene Adler die ganze Fairneß des britischen Löwen auskosten mußte, oder den Affenfelsen von Gibraltar, der längst nicht mehr britisch wäre, wenn die Spanier eine dunkle Haut trügen. Oder das blutige und teure Relikt Aden, das eine Straße bewachen soll, die an einem Ende geschlossen ist und am anderen Ende nirgendwo mehr hinführt.

Noch teurer aber als alle diese verbliebenen Reste ist das Phantom, das London sich aus Teilen des Verlorenen zusamemngebastelt hat, das Commonwealth, das Zuschuß um Zuschuß fordert und das wie ein Klotz am Bein die freie politische Bewegung Kleinbritanniens behindert. Dieses Commonwealth hat Macmillan gezwungen, den wich-

tigsten und unverbrüchlichsten Teil des ehemaligen Weltreichs, Südafrika, mit Fußtritten von sich zu stoßen. Das Commonwealth zwingt heute Wilson zu dem verbrecherischen Versuch, eins der ganz wenigen ruhigen, stabilen und blühenden Länder Afrikas durch Sanktionen zu erdrosseln. Das Commonwealth hat Churchill wesentlich dazu gezwungen, sich der Rooseveltschen Vernichtungspolitik gegen Europa anzuschließen. Das Commonwealth war eine der wichtigsten Ursachen für die Spaltung Europas durch Londons Gegengründung der Kleinen Freihandelszone. Wäre dieser Popanz nicht mehr, so würde man sich in Labour- und konservativen Kreisen in der Frage der Atombewaffnung nicht zum Wortführer gegen Europa machen, denn dann müßte man endlich mit den Füßen auf dem Boden tasten und sich hier in Europa zurechtfinden.

Der Antrag Londons auf Zulassung zur EWG ist leider noch kein Beweis für eine Änderung der britischen Sinneshaltung. Das Prinzip der „balance of power" geistert immer noch in den insularen Gehirnen, das Prinzip, das besser „imbalance of power" heißen müßte, denn es ist ja darauf gerichtet, Kontinental-Europa nicht zu einem inneren Gleichgewicht und damit zur Ruhe kommen zu lassen, sondern es im Stande dauernder unausgetragener Rivalitäten zu erhalten und ihm dadurch jede Aktionsfähigkeit nach außen zu rauben.

Schon im Zweiten Weltkrieg verkannte England den tieferen Sinn der Auseinandersetzung zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetmacht. Nach dem überragenden Machtzuwachs für Moskau aber ist ein Ungleichgewichtsspiel im Rest-Europa schlimmer als ein Verbrechen, es ist eine schlichte Dummheit. Freilich gibt es heute nicht nur in England, sondern auch in den USA Politiker, die glauben, durch ein resteuropäisches Intrigenspiel ihren eigenen Nutzen fördern zu können.

Kleinbritannien spielt noch immer Weltmacht. Es nimmt seinen Fehlschlag im Suez-Feldzug von 1956 so wenig zur Kenntnis wie die blamablen Erfahrungen, die sein Außenminister bei seinen wiederholten unerbetenen Vermittlungsversuchen in Moskau hinnehmen mußte. England, so sagte Premierminister Wilson, dürfte sich in Europa nicht „einkralen" lassen. Es glaubt, politisch und militärisch dem Frieden in der ganzen Welt dienen zu müssen und zu können. „Dieses Interesse vor allem ist es, das seine (Englands) militärische Präsenz außerhalb Europas rechtfertigt", heißt es in dem Verteidigungsweißbuch der Labour-Regierung vom 22. Februar 1966.

Verteidigungsminister Healey sagte dazu im Unterhaus in einer Rede, die die Verblasenheit der Labour-Ideologie trefflich zum Ausdruck brachte: „Wenn wir eine militärische Rolle außerhalb Europas spielen, so geschieht das nicht, um egoistische nationale Wirtschaftsinteressen zu schützen oder einen weltweiten Kampf gegen den Kommunismus zu führen. Uns geht es ganz einfach um einen Beitrag zur Stabilität und zum Frieden." Noch offener wurde er bei späterer Gelegenheit: „Die wichtigste Schlußfolgerung, die wir gezogen haben, ist die, daß wir im militärischen Sinn eine Weltmacht zu bleiben beabsichtigen. Wir halten es nicht für richtig und in der Tat nicht einmal für möglich, daß Großbritannien im politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Sinn in Europa hineinschrumpft."

So schrumpft denn dieses Großbritannien auf eigene Faust vor sich hin. Aus der militärischen Malaysia-Malaise ist es nur durch den antikommunistischen Putsch in Djakarta herausgekommen. Wie es sich aus Aden herauswinden wird, ist noch unübersehbar. Auf wirtschaftlichem Gebiet sieht es noch schlimmer aus.

Irgendwann einmal wird Großbritannien so klein geworden sein, daß es in Europa als letzte Zuflucht hineinschrumpft. Wir können nur hoffen, daß es dann nicht für beide Teile zu spät ist.

Wie klein ist Großbritannien?

Zur britischen Chinapolitik (1967)

Zehntausend Rotgardisten sammelten sich vor der Botschaft Großbritanniens in Peking „zu einer mächtigen Demonstration gegen die wahnsinnige faschistische Verfolgung patriotischer Chinesen in Hongkong durch die britischen Imperialisten", wie die rotchinesische Presseagentur „Neues China" berichtete. Der Mob stürmte die Botschaft, schlug Männer und Frauen brutal zusammen und brannte das Gebäude bis auf die Außenmauern nieder.

Die britische Regierung ist bereit, diese schwerste Kränkung des diplomatischen Gastrechts ohne Abbruch der Beziehungen, ja ohne chinesische Entschuldigung hinzunehmen, weil sie die — fast nicht vorhandenen — Kontakte mit Peking zu brauchen glaubt, solange sie noch den Außenposten Hongkong besetzt hält. Sie ist also bereit, in Peking

zu dulden, um auch in Hongkong weitere Demütigungen hinzunehmen.

Die Kronkolonie fällt spätestens 1997 laut Vertrag an China zurück. Vielleicht wird bis dahin das große Devisengeschäft über Hongkong für Rotchina so lukrativ bleiben, daß man sich damit begnügen wird, durch tägliche Sabotageakte und Krawalle das Prestige Londons weiter zu ruinieren. Vielleicht bleibt das Geschäft über Hongkong auch für England weiterhin so nützlich, daß man bis 1997 dieses böse Spiel erträgt. Der Profit einiger Handelsfirmen wird am Lauf der Weltgeschichte wenig ändern.

Denn ein britisch-amerikanischer Vertrag vom 30. Dezember vergangenen Jahres sieht nicht mehr und nicht weniger vor als die Übernahme der britischen Stellung im Indischen Ozean durch die USA. Aus geheimen Besprechungen zwischen London und Washington ist inzwischen durchgesickert, daß die USA, die bereits einen Fuß in die britischen Basen Barein, Aldabra, Ile des Roches und den Farquhar- und Chagoinseln gesetzt haben, auch weitere Restteile des britischen Imperiums ganz oder teilweise übernehmen werden. Washington ist von dieser neuen Last nicht übermäßig begeistert. Der Indische Ozean ist fast so groß wie der Atlantik. Über ein Jahrhundert hat London hier regiert, oft, indem es nicht mehr tat, als seine Flagge zu zeigen.

Rückt aber Amerika nicht nach, so werden zwei andere Kräfte das entstehende Vakuum ausfüllen: die Sowjetunion und Maos China. Was das für Vietnam auf dem einen Flügel und die Ölgebiete im Nahen Osten bedeuten würde, liegt auf der Hand. Singapur wird von den Briten in fünf Jahren geräumt. In Aden ist ihr Abzug schon in einem Jahr fällig. Die Sowjets haben sich in Ägypten und im Jemen feste Positionen geschaffen, sie haben auch in Somaliland die militärische Betreuung übernommen.

Für die USA besteht noch eine weitere Notwendigkeit, sich in diesem Gebiet zu installieren. Amerikanische Raumfahrt- und Raketenexperten warnen vor einer empfindlichen Lücke, die im Indischen Ozean für ihre Kontrollsysteme besteht, eine Lücke, die um so gefährlicher werden würde, als die Entwicklung der chinesischen Fernraketen fortschreite. Die Verteidigung Indiens sei fragwürdig geworden, vor allem seit der CENTO-Pakt durch Pakistan praktisch verlassen wurde.

England hat vergeblich versucht, den Ausverkauf seiner Habe östlich von Suez durch Heranziehung Australiens wenigstens aufzuschieben. Aber die Australier haben wenig Neigung dazu verraten. Südafrika, der andere Eckpfeiler am Indischen Ozean, wurde mit Rücksicht auf

Typen wie Kwame Nkrumah, den gestürzten „Erlöser"-Diktator von Ghana, aus dem Commonwealth herausgetrieben.

Zwei Weltkriege gegen Europa haben das größte Reich der Erdgeschichte degradiert zu einer Insel am Rande des geteilten Kontinents. Die Inselbewohner aber spielen Weltreich wie einst. Sie sahen ihre europäischen Chancen und Notwendigkeiten nicht und störten auch noch den Versuch Resteuropas, sich zunächst wirtschaftlich zu einen, durch ihre von vornherein aussichtslose Gegengründung der Kleinen Freihandelszone.

Man hat auch in Bonn schon gemerkt, daß das britische Empire in Liquidation eine geringe Konkursmasse und sehr hohe Schulden ins EWG-Geschäft einbringen würde, und man ist dankbar, daß de Gaulle nein sagt und man sich selbst hinter diesem Nein verstecken kann. Für die Bundesrepublik springt aus einem englischen EWG-Beitritt nur Schaden heraus, wirtschaftlicher wie politischer.

Inzwischen aber geht der Ausverkauf weiter. Nachdem die Ländereien verlorengingen, kommen jetzt Haus und Mobilar unter den Hammer. Die Isle of Man ist gegen England aufgestanden. „London behandelt uns, wie es die amerikanischen Kolonien behandelt hat, kurz bevor es sie verlor", sagte der Abgeordnete MacDonald und drohte die UNO anzurufen.

Durch das Aufbegehren der 50 000 Man-Insulaner wurden auch die 2,5 Millionen Einwohner von Wales aufgestachelt, eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament zu fordern. Eine „Armee des freien Wales" hat sich gebildet, die Dynamit für wirksamer hält als politische Proteste, um dem alternden englischen Löwen ein Stück seines Felles abzutrotzen.

China hat Europa überholt

Zündung einer Wasserstoffbombe und Atomwaffensperrvertrag (1967)

Als wir an dieser Stelle Pekings Fähigkeit zum Bau von Atombomben behaupteten — ein Jahr vor der Zündung der ersten Versuchsexplosion —, trafen wir auf Ungläubigkeit und auf überlegenes Lächeln. Wir hatten damals sechs prominente chinesische Atomwissenschaftler namentlich genannt, die in Frankreich, Amerika und in der Sowjet-

union im nuklearen Forschungsbereich „gelernt" hatten. Wir können heute diese Liste auf zwölf Namen erweitern und damit einen anschaulichen Kommentar geben, wie sinnlos der amerikanische Wunsch ist, ein Verbreitungsverbot für Atomwaffen zu erreichen. Washington hat zuerst England, dann Frankreich durch Verweigerung jeder Hilfe beim Aufbau einer eigenen Atombewaffnung brüskiert, zugleich aber in seinen Forschungsstätten chinesische Wissenschaftler ausgebildet und ins Reich der Mitte zurückkehren lassen.

Inzwischen haben Maos Forscher ihre französischen Kollegen überrundet und eine Wasserstoffbombe — nach japanischen Feststellungen in der Stratosphäre — gezündet. Am Horizont des Gesprächs Johnson—Kossygin steht drohend der Schatten eines großen Dritten, der sein Mitspracherecht in der Weltpolitik anmeldet.

Die oberflächlichen Erklärungen von US-State Department und Pentagon, die Kräftelage in der Welt habe sich nicht geändert, klangen schon nach der ersten und zweiten chinesischen Versuchsexplosion so, als wollten uns McNamara und Rusk den Unterschied zwischen Staatsmännern und Politikern klarmachen: Staatsmänner denken an die kommende Generation, Politiker an das kommende Wahljahr. Auf dem gleichen Niveau steht die heutige Beruhigung, die McNamara sich selbst gab, es sei unwahrscheinlich, daß China vor Mitte der siebziger Jahre genug einsatzbereite Interkontinental-Raketen zur Verfügung haben werde.

Der amerikanische Verteidigungsminister hat dabei vergessen, daß sein eigenes Ministerium schon vor genau einem Jahr die Existenz von drei chinesischen Atomraketen-U-Booten mit der Fähigkeit zu Unterwasserabschuß bekanntgegeben hat. Und es beunruhigt ihn nicht, daß Südkorea, Japan, Hongkong, Macao, Nationalchina, Indonesien und schließlich Indochina für Pekings Atombomben auch ohne Interkontinental-Raketen erreichbar sind.

Die Atomwaffe in chinesischer Hand ist etwas anderes als die in England, Frankreich, den USA oder der Sowjetunion. China leidet an einer Übervölkerung, die sich auf einen menschlichen Trieb gründet, der auch durch härteste Polizeimaßnahmen nicht zu unterdrücken ist. China hat etwa dreimal soviel Menschen wie die Sowjetunion auf einem Drittel deren Fläche. Chinas Menschen haben zu Leben und Tod eine völlig andere Einstellung als die Abendländer nach zweitausend Jahren christlicher Erziehung. China hat schließlich — im Gegensatz zum Westen — seine Bevölkerung vor jeder Art von Atomfurcht sorgfältig abgeschirmt. Dadurch wird im Ernstfall seine Drohung mit Schlag oder Gegenschlag

sehr viel glaubhafter sein. Und wenn es einmal tatsächlich zu einem großen Atomkrieg kommen sollte, so würde die letzte Entscheidung in der Hand der Nation liegen, deren überlebende Hälfte sich ungebrochen aus den Trümmern herausarbeitet, unter denen die andere Hälfte begraben liegt.

Was tun? Sollen wir dem Rat unseres Demokratielehrers Jaspers und dem Beispiel unseres hochgepriesenen Idols Israel folgen und für einen präventiven Völkermord an China plädieren? Gilt Rat und Beispiel auch noch, wenn Indien, Japan, Pakistan, Argentinien, Schweden oder Israel die Bombe bauen? Aus dieser häßlichen Frage ergibt sich, daß es nicht angeht, irgendeine wissenschaftlich-technische Entwicklung irgendwo auf der Erde abzuwürgen.

Es ist auch höchst unwahrscheinlich, daß Johnson und Kossygin sich gerade jetzt auf ein gemeinsames Vorgehen gegen China einigen könnten. Es ist ebenso unwahrscheinlich, daß Johnsons und Kossygins Herzenswunsch sich erfüllen könnte, sich im Alleingang gegen China zu wenden. Washington wird nichts anderes übrig bleiben, als den Riemen seiner großen Gesellschaft enger zu ziehen, um die Mittel für die Antiraketenwaffe frei zu machen, an deren Aufbau die Sowjets schon lange arbeiten.

Aber wir Deutsche? Sollten wir nicht dem großen Mao die Hand reichen, um die Sowjets in die Zange zu nehmen und ihnen die Wiedervereinigung abzutrotzen? Aber die zwei Zangenbacken müßten gleichstark sein, sonst bricht die eine weg. Die Bundesrepublik ist gegenüber China als Wirtschaftsfaktor ein Gigant, aber sie hat sich mitsamt der ganzen EWG machtpolitisch von China barfuß überholen lassen. Wobei die Menschenmassen Chinas ebensowenig bedeuten wie die Produktionsleistung der europäischen Wirtschaft. Erst wenn hier in Resteuropa eine konventionelle Streitmacht steht, die der sowjetischen Paroli bieten kann, erst wenn hier in Resteuropa eine Atommacht steht, die wenigstens den 800 auf Resteuropa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen Antwort geben könnte, erst dann sind wir ein Faktor, der den Sowjets den weltrevolutionären Elan in Ost und West abkaufen und sie zum Einlenken zwingen könnte.

„Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre", das ist ein Spruch, mit dem man keinen Umerzogenen mehr hinterm Ofen hervorlocken kann. Aber gar nichts wert ist eine Nation, die nicht überlebt. Ob barfuß oder in Lackschuhen, danach wird hinterher niemand fragen.

Maos Revolution von oben

Ein Jahr Kulturrevolution. Umwege zur Atommacht
(1967)

Chinas „große Kulturrevolution" ist heute ein rundes Jahr alt. Nicht daß sie vor einem Jahr geschah. Sie tobt vielmehr schon ein Jahr lang in unverminderter Stärke und hat, so scheint es, noch keines ihrer Ziele erreicht, so daß mit einem langen, weiteren Wühlen dieser Revolution gerechnet werden muß. Es ist eine sonderbare „Revolution", denn sie will nicht nur umwälzen, sondern bewahren. Sie ist eine sonderbare „Revolution" auch deswegen, weil sie ein von oben in Gang gesetzter und von oben gesteuerter Vorgang ist. Seit einem Jahr rätselt man in der Welt an der Frage herum, was wirklich in China geschieht, doch die Antworten sind problematischer als die Fragen selbst. Das Warum der Kulturrevolution ist ebenso unklar wie der Verlauf der Fronten zwischen den Gegnern. Zwischen welchen Gegnern? Auch diese Frage ist nur schwer zu beantworten.

Nicht nur der Bambusvorhang erweist sich als fast undurchdringlich, weit dichter als der Eiserne, auch Volkscharakter, Denkweise, Sprachart und die Sprache selbst scheinen Hindernisse des Verstehens zu bilden, die schwer zu überwinden sind. So triumphieren Vermutung, willkürliche feindliche (oder freundliche) Behauptung und das Gerücht mit seiner grotesken Wachstums- und Wandlungskraft.

Es sind vier Quellen, die uns über China berichten. Am stärksten sprudelt die Quelle Sowjetunion, deren Agenturen TASS und Nowosti im Verein mit den Nachrichtenzentralen der Satellitenstaaten den ideologischen Feind und Konkurrenten in der Führung der Weltrevolution, Mao Tse-tung, als Verräter an der gemeinsamen Sache brandmarken. Sie berichten gezielt und mit verständlicher eindeutiger Tendenz, die durch Wiederholung oder Aufbauschung von tatsächlichem Geschehen und durch Wiederholung ihres eigenen Echos in der westlichen Publizistik den Anschein der Wahrheit erzielt.

An zweiter Stelle steht Hongkong, dieser Umschlagplatz für Waren und Nachrichten, wobei freilich der Unterschied zwischen Ware und Nachricht oft nicht sehr groß ist. Nachrichten werden also in Hongkong gekauft und verkauft. Sie haben einen guten Preis, da der Hunger nach ihnen überall groß ist, und für einen guten Preis wird oft „geschönte" Ware geliefert. Ohrenzeugen werden zu Augenzeugen. Ge-

rüchte werden als eigene Beobachtung geschildert. Groteske Verwechslungen unterlaufen, Namen werden vertauscht und Zahlen nach Wunsch geliefert. Nachprüfungen sind nicht möglich, denn die Einreise von Journalisten ist fast ganz gestoppt. Gruppenreisen, die bis vor einem Jahr möglich waren, gibt es nicht mehr.

Die dritte Quelle ist Japan, von wo wir im wesentlichen nur „Bearbeitungen" der Quellen eins und zwei erhalten neben Übersetzungen von chinesischem Propagandamaterial, was uns zur vierten Quelle führt, den Verlautbarungen aus China selbst.

Hier müßten wir nun der Wahrheit selbst gegenüberstehen. Was wir aus Pekings Rundfunk, aus seinen Zeitungen und Agenturblättern übernehmen, sollte doch verläßlich sein. Aber auch hier werden wir enttäuscht. Da es in Rotchina keine freie Presse gibt, hat alle chinesische Publizistik allein Propagandaaufgabe und Propagandawert.

Es ist ähnlich wie mit der Samokritika, der Selbstkritik in der sowjetischen Presse. Man kann vielleicht aus ihr schließen, daß durch die Selbstkritik eines sowjetischen Werkleiters ein tatsächlicher Mißstand aufgedeckt wurde. Die Selbstkritik kann aber auch ausschließlich der Anpeitschung zu höheren oder besseren Leistungen dienen auf einem Gebiet, auf dem der Staat sie braucht.

Wenn also in Wandzeitungen oder Flugblättern, in Presse oder Rundfunk die roten Garden der „Kulturrevolution" mit wildem Kampfgeist die Ausrottung der letzten finsteren Verschwörercliquen in der Stadtverwaltung von Kanton oder in der Nankinger Industrie fordern oder wenn sie seit Monaten immer wieder den Sturz des Staatspräsidenten Liu Schao-tschi androhen, so sollten wir das nicht zum baren Wortwert hinnehmen, sondern müssen versuchen, die eigentliche Absicht hinter den Worten zu ergründen.

Wenn wir uns an den chinesischen Anschein hielten, ganz abgesehen von den Meldungen aus den ersten drei Quellen, dann wären in der Revolution der fanatisierten Millionenmassen schon Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Chinesen erschlagen worden; dann hätte auch ein so hochkompliziertes wirtschaftlich-technisches System, wie es zu Atomforschung und Atombombenbau gehört, in China nicht erfolgreich sein können.

Wir dürften also mit unserer Beurteilung der Kulturrevolution, die wir schon bald nach ihrem Geburtstag am 18. August 1966 veröffentlichten, im großen und ganzen recht behalten haben. Es ist eine gesteuerte Bewegung, mit der Mao die Reinheit der Revolution gegenüber

allen kapitalistischen und revisionistischen Abweichungen zu sichern sucht. Und es sind die Mitarbeiter des Parteichefs, die für die Zeit nach Mao ihre Position vorbereiten und festigen wollen.

Mao Tse-tung sieht, wie die Sowjets schon unter Lenin Kompromisse mit der Umwelt, Kompromisse auch mit der Natur des Menschen eingingen, weil sie erkannten, daß die Lehre von Karl Marx auf einer Utopie vom Menschen gegründet war. Lenin stand nach einigen Jahren „reiner" Revolution vor einem Trümmerhaufen. Er schaltete radikal um und griff mit der NEP, der neuen ökonomischen Politik, auf die alten, durch die Revolution nicht geänderten Triebkräfte der Menschen zurück. Nicht erst Chruschtschow, auch nicht erst Stalin, sondern Lenin resignierte vor der Tatsache der Nation, die nach dem Sieg der Revolution nicht verschwand, so wie der Staat nicht abstarb, nachdem die herrschende Klasse abgeschlachtet oder entmachtet worden war, die herrschende Klasse, die der Lehre von Marx entsprechend doch der einzige Existenzgrund für den Staat als Instrument der Klassenherrschaft war.

Auch der Trieb zum Eigentum (Diebstahl) löste sich nicht in den Seelen auf, die vom Zwang der bourgeoisen Knechtschaft erlöst wurden. Die Bolschewiki schlossen ihren Frieden mit ihm und bauten ein Lohnsystem auf, das selbst die Differenzierungen im Lohnsystem des Hochkapitalismus in den Schatten stellt. Die Unterschiede zwischen dem Lohn des Landarbeiters und dem Gehalt des Spitzenmanagers, zwischen der Löhnung des Soldaten und dem freien Scheckbuch des Sowjetmarschalls sind gewaltig. Gewaltig auch der überquellende Glanz der Marschallsuniform im Vergleich zum schlichten Rock des Schützen A.

Mao Tse-tung aber hat erklärt, daß es keinen anderen Antrieb für den Kommunisten geben darf als den der Revolution. Nicht Rang, Uniform oder Gehalt dürfen den echten chinesischen Kommunisten zur äußersten Leistung anreizen, sondern allein der gläubige Wille zum Aufbau der kommunistischen Endstation einer glücklichen Menschheit, in der alle gleich sind, innen und außen. Der weise Mao hat uns gesagt, daß diese Menschen so gleich sein werden, daß man jeden Bauern mit jedem Gelehrten und jeden Gelehrten mit jedem Bauern austauschen könnte.

Es gibt zwar auf der ganzen Erde keine Spur von Begründung für diesen durch Mao zum Gipfel geführten Gleichheitsglauben unserer Zeit. Es gibt kein Buchenblatt und keinen Kristall, die einem anderen gleichen, keinen Hund und keine Katze. Das hindert aber nicht, daß

vernunftbegabte Wesen den Gleichheitsglauben zu einem Dogma machen, starrer als jeder Glaubenssatz der großen und kleinen Religionen.

Der Versuch, Utopien in die Wirklichkeit umzusetzen, hat bisher zu Katastrophen geführt oder, wenn sie rechtzeitig als solche erfaßt wurden, zum Umschlagen in ihren Gegensatz. Der totale Superstaat der Sowjets ist das Ergebnis einer Utopie vom totalen Absterben des Staates. Was in China geschehen wird, wissen wir nicht, doch man kann vermuten, daß die Nachfolger Maos wie ihre sowjetischen Vorgänger die notwendigen Kompromisse mit der Wirklichkeit schließen werden, wenn sie ihren Staat nicht ins Chaos stürzen lassen wollen.

Einstweilen hat Mao das Heft in der Hand. Es gab zwar einige dem Rang eines 700-Millionen-Volkes ensprechende Kristallsonntage mit Schäden für Leib und Gut. Nicht ohne Grund wurde die Armee in die Kulturrevolution mit einbegriffen, um ein weiteres Ausufern zu verhindern. Warum aber Mao seinen Willen nicht revolutionär oder durch Beschluß des Volkskongresses durchsetzt, wie zum Beispiel den Rücktritt des Staatspräsidenten, diese Frage beantworten Chinesen mit der lächelnden Erklärung, es gehe nicht um Liu Schao-tschi, sondern um die Einheit und Gleichheit der chinesischen Menschen, die durch die Kulturrevolution zu einer vollkommenen Einheit und Gleichheit erzogen werden müßten.

Und ebenso lächelnd wurde von Chinesen die Theorie zurückgewiesen, Mao hätte die Wirren in China künstlich geschaffen, um für die Dauer des Aufbaus seiner Atom- und Raketenwaffen dem Ausland das Bild eines handlungsunfähigen, vom Bürgerkrieg gelähmten Landes vorzuspielen. Das gesamte Ausland sei für die Menschen im Reich der Mitte weniger wichtig als das Summen einer Fliege, die den Geist des großen Mao stört.

Johnsons großer Krieg beginnt

Eskalation in Vietnam und Korea. Rückwirkungen auf Europa (1967)

In vierzehn Monaten gibt es Wahlen in den USA. Sie sind zu einem Albdruck für Johnson und seine Partei geworden. Der Präsident steckt in einem Dilemma, das er mit den bisherigen Methoden trotz unerhörten Aufwands durch einen schnellen Sieg nicht lösen konnte, für das er aber auch keine friedliche Lösung finden kann, ohne den Makel eines Rückzugs, eines Versagens auf sich zu nehmen. Im Gegensatz zu U Thant und den „Tauben" in seiner Partei glaubt Johnson nicht mehr daran, durch Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam Friedensverhandlungen mit Hanoi und damit die Ablösung des Krieges zu erreichen, ohne sein Prestige allzu stark zu ramponieren.

Nach seiner letzten Rede und nach weiteren verläßlichen Informationen aus Washington scheint Johnson entschlossen zu sein, ohne Rücksicht auf die Warnungen vieler seiner Berater den Krieg in Vietnam erheblich zu erweitern. Die USA würden, so heißt es, „alle notwendigen Maßnahmen" treffen, um den Nachschub aus China zu drosseln. Dieser Entschluß scheint auf die Erfahrungen mit der Bombardierung von Haiphong und anderen Häfen im Delta des Roten Flusses zurückzugehen, die nach Ansicht der militärischen Experten die Versorgung Nordvietnams mit sowjetischem Kriegsmaterial um das Vierfache des bisherigen Zeitaufwands verzögert haben.

Um Peking vor einem aktiven Eingreifen in den Indochinakrieg abzuschrecken, sollen gleichzeitig die Ausrüstung der Streitkräfte Südkoreas beträchtlich erhöht und größere Waffendepots dort angelegt werden, eine Entscheidung, die auch durch die zahlreichen Grenzverletzungen durch nordkoreanische Truppen begründet ist. Die bereits im Bau befindliche Befestigungslinie am 38. Breitengrad wird über den größten Teil der 234 Kilometer langen Waffenstillstandslinie verlängert werden. Ein umfassendes Radarnetz ist geplant, ebenso wie der Ausbau der südkoreanischen Marine, die Landungsversuche an der weit gebuchteten Küste abzuwehren hat.

Auch die Proklamierung des — zunächst — einseitig gegen China gerichteten Aufbaus einer Raketenabwehr muß in diesem Zusammenhang gesehen werden.

Die amerikanische Industrie wird die anrollenden Anforderungen leicht verkraften können. Anders steht es mit der Währung. Aber kurzfristig — bis zu den Wahlen des nächsten Jahres — gesehen, dürfte Johnson eine inflationäre Bewegung des Lohn-Preis-Gefüges nach oben ebenso begrüßen wie das zu erwartende weitere Absinken der Arbeitslosigkeit. Bis heute schon hat der Vietnamkrieg zur Schaffung von drei Millionen neuer Arbeitsplätze geführt. Zwanzig Prozent aller Ingenieure, 22 Prozent der Techniker in der Elektro- und elektronischen Industrie und nahezu 25 Prozent der wissenschaftlich arbeitenden Techniker und Ingenieure wurden von der Rüstungsindustrie in Anspruch genommen. Diese Prozentsätze werden sich rasch erhöhen und der amerikanischen Wirtschaft den Charakter einer Kriegswirtschaft geben.

Dieser ernorme Aufwand konnte bisher und wird auch in Zukunft das Kriegsglück in Vietnam nicht wenden, solange Johnson bei seinem negativen Rezept „Krieg ohne Sieg“ verharrt. Es wird sich zeigen, ob Washington sein Ziel grundsätzlich umstellen will, d. h. Eskalation des Krieges gegen Nordvietnam mit Einschluß des Risikos eines großen amerikanisch-chinesischen Konflikts oder gar des Willens zu diesem Konflikt. Man wird die Haltung gegenüber Formosa genau beobachten müssen, denn dort steht nicht nur die bestgerüstete Armee Ostasiens, sondern dort liegt auch der einzige Schlüssel zu einer politischen Lösung für China, wenn es diese überhaupt gibt.

Was aber immer auch in Ostasien geschehen mag, für uns Deutsche wird es die härtesten Prüfungen bringen. Die USA werden geneigt sein, ein sowjetisches Stillhalten teuer zu bezahlen. Aber selbst wenn sie das nicht wollten, könnten die Sowjets die Bindung der USA auf der anderen Welthälfte zu Schritten benutzen, die uns direkt betreffen. Das Berlinultimatum Chruschtschows ist von seinen Nachfolgern nie zurückgenommen worden. Er wurde nicht gestürzt, weil er es gestellt hatte, sondern weil er erfolglos blieb. Die Leitsätze des Kreml zum 50. Jahrestag des bolschewistischen Umsturzes lassen auch nicht den Keim einer Hoffnung, daß die weltrevolutionären Ideen zum alten Eisen geworfen seien. Sie sind ganz auf Angriff, ganz auf Sieg gestellt.

Das Schweigen Zarapkins auf das 14-Punkte-Programm Frahm-Brandts, die blamablen Erfahrungen von Majonicas Reise vor die verschlossenen Tore des Kreml und die brutale Reaktion Pankows auf den letzten Kiesinger-Brief sind die Wegweiser für Moskaus Kurs. Unsere Kapitulanten raten uns, brav und artig und schnell alles hinzugeben, was uns morgen genommen werden könnte. Sie sollten langsam erken-

nen, daß ihre Angebote nur die Begehrlichkeit der anderen Seite reizen. Sie haben wesentlich zu der Verhärtung in Moskau und Pankow beigetragen. Auch ein Briefwechsel von Regierungschef zu Regierungschef — Kiesinger mag im Inhalt noch so fest sein — ist eine De-facto-Anerkennung, bedeutet Verhärtung drüben und Aufweichung hüben.

Staatschef Schütz?

Berlin als dritter deutscher Staat. Marx über russische Expansion (1967)

Der Sozialistische Studentenbund rüstet sich, vom außerparlamentarischen Protest zur antiparlamentarischen Aktion überzugehen. An der Ruhr marschieren die Kumpel unter roten Fahnen und singen die Internationale. Auf der Frankfurter Buchmesse wird ein Kommunist preisgekrönt, dieweil das Ulbricht-Regime ungestraft seine Hetze gegen den westdeutschen Bundespräsidenten treiben darf. Ulbricht selbst nahm inzwischen das Wort, um die „Nationale Volksarmee" aufzufordern, sich bei ihrer Ausbildung verstärkt auf innerdeutsche Konfliktsituationen vorzubereiten. Die Briefe des Bundeskanzlers Kiesinger an Stoph werden von Ostberlin mit höhnischen Beschimpfungen zurückgewiesen.

Der neue Regierende Bürgermeister von Westberlin, Schütz, aber wandelt weiter auf den Rosenpfaden der Entspannung, als wäre nichts geschehen. Er erfüllt nicht nur sein Soll, er überfüllt es. Sein Brief an den Ostberliner Mauerkollegen könnte noch unter technische Kontakte gerechnet werden. Sein Brief an den stellvertretenden Zonenministerpräsidenten Alexander Abusch aber geht weit über dieses Maß hinaus. Denn damit wird Berlin in die Rolle eines dritten deutschen Staatswesens laviert, das selbständig mit dem anderen „deutschen Staat" verhandelt.

Dieser Brief ist ein Beitrag zur De-facto-Anerkennung des Zonenregimes, ist ein Beitrag zum Salami-Selbstmord des Westens.

Chruschtschow nannte auf dem Wiener Gipfel Berlin „einen Knödel, der aus der sowjetischen Kehle entfernt werden muß". Chruschtschow nannte in Ostberlin die Mauer eines der schönsten Bauwerke. Frahm-Brandt bedauert heute, daß er mit diesem Chruschtschow damals nicht

konferieren konnte, weil die CDU ihn daran hinderte. Worüber hätte er damals mit dem Mann verhandeln wollen, der aus Westberlin eine freie Stadt nach dem Danziger Muster machen wollte? Und worüber will ein Schütz heute mit den Zonengewalthabern verhandeln, die nicht nur von den drei Staaten, sondern schon von den drei verschiedenen Völkern sprechen, die jeweils ihr eigenes Selbstbestimmungsrecht verwirklichen sollten?

Der Vergleich Berlins mit Danzig ist ein Hohn, schon weil Danzig Ursache und Anlaß zum Zweiten Weltkrieg geworden ist. Er ist ein Hohn, weil die Lage beider Städte nicht verglichen werden kann. Danzig faßte 407 000 Menschen auf 1966 Quadratkilometern, zu denen die fruchtbare Marienburger Niederung gehörte. Danzig liegt am Meer, hatte einen Hafen von internationaler Bedeutung. Danzig hatte eine 120 Kilometer lange Grenze mit dem deutschen Ostpreußen.

Westberlins 2,5 Millionen Einwohner aber sind ohne „Lebensraum" zusammengepfercht. Sie sind rings umschlossen und abgeriegelt von einer feindlichen Besatzungsmacht, die jeden Tag mit der Freiheit der Westberliner nach ihrem Belieben spielen kann. Es gibt nur eins, was sie daran hindert: die Kriegsdrohung der Westmächte. Wenn die nicht mehr gilt, dann ist die Freiheit Westberlins keinen Pfifferling mehr wert.

Die gelernten Marxisten, zu denen auch SPD-Schütz gehören sollte, können bei Marx selber lernen, wie man der östlichen Machtentfaltung allein begegnen kann. Denn Marx lieferte zu dem Gift auch das Gegengift. In der „New York Daily Tribune" vom 12. April 1853 warnte er vor der „unheimlichen Expansion" Rußlands, das nicht nur nach Konstantinopel dränge, um das Schwarze Meer zu schließen, sondern auch an der Ostsee das gleiche Ziel anstrebe, so lange, bis „die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis Triest geht".

Marx und Engels forderten damals die Westmächte auf, sowohl die Meerengen der Ostsee wie des Schwarzen Meeres zu schließen: „Ohne Petersburg und Odessa aber ist Rußland ein Riese mit abgehauenen Händen", hieß es im Februar 1850 in Marxens „Neuer Rheinischen Zeitung". Und am 9. Juni 1854 zog Marx die Folgerungen für Deutschland, indem er schrieb, angesichts eines Rußlands ohne Haupt und Glieder hätten Österreich und Preußen die Möglichkeit, sich von der russischen Vasalität zu befreien.

Diese Betrachtungen des Lehrmeisters der Bolschewiki gewinnen heute unheimliche Bedeutung. Die Sowjets stehen 50 Kilometer vor Hamburg,

150 Kilometer vor den Dardanellen. Nicht von Danzig oder Stettin, sondern von Lübeck läuft die Ost-West-Grenze herunter nach Triest. Preußen ist zerschlagen, Österreich ein neutralisierter Kleinstaat, Mitteldeutschland ein Vasall Moskaus.

Berlin aber lieferten die westlichen Friedensmacher schon bei ihren Londoner Beratungen im September 1944 in seine heillose Lage von heute aus. Wohin der Osten drängt, wissen wir. Jeder kleine Schritt des Entgegenkommens ist ein Schritt vorwärts für den Osten. Er scheut die Kriegsgefahr, aber er heizt täglich mehr den inneren Notstand an, gegen den die Bundesrepublik sich nicht zur Wehr setzen will, um der Freiheit willen.

Um der Freiheit Westberlins willen aber sollte der neue Regierende den Knödel, den die Sowjets schlucken wollen, nicht glatt und bequem, sondern so sperrig und unverdaulich wie möglich machen. Es sei denn, ihn reizte der Rang eines dritten deutschen Staatsoberhauptes.

Übergewicht des Schreckens

Russische Weltraumsatelliten mit Wasserstoffbomben
Abrüstung der USA (1967)

Während Präsident Johnson und Sowjetbotschafter Dobrynin den Vertrag über den Verzicht auf die Stationierung von Waffen im Weltraum unterzeichneten, beförderten die Militärs der Sowjetunion dieses Papier wie auch die Entwürfe über den Atomsperrvertrag dorthin, wo sie hingehören, nämlich in den Papierkorb. Mit der Entwicklung von Satelliten zur Anlieferung übergroßer Wasserstoffbomben zeigten sie, daß sie auf Sieg setzen in einem Krieg, dessen Verhinderung ihre Verhandlungspartner, die Amerikaner, anstreben.

Die USA haben schon einmal in der jüngsten Geschichte auf das Wohlverhalten der Sowjets gebaut und ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl im Fernen Osten wie in Europa freie Hand gelassen. Mao Tse-tungs Herrschaft über ganz Festlandchina und die Ausdehnung der kommunistischen Herrschaft über zehn Völker in Ost-Mittel-Europa war das Ergebnis. Eisenhower und Dulles setzten sich zur Wehr, aber seit die Roosevelt-Partei mit Kennedy und Johnson ans Ruder kam,

blüht wieder die Hoffnung auf eine Teilung der Welt zwischen den USA und der Sowjetunion.

Insbesondere der Automobilmanager McNamara ist von dem Glauben besessen, sich mit den Männern im Kreml arrangieren zu können. Um dieser Utopie willen hat er es zugelassen, daß die zu Anfang überragende Bomberkapazität der US-Luftwaffe veraltete und heute der sowjetischen klar unterlegen ist. Er hat den Abbau sämtlicher europäischer Mittelstreckenraketen-Basen zugelassen. Er tröstete seine Landsleute über die Ausrüstung Kubas mit Sowjetbombern hinweg. Er beschwichtigte sie wegen der Antiraketenwaffe der Sowjets, und als die USA selbst an den Aufbau dieses teuren Abwehrsystems herangehen mußten, erzählte McNamara, das sei nur gegen die Chinesen gedacht. Und als jetzt die Bolschewiki ihre Kosmossatelliten als Angriffswaffe ausbauten, machte er eine seiner dümmsten Erfindungen, indem er sie FOBS taufte, also Fractional Orbital Bombardment System, was Teil-Umlauf-Bombardierungs-System heißt. Teil-Umlauf deswegen, weil doch die Sowjets den Weltraumvertrag mit ihm geschlossen haben, wonach sie keine bewaffneten Satelliten auf eine Umlaufbahn um die Erde bringen dürfen. Wenn so ein Kosmossatellit also einmal um die Erde gerollt ist und erst bei der zweiten Umkreisung seine Last abwerfen könnte, dann ist er verboten, läuft er aber nur einen Teil der Kreisbahn um die Erde, dann ist er erlaubt.

Wie solch eine Vokabel beruhigt! Und wie vergnügt wohl die 50-Jahr-Feierrunde in Moskau über die Erfindung der FOBS sich die Hände reibt!

Aber McNamara weiß mehr: Die FOBS seien nicht gefährlich, denn sie seien nicht zielgenau, so beruhigte er die aufgeregten Kongreßmitglieder und Senatoren. Wie viele Kosmossatelliten aber schon heute mit Bombenlasten über Amerikas Himmel schweben, weiß keiner. Man weiß aber, daß diese Himmelskörper 30 Megatonnen an nuklearer Zerstörungskraft tragen sollen. Das ist 30mal soviel, wie eine Fernrakete der USA befördert, und das wiederum reicht aus, um die hundertfache Zerstörung der Hiroshimabombe auszulösen. Dreißig Megatonnen, in der Luft gezündet, genügen, um eine ganze Provinz zu vernichten. Da kommt es nicht mehr darauf an, ob sie über Washington oder Baltimore oder Annapolis fallen.

Doch McNamara ist „unbesorgt". Die neue Waffe kommt zwar nicht über den Nordpol wie Fernraketen, sie kommt vom Südpol her und vermeidet also den gesamten Radarwall der USA, der von Kanada

und Grönland bis zum nördlichen Atlantik reicht. Sie trifft den weichen Unterleib des Halbkontinents, so wie es die Kubaraketen des freundlichen Chruschtschow schon tun sollten. Sie reduziert die Warnzeit von 15 Minuten auf ganze drei, wenn man überhaupt weiß, daß so ein Kosmossatellit eine Bombe mit sich führt und sie über den USA fallen lassen wird. Drei Minuten im äußersten Glücksfall, drei Minuten, um über Leben und Tod der USA eine Entscheidung zu fällen.

Doch McNamara bleibt „not concerned". In Genf verhandelt Mr. Foster weiter mit dem Kollegen Roschtschin über den Sperrvertrag, mit dem die Amerikaner ihren europäischen Verbündeten verbieten wollen, eine eigene Abwehr gegen die ca. 750 sowjetischen Mittelstreckenraketen aufzubauen, die feuerbereit auf europäische Ziele gerichtet sind. Hier paart sich Dummheit mit Bosheit. Daß die westeuropäischen Regierungen mit diesem Wechselbalg höflich über den Sperrvertrag konferieren, anstatt strikt und klar nein zu sagen, ist das Kennzeichen für eine Politik, die von Freiheit spricht, wo sie Unterwerfung sucht.

Dieses Nein wird nicht nur von der Selbstachtung gefordert, sondern auch von der Bündnispflicht gegenüber einem Verbündeten, dem offenbar die Kenntnis der Grundgesetze unseres Lebens abhanden gekommen ist. Es gibt kein Gleichgewicht auf Erden, das sich ewig von selbst in der Schwebe hält, auch das Gleichgewicht des Schreckens nicht.

Kants Buch „Vom ewigen Frieden" bekam seinen Titel von dem Schild eines Gasthauses an einem Königsberger Friedhof. Es zeigte einen Sarg mit der Inschrift „Zum ewigen Frieden".

Terror von Lenin bis Ulbricht

Notwendiges Mittel zur Durchsetzung des Marxismus
(Ende 1967)

Die prunkvollen Feiern des 50jährigen Jubiläums der Sowjetmacht sind vorübergerauscht. In der Blütenlese von Reden, Rundfunk- und Fernsehansprachen, in Broschüren und Büchern, in Theaterstücken und Filmen wurde jede kleine Phase des bolschewistischen Umsturzes von 1917 als epochales Ereignis gerühmt — bis auf einen, den wichtigsten Vorgang in der Geschichte der Sowjetunion: Die Bildung der ersten

Regierung unter Lenin am 26. Oktober wurde beiläufig mit zwei Zeilen, mit einem Satz abgefertigt oder ganz unterschlagen. Warum? Von den 14 Volkskommissaren unter Lenin, von diesen 14 „Bahnbrechern der Revolution" starben außer Stalin nur drei eines natürlichen Todes. Alle anderen verkamen in bolschewistischen Konzentrationslagern oder wurden in „Reinigungen" umgebracht. Stalin selbst wurde von Chruschtschow noch nach dem Tode politisch „hingerichtet", als Sündenbock für einen Terror, den er nicht erfand und der mit ihm nicht aufhörte.

Die Bolschewiki übernahmen mit ihrer Revolte vom 7. November 1917, der sogenannten „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution", die Macht über eine Bevölkerung von 151 Millionen Menschen. Die Zuwachsrate dieser Bevölkerung betrug bis zu diesem Zeitpunkt 1,7 Prozent. Die offizielle Bevölkerungsstatistik der Sowjetunion gibt auch für die Jetztzeit diese Zuwachsrate wiederum mit 1,7 Prozent an.

Nach dieser Statistik mußte die Bevölkerung der Sowjetunion im Jahre 1959 305 820 000 betragen haben. Dabei werden die Verluste im zweiten Weltkrieg einschließlich des aus ihnen resultierenden Geburtenausfalls mehr als aufgewogen durch die Annektion Estlands, Lettlands, Litauens, Nordostpreußens, Ostpolens, der Karpatoukraine, Wolhyniens und Bessarabiens. Die letzte Volkszählung in der Sowjetunion aber ergab für das Jahr 1959 nur 208,8 Millionen Einwohner (Westrik Statistiki Nr. 2, 1960). Das ergibt einen Fehlbetrag von rund 97 Millionen Menschen, einen Fehlbetrag von Ermordeten, Verhungerten und Ungeborenen, der allein auf das Konto der „großen stalinistischen Revolution" und die Methoden ihrer Funktionäre zurückzuführen ist.

Diese ebenso unantastbare wie ungeheuerliche Zahl, die die schrecklichsten Vermutungen und wildesten Greuelmeldungen unserer Zeit verblassen läßt, bleibt unbegreiflich und unerklärlich, solange man bei der Auffassung verharrt, die „Oktoberrevolution" sei ein Aufstand der unterdrückten Massen des Zarenreiches gegen eine dünne korrupte und ausbeuterische Oberschicht, eine führende „Klasse" im marxistischen Sinne gewesen. Die totale Vernichtung oder Vertreibung dieser dünnen Schicht des Adels und der Bourgeoisie kann diese Verlustzahlen ebensowenig erklären, wie all die Schreckenszahlen, die Chruschtschow bei der ersten und zweiten Entstalinisierung seinem Vorgänger im Amt angelastet hat.

Wir müssen uns dazu verstehen, die Geschichte der Sowjetherrschaft von der Parteimythologie zu befreien und auf die Tatbestände zurück-

zuführen. Dann nämlich gewinnen wir eine klare Antwort auf die Frage, warum die Völker der Sowjetunion einem so ungeheuerlichen Massenmord unterworfen wurden. Denn die russische Revolution von 1917 war keine Erhebung eines nach Marx' Voraussage ausgepowerten Proletariats gegen ihre herrschende Ausbeuterklasse. Im frühkapitalistischen Rußland gab es keine überwiegende Proletariermasse. Ganze 3 Millionen Industriearbeiter bildeten eine winzige Minderheit im 160-Millionen-Volk des Zarenreiches. Auch auf dem Lande herrschte ein Besitzstand, der ausgeglichener war als etwa der im heutigen England.

Das Zarenreich brach im Frühjahr 1917 zusammen, weil es seine Kräfte in einem dreijährigen harten Ringen mit den Mittelmächten überspannt hatte. Es war der klassische Fall eines politischen Zusammenbruchs und nicht einer sozialen Kampfhandlung. Es war nicht die Revolte der bolschewistischen Partei, sondern ein politischer Einsturz, den zunächst breite demokratische Kräfte unter Prinz Lwow und Kerenski zu meistern suchten.

Lenin, der Führer der Partei der Bolschewiki, las die Nachricht vom Sturz des Zaren in seinem Exil am Genfer See. Er verstand es, mitsamt der kleinen Schar seiner Gesinnungsgenossen, den ratlosen Intellektuellen in der Petersburger Duma die schleifenden Zügel der Macht zu entwinden und sein Regiment mit brutaler Gewalt zu errichten. Von den 23 000 Mitgliedern seiner Partei standen in den Brennpunkten der Entwicklung ganze 10 000 Mann zur Verfügung. Mit diesen 10 000 Mann rissen die Berufsrevolutionäre um Lenin die Herrschaft über ein 150-Millionen-Volk an sich.

Die für dieses Ereignis beschworene marxistische Theorie läßt sich in keinem Punkt für sie in Anspruch nehmen. Nicht in den hochindustrialisierten Staaten des Westens hatte sich die überwiegende Zahl der Expropriierten gegen ihre Expropriateure erhoben (noch heute haben in keinem Lande der Welt die Industriearbeiterschaft und die Landarbeiter die Mehrheit erreicht), sondern — wie gesagt — im frühkapitalistischen Rußland war ein politischer Zusammenbruch erfolgt.

Niemand im Zirkel der Bolschewiki hatte mit dieser Entwicklung gerechnet. Noch vor wenigen Wochen hatte der 47jährige Lenin in einem Vortrag vor jungen Schweizer Arbeitern erklärt: „Wir Alten werden wohl die Entscheidungskämpfe dieser kommenden Revolution nicht mehr erleben." Jetzt stand er mitten im Kampf, um eine Revolte zum Siege zu führen, die eben nicht „diese kommende Revolution" war.

Nach der Theorie sollte sich der Ablauf der proletarischen Revolution

nach einer inneren, ökonomischen „Automatik" vollziehen. Die angesammelte wirtschaftliche und politische Macht würde den Händen einer kleinen Schar von Monopolherren entfallen, schlimmstenfalls entrissen werden, und in den Schoß der enterbten Massen fallen. Nach der Vernichtung der herrschenden Klasse aber verschwinden Staat und Nation miteinander, denn die Nation ist nichts anderes als ein Mittel der Täuschung, mit deren Hilfe die herrschende Klasse den Staat als Zwangsinstrument aufrechterhält. Nach einer kurzen Übergangspause der „Diktatur des Proletariats", die der Ausmerzung der Klassenherrschaft dient, breitet sich die klassenlose, also auch staatsfreie Gesellschaft aus, die die dialektischen Spannungen der Menschheitsgeschichte auflöst und damit das größte Glück der größten Zahl auf Erden verwirklicht.

Lenin mißtraute offenbar von Anfang an dieser prophezeiten Automatik. Er griff mit einem natürlichen Instinkt für die Handhabung der Macht ins politische Getriebe und schuf gewaltsam, was sich nicht automatisch ergeben wollte. Denn es zeigte sich, daß nach der Entmachtung und physischen Vernichtung der herrschenden Klasse weder der Staat noch die Nation zu existieren aufhörte. Die Nationen des Vielvölkerstaates Rußland verschwanden nicht, sie setzten sich vielmehr zur Wehr und kämpften zäh um ihre Selbstbehauptung. Die Finnen, Esten, Letten, Litauer und Polen rissen sich in blutigen Kämpfen aus dem alten Staatsverband los. Die Völker im Kaukasus konnten erst nach siebenjährigem Bürgerkrieg niedergezwungen und der neuen Moskauer Zentralgewalt unterworfen werden. Das nationale Selbstbewußtsein der Völker erwies sich schon im ersten Anfang der bolschewistischen Herrschaft als die stärkste antibolschewistische Kraft. Der Aufstand in Ungarn zeigte, daß sie es bis heute geblieben ist.

Die „Große Sozialistische Oktoberrevolution" war also nicht — wie schon gesagt — ein Aufstand der Massen gegen eine Minderheit, eine Minderheit von etwa 13 Prozent des Adels und der Bourgeoisie, sondern die Revolte einer winzigen Minderheit gegen die Völker des Zarenreiches. Die Vernichtung von diesen etwa 13 Prozent der alten Führungsschicht vermochte nicht den Widerstand der Völker zu brechen und ihre Massen zu willenlosen Untertanen des neuen Regiments zu degradieren.

Es war nicht nur die bedenkenlose Herrschsucht eines Lenin und Trotzki oder eines Stalin, sondern die zwingende Logik ihres Systems, daß die neuen Kremlherren sich nur durch einen fortwährenden Massenmord im Besitz der Macht halten konnten. Es war die innere Logik

der Sowjetpolitik, daß sie zunächst mit der „Klassen"-Vernichtung, d. h. mit der Ausmerzung der Führungskräfte ihrer Völker einsetzen mußte.

Die Zarenfamilie, die Angehörigen des Adels, ob russischer, ukrainischer oder georgischer Nationalität, die Beamten, Offiziere, die Industriellen, Geschäftsleute, Gutsbesitzer fielen der ersten Welle der Revolte zum Opfer. Wer überlebt hatte, ohne emigrieren zu können, wurde durch politische Diffamierung geächtet und durch Enteignung entmachtet.

Die Opfer dieser ersten Jahre werden zwischen 6 und 18 Millionen Toten geschätzt. Ihre auf die Person gezielte Liquidierung fiel unter die Aufgabe der Tscheka, der Lenin bestätigte:

„Wenn ich die Taten der Tscheka betrachte und dann die Kritik darüber höre, so muß ich sagen, daß das alles müßiges Geschwätz von Kleinbürgern ist . . . Die Hauptsache ist, daß die Tscheka der Diktatur durch Härte gerecht wird." (Lenin, Werke, Bd. 3, S. 486)

Die zweite Gruppe fiel als Opfer des Bürgerkrieges in der Periode des sogenannten Kriegskommunismus. In diesen Kämpfen wurden die Armeen Koltschaks in Sibirien, Denikins und Krasnows in der Ukraine, die Kosaken des Astrachan- und Uralheeres, die Gegenrevolutionäre im Don- und Kubangebiet mit äußerster Härte niedergeschlagen, vor allem, weil auf ihrer Seite eine einheitliche Führung fehlte, während die Bolschewiki nach einem zentralen Plan vorgingen. Das Hauptmittel Lenins waren die sogenannten „außerordentlichen" oder „revolutionären" Komitees, die einen Terror gegen die gesamte Zivilbevölkerung der umstrittenen Gebiete entfalteten, der für alle späteren als Vorbild und Muster dienen sollte.

Durch den hartnäckigen Widerstand gerade der Kosakengebiete und der Ukraine, also der Landschaften mit eigener nationaler und bäuerlicher Tradition, sah sich Lenin in seinem Entschluß, die Agrarstruktur aus ideologischen Gründen umzubauen, bestärkt. Ein altes Ressentiment der Marxisten gegen jedes bodenständige und damit unabhängige Bauerntum spielte dabei eine Rolle. Schon Engels hatte an Marx geschrieben: „Der Bauer ist — in Frankreich wie in Deutschland — der Barbar inmitten der Zivilisation." (Marx/Engels, Gesamtausgabe I, 7, S. 542.) Marx hatte bestätigt: „Die Klasse, welche innerhalb der Zivilisation die Barbarei vertritt", sei das Bauerntum. (Lenin, Klassenkämpfe in Frankreich, S. 53.)

Mit besonderem Haß aber bedachte Lenin die arbeitsame, erfolgreiche Schicht der russischen und ukrainischen Großbauern: „Die Kulaken sind die vertiertesten, rohesten, brutalsten Ausbeuter ... von etwa 15 Millionen ackerbautreibenden Bauernfamilien sind . . . wohl kaum mehr als 2 Millionen Kulaken, reiche Getreidespekulanten. Diese Blutsauger haben sich während des Krieges an der Not des Volkes bereichert. Diese Spinnen mästeten sich auf Kosten der hungernden Arbeiter. Diese Blutegel saugten das Blut der Werktätigen . . . Schonungsloser Krieg gegen diese Kulaken! Tod ihnen!" (Lenin, Anfang August 1918.)

Das war — nach der Vernichtung des Großgrundbesitzes — das Signal zur ersten Welle des Bauernmordes und der Enteignung des bäuerlichen Besitzes, der eben erst durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes vergrößert worden war, ein Propagandamittel, das man zur Durchsetzung der bolschewistischen Revolte auf dem Lande angewandt hatte.

Die proletarische Revolution brauchte Proletarier. Da sie in Rußland nur eine winzige Minderheit zählten, mußten sie gewaltsam geschaffen werden. Jeder besitzende Mensch, sei es auch nur ein Kleinbauer oder Kleinhandwerker, steht auf eigenen Füßen. Er hat eine, wenn auch noch so kleine, Domäne seines Eigenwillens, seiner Selbstbestimmung. Er verfügt über eine kleine Sphäre persönlicher Freiheit gegenüber dem Staat, er ist also kein hilfloses Objekt staatlicher Willkür.

Er ist also der geborene Gegner des totalen Staates. Der totale Staat aber war das notwendige und gewollte Ergebnis der totalen Vernichtung des bestehenden inneren Gefüges der bisherigen Gesellschaftsordnung. Aus der Vernichtung der Führungsschicht entwickelte sich nicht gemäß der marxistischen Utopie ein idealer Zustand staatsloser Freiheit. Die aus der alten Ordnung gebrochenen, „befreiten" Individuen wurden zum willenlosen Gegenstand der Zentralgewalt.

Nicht die wirtschaftliche Notwendigkeit einer „Sozialisierung", sondern die politische Notwendigkeit einer totalen Entmachtung jedes Einzelwesens trieb die neuen Kreml-Herren auf einen Weg, der mit schwersten wirtschaftlichen Einbußen erkauft werden mußte.

Die wirtschaftlichen Rückschläge aber waren zunächst so schwer, daß Lenin zum vorübergehenden Einlenken gezwungen war. Er mußte zugeben, daß „die Schläge, die den Kulaken zugedacht sind, auf Schritt und Tritt den Mittelbauern" treffen (Lenins Rede vor dem VIII. Parteikongreß am 23. 3. 1919). Der Ausweg aus dem Ruin war die „neue ökonomische Politik", eine zeitweise Preisgabe der Sozialisierung, die dem Lande eine schnelle Erholung schenkte und die Schaffung von wirt-

schaftlichen Werten zuließ, die nun erst „sozialisiert“ werden konnten. Gegen das Bauerntum aber setzte Lenin schon vorzeitig wieder zum Angriff ein; und zwar ist es nun nicht mehr der Großbauer, der Kulak, sondern bereits der Mittelbauer, der auf der Abschußliste steht. Sein politischer Grund ist unmißverständlich in Lenins Rede vor dem allrussischen Transport-Arbeiter-Kongreß vom März 1921 offengelegt: „Das mittlere Bauerntum ist eine selbstgenügsame Klasse, die einzige, die nach der Entmachtung und Verjagung der Landherren und Kapitalisten imstande bleibt, dem Proletariat Widerstand zu leisten.“

Nur mit abhängigen, besitzlosen, durch keine eigenständigen Gruppierungen, Parteien oder Gewerkschaften gestützten Einzelwesen kann der totale Staat aufgebaut werden, der sich auf eine kleine, stets sorgsam gesiebte Schicht von Funktionären stützt und zwangsläufig in die Alleinherrschaft eines Mannes mündet, der die Zügel von Partei und Staat in seinen Händen vereinigt.

Lenin hat die Vernichtung des Bauerntums in der Sowjetunion nicht mehr persönlich erlebt. Er starb am 21. Januar 1924. Sein Nachfolger wurde Stalin. Bauernaufstände in Georgien und im Gebiet von Tambow und Kronstadt werden von ihm blutig niedergeschlagen. Die Ursachen dieses Widerstandes sucht der Marxist Stalin nicht im ökonomischen, noch weniger selbstverständlich im menschlichen Bezirk. Ihm gilt wie Lenin allein die Durchsetzung der politischen Macht, und er spricht das offen aus:

„Auf dem Lande gibt es auch andere im höchsten Maße wichtige parteilose Organisationen wie die Bauernkomitees, die Genossenschaften, die Organe des kommunistischen Jugendverbandes. Es besteht jedoch die Gefahr, daß diese Organisationen unter bestimmten Bedingungen zu rein bäuerlichen Vereinigungen werden, die sich von den Arbeitern loslösen können.“ (Stalin, Die Bauernfrage, 1925.)

Stalin spricht von den „Arbeitern“ und meint die bolschewistische Kontrolle, der die Industriearbeiterschaft bereits total unterworfen wurde. Da die in ihrem Bodenbesitz verankerten Bauern, gleichgültig, ob Groß-, Mittel- oder Kleinbauern, der gleichen Unterwerfung widerstehen, beginnt Stalin die Proletarisierung dieser breiten Menschenschicht durch Enteignung und Kollektivierung.

Er folgte Lenins Rezept: „Zuerst mit der ‚gesamten‘ Bauernschaft gegen die Monarchie, gegen die Gutsbesitzer, gegen das Mittelalter ... Dann zusammen mit der armen Bauernschaft, zusammen mit dem Halbproletariat, zusammen mit allen Ausgebeuteten gegen den Ka-

pitalismus, einschließlich der Dorfreichen, der Kulaken, der Spekulanten."

Was nach der auf diesem Wege vollzogenen Vernichtung auch der niedrigsten Führungs- und Leistungsschicht noch übrigblieb, Kleinstbauern und Dorfproletariat, das war zum politischen Widerstand nicht mehr fähig, das ließ sich schließlich willenlos in die Pferche der Kolchosen und Staatsgüter treiben.

Die Massenvernichtung der ländlichen Führungsschicht erreicht mit den ersten zwei Fünfjahresplänen ihren Höhepunkt. Die Zahl der Opfer läßt sich aus der offiziellen Sowjetstatistik mit einiger Genauigkeit errechnen. Die Sowjetstatistiker hatten für den zweiten Fünfjahresplan, also für die Jahre 1933 bis 1937, einen Zuwachs der Bevölkerung von 165,7 auf 180,7 Millionen vorausberechnet. Im Jahre 1937 wurde eine Volkszählung durchgeführt. Ihr Ergebnis wurde nie veröffentlicht. Es muß verheerend gewesen sein, denn die leitenden Beamten des Moskauer statistischen Amtes wurden kurzerhand hingerichtet.

Der neue revidierte Zensus zum Stichtag vom 17. Januar 1939 ergab ein Minus von 13 504 000 Seelen. Er wurde von den Sowjetbehörden anerkannt.

Diese Verlustzahl ist zweifellos „frisiert". Die richtige Zahl dürfte weit höher liegen, höher auch als die Sowjetstatistiker Nowosjelski und Pajewski errechneten, die mit einer auf die bisherige Bevölkerungszunahme begründete Vorausberechnung, für den 1. Januar 1939, zu einer Zahl von 191 102 000 und damit zu einem Menschenverlust von 20 635 000 gelangt waren.

Sechs Jahre „sozialistischen Aufbaues", mit anderen Worten, sechs Jahre der Zerstörung der sowjetischen Landwirtschaft mit dem Gefolge von Hungersnöten in einem Lande, das vorher einen Teil Europas miternähren konnte, diese sechs Jahre sind die Zeitspanne eines gigantischen Völkermordes. Denn auch die offiziell zugestandene Verlustzahl von 13 504 000 ist ein Beweis für die erschreckende Tatsache, daß hier kein „Klassenkampf" gegen eine kleine Schicht bösartiger Volksfeinde durchgeführt wurde, sondern daß eine kleine Organisation von Berufsverbrechern ihre Herrschaft gegen den Willen der Völker durchsetzte.

Das Wüten der Parteiführung gegen jeden möglichen Diversanten in der eigenen Mitte zur Sicherung der Herrschaft durch Liquidierung jedes zu einer eigenen Meinung und zur politischen Handlung fähigen Menschen war nur ein weiterer Aspekt der gleichen Methode. Nur als

Beispiel sei hier die Reinigung in der Roten Armee vom Juni 1937 angeführt:

35 000 Offiziere wurden umgebracht,
90 % der Generale,
80 % der Obersten fielen der Jeschowschtschina zum Opfer;
von 5 Marschällen 3
von 15 Armeebefehlshabern 13
von 85 Korpskommandeuren 57
von 195 Divisionskommandeuren 110
von 406 Brigadekommandeuren 220
sämtliche stellvertretenden Kriegskommissare,
sämtliche Wehrkreiskommandeure blieben auf der Strecke.

Auch der Völkermord nach dem zweiten Weltkrieg, dem ganze Volksstämme durch Dezimierung und Verschickung zum Opfer fielen, sei hier nur als weiteres Beispiel erwähnt.

Der Terror, der Massenmord in der Sowjetunion ist also keine Ausgeburt einzelner vom Blutrausch überwältigter Machtmenschen, etwa von Typen, wie sie uns in der Renaissance begegnen. Er ist die notwendige Folge des Versuches, mit Hilfe einer lebensfeindlichen Utopie gewaltsam das Machtsystem einer kleinen Gruppe von Menschen durchzusetzen, die fast durchweg nicht dem Proletariat entstammten.

Wir haben hier nur den Terror geschildert, den die Sowjets über die Völker der Sowjetunion ausgeübt haben. Der kommunistische Massenmord gegen fremde Völker steht auf einem anderen Blatt. Ungezählt sind die Leichenberge in allen Staaten Osteuropas von Estland bis herunter nach Bulgarien und bis hinein nach Berlin, die zur „Reinigung" dieser Völker von faschistischen und gegenrevolutionären Elementen aufgehäuft wurden.

Wer heute aber behauptet, das alles sei ein lange überwundenes Stadium einer notwendigen Entwicklung gewesen, es sei Vergangenheit, der lügt. Ein Blick auf die mit Mord, Minen und Mauern bewehrte Grenze von Ulbrichts großem KZ sollte ihn zum Schweigen bringen.







Z KLEIST ENDLÖSUNG FÜR DIE FREIE WELT